

Soziales Europa!?

Materialien zur
europapolitischen Bildung
von Gewerkschafter*innen

von Birgita Dusse und Malte Meyer

EUROPÄISCHE
AdA

solidar

etui.
european trade union institute

Soziales Europa!?

**Materialien zur
europapolitischen Bildung
von Gewerkschafter*innen**

von Birgita Dusse und Malte Meyer



Die Broschüre *Soziales Europa!? Materialien zur europapolitischen Bildung von Gewerkschafter*innen* entstand im Rahmen des Projekts *Netzwerk europäischer Arbeiter- und Sozialakademien. Bessere Information und Ausbildung für Gewerkschafter*, das von den Projektpartnern SOLIDAR, ETUI und EADA zwischen Oktober 2010 und September 2011 durchgeführt und aus Mitteln der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission gefördert wurde. Der Inhalt der Publikation entspricht nicht der Meinung der Europäischen Union. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der Autorin und dem Autor.

Für die Nachdruckgenehmigungen der Beiträge auf den Seiten 101 – 105 und 137 – 141 danken wir den deutschsprachigen Wochenzeitungen *Jungle World* (Berlin) und *WoZ* (Zürich).

Soziales Europa!?

Materialien zur europapolitischen Bildung von Gewerkschafter*innen

© 2011 Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, Frankfurt/M.

Autoren: Birgita Dusse / Malte Meyer

Satz, Grafik und Gestaltung: Andreas Hollender / DruckBetrieb Köln

Druck: DruckBetrieb Köln

Fotos: S. 89: Bundesagentur für Arbeit; S. 37/38: Webseiten der spanischen Indignados; alle übrigen: Birgita Dusse

Titelbild: Neubau der Europäischen Zentralbank hinter Maschendrahtzaun und vor der Skyline des Frankfurter Bankenviertels (Foto: Birgita Dusse, Gestaltung: Andreas Hollender)

Auflage: 250 Exemplare

Inhalt

Vorwort.....	7
Einleitung.....	9
Europa: Einig aber ungleich	
■ International, aber ungleich? <i>Zum Studium weltumspannender Produktionsketten</i>	15
■ Osteuropa: »Auf dem Sprung« oder dauerhaft peripherisiert?.....	24
■ Spiel des realen Lebens. <i>Die vielen Gesichter der Prekarisierung.....</i>	35
■ »Wir sind alle Griechen!« <i>Wie die Schuldenkrise zur neoliberalen Umstrukturierung in Griechenland genutzt wird und wer von ihr profitiert</i>	46
Managementstrategien	
■ Klasse Kompromiss 2.0: Hauptsache wettbewerbsfähig?	57
■ Wettbewerb, Umverteilung, Produktivität <i>Europäische Lohnpolitik unter den Bedingungen der Währungsunion</i>	66
■ Von Drehtüren, Hinterzimmern und Lobbys <i>Politische Einflussnahme am Beispiel der Chemikalienrichtlinie REACH</i>	74
■ Das Dogma der Beschäftigungsfähigkeit in Kritik und Praxis.....	84
Offene Fragen der Migration	
■ »Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat.« <i>Das EU-Grenzregime.....</i>	93
■ »Peripherie und Plastikmeer«. <i>Die Herstellung des europäischen Supermarktgemüses im andalusischen Almería</i>	106
Internationalismus in Theorie und Praxis	
■ Historische und aktuelle Auseinandersetzungen um die Idee eines »Sozialen Europa«.....	115
■ Lohn- und Tarifdumping durch transnationale Arbeitnehmerentsendung?.....	124
■ Transnationales Co-Management oder Internationalismus von unten?.....	132
Quellen, Literatur	143

Vorwort

Europa befindet sich mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Diese Krise hat weitreichende Folgen für die Wachstumsmöglichkeiten und Arbeitsmärkte aller EU-Mitgliedstaaten und betrifft auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen zahlreicher Europäer*innen negativ. Schon jetzt sind 80 Millionen Menschen in der EU arm oder von Armut bedroht, 19 Millionen von ihnen gehören zu den so genannten *working poor*. Diese sozial marginalisierten oder prekär beschäftigten Menschen werden von der Krise jetzt und in den kommenden Jahren voraussichtlich besonders hart getroffen werden.

Für den sozialen Zusammenhalt des europäischen Integrationsprozesses im Ganzen, insbesondere aber für Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenorganisationen stellt die Krise eine komplexe Herausforderung dar. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die durch die Krise zwar nicht erzeugt, aber verschärft wurde, bedroht den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen zahlreicher Arbeitnehmer*innen in Europa. Diese Entwicklung betrifft Lohnstandards, soziale Sicherungssysteme und Arbeitsbedingungen ebenso wie die Qualität und Bezahlbarkeit öffentlicher Infrastrukturen.

Die sich daraus ergebenden Erwartungen an Arbeitnehmer*innenorganisationen, ihrer Schutzfunktion nachzukommen, stehen unter den Bedingungen nachlassender Mitgliederbindung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Problemlösungskapazität. Die zu beobachtende Ten-

denz, sich auf die Linie der Verteidigung partikularer Standortinteressen zurückzuziehen, ist in dieser schwierigen Situation der Stärkung der sozialen Dimension des Integrationsprozesses zum Beispiel wenig förderlich. Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Einrichtungen sind deshalb gerade in Zeiten der Krise aufgerufen, internationale Kooperationsbeziehungen auszubauen und so einem möglichen Rückfall in nationale Egoismen vorzubeugen. Nicht durch eine leichtfertige Vernachlässigung, sondern nur auf dem Wege der Vertiefung und Erweiterung ihres europäischen Integrationsprozesses können Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Einrichtungen dieser Herausforderung wirksam begegnen.

Der Aus- und Weiterbildung von Gewerkschafter*innen kommt vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen eine besondere Bedeutung zu. Die Forderung nach einer verstärkten Bezugnahme auf europäische Integrationsprozesse ist für Gewerkschaften schon lange eine Selbstverständlichkeit. Gewerkschaften bieten ihren Sekretär*innen wie ihren Ehrenamtlichen beispielsweise Seminare zu wichtigen europäischen Themen wie etwa zur Richtlinie über europäische Betriebsräte, zu EuGH-Urteilen über Mindestlohnregelungen oder auch zur Arbeitnehmerfreizügigkeit an. Als obligatorischer oder gar herausragender Bestandteil der Ausbildung des gewerkschaftlichen Nachwuchses können europäische Themen bislang allerdings nicht angesehen werden.

Dabei müssen Gewerkschafter*innen gerade in Zeiten der Krise intensiv darauf vorbereitet werden, ihre zukünftigen Aufgaben auf europäischer Ebene wahrzunehmen. Die soziale Dimension des europäischen Integrationsprozesses ist längst kein Gegenstand von Sonntagsreden mehr, sondern unweigerlich Bestandteil gewerkschaftlicher Alltagspraxis. Gewerkschaftlicher und gewerkschaftsnaher Bildung und Ausbildung wächst vor diesem Hintergrund die Aufgabe zu, Nachwuchskräfte durch die Vermittlung von Kompetenzen, kritischer Expertise und durch die Organisation europäischer Austauschprozesse aus der Rolle bloß interessierter Zuschauer*innen herauszuführen und sie zu aktiven Mitgestalter*innen dieser Ebene zu machen. Ein solcher Prozess steht im Einklang mit den Interessen der EU an der Schaffung guter Arbeitsplätze sowie an Chancengleichheit und sozialer Kohäsion.

In diesem Zusammenhang sind wir froh, der Öffentlichkeit die vorliegenden Materialien zur europapolitischen (Weiter-)Bildung von Gewerkschafter*innen zur Verfügung stellen zu können. Dank der freundlichen finanziellen Unterstützung durch die Europäische Kommission, für die wir uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken möchten, ist es dem Projektteam um Maurice Claassens, Birgita Dusse, Malte Meyer und Agata Patecka in dem zwischen Oktober 2010 und September 2011 durchgeführten Projekt gelungen, eine Reihe sehr guter Ideen in schlüssige didaktische Konzepte und methodische Anregungen zu übersetzen. Die entwickelten Materialien eignen sich nicht nur für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Unser Dank gilt auch Ellen Durst, die die Er-

stellung des Bildungsmaterials von Seiten der Generaldirektion Beschäftigung kompetent begleitet hat.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Organisationen und Einrichtungen wie dem *Arbeidernes Opplysningsforbund* (Oslo), dem *Arbejdernes Oplysningsforbund* (Kopenhagen), dem *Arbetarnas bildningsförbund* (Stockholm), dem *DGB-Bildungswerk* (Düsseldorf), der *EMCEF* (Brüssel), der *European Civil Society Platform on Lifelong Learning* (Brüssel), des *Fagligt Internationalt Center* (Kopenhagen), der *General Workers Union* (Malta), der *Global Labour University* (Kassel), der *IG Metall* (Frankfurt/M.), dem *Institut für Sozialforschung* (Frankfurt/M.), dem *Johannes Mihkelson Center* (Tartu), *La Ligue de l'Enseignement* (Paris), der *Lithuanian Labour Education Society* (Vilnius), dem *MSZOSZ* (Budapest), dem *People's College* (Dublin), dem *Stow College* (Glasgow), der *Työväen Akatemia* (Helsinki), der *UGT* (Lissabon) sowie der *ver.di GPB* (Berlin) haben sich an unseren Projektworkshops in Stockholm, Brüssel und Frankfurt beteiligt. Für die zahlreichen Anregungen, Ratschläge und Hinweise, die wir in diesem Zusammenhang erhalten haben, möchten wir uns ebenfalls herzlich bedanken.

Wir wünschen der gelungenen Broschüre viel Erfolg und eine große Leser*innenschaft. Wir sind optimistisch, dass sie auch der internationalen Kooperation der Gewerkschaften nützen wird.

Peter Wedde

Direktor der Europäischen
Akademie der Arbeit, Frankfurt/M.

Conny Reuter

Generalsekretär von SOLIDAR,
Brüssel

Einleitung

Europa, der griechische Staatshaushalt, die Gemeinschaftswährung und nicht zuletzt die Gewerkschaften – sie alle befinden sich entweder »in der Krise« oder sogar »in der schwersten Krise seit Jahrzehnten«. Weil dieser kritische Zustand nun schon seit einiger Zeit anhält, wirkt die Krisenmetapher inzwischen zwar einigermaßen verschlissen. An dem, was sie an europapolitisch brisanten Themen zu bezeichnen versucht, hat sich deswegen aber nicht viel geändert: Weil herkömmliche Lösungswege nicht mehr wie gewohnt funktionieren, büßen etablierte Institutionen unübersehbar an Legitimität ein. Zumindest für eine sich als kritisch verstehende politische Bildungsarbeit bieten »Zeiten wie diese« (um noch eine andere gängige Phrase zu zitieren) auch eine Chance. Scheinbare Selbstverständlichkeiten werden in Theorie und Praxis offensiver infrage gestellt als sonst üblich. Eben diese Infragestellung vermeintlicher Selbstverständlichkeiten kann auch als ein Hauptanliegen der vorliegenden Bildungsmaterialien mit dem fragenden Titel »Soziales Europa!?« gelten. Sie halten den Ausgang der gegenwärtigen Krise Europas keineswegs für ausgemacht, treten aber im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten für soziale, ökologische, demokratische und grenzüberschreitende Alternativen ein.

Hervorgegangen sind diese Bildungsmaterialien aus einer Kooperation der Europäischen Akademie der Arbeit

(Frankfurt/M.) mit SOLIDAR, einer in Brüssel ansässigen Dachorganisation von Wohlfahrts- und Bildungsverbänden, sowie mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut ETUI. Im Frühsommer 2010 haben sich die Projektpartnerinnen das Ziel gesetzt, einen gemeinsamen Baustein zur europapolitischen Bildung von Gewerkschafter*innen zu entwickeln, um auf diesem Wege auch einen Beitrag zur engeren Vernetzung europäischer Arbeiter- und Sozialakademien zu leisten. Die Voraussetzungen für dieses Projekt waren gut: Als europaweit anerkannter gewerkschaftlicher Thinktank erstellt ETUI bereits seit Jahren lesenswerte Expertisen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Europa. SOLIDAR verfügt über die Verbindungen zu den Bildungsträgern seiner Mitgliedsorganisationen hinaus auch über beste politische Kontakte. Und die Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main schließlich ist der Ort, an dem sich Unterrichtskonzepte ebenso gut erstellen wie in die Praxis erproben und umsetzen lassen.

1921 gegründet und von den Nazis 1933 geschlossen, widmet sich die 1946 wieder eröffnete Akademie seit Jahrzehnten ihrer satzungsgemäßen Aufgabe, die Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft zu stärken. Seit der Umbenennung in Europäische Akademie der Arbeit bilden europäische Aspekte einen Schwerpunkt im Curriculum. Während eines einjährigen Lehrgangs kön-

nen sich gesellschaftspolitisch engagierte Arbeitnehmer*innen für ihre zukünftige Arbeit in Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaften, Parteien und NGOs weiterqualifizieren. Angesichts der Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Vernetzung von Gewerkschaften wächst auch der Bedarf nach fundierten Lehrmaterialien, die den europäischen Integrationsprozess aus Beschäftigtenperspektive kritisch unter die Lupe nehmen. Nach unserem Eindruck gilt das für die gewerkschaftsnahe Bildungsarbeit in der Bundesrepublik ebenso wie für die in anderen europäischen Ländern.

Welchen politischen Prämissen sich Bildungskonzepte verschreiben, hängt aber nicht nur mit den institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch vom Zeitkontext ihrer Entstehung ab. Die vorliegenden Bildungsmaterialien sind zwischen Herbst 2010 und Sommer 2011 und damit inmitten einer schweren Krise des europäischen Integrationsprozesses erstellt worden. Die jüngste Schulden- und Währungskrise, die selbst eine Auswirkung der Immobilien-, Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 ist, droht mit dem Euro ein zentrales Projekt der Europäischen Union zu sprengen. Auch wenn sich kaum absehen lässt, welche politisch-ökonomischen Folgen ein als denkbar bereits diskutiertes Scheitern der Gemeinschaftswährung hätte, so kann zumindest näherungsweise schon der Preis beziffert werden, den Europas Bürger*innen für die Bewältigung der Krise werden entrichten müssen. Umfangreiche Sparprogramme, Privatisierungsvorhaben und Lohnkürzungen bedrohen bereits jetzt den Lebensstandard von Erwerbslosen, Rentnerinnen und Arbeitnehmern überall in der Europäischen Union. Zumindest in einigen südeuropäischen Ländern haben sich auch schon Massenbewegungen gegen diese »Krisenlösung« auf Kosten der unteren Einkommensgruppen formiert.

Die enorme politische Frustration, die sich hingegen in den jüngsten

Wahlerfolgen und politisch-kulturellen Geländegewinnen der extremen Rechten äußert, liefert Gewerkschafter*innen wichtige Hinweise darauf, welchen Weg sie bei der Formulierung ihrer Antwort auf die Krise keinesfalls einschlagen dürfen: Wohlstandschauvinismus gegenüber Transferempfängern, Ausgrenzung von gesellschaftlichen Minderheiten und die Abschottung gegenüber Armutsflüchtlingen aus Afrika dienen allesamt dazu, ein Modell exklusiver Solidarität zu formulieren, das auf Kosten der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen von den systemischen Ursachen der Krise ablenkt. In bewusster Abgrenzung zu derartigen Tendenzen möchten diese Bildungsmaterialien ihre Nutzerinnen ermuntern, sich an der kollektiven Anstrengung zu beteiligen, die soziale Situation Europas zunächst einmal nüchtern zu ergründen, um in einem zweiten Schritt alternative Perspektiven sozialer und demokratischer Entwicklung sichtbar zu machen.

Selbstverständlich kann eine Sammlung von Unterrichtsmaterialien nicht den Anspruch erheben, sämtliche Facetten von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Europäischen Union umfassend zu beleuchten. Angesichts der Unübersichtlichkeit der Materie und der Überfülle der zur Verfügung stehenden Literatur, aber auch vor dem Hintergrund der Langeweile, die eine herkömmliche Lehre europäischer Institutionen für gewöhnlich erzeugt, haben wir uns für einen anderen Weg entschieden. Anhand bestimmter Fallbeispiele und ausgewählter Probleme möchten wir Einsichten in die Widersprüche, Herausforderungen und Chancen vermitteln, mit denen sich Gewerkschafter*innen konfrontiert sehen, wenn sie ihre Probleme nicht mehr nur als nationalstaatlich begrenzte, sondern als transnational vernetzte wahrnehmen. Sollten derartige Bildungsprozesse gelingen, wird auch verständlich, warum eine fachwissenschaftlich disziplinierte Herangehensweise uns wenig

hilfreich erschien: Ein praktisches Problem hat neben politisch-ökonomischen immer auch kulturelle und moralische Dimensionen.

Auch wenn wir aus Gründen wie diesen davon Abstand genommen haben, ein konsekutiv aufeinander aufbauendes Curriculum zu entwerfen, das nur im Zusammenhang praktisch im Unterricht angewendet werden könnte, so kristallisierten sich im Arbeitsprozess selbst doch vier Überschriften heraus, nach denen sich die Bestandteile des Bildungsmaterials gruppieren lassen:

Unter die erste Überschrift *EUROPA – EINIG ABER UNGLEICH* fallen Kapitel, die sich den Schattenseiten einer neoliberal umgekrempten Gesellschaft widmen. Das Kapitel, das sich mit *Produktionsketten* beschäftigt (S. 15–23), möchte zu einer eigenständigen und vergleichenden Recherche weltweiter Arbeitsbedingungen anregen. *Peripherisierung* (S. 24–34) stellt am Beispiel der Armutsregionen Osteuropas einen Ansatz zur Diskussion, mit dem sich die dauerhafte Verfestigung regional ausgeprägter Ungleichheiten erklären lässt. Unter das Stichwort *Prekarisierung* (S. 35–44) fallen Phänomene, mit denen sich eine ganze Generation jüngerer Beschäftigter in Europa konfrontiert sieht: befristete Beschäftigung, Niedriglöhne und soziale Verwundbarkeit. Das Kapitel über die *Schuldenkrise* (S. 46–55) schließlich erläutert exemplarisch, wie Krisen für eine neoliberale Umstrukturierung genutzt werden, wer davon profitiert und welche alternativen Lösungsszenarien diskutiert werden.

Komplementär dazu soll unter der Überschrift *MANAGEMENTSTRATEGIEN* diskutiert werden, wie die Kapitalseite und ihre einzelnen Fraktionen mit Europa umgehen. Der Versuch, Wirtschaftsstandorte um jeden Preis auf globale Konkurrenzfähigkeit zu trimmen, wird im Kapitel *Wettbewerbskorporatismus* erläutert (S. 57–65). *Lohnpolitik unter dem Euro* kann als Grundlage genutzt werden, um den Rahmen, in den gewerkschaft-

liche Lohnpolitik von der Europäischen Zentralbank gezwängt worden ist, etwas transparenter zu machen (S. 66–73). *Lobbyismus* hingegen rekapituliert am Beispiel der Chemikalienrichtlinie REACH, welche Macht der industrielle Lobbyismus in Brüssel hat (S. 74–83). *Employability* behandelt Unternehmerstrategien, die dem Einzelnen die Schuld für eventuellen Misserfolg am Arbeitsmarkt einreden (S. 84–91).

Der herausgehobenen Bedeutung, die den *OFFENEN FRAGEN DER MIGRATION* zukommt, tragen wir mit einer eigenen Überschrift Rechnung. Das Kapitel über das *EU-Grenzregime* (S. 93–103) möchte dazu anregen, sich die Methoden zu vergegenwärtigen, mit denen sich die Festung Europa gegenüber Armutsflüchtlings abschottet. Die skandalösen Bedingungen, unter denen Zigtausende von undokumentierten Migrantinnen in der südspanischen Gemüseproduktion arbeiten, sind Gegenstand des Kapitels *Peripherie und Plastikmeer* (S. 104–111).

Schließlich befassen sich die Kapitel unter der Überschrift *INTERNATIONALISMUS IN THEORIE UND PRAXIS* eingehender mit Handlungsstrategien und Handlungsalternativen. Werden im Kapitel *Soziales Europa* (S. 113–121) noch unterschiedliche historische Begriffe solidarischen Miteinanders zur Diskussion gestellt, geht es in den folgenden Abschnitten um Probleme, die in der aktuellen Diskussion der zurückliegenden Jahre von besonderer Brisanz gewesen sind. *Arbeitnehmerentsendung* erörtert die Gefahren, die einer möglichen Nationalisierung sozialer Konflikte inhärent sind (S. 122–128). *Euro-Betriebsräte* schließlich fragt nach den Chancen und Risiken, die zaghafte Ansätze von Mitbestimmungspolitik auf europäischer Ebene bergen (S. 130–140).

Wie eingangs bereits angedeutet, sind diese Bildungsmaterialien nicht nur im Kontext der Ausbildung von Interessenvertreterinnen entstanden, sondern sollen auch in ihr zur Anwen-

dung kommen. Die Zielgruppe, an die sie sich richten, besteht demnach zu allererst aus Teamer*innen, Lehrbeauftragten und Dozenten, die im Umfeld europäischer Gewerkschaften oder sozialpolitisch engagierter Initiativen der Zivilgesellschaft Bildungsarbeit betreiben. Diese Zielgruppe wiederum hat es in ihrer Bildungsarbeit mit (erwachsenen) Teilnehmer*innen zu tun, die bereits über umfangreiche praktische Erfahrungen mit gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsnaher Arbeit verfügen. Sie sind mit Problemen vertraut, die internationale Gewerkschaftsarbeit mit sich bringt, lassen sich davon aber nicht abschrecken, sondern zeigen sich an entsprechenden Möglichkeiten der Weiterqualifikation stark interessiert. Letzten Endes spielt dieses politische Interesse auch eine größere Rolle als das Alter, der formale Bildungsgrad oder die aktuelle berufliche Situation.

Teamer*innen, die Bildungsveranstaltungen mit einem solchen Kreis von Teilnehmer*innen durchführen, bieten die vorliegenden Materialien eine ganze Spannweite von Möglichkeiten der Seminargestaltung. Die Kapitel können unabhängig voneinander und gegebenenfalls auch als einzelne eingesetzt wer-

den. Dass die sich aus ihnen ergebenden Seminarsituationen darüber hinaus von unterschiedlicher Länge sein können, hängt nicht nur mit der Methodenvielfalt, sondern auch mit der individuellen Anwendung der Kapitel zusammen. Teamer*innen sollten sich im Vorwege also genügend Zeit nehmen, um die Themen auf die Zielgruppe abzustimmen und um sie in das Lernkontinuum einzubetten.

Den Teamer*innen billigen die Bildungsmaterialien damit ein Maß von Eigenständigkeit zu, das sie auch den Teilnehmer*innen zutrauen. Die wenigsten der vorgeschlagenen Seminarideen folgen deshalb der traditionellen Frontalvariante des Teamer*innenvortrags. Uns erscheint es sehr viel wünschenswerter und für alle Beteiligten auch befriedigender, wenn sich Kleingruppen selbständig Themenkomplexe erschließen. Wir möchten zur offenen Debatte kontroverser Fragen ermutigen und sehen in einer solchen Praxis auch kleine Beiträge zur Stärkung kritischen Reflexionsvermögens wie zur Belebung innergewerkschaftlicher Demokratie.

Trotz ihrer Heterogenität sind alle Kapitel so aufgebaut, dass sie mit einer Einleitung beginnen. Diese Einleitung



dient der Hinführung zum Thema ebenso wie dem kurzen Überblick über die zur Verfügung gestellten Textteile. Ihr schließt sich ein Hintergrundtext an, der zumeist das verhandelte Thema in einen politischen Kontext einbettet, wichtige Zusatzinformationen bereit hält und bei Bedarf auch an die Teilnehmer*innen ausgeteilt werden kann. Einige der vielleicht nützlichsten Literaturhinweise finden sich direkt im Anschluss an den Hintergrundtext, alle anderen im Literaturverzeichnis ganz am Schluss dieser Broschüre. Im Abschnitt Seminarideen werden Ideen zur didaktischen und methodischen Gestaltung der Bildungsarbeit präsentiert: Textarbeit, Rollenspiele, forschendes Lernen, kreatives Schreiben, Utopiephasen und Medienanalyse von Bildern und Filmen. Für diesen Zweck finden sich am Ende des Kapitels auch Handouts, die als Kopiervorlagen benutzt werden können. Vielleicht noch ein Wort zur Verwendung der weiblichen und männlichen Formen: Häufig bezeichnete Personengruppen haben wir mit einem Binnen-Sternchen versehen, in allen anderen Fällen wechseln sich männliche und weibliche Formen ab, bezeichnen in den meisten Fällen aber beide Geschlechter.

Über eine rege Nutzung des Bildungsmaterials würden wir uns natürlich ebenso freuen wie darüber, wenn Teamer*innen wie Teilnehmer*innen uns ein Feedback zu ihren praktischen Erfahrungen mit der Durchführung einzelner Seminareinheiten geben können. Sollte das Bildungsmaterial einen Anstoß zur stärkeren Vernetzung und Integration von Lehreinheiten an verschiedenen europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsakademien geben, wäre das ganz im Sinne der Erfinder*innen. Zu diesen gehören außer der Autorin und dem Autor auch unsere Projektpartner von SOLIDAR und ETUI, unsere Kolleg*innen von der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt/M., die Studierenden des 75. Lehrgangs, mit denen wir eine tolle Projektwoche durchführen konnten, Andreas Hollender vom DruckBetrieb in Köln sowie die Teilnehmer*innen der internationalen Workshops, die wir im Rahmen des Projekts kennenlernen durften. Ihnen allen sei an dieser Stelle für Ratschläge, Hilfestellungen, Hinweise, Verbesserungsvorschläge und Kritik noch einmal ganz herzlich gedankt.

Birgita Duse und Malte Meyer
Frankfurt/M. im Juli 2011



Europa: Einig aber ungleich

International, aber ungleich?

Zum Studium weltumspannender Produktionsketten

★ Einleitung

Wie die Ausbreitung von Bioläden und Ökoprodukten unschwer erkennen lässt, befindet sich in den Mittelschichten des globalen Nordens seit einigen Jahren eine Konsumnorm auf dem Vormarsch, die für sich beansprucht, sowohl gesundheitsfördernd als auch nachhaltig zu sein. Die Lohas, so werden die Anhänger dieses *Lifestyles of Health and Sustainability* inzwischen halb scherzhaft genannt, verdienen zwar im Durchschnitt mehr Geld und unternehmen mehr Flugreisen als die meisten anderen Leute, zeigen sich aber von der moralischen Überlegenheit ihres Einkaufsverhaltens nicht minder überzeugt. Inzwischen ist sogar ein regelrechter Ablasshandel mit ihrem schlechten grünen Gewissen entstanden: Wer eine Flugreise unternimmt, kann gegen einen Aufpreis dafür sorgen, dass irgendwo auf der Welt Bäume angepflanzt werden, die zumindest einen Teil der Menge des durch den eigenen Transport verursachten CO₂-Ausstoßes wieder absorbieren.

Sind die ökologischen Implikationen des eigenen Konsums in diesem Diskurs immerhin noch ein Thema, so zeichnet er sich durch eine spürbare Verdrängung der sozialen Voraussetzungen und Folgen internationaler Arbeitsteilung aus. Wer zu welchen Löhnen und Arbeitszeiten, unter welchen gesundheitlichen Risiken und mit welchen Rechten an der Herstellung eines Produkts beteiligt ist, scheint die Lohas weniger zu interessieren als die Frage, ob die Kiwi, die aus Neuseeland kommend in westliche Großmärkte verfrachtet wird, ungefährlich für den eigenen Körper ist.

Nur in seltenen Ausnahmefällen werden internationale Arbeitsbedingungen zum Thema gemacht: So zum Beispiel, als es 2010 bei FoxConn im chinesischen Shenzhen, mit 200.000 Arbeiterinnen der gegenwärtig wohl größte Fabrikkomplex der Welt, zu einer Selbstmordwelle unter Beschäftigten kam. Aufsehen erregten diese Verzweiflungstaten vor allem deshalb, weil FoxConn mit dem iPhone jenes Produkt der bunten Markenwelt herstellt, das als das mit Abstand coolste gilt.

Zusehends wird Gewerkschafter*innen bewusst, dass das Wissen über Strukturen internationaler Arbeitsteilung nicht nur zum Zwecke der Skandalisierung taugt, sondern auch dabei helfen kann, entlang von Produktionsketten politische Netzwerke zu knüpfen. Ein Beispiel für einen solchen Versuch ist *Transnationals Information Exchange*, ein internationaler Verbund von Basisaktivistinnen, die sich über Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Einsatzes für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen (<http://www.tie-germany.org/index.html>). In den USA spricht man schon seit vielen Jahren von den Potentialen »strategischer Recherche« und traut ihr zu, nicht zuletzt in Arbeitskämpfen einen wichtigen Beitrag leisten zu können. Dieses Kapitel des Bildungsbausteins soll dazu ermuntern, mit der Erforschung weltweiter Arbeitsbedingungen einmal selbst Erfahrungen zu sammeln.

Selbstverständlich wäre es vermessen, von Teilnehmer*innen zu erwarten, sie könnten im Rahmen einer Hausaufgabe »mal eben« Struktur und Funktionsweise einer globalen Güterkette recherchieren. Dafür ist diese bereits bei »einfachen« Produkten viel zu differenziert und im Prinzip auch endlos – Zulieferer sind schließlich nicht minder wichtig als unmittelbare Produzentinnen

oder Zulieferer von Zulieferern. Hinzu kommt, dass selbst die Suchmaschinentheorie nicht stark genug ist, an die für die Untersuchung konkreter Arbeitsbedingungen wichtigen Betriebsgeheimnisse privater oder auch staatlicher Unternehmen zu gelangen. Allzu häufig werden Arbeiterinnen mit Sanktionen bedroht, wenn sie über Missstände in ihrer Firma sprechen und wenn sie es doch einmal tun, ist noch immer nicht klar, wie groß überhaupt die Öffentlichkeit ist, die davon etwas wissen möchte.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist es mit den Mitteln des Internets inzwischen möglich, auf sehr viel mehr Stationen einer Güterkette Licht zu werfen, als das für die Normalverbraucherin im analogen Zeitalter möglich war. Gewerkschafter*innen und andere politische Aktivisten sollten sich diese Chance nicht entgehen lassen und sich im Interesse internationaler Kooperation eigenständig darüber informieren, unter welchen Umständen und von wem Gegenstände hergestellt wurden, die der eigene Betrieb benutzt oder weiterverarbeitet. Dieses Kapitel des Bildungsbausteins möchte eine Anregung liefern, wie internationale Arbeitsteilung im Seminar zum Thema gemacht werden kann und wie sich Teilnehmer*innen eigenständig ein Bild von der Ungleichheit der Arbeitsbedingungen machen können. Als einführende Hintergrundinformation ist den Materialien die Zusammenfassung eines Texts vorangestellt, der ein gelungenes Beispiel einer Produktrecherche vorstellt: »Die Weltreise einer Fleeceweste« von Wolfgang Korn. Ihm folgen detaillierte Ratschläge, mit welchen Erkenntnis leitenden Fragen sich Teilnehmer*innen selbst auf die Suche begeben können. Am Ende des Kapitels steht eine ausführliche Linkliste, die beim Auffinden konkreter Informationen behilflich sein kann.



★ Hintergrund

Gerade knapp bei Kasse kauft sich der Journalist Wolfgang Korn im Spätherbst 2005 beim Textildiscounter eine Fleeceweste für acht Euro. Sie ist zwar quietschrot, aber dafür billig und ohnehin nur dazu gedacht, dass er in seinem unbeheizten Büro nicht zu frieren braucht. Als er sich zwei Jahre später Gedanken über ein Buchprojekt zum Thema Globalisierung macht, sieht er im Fernsehen plötzlich einen kurzen Bericht über afrikanische Flüchtlinge, die mit ihrem kleinen Boot in Teneriffa gestrandet sind. Einer der Flüchtlinge trägt eine Fleeceweste, die genauso rot ist wie die, die Korn stilbewusstere Lebensgefährtin vor zwei Monaten in einen Altkleidercontainer geworfen hat. Der Journalist hat seine Geschichte gefunden – er beschließt, die Produktgeschichte zu recherchieren, die eine Kunststoffweste von der Gewinnung ihrer Rohstoffbasis bis zum Recycling üblicherweise hinter sich hat. Das sehr gut lesbare Jugendbuch »Die Weltreise einer Fleeceweste« (Korn 2008) ist das Resultat dieser Nachforschungen und als solches eine vorbildhafte Geschichte darüber, wie sich internationale Arbeitsteilung bzw. »Globalisierung« heute verstehen und beschreiben lässt.

Fleece (engl. für Flausch), eine seit einigen Jahren wegen ihrer guten Eignung für Textilien (warm, weich, leicht, strapazierfähig, geruchsneutral und sehr schnell trocknend) beliebte Kunstfaser, besteht aus Polyethylen. Wie viele andere Kunststoffe auch wird Polyethylen aus Bestandteilen jenes Erdöls hergestellt, das zum Beispiel vor der Küste Dubais gefördert wird. Der kolossale Reichtum des Emirats beruht zum einen natürlich auf diesen Ölvorkommen. Zum anderen beruht er aber auch darauf, dass ein Heer von gering bezahlten Gastarbeitern die eigentliche Arbeit für die aus Golfarabern bestehende Oberschicht erledigt. Die jungen Männer aus armen asiatischen

oder nordafrikanischen Staaten verdienen auf den Bohrinseln und Baustellen, in den Restaurants, als Transportarbeiter oder bei der Straßenreinigung nicht mehr als 150 bis 250 Euro monatlich. Ihre Arbeitserlaubnis ist zumeist befristet. Einen guten Teil des Geldes überweisen sie an ihre in den Herkunftsländern verbliebenen Familienmitglieder, für die diese so genannten *remittances* eine wichtige Einnahmequelle sind.

Sobald das von Bohrinseln im Perisischen Golf gewonnene Öl in einem ersten Raffinierungsprozess von Salzwasser, Gas und anderen Beimengungen getrennt worden ist, wird es als Rohöl auf riesige Tankschiffe gepumpt, von denen einige bis zu 350.000 Tonnen des Schwarzen Goldes transportieren können. Die *Madras*, das von Wolfgang Korn auf seiner Fahrt vom Jebel Ali Port in Dubai bis nach Chittagong, in den größten Hafen von Bangladesh begleitete Schiff, ist hingegen nur ein mittelgroßer Tanker. Er wird von einem holländischen Kapitän gesteuert und von 22 weiteren, zumeist philippinischen Besatzungsmitgliedern bedient. Raul, der portugiesische Bordingenieur der *Madras*, absolviert bei seinen Kontrollgängen über das Deck beispielsweise pro Tag ein Laufpensum von nicht weniger als zwölf Kilometern.

Arbeit in den erdöl- und chemieindustriellen Komplexen der Hafenstadt Chittagong ist gleichbedeutend mit großen Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Umwelt. Raffinerien, die in Europa wegen verschärfter Arbeitsschutzvorschriften schon vor Jahrzehnten stillgelegt wurden, sind einfach demontiert und in Bangladesch wieder aufgebaut worden. Arbeiterinnen, die nicht genug Geld verdienen, um den nahe gelegenen Slums zu entkommen, protestieren für höhere Löhne ebenso häufig wie gegen das hohe Risiko von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Als Rohstoff für das zur Fleece-Produktion nötige Polyethylen dienen neben dem Rohöl auch noch gebrauchte Kunststoffe. Die zu Ballen gepressten Plastikabfälle aus reichen

Ländern werden hier in Bangladesh geschreddert und dann per Hand sortiert, bevor sie in den Schmelzofen wandern. Anschließend wandelt eine Maschine die zähe Polyethylenmasse in dünne Polyesterfäden um. Vor ihrem Weitertransport mit dem LKW wird die Kunstfaser noch aufgeraut, damit das Fleece später dicht und flauschig ist.

In Dhaka, einer Megacity mit inzwischen vielleicht 14 Millionen Einwohnern, wird in einer industriellen Weberei an der Herstellung von Stoffbahnen gearbeitet, die zu etwa 40 Kilogramm schweren Ballen zusammengerollt werden. Kleintransporteure bringen diese Ballen zu einer Färberei, deren mal rote und dann wieder grüne Abwässer die gesamte Umgebung vergiften. Immer wieder müssen junge Fabrikarbeiter mit bloßen Händen in Becken oder Bottiche mit giftigen Lösungen, Säuren und Farben steigen, um Produktionsstörungen zu beheben. Die Bahnen aus bunt gefärbtem Fleecestoff werden anschließend in einer nahe gelegenen Näherei zu fertigen Kleidungsstücken weiterverarbeitet. Dem Arbeitstempo, den Zwölf-Studentagen, dem Lärm der Nähmaschinen und dem Geschrei der Aufseher in der schummrigen und schwülheißen Textilfabrik hält nur eine ganz besonders widerstandsfähige Kategorie von Arbeitskräften stand: junge Frauen zwischen 16 und 30. Eine gute Näherin bekommt für die schweißtreibende Arbeit in einer Hundert-Stundenwoche einen Lohn von umgerechnet etwa vier Euro – die Lohnkosten für das Nähen einer Fleeceweste liegen damit bei wenigen Cent.

Nach seiner Fertigstellung wird das Kleidungsstück in einen Container verladen und ab Chittagong per Frachtschiff exportiert. Zwischenstation macht die Ware im hoch automatisierten Mega-Hafen von Singapur, wo der Container mit der roten Fleeceweste von einem Küstenfrachtschiff mittels ausgefeilter Logistik auf einen riesigen Containerfrachter verladen wird. Dieses in Südkorea gebaute Schiff bringt seine Ladung aus insgesamt

8.400 Containern zu den Absatzmärkten im reichen Westen. Nach einer 20-tägigen Schiffsreise durch die Straße von Malakka, den Suezkanal und die Straße von Gibraltar im Hamburger Hafen angelangt, hat die Fleeceweste bereits 25.000 Kilometer zurückgelegt, dabei aber nur Transportkosten zwischen fünf und zehn Cent verursacht.

Ein LKW-Fahrer fährt den Container zum Verteilerzentrum des Textilwarenhouses in die Nähe von Gütersloh, wo die Fleeceweste ihr Preisschild bekommt: 9,95 Euro. Beim Auszeichnen und Sortieren der Ware für die Filialen klagt eine Lagerarbeiterin gegenüber ihrer Kollegin: »Ich verdiene sechs Euro die Stunde – das heißt: ich habe einen Monatslohn von nicht ganz 1.000 Euro brutto. Davon gehen noch Lohnsteuer, Kranken- und Rentenversicherung ab. Bleiben rund 750 Euro. Davon gehen noch einmal Miete, Strom- und Gaskosten runter. Bleiben mir 350 Euro im Monat.« (Korn 2008: 103) Eine Fleeceweste für knapp zehn Euro ist da vielleicht gerade noch erschwinglich – eine Jeans für 80 Euro hingegen schon eine große Anschaffung. Entsprechend schnell verkaufen sich die Textilien. Nur die roten Exemplare erweisen sich als Ladenhüter und müssen erst auf acht Euro herabgesetzt werden, bis auch Wolfgang Korn zugreift.

Zwar hat ihn die rote Weste über einen Winter im kalten Büro gebracht, nach anderthalb Jahren ist Korns Fleece allerdings schon recht verschlissen und seine Lebensgefährtin überantwortet sie endgültig dem Altkleidercontainer. Aber was heißt schon endgültig: In einem Gewerbegebiet am Rande von Hannover beginnt das zweite Leben der Fleeceweste. Textilrecycling ist ein großes Geschäft und deshalb sortieren ungelernete Arbeiterinnen hier all das, was in gut sortierten Kleiderschränken keinen Platz mehr hat. Gut erhaltene Klamotten werden an örtliche Secondhand-Läden weiterverkauft, weniger gut erhaltene nach Afrika exportiert, wo sie das Preisniveau auf den Märkten für einheimische Textilien drücken.

Um den Absatz der Alttextilien brauchen sich aber zumindest die Zwischenhändler keine Sorgen zu machen: Im Senegal beispielsweise gibt es genügend Kleinhändler, die auf den Weiterkauf gebrauchter Textilien angewiesen sind. Sie hoffen darauf, dass sich auf dem Markt einer kleineren Stadt jemand findet, der eine Zwei-Euroweste kauft, auch wenn sie rot ist und einen Fleck hat – vielleicht bringt die Farbe ja Glück.

In der Geschichte von Wolfgang Korn ist der 18-jährige Senegalese Andrame so ein Mensch. Weil es in seinem Dorf nicht genügend Arbeit gibt und sich zum Beispiel der Erdnussanbau infolge der gesunkenen Weltmarktpreise nicht mehr lohnt, beschließt er, sich auf den Weg nach Europa zu machen, um dort Geld zu verdienen. Von Freunden und Verwandten leiht er sich 350 Euro, um den Fluchthelfer zu bezahlen, der die Schar Ausreisewilliger auf einem kleinen Fischerboot nach Europa zu bringen verspricht. Von dem wenigen Geld, das ihm vor der Abfahrt noch verblieben ist, beschließt Andrame, sich noch eine Weste zu kaufen und findet auf dem Markt – jene, die Wolfgang Korn auch einmal getragen hat.

Mit viel Glück und unter großen Entbehrungen überlebt Andrame die äußerst risikoreiche Überfahrt. Nach sechs Tagen Ungewissheit erreicht das Flüchtlingsboot die Ferieninsel Teneriffa, wo ein europäischer Tourist die Ankömmlinge mit seiner Handkamera filmt. Besonders wohl ist ihm nicht dabei zumute und so verzichtet er auf das Angebot eines BBC-Reporters, das Filmmaterial für 500 Pfund zu verkaufen. Ein Bier genügt ihm und wenig später sehen Fernsehzuschauer auf den Bildern gestrandeter afrikanischer Flüchtlinge auch jene rote Fleeceweste, deren Weg der Journalist Wolfgang Korn in seinem Buch von der Produktion bis zum Konsum nachrecherchiert hat.

In einem Seminarkontext fehlt natürlich die Zeit, die Geschichte einer beliebigen Ware so detailliert zu rekonstruieren. Trotzdem können Seminarteilnehmer*innen sich durch eigenständige Internetuntersuchungen Fähigkeiten aneignen, die im Bereich von NGO's und Gewerkschaften von großem Vorteil sind. Nebenbei bekommen sie einen sehr plastischen Eindruck von den Möglichkeiten und Grenzen, die ihnen das Internet als Informationsmedium dabei bietet.

Zum Weiterlesen

Karin Fischer / Christian Reiner / Cornelia Staritz (Hrsg.) (2010): Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Wien.

Naomi Klein (2001): No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München.

Wolfgang Korn (2009): Die Weltreise einer Fleeceweste: Eine kleine Geschichte über die große Globalisierung, Berlin.



★ Seminarideen

Sucht euch im Supermarkt oder bei einem Einzelhandelsgeschäft ein Konsumprodukt des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel ein Lebensmittel, eine Textilie oder ein Haushaltsgerät aus! Notiert alle herstellungs- und transportrelevanten Informationen, die ihr der Beschriftung von Verpackung oder Produkt (Made in China, Imported from Greece, Zutaten, 100% Cotton usw.) entnehmen könnt. Fragt bei der Gelegenheit im Geschäft auch nach, von welchem Großhändler die Ware in den Einzelhandel gelangt ist und auf welchem Transportweg. Vielleicht bringt ihr unter Verweis auf eure Recherchetätigkeit sogar den Mut auf, die Verkäuferin nach ihrem Stundenlohn, ihrer Arbeitszeit oder nach ihren Arbeitsbedingungen zu fragen!

Versucht eure Informationen durch Internetrecherche nach Möglichkeit zu vervollständigen. Findet einerseits mehr über Rohstofflieferanten, Produzenten und Transporteure heraus und schließt andererseits eure Wissenslücken in Hinblick über die Herstellungsgeschichte, die vergleichbare Produkte üblicherweise hinter sich haben, wenn sie beim Endverbraucher angelangt sind. Erfragt eventuell auch bei einer Firma oder der für die Branche zuständigen Gewerkschaft genauere Hintergrundinformationen.

Legt eine Skizze mit den einzelnen Gliedern der Produktionskette an, auf der eure noch bestehenden Wissenslücken ebenso verzeichnet sind wie die Daten, die ihr bereits sichern konntet. Lasst euch nicht davon irritieren, dass ihr die Herstellungsgeschichte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht restlos aufhellen konntet – das ist angesichts des Spezialisierungsgrades weltweiter Arbeitsteilung nur selbstverständlich! Strebt trotzdem danach, mindestens fünf einigermaßen gesicherte Informationen über Zulieferer, Hersteller und Transporteure zu erhalten.

Setzt die von euch gesammelten Informationen über Bestandteile, Orte und Unternehmen nun in Beziehung zu der Arbeit, die nötig war, um die Ware herzustellen und sie an die Frau bzw. an den Mann zu bringen. Nur in den seltensten Fälle werdet ihr das Glück haben zu erfahren, wie die Produktionsgeschichte genau jener Ware aussieht, die ihr in den Händen haltet. Schreckt deshalb nicht vor dem Sammeln von Indizien zurück: Wenn ihr eine Jeans von Lee vor Augen habt, aber nur etwas über Näherinnen herausfindet, die in Ägypten für Levi's arbeiten, ist das für die Aufklärung über die Weltreise des gesuchten Kleidungsstücks nicht weniger interessant.

Zieht außer den euch nützlich erscheinenden Informationsquellen auch die Internetressourcen zu Rate, die auf dem Materialblatt als Handout aufgeführt sind. Viele davon werdet ihr schon kennen, einige aber noch nicht. Die meisten enthalten Suchfunktionen, über die ihr mit ein bisschen Fantasie bei der Suchwortformulierung detailliertere Informationen zu Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in bestimmten Ländern, Branchen und Herstellungsstadien erhalten könnt. Natürlich könnt ihr euch per E-Mail auch direkt mit Gewerkschafter*innen oder Kolleginnen in Verbindung setzen, denen ihr zutraut, euch hilfreiche Informationen liefern zu können. Bedenkt, dass zu den interessanten Informationen auch das offizielle Streik- und Koalitionsrecht sowie eventuelle Arbeitskämpfe auf dem Sektor oder Gebiet zählen!

Ihr habt in Bezug auf mindestens drei Glieder der von euch untersuchten Produktionskette Informationen über die entsprechenden Arbeitsbedingungen her-

ausfinden können? Gut gemacht! Fasst eure Informationen zusammen und bereitet eine Präsentation vor, auf der ihr euren Kollegen neben positiven Rechercheergebnissen und erfolgversprechenden Suchstrategien auch Irrtümer und Sackgassen erläutert – auch diese sind wichtig, um die Komplexität globaler Arbeitsteilung und die Schwierigkeit ihrer Darstellbarkeit zu verstehen. Stellt in eurer Präsentation auch eine Vermutung darüber an, wie viele der von euch ermittelten Befunde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sind!

Diskutiert und vergleicht nach den Präsentationen eure Rechercheergebnisse. Welches Resultat hat euch am meisten überrascht? Welche Unterschiede in Bezug auf die Arbeitsbedingungen sind euch aufgefallen? Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den Arbeiter*innen verschiedener Länder außerhalb der Tatsache, dass sie mit dem gleichen Produkttyp zu tun haben? Wie leicht ist es aus eurer Sicht, an Informationen über Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne heranzukommen? Und wie schwer ist euch die Rekonstruktion einer speziellen Produktgeschichte gefallen? Eignet sich das Beispiel der von euch untersuchten Produktionskette, um die Verhältnisse weltweiter Ungleichheit zu verstehen und zu problematisieren? Überlegt gemeinsam, wie viel vom Endpreis eines Produkts auf die Eigentümer und Arbeiterinnen der verschiedenen Produktionsprozesse, aber zum Beispiel auch auf die von Staaten erhobenen Steuern entfällt! Was passiert in der Regel mit den Produkten, wenn sie von den Erstkonsumenten nicht mehr gebraucht werden?

Diskutiert vor dem Hintergrund eurer Recherchen auch darüber, wie mit Konzernstrategien umgegangen werden kann, sich angesichts vielfacher Proteste ein grüneres oder sozialeres Image zu geben! Welchen Sinn hat es, in den wohlhabenden Ländern zu bewussterem Konsum aufzurufen? Sehr ihr darin auch eine Gefahr, einkommensschwächeren Gruppen, die sich teurere Produkte oft schlicht nicht leisten können, zusätzlich zu diskriminieren? Welche Chancen gibt es für Gewerkschafter*innen, entlang von Produktionsketten Öffentlichkeit herzustellen und Solidarität zu organisieren?

★ Handout Internetressourcen

Portale als Ausgangspunkt für die Suche

LabourStart:	http://www.labourstart.org/
LabourNet Germany:	http://www.labournet.de/
European Industrial Relations Observatory Online:	http://www.eurofound.europa.eu/eiro/
Google Books:	http://books.google.de/
Google Scholar:	http://scholar.google.de/
deutschsprachiges Wikipedia:	http://de.wikipedia.org/
englischsprachiges Wikipedia:	http://en.wikipedia.org/
französischsprachiges Wikipedia:	http://fr.wikipedia.org/
spanischsprachiges Wikipedia:	http://es.wikipedia.org/

Linksammlungen

Arbeit in Afrika:	http://library.stanford.edu/depts/ssrg/africa/labor.html
Arbeit in Asien u. Ozeanien:	http://www.3cr.org.au/aggregator/sources/683
Arbeit in Europa:	http://www.eurofound.europa.eu/eiro/links/euintunion.htm
Arbeit in Lateinamerika:	http://lanic.utexas.edu/la/region/labor/
Arbeit in Nordamerika:	http://www.jaysleftist.info/

frei zugängliche Volltextarchive von Zeitungen und Zeitschriften

The New York Times (Tageszeitung, USA):	http://www.nytimes.com/
The Guardian (Tageszeitung, GB):	http://www.guardian.co.uk/
Der Spiegel (Wochenzeitschrift, D):	http://www.spiegel.de
Die Zeit (Wochenzeitung, D):	http://www.zeit.de
Le Monde Diplomatique (Monatszeitung, F):	http://www.monde-diplomatique.de/
In These Times (Monatszeitschrift, USA):	http://www.inthesetimes.org/working/
Monthly Review (Monatszeitschrift, USA):	http://monthlyreview.org/

Internationale Gewerkschaftsbünde*

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften:	http://www.icftu.org/
Weltgewerkschaftsbund:	http://www.wftucentral.org/
Global Unions:	http://www.global-unions.org/
Europäischer Gewerkschaftsbund:	http://www.etuc.org/
Bau- und Holzarbeiter Internationale:	http://www.bwint.org/
Bildungsinternationale:	http://www.ei-ie.org/
Internationale der öffentlichen Dienste:	http://www.world-psi.org/
Internationale Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften:	http://www.icem.org/
Internationale Föderation der Textil- und Lederarbeiter:	http://www.itglwf.org/
Internationale Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter:	http://cms.iuf.org/
Internationale Journalistenföderation:	http://www.ifj.org/
Internationale Transportarbeiter-Föderation:	http://www.itfglobal.org/
Internationaler Metallarbeiterbund:	http://www.imfmetal.org/
UNI – Globale Gewerkschaft für Fach- und Dienstleistungsberufe:	http://www.uniglobalunion.org/

* auf den jeweiligen Seiten – zumeist unter den Stichworten »affiliates« oder »members« – stehen auch Links zu den zahlreichen Mitgliedsorganisationen

Internationale Organisationen, politische Initiativen und Stiftungen

International Labour Organization:	http://www.ilo.org/global/lang--en/index.htm
Europäisches Gewerkschaftsinstitut:	http://www.etui.org
Trade Union Advisory Committee to the OECD:	http://www.tuac.org/
attac:	http://www.attac.de/
amnesty international:	http://www.amnesty.de/
Human Rights Watch:	http://www.hrw.org/de
SOLIDAR:	http://www.solidar.org/
Greenpeace:	http://www.greenpeace.de
World Socialist Web Site:	http://www.wsws.org/
Clean Clothes Campaign:	http://www.cleanclothes.org
China Labour Bulletin:	http://www.china-labour.org.hk/en/
FIAN – Mit Menschenrechten gegen den Hunger:	http://www.fian.de/online/
Wildcat:	http://www.wildcat-www.de/
express:	http://www.labournet.de/express/index.html
Friedrich-Ebert-Stiftung:	http://www.fes.de
Hans-Böckler-Stiftung:	http://www.boeckler.de
Rosa-Luxemburg-Stiftung:	http://www.rosalux.de
Heinrich-Böll-Stiftung:	http://www.boell.de

Osteuropa: »Auf dem Sprung« oder dauerhaft peripherisiert?

»Wie werden nicht an Europa andocken,
wenn wir hier in Polen eine starke Gewerk-
schaftsbewegung aufbauen.«

Der Solidarność-Vorsitzende Lech Wałęsa
Anfang der 1990er Jahre zur Rolle seiner
Gewerkschaft im postkommunistischen Polen
(zit. nach Hofbauer 2007: 112)

★ Einleitung

Seit der bisher letzten Etappe der »Ost-
erweiterung« befinden sich unter den
27 Mitgliedstaaten der Europäischen
Union (neben der ehemaligen DDR)
zehn weitere aus dem ehemaligen *Ost-
block* hervorgegangene Länder – von Süd
nach Nord sind das Rumänien, Bulga-
rien, Ungarn, Slowenien, die Slowakei,
Tschechien, Polen, Litauen, Lettland und
Estland. In vielen dieser Staaten verband
sich der Beitritt zur Europäischen Uni-
on mit der Hoffnung, nach Jahrzehnten
staatssozialistischer Mangelwirtschaft
und einer schwierigen *Übergangsphase*
endlich zum westeuropäischen Wohl-
standsniveau aufschließen zu können.
Tatsächlich hat die Transformation zum
Kapitalismus in vielen Staaten eine un-
terschiedlich große Schicht von *Wende-*

gewinnern hervorgebracht. Darüber hin-
aus scheinen sich (Hauptstadt-)Regionen
und Wachstumspole wie zum Beispiel
Prag und Bratislava tatsächlich kaum
mehr von vergleichbaren Pendants wei-
ter westlich zu unterscheiden.

Gleichzeitig hat sich in vielen Re-
gionen Osteuropas aber auch eine zum
Teil extreme Armut ausgebreitet. »Wer
ins polnische Niederschlesien nach Wal-
brych, ins oberschlesische Chorzow, ins
ungarische Tatabanya, in die Mittelslo-
wakei nach Martin oder gar in das ru-
mänische Schiltal reist«, schreibt etwa
der österreichische Osteuropakenner
Hannes Hofbauer, »der braucht keinen
wissenschaftlichen Beweis für die soziale
Entrechtung, die sich der dort lebenden
Menschen bemächtigt hat. Wer damit
nicht zufrieden ist, kann sich mit Arbeits-
losenstatistiken helfen, in denen besagte
Regionen mit 30 bis 60 Prozent aufschei-
nen.« (Hofbauer 2007: 277)

Die in diesem Kapitel präsentierten
Materialien möchten dabei helfen, den
widersprüchlichen Prozess zu verstehen,
den Osteuropa in den Jahren seit der
Wende durchlaufen hat. Sie möchten
aber auch die Frage aufwerfen, wie sich
der Beitritt zur Europäischen Union auf
ihn ausgewirkt hat und weiter auswirken

wird. Im Hintergrundtext werfen wir ein Schlaglicht auf die von der Europäischen Union offiziell eingeräumte Ungleichheit der Lebensbedingungen und stellen kurz zwei Erklärungsmodelle vor: den modernisierungstheoretischen Mainstream und die kritische Alternative der Peripherisierungsthese. Anschließend präsentieren wir Ideen, wie die Frage nach der vermeintlichen oder tatsächlichen Peripherisierung Osteuropas in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit thematisiert werden kann. Die dazu nötigen Handouts zu drei zentralen Mechanismen der Peripherisierung, zu einem Theorienvergleich, zur Wahrnehmung der Lebensqualität in verschiedenen europäischen Städten und zu den regionalen Unterschieden der Armutsgefährdung beschließen das Kapitel.

★ Hintergrund

Wie die Europäische Union in verschiedenen offiziellen Berichten und Stellungnahmen – zum Beispiel zum Thema »Kohäsion«, dem EU-offiziellen Begriff für sozialen Zusammenhalt – selbst einräumt, kann in der *Gemeinschaft* von gleichen oder auch nur annähernd gleichen Lebensbedingungen keine Rede sein. Enorme soziale Gegensätze äußern sich demnach nicht nur als Einkommensunterschiede innerhalb eines Mitgliedstaats, sondern in dieser und anderer Hinsicht auch zwischen verschiedenen Regionen. So variiert beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf innerhalb der EU seit der Osterweiterung noch weitaus stärker als vorher. Auch wenn diese statistische Größe nichts über die konkrete Einkommensverteilung innerhalb einer Region aussagt, so deutet sie doch die Existenz eines enormen sozialräumlichen Gefälles an. In großen Teilen Rumäniens, Ungarns, Polens und Bulgariens lag das Pro-Kopf-BIP 2008 nämlich bei weniger als 50 Prozent des EU-Durchschnitts, während es in vielen Regionen Norditaliens, Österreichs, Westdeutschlands, der Benelux-Länder und Südenglands (also dem Ausdehnungsgebiet der von Wirtschaftsgeografen erfundenen *Blauen Banane*) mindestens 25 Prozent über dem Durchschnittswert der EU liegt (EU-Kommission 2010: 12).

Zwar gibt es auch und gerade in Ländern mit geringerem Bruttoinlandsprodukt eine häufig sehr reiche Oberschicht, dafür ist aber auch das Ausmaß der Armut sehr viel größer. So reicht die Zahl armutsgefährdeter Menschen »von weniger als sechs Prozent der Bevölkerung in Trento (Italien), Praha und Jihozápad (beide Tschechien) bis zu mehr als 35 Prozent in Ceuta und Extremadura in Spanien sowie Campania, Sicilia und Calabria in Italien.« (EU-Kommission 2010: 107) Ähnlich wie die relative ist auch die absolute Armut zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Uni-



on unterschiedlich stark verbreitet. »In Luxemburg, Schweden, den Niederlanden und Dänemark sind weniger als zwei Prozent der Bevölkerung von schwerwiegender materieller Deprivation betroffen, während dieser Anteil in Rumänien und Bulgarien über 30 Prozent liegt.« (EU-Kommission 2010: 109) Zum Vergleich: In der Bundesrepublik und in Frankreich liegt der entsprechende Anteil bei sieben Prozent (EuroStat 2010: 143).

Die Gefahr, vor Erreichen des ersten Lebensjahrs zu sterben, ist für ein neugeborenes Kind in Rumänien sechsmal höher als in der belgischen Region Brabant Wallon (EU-Kommission 2010: 76). Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer liegt in den mittelitalienischen Marken bei 80 Jahren, in Litauen aber nur bei 65 Jahren (EU-Kommission 2010: 73). Und nur 25 Prozent der Bulgarinnen und Rumänen sind mit der Gesundheitsversorgung zufrieden, aber 90 Prozent der Österreicher, Niederländerinnen und Belgierinnen. Für den Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer deutet sich in solchen Zahlen nicht etwa eine Angleichung an westliche Lebensverhältnisse, sondern allenfalls eine periphere Integration an. Den wenigen Regionen, die westliche Standards erreicht hätten, stünden in Osteuropa alle übrigen gegenüber, deren allermeiste Bewohner mit sehr viel weniger auskommen müssten. »Die soziale Schere, die sich in den vergangenen Jahren sozial zwischen wenigen Reichen und vielen Armen in Osteuropa aufgetan hat, findet also auch regional ihre Entsprechung.« (Hofbauer 2007: 279)

Dominantes Erklärungsmodell: nachholende Entwicklung

Eine auch regional stark ausgeprägte Ungleichheit in den Lebensverhältnissen wird von der Europäischen Union nicht etwa verleugnet, sondern ausdrücklich anerkannt. In wichtigen Gründungsdokumenten und Verträgen verpflichtet sich die Gemeinschaft deshalb auch dem Ziel einer langfristigen Verringerung sozialräumlicher Ungleichheiten. So heißt

es beispielsweise im *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union*: »Die Union entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern. Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.« (Artikel 174 des AEU-Vertrags)

Als Mittel innereuropäischer Regionalpolitik nennt die Einheitliche Europäische Akte aus dem Jahr 1987 strukturelle Instrumentarien wie den *Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung*, den *Europäischen Sozialfonds* oder den *Kohäsionsfonds*. Wie schwach deren finanzielle Ausstattung ist, macht allerdings schon ein Vergleich mit den infrastrukturellen Investitionen deutlich, die nach der deutschen Wiedervereinigung in den fünf neuen Bundesländern getätigt wurden. »Während in den Jahren 1991 bis 1995 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger zum ›Aufbau Ost‹ umgerechnet 450 Mrd. Euro beisteuerten, um 16 Millionen Ostdeutsche in das BRD-System zu integrieren, veranschlagte die gesamte Europäische Union für die Jahre 2004 bis 2006 40 Mrd. Euro, um – wie es heißt – 75 Millionen Menschen ›nach Europa heimzuholen‹.« (Hofbauer 2007: 280)

Von seiner vergleichsweise schwachen finanziellen Unterfütterung einmal abgesehen, fußt der regionalpolitische Ansatz der Europäischen Union darüber hinaus auf der Annahme, dass es sich bei den innereuropäischen Strukturen sozialer Ungleichheit vor allem um Entwicklungsunterschiede handele, die sich durch gezielte Entwicklungspolitik aufholen ließen. Mit dieser Ursachenanalyse greift die EU auf eine Theorie zurück, die als so genanntes »Entwicklungsversprechen« auch in die Geschichte der postkolonialen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eingegangen

ist. Einem evolutionären Stadienmodell zufolge sei es für diese Staaten demnach nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich, dem Vorbild der »entwickelten Industrieländer« nachzueifern.

Peripherisierungsthese

Ähnlich wie das Entwicklungsversprechen für den Trikont in den 1970er Jahren in die Krise geraten ist, so wirft auch seine Anwendung auf die ehemals staatssozialistischen Länder der »Zweiten Welt« eine Reihe von Schwierigkeiten und Fragen auf. Müssen sie wirklich nur »Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Muster« einführen, um genauso wohlhabend zu werden wie Westeuropäer? Hatte es sich nicht auch beim Staatsozialismus im Kern um einen Versuch nachholender Modernisierung gehandelt? Und sichern Kapitalinvestitionen aus dem Westen gemäß dem behaupteten *Trickle down*-Effekt tatsächlich bis zu den untersten sozialen Schichten durch? Hängt die Entwicklung einiger Regionen womöglich gar von der Unterentwicklung anderer ab? Sorgen Weltmarkt und Weltbank nicht vielleicht auch für die Erneuerung von Strukturen internationaler Ungleichheit?

Auf kritische Fragen wie diese suchten Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen im politischen Umfeld von Drittweltinitiativen seit den 1970er Jahren eine Antwort. Führende Exponenten des so genannten Weltsystem-Ansatzes (wie z.B. Immanuel Wallerstein, Giovanni Arrighi und Samir Amin) gehen davon aus, dass die Geschichte des im 15. Jahrhundert entstandenen kapitalistischen Weltsystems durch eine relative Konstanz von Strukturen globaler Ungleichheit gekennzeichnet sei. Einer kleinen Zahl reicher Staaten im Norden hätten vor allem im Süden sehr viel größere (und von verbreiteter Armut geprägte) Weltregionen gegenübergestanden, die zu ihnen in subalternen Abhängigkeit gestanden habe. Im Unterschied zur Dependenztheorie, die daraus einen einfachen, über ungleichen Tausch vermittelten Gegensatz aus Zentren und Peripherien ableitete, führte

die Weltsystemtheorie die Kategorie der Semiperipherie ein, die sich auch auf den Status weiter Teile Osteuropas im Weltsystem anwenden lässt.

Im globalen Maßstab erfüllen Semiperipherien zum einen eine politische Funktion: Ähnlich wie Mittelschichten in einer Klassengesellschaft puffern sie die Gegensätze zwischen einer reichen Minder- und einer verarmten Mehrheit ab. Darüber hinaus besteht ihre ökonomische Funktion darin, überschüssiges Kapital aus den Zentren zu absorbieren. Im Vergleich zu den Peripherien des Weltsystems können sie (zum Beispiel durch Kapitalimport oder Arbeitskräfteeexport) zwar einige Vorteile aus der weltweiten Arbeitsteilung ziehen. Solche Vorteile reichen aber in aller Regel nicht aus, um zum exklusiven Club der Staaten des Zentrums aufzuschließen. Diese sind nämlich aufgrund ihres ökonomischen Reichtums strukturell besser gewappnet, langfristigen Nutzen aus dem permanenten Prozess schöpferischer Zerstörung zu ziehen, der der hierarchischen Dynamik des Weltsystems inhärent ist und der es über lange Zeiträume hinweg so stabil gemacht hat. Aufgrund seiner notwendigen Exklusivität sorgt der »Aufstieg« einiger weniger semiperipherer Staaten in die Gruppe der Zentren (ebenso wie der Abstieg anderer Staaten auf peripheren Status) dafür, dass die meisten Staaten der Semiperipherie in einer privilegierten Form der Subalternität verbleiben (vgl. Arrighi 1990).

Zum Weiterlesen

Hannes Hofbauer (2007): EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Treibkräfte – soziale Folgen, Wien.

Giovanni Arrighi (1990): The Developmentalist Illusion. A Reconceptualization of the Periphery, in: W.G. Martin: Semiperipheral States in the World-Economy, Westport, S. 11-42.

PROKLA 128 (2002): Peripherer Kapitalismus in Europa, Ausgabe 3/2002 der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft.

★ Seminarideen

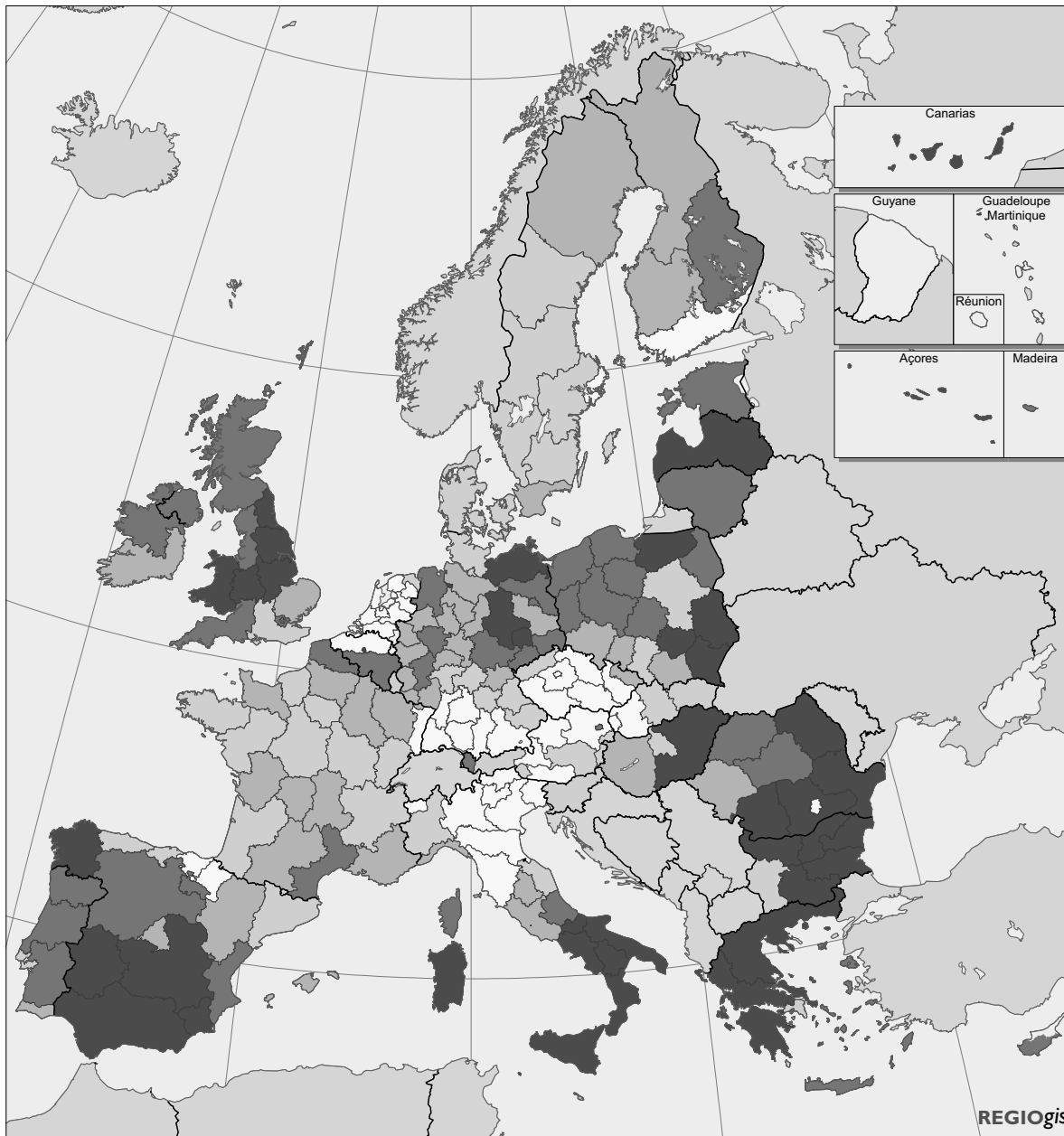
Arbeit mit Karten: Ein alter Ratschlag an die Freunde empirischer Sozialforschung lautet bekanntlich, dass man eine Statistik am besten selber fälschen solle, bevor man ihr Glauben schenkt. Politisch besonders umstritten ist die so genannte Sozialberichterstattung. Analysiert mit den Teilnehmer*innen deshalb möglichst umfassend und kritisch die Karte in Handout 1 – sie entstammt dem *Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt* der EU-Kommission aus dem Jahr 2010. Welchen Erklärungswert kann sie für die Analyse sozialer Ungleichheit in Europa beanspruchen? Weist die Teilnehmer*innen insbesondere auf die Bedeutung der Kategorien »Äquivalenzeinkommen«, »nationaler Median«, »Armutbedrohung nach Sozialtransfers« hin! Überlegt gemeinsam, welche sozialen Missstände durch die Karte kenntlich gemacht und welche verdeckt werden!

Arbeit mit Schaubildern: In grafisch aufbereiteter Form enthält Handout 2 die Ergebnisse einer statistischen Erhebung, die Bewohnerinnen verschiedener europäischer Großstädte nach ihrer Zufriedenheit mit ausgewählten Aspekten der Lebensqualität befragt hat. Lasst die Teilnehmer*innen die stark differierenden Angaben zur Lebensqualität und damit auch die unterschiedlichen Formen der einzelnen Siebenecke auswerten und fragt sie, von welchen Ergebnissen sie überhaupt nicht oder aber besonders überrascht sind. Welchen Beitrag können derartige Schaubilder nach Ansicht der Teilnehmer*innen zur Untersuchung von sozialer Ungleichheit in Europa leisten?

Forschendes Lernen: Lasst die Teilnehmer*innen in frei zugänglichen Internetarchiven von Zeitungen und Zeitschriften (in Deutschland zum Beispiel *zeit.de*, *spiegel.de* oder *mondediplomatique.de*) nach Reportagen suchen, die sich mit osteuropäischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Nachwendezeit beschäftigen. Untersucht mit ihnen einen exemplarisch ausgewählten Bericht in Hinblick auf die von ihm thematisierten Ungleichheiten und lasst einen Vergleich mit den in Handout 3 skizzierten Mechanismen anstellen: Finden sich Hinweise, dass Peripherisierung auch für den durch die jeweilige Journalistin geschilderten Fall eine Rolle spielt? Werden andere Hinweise für Peripherisierung geliefert? Tragt zusammen, wie sich die Wende auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Gewinnerinnen und Verlierern ausgewirkt hat! Welche zusätzlichen Kenntnisse bräuchtet ihr, um das Geschehen in der porträtierten Region besser beurteilen zu können? Überlegt gemeinsam, wie sich die notwendigen Hintergrundinformationen beschaffen ließen!

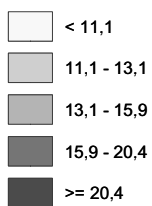
Theorienvergleich: Ihr habt mit den Teilnehmer*innen schon einige Probleme durchgesprochen, die mit der Nachwendezeit in Osteuropa zusammenhängen und wollt nun zur Ursachenanalyse übergehen? Handout 4 enthält einen stark schematisierten Vergleich von Modernisierungsdiskurs und Peripherisierungsthese. Ermuntert die Teilnehmer*innen, sich darüber Gedanken zu machen, welche Stärken, aber auch Schwächen die beiden Modelle für die Erklärung der Situation Osteuropas aufweisen? Wie müsste nach den Ergebnissen der Plenumsdiskussion eine Theorie aufgebaut sein, die den regionalen Besonderheiten genauer Rechnung trägt?

★ Handout 1: Regionale Unterschiede der Armutsgefährdung in Europa



Von Armut bedrohte Bevölkerung nach Sozialtransfers, 2008

% der Gesamtbevölkerung



EU-27 = 17

Armutsrisiko ist definiert als ein verfügbares Äquivalenzeinkommen (d.h. gewichtet nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung) von weniger als 60 % des nationalen Medians.

Ziel von Europa 2020 ist es, die Zahl der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen zu senken. Dies bezieht sich auf Menschen, die entweder armutsgefährdet und/oder von schwerwiegender materieller Deprivation betroffen sind und/oder in Haushalten mit sehr geringer Arbeitsintensität leben.

Quelle: DE: 2008 Daten Mikrozensus - DESTATIS; FR: 2007 Daten;

PT: auf der Grundlage von HBS 2005; NL: CBS - 2007;

UK: Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen - 2007/09;

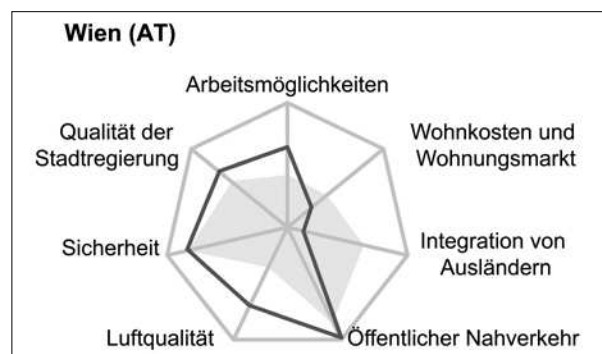
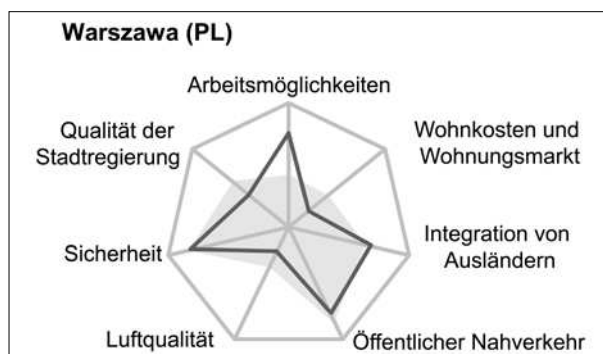
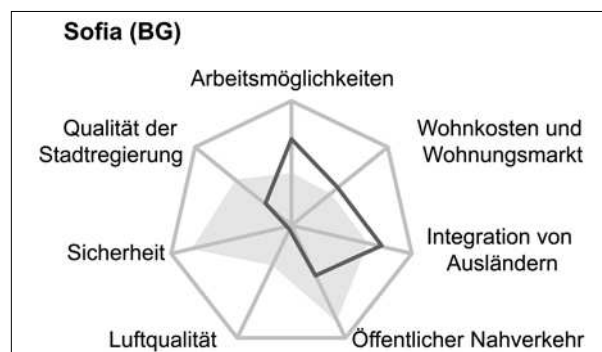
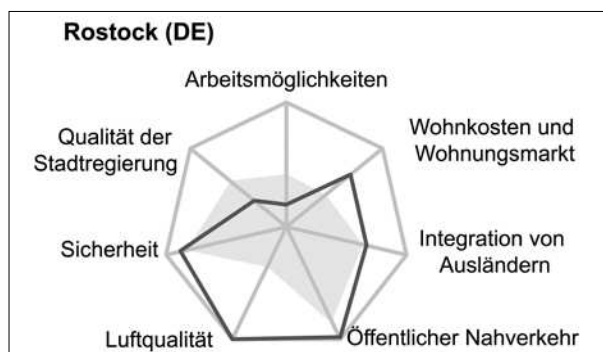
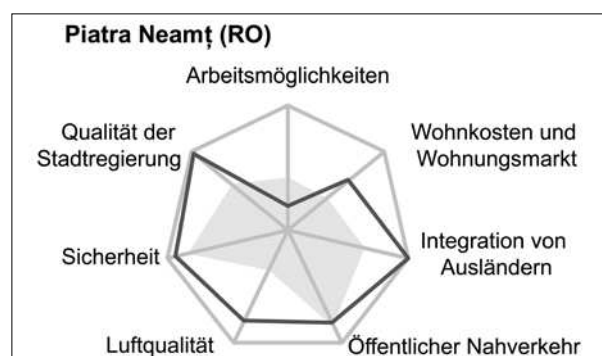
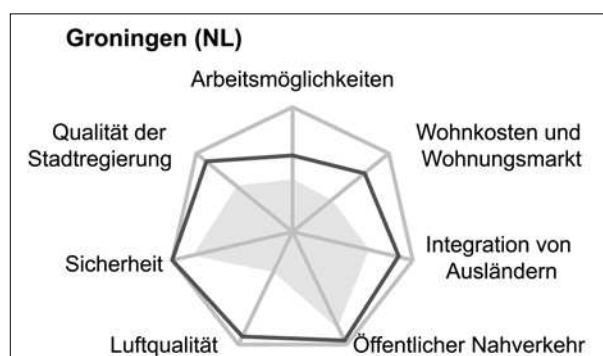
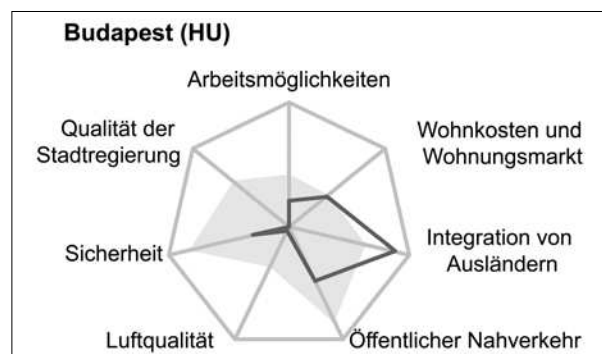
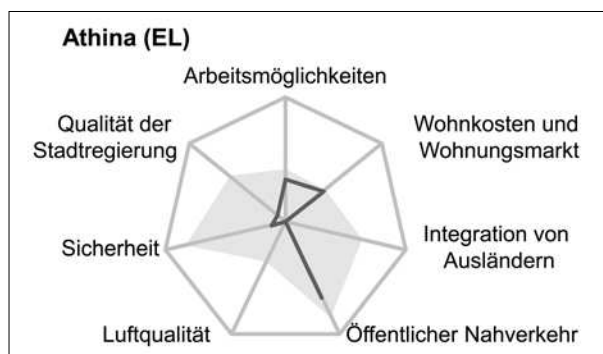
alle sonstigen Daten: Eurostat, EU-SILC

0 500 Km

© EuroGeographics Association für administrative Regionsgrenzen

Quelle: EU-Kommission (2010): In Europas Zukunft investieren. Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel, S. 106.

★ Handout 2: Grafiken zum Grad der Zufriedenheit der Bewohner mit Aspekten der Lebensqualität in ausgewählten Städten, 2009



Legende:



Der Mittelpunkt der Grafik entspricht der niedrigsten, der Rand der höchsten Bewertung in der Befragung.

Quelle: EU-Kommission (2010): In Europas Zukunft investieren.

Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel, S. 106.

★ Handout 3: Mechanismen der Peripherisierung

Westliche »Schocktherapien« für postsozialistische Staaten

Eine wichtige Rolle bei der Peripherisierung Osteuropas haben die Schocktherapien gespielt, die den Ländern bereits in der Endphase des Staatsozialismus oder danach verordnet worden sind. Die Verschuldung der Staaten eröffnete internationalen Gläubigern wie dem IWF oder der Weltbank einen immensen Einfluss auf die Gestaltung der politisch-ökonomischen Entwicklungsperspektiven der Nachwendezeit. Das Rezept, das den Osteuropäern angesichts ihres faktischen Wirtschaftsbankrotts nahegebracht wurde, ähnelte stark den so genannten Strukturanpassungsprogrammen, die vielen lateinamerikanischen Ländern bereits in den 1980er Jahren auferlegt worden waren. Um die Fortsetzung von Zinszahlungen und Schuldentilgung zu gewährleisten, sollten Umschuldungskredite an die Verpflichtung zur Durchführung einer radikalen Privatisierungs- und Deregulierungspolitik geknüpft werden.

Im Zuge des antikommunistischen Regimewechsels zeigten zahlreiche osteuropäische Politiker eine große Eilfertigkeit, den marktwirtschaftlichen »Reformvorschlägen« aus dem gelobten Westen Folge zu leisten. Durch eine plötzliche Währungsabwertung setzten sie die heimische Wirtschaft ohne Übergangszeit dem Druck des Weltmarktes aus. Massenentlassungen in den ehemaligen Staatsbetrieben hatten zu jener Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, die Kapitalanleger aus dem Westen anlocken sollte. Diese erachteten ihre Investitionen allerdings erst dann für sicher, wenn das in Umlauf befindliche Geld auch tatsächlich etwas wert war. Im Namen einer drastischen Sparpolitik wurden deshalb Subventionen für Grundnahrungsmittel, Wohnraum und andere Güter des täglichen Bedarfs dermaßen stark gekürzt, dass die drastische Inflationierung der Preise faktisch zu einer Vernichtung aller Sparguthaben führte. Erst danach kam es zur Privatisierung des Staatsvermögens, d.h. zum faktischen Ausverkauf von infrastrukturellen Filetstücken wie der Telekommunikation oder dem Bankensektor an westliche Konzerne.

Der US-amerikanische Imperialismustheoretiker David Harvey spricht im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement westlicher Kapitalgeber auch von einer *Akkumulation durch Enteignung*. Deren wesentliches Kennzeichen sei es, dass Märkte und Kapitalanlagesphären im Gefolge von Krisen und (kalten) Kriegen mehr oder minder gewaltsam geöffnet würden, um dem mit heimischen Verwertungsschwierigkeiten konfrontierten Metropolenkapital neue Räume der Akkumulation zu erschließen. Diese Akkumulationsvariante gehe häufig mit einer Überführung des Eigentums von Staaten, Kommunen und Genossenschaften in die privaten Hände multinationaler Konzerne einher, weswegen von einer Enteignung gesprochen werden müsse (Harvey 2003).

»Kerneuropas« verlängerte Werkbänke

Wie für die Privatisierungspolitik in Osteuropa gab es auch für die dortige Investitionspraxis westlicher Konzerne ökonomische Vorbilder. So wurden in etlichen Ländern der Dritten Welt bereits in den 1970er und 1980er Jahren so genannte *freie Produktionszonen* eingerichtet. *Frei* waren sie vor allem in dem Sinne, dass westliche Konzerne in ihnen zu niedrigsten Löhnen produzieren konnten, ohne auf Arbeiterrechte oder Steuereintreiber achten zu müssen. Solche zumeist aus dem Boden gestampften Produktionsstätten werden aufgrund ihrer ausschließlichen Ausrichtung auf den Export auch *Weltmarktfabriken* genannt. Besonders in vergleichsweise arbeitsintensiven Branchen wie der Textilindustrie sind die geringen Lohnstückkosten für die Unter-

nehmer das entscheidende Argument gewesen, um bestimmte Fertigungsschritte in *freie Produktionszonen* auszulagern. Außer durch die Regierungen, die für die Bereitstellung billiger und weitgehend rechtloser Arbeitskräfte sorgen, wurde dieses Produktionsmodell auch noch durch die durchgreifende Senkung weltweiter Transport- und Kommunikationskosten ermöglicht.

Nach der Wende haben multinationale Konzerne – häufig mit Fördermitteln der Europäischen Union – *auf den grünen Wiesen* Osteuropas vergleichbare Produktionsstätten mit besonders arbeitsintensiver Niedriglohnfertigung errichtet. Weil die Konzernzentralen, in die die erwirtschafteten Gewinne zurück überwiesen werden, ebenso im Westen verbleiben wie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und weil die Produktion fast ausschließlich für den Export bestimmt ist, spricht man in diesem Zusammenhang von *verlängerten Werkbänken*. Durch die Ausnutzung des geringen Lohn- und des gleichzeitig vergleichsweise hohen Qualifikationsniveaus sind zum Beispiel Ungarn und Tschechien, aber auch die bereits als *neues Detroit* apostrophierte Slowakei zu verlängerten Werkbänken der westlichen Automobilindustrie geworden.

In den übrigen Sektoren der osteuropäischen Wirtschaft hinterlassen solche verlängerten Werkbänke zumeist wenig Spuren. Außer der Tatsache, dass natürlich etliche Arbeitsplätze geschaffen (und schon morgen wieder verlagert) werden können, geht der Produktionsboom an den Binnenmärkten ansonsten aber vorüber. »Das Hauptproblem untergeordneter wirtschaftlicher Integration besteht demnach darin, dass eine selektive Einbindung nach den Logiken und Bedürfnissen westlicher Unternehmen stattfindet. Durch die Etablierung einer transnational-hierarchischen Arbeitsteilung werden zwar einige wenige Branchen, Marktsegmente und Regionen aufgewertet, Diffusionseffekte in die gesamte Volkswirtschaft gehen von diesem Prozess jedoch nicht oder zumindest noch nicht aus. Stattdessen erfahren die Nationalökonomien eine polarisierte Entwicklung.« (Neunhöffer / Schüttpelz 2002: 385)

Markttöffnung und andere »EU-Beitrittskriterien«

Auf ihrer Kopenhagener Ratskonferenz haben die EU-Regierungen im Juli 1993 die Bedingungen beschlossen, zu denen weitere (vor allem osteuropäische) Staaten in die Europäische Union aufgenommen werden dürfen. In diesen fortan so genannten Beitrittskriterien hieß es u.a.: »Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten; die einzelnen Beitrittskandidaten müssen zudem die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.« (Kopenhagener Konferenz des EU-Rats zit. nach Hofbauer 2007: 72) Im Einzelnen wurde von den Beitrittskandidaten, die sich Mitte der 1990er Jahre um Aufnahme bewarben, erwartet, dass sie den *Acquis communautaire*, den Gemeinschaftlichen Besitzstand von rund 20.000 Rechtsakten im Gesamtumfang von 80.000 Seiten, in ihr nationales Recht übernehmen.

Die Beitrittsverhandlungen boten – nicht zuletzt, weil sie als Konkurrenz mehrerer Kandidaten organisiert wurden – erneut eine gute Chance, den Interessen »Kerneuropas« (und seiner Konzerne) in den Ländern der Beitrittskandidaten Geltung zu verschaffen. Mit EU-Mitteln wurden ganze Heere von kommissionsfreundlichen Fachberatern und Verwaltungsexpertinnen ausgebildet, um in den letztlich doch eher einseitig geführten »Verhandlungen« zwischen Brüssel einerseits und den verschiedenen

osteuropäischen Hauptstädten andererseits zu vermitteln. »Der Konkurrenzkampf der einzelnen osteuropäischen Staaten untereinander garantiert Brüssel, dass es keine prinzipiellen Debatten bei den schweren Kapiteln ›Landwirtschaft‹, ›Freier Kapitalverkehr‹, ›Freizügigkeit‹ (freier Personenverkehr) oder ›Wettbewerbspolitik‹ gibt. Irgendeine beitriftswillige Regierung findet sich immer, um eine mögliche gemeinsame, eventuell kritische Stellungnahme der Aufnahmekandidaten zu unterlaufen und sofort ›ja‹ zum Rechtsbestand zu sagen.« (Hofbauer 2007: 79) Und um gänzlich auszuschließen, dass das deutsch-französische Führungsduo aus der Erweiterung der Union geschwächt hervorgehen könnte, drangen die alten Mitgliedstaaten im Vorfeld der Osterweiterung auch noch auf eine Ersetzung des Einstimmigkeits- durch das Mehrheitsprinzip im Rat – Entscheidungen können in der erweiterten Union deshalb nicht länger durch das Veto eines Mitgliedstaats verhindert werden. Stattdessen fällt nach dem neuen Verfassungsentwurf die Einwohnerzahl (und damit die Größe eines Landes wie Deutschland) sehr viel stärker ins Gewicht.



★ Handout 4:
Modernisierungsdiskurs und Peripherisierungsthe

	Modernisierungsdiskurs	Peripherisierungsthe
Zentrale theoretische Begriffe	<p><i>Tradition und Moderne:</i> traditionelle Strukturen der »Rückständigkeit« müssen durch solche der »fortschrittlichen« Moderne ersetzt werden.</p> <p><i>Hilfe zur Selbsthilfe:</i> entwickelte Länder und Akteure müssen den unterentwickelten bei der Ausbildung von Selbstständigkeit beistehen.</p> <p><i>Trickle down-Effekt:</i> Hilfsmaßnahmen »sickern« von infrastrukturellen Projekten zur breiten Masse der Bevölkerung durch.</p>	<p><i>Zentrum und Peripherie:</i> in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems herrschte eine kleine Gruppe reicher Staaten mit relativer Konstanz alle übrigen Weltteile.</p> <p><i>Ungleicher Tausch:</i> Auf dem Weltmarkt werden Waren nicht nur zu ihrem Wert getauscht. Teilweise eignen sie sich marktbeherrschende Akteure auch unter Wert an.</p> <p><i>Entwicklung der Unterentwicklung:</i> Aufgrund ungleichen Tauschs und politisch-militärischer Macht »entwickelt« sich durch »Entwicklung« auch »Unterentwicklung«.</p>
Abgrenzung zum kolonialistischen Imperialismus	Der Kolonialismus ging fälschlicherweise von der Unfähigkeit der Kolonisierten zur Selbstregierung aus – deshalb ist er auch zurecht zugrunde gegangen.	Der Kolonialismus ist durch die Befreiungsbewegungen zwar erschüttert, aber nicht völlig überwunden worden. Gegenstand der Kritik müssen neokoloniale Abhängigkeiten werden.
zur Frage des Vorbildcharakters westlicher Staaten	Die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Strukturen in den entwickelten Ländern sind sowohl nachahmenswert als auch nachahmbar.	Die westlichen Staaten sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Hinter ihrem Entwicklungsversprechen verbergen sich Ausbeutungsinteressen und kulturelle Arroganz.
Rolle von Weltmarkt und Kapital	Ausländische Kapitalinvestitionen spielen für die Entwicklung von Staaten eine entscheidende Rolle.	Ausländische Kapitalinvestitionen begründen sowohl zwischen Eigentümern und Eigentumslosen als auch zwischen reichen und armen Ländern ein Abhängigkeitsverhältnis.
Theoretisch-politische Bezüge	Fordismus; Antikommunismus; Antikolonialismus; Stadientheorien wirtschaftlichen Wachstums; Theorien des gesellschaftlichen Strukturwandels von der Agrar- bis zur Dienstleistungsgesellschaft	Marxismus; Bewegungen gegen Kolonialismus und Neokolonialismus; Dependenztheorie
Hochzeit politischen Einflusses	1950er bis 1980er Jahre: Scharen von »Entwicklungshelfern« realisieren Großprojekte wie z.B. die »Grüne Revolution« in der Landwirtschaft.	1970er Jahre: Mit dem Scheitern vieler »Entwicklungshilfeanstrengungen« machen sich Aktivisten und kritische Wissenschaftler an die Ursachenforschung.

Spiel des realen Lebens

Die vielen Gesichter der Prekarisierung

★ Einleitung

Diese Einheit des Bildungsbausteins soll dazu anregen, sich dem Thema Prekarisierung zu nähern, das für die Interessenvertretung von Beschäftigten weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. Das Standardarbeitsverhältnis, verstanden als unbefristete Vollzeitstelle, entwickelt sich derzeit in vielen Ländern der Europäischen Union immer mehr von der Norm hin zu einem Arbeitsvertragsmodell unter vielen, während frühere Randbereiche des Arbeitsmarktes für immer mehr Menschen zur Lebensrealität werden. So untergliedern sich die Belegschaften heute in befristete und unbefristete, Leiharbeiterinnen, Mini-Jobber, Ein-Euro-Jobber, Praktikantinnen und unfreiwillig Teilzeitarbeitende. Im Niedriglohnbereich arbeiten so genannte *working poor* zu Löhnen, die zum Leben nicht mehr reichen. Alleine im Zeitraum zwischen 2001 und 2005 ist die Zahl der Beschäftigten ohne Standardarbeitsvertrag in der EU von über 36 Prozent auf fast 40 Prozent gestiegen (vgl. EU-Kommission 2006: 8). Diese Daten beinhalten noch keine Berechnungen zur Lohnhöhe oder zu Arbeitsvertragsformen wie Leiharbeit. In den Ländern

der EU fallen verschiedene Facetten der Prekarisierung besonders ins Auge: In Spanien ist mit sechs Millionen Leiharbeitern die Zeitarbeit besonders ausgeprägt; in Italien arbeiten fast 3 Mio. Menschen als Scheinselbstständige; 6 Mio. Beschäftigte in Deutschland arbeiten zu Löhnen jenseits der Armutsgrenze und 80 Prozent der Neueinstellungen in Frankreich basieren auf befristeten Arbeitsverträgen (vgl. ETUC 2008: 2).

Prekarisierung zeigt sich in unterschiedlichem Gewand, doch weisen all diese Facetten im Kern auf ein gemeinsames Problem hin, nämlich auf die Entnormierung und Entgrenzung der Lohnarbeit hinsichtlich Arbeitsvertragsformen, Lohnhöhe, Arbeitszeit und schwindende Möglichkeiten kollektiver Interessenvertretung. Zwar unterscheidet sich die Lebensrealität junger »Kreativer«, Akademikerinnen mit befristeten, aber dennoch gut bezahlten Stellen, Leiharbeitern, Mini-Jobberinnen, Ein-Euro-Jobbern, Endlospraktikantinnen oder Menschen, die zum Niedriglohn arbeiten müssen, teilweise gravierend, etwa in ökonomischer Hinsicht. Aber alle sind großen Unsicherheiten hinsichtlich ihrer Lebensplanung ausgesetzt. Außerdem entsteht z.B. sowohl durch den Niedrig-

lohnbereich als auch durch flexibel einsetzbare Leiharbeiterinnen Druck auf die Kernbelegschaften, die somit ihrerseits die Verunsicherung erfahren, die schon Teil des Lebensgefühls der jungen Generation der lohnabhängig Beschäftigten geworden ist.

Dass die prekäre Lage der Lohnarbeit nicht erst mit dem Trendbegriff Prekarisierung entstanden ist, hat Dirk Hauer mit dem Begriff der *umkämpften Normalität* auf den Punkt gebracht, der ausdrücken soll, dass die Absicherung der Lohnarbeit durch rechtliche Errungenschaften wie den Kündigungsschutz, tarifliche Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitszeit und eine Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit politisch eingefordert und erkämpft wurde und immer weiter verteidigt oder neu erkämpft werden muss. Die Prekarisierung der Arbeit kann auch als Ausweitung der ohnehin prekären Arbeit etwa der arbeitsmarktpolitischen »Randgruppe« Frau im Fordismus gelten. Viele der heutigen Charakteristika prekärer Beschäftigungsverhältnisse gehörten schon lange zu ihrer Lebenswirklichkeit. Der arbeitsmarktpolitische Wildwuchs ist dabei nicht willkürlich entstanden, sondern Folge einer gezielten Strategie der Flexibilisierung, die von Unternehmen im Sinne ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingefordert und von politischer Seite flankiert und durchgesetzt wurde.

Hat die Idee einer solidarischen Gesellschaft angesichts der starken Fragmentierung der abhängig Beschäftigten an Triebkraft verloren? Und wie können sich die vielen Gesichter der Prekarisierung zu einer gemeinsamen Bewegung konstituieren? Noch während diese Frage theoretisch diskutiert wird, entstehen in Europa spontan und ganz praktisch Protestbewegungen gegen eine Politik, die im Namen von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit den Sozialstaat aushöhlt. Die Proteste der Prekarisierten in Italien unter der Schirmherrschaft von *San Precario*, dem Schutzheiligen der unsicher Beschäftigten, oder neuerdings die *Indig-*

nados (Empörten) in Spanien entstehen spontan und werden von Menschen, die ihre Chance auf ein besseres Leben einfordern, getragen.

In der Überwindung der Zersplitterung der verschiedensten Gruppen des Arbeitsmarktes und der Herausbildung eines gemeinsamen Verständnisses der latent unsicheren Lebensbedingungen liegt eine große Chance für die kollektive Interessenvertretung abhängig Beschäftigter auch oder gerade in Zeiten von Flexibilisierung und Prekarisierung. Diese Zeiten verdeutlichen, das wir in einem Wirtschaftssystem leben, das nicht auf einer vernünftigen Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und eines Ressourcen sparenden Zusammenlebens, sondern auf einem unkalkulierbaren Streben nach Profit gebaut ist.

Dieser Baustein möchte zu vier Strategien anregen: Zunächst gilt es, sich anhand der vorgeschlagenen Übungen dem Begriff der Prekarisierung anzunähern und zu einem gemeinsamen Verständnis zu gelangen. Ein weiterer Schritt soll darin bestehen, mit der Methode des Storytelling den vielen anonymisierten Schicksalen eine Stimme zu geben. Dann soll anhand von statistischen Hintergrundinformationen ein wenig Licht in das Dickicht der neuen Regelungen und Segmentierungen auf dem Arbeitsmarkt gebracht und am Beispiel Spaniens exemplarisch beleuchtet werden, um schließlich anhand der Beobachtung der Protestbewegung der *Indignados* Strategien gegen Prekarisierung zu diskutieren.

Zum Weiterlesen

ETUC (2008): Quality of jobs at risk! An overview from the ETUC on the incidence and rise of precarious work in Europe, Brüssel.
http://www.etuc.org/IMG/pdf_PRECARIOUS_WORK_IN_EUROPEupdate-kh1.pdf

Dirk Hauer (2007): Umkämpfte Normalität. Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen, in: Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.) (2007): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. »Beiträge des Kritischen Bewegungsdiskurses«, Hamburg, S. 30-42.

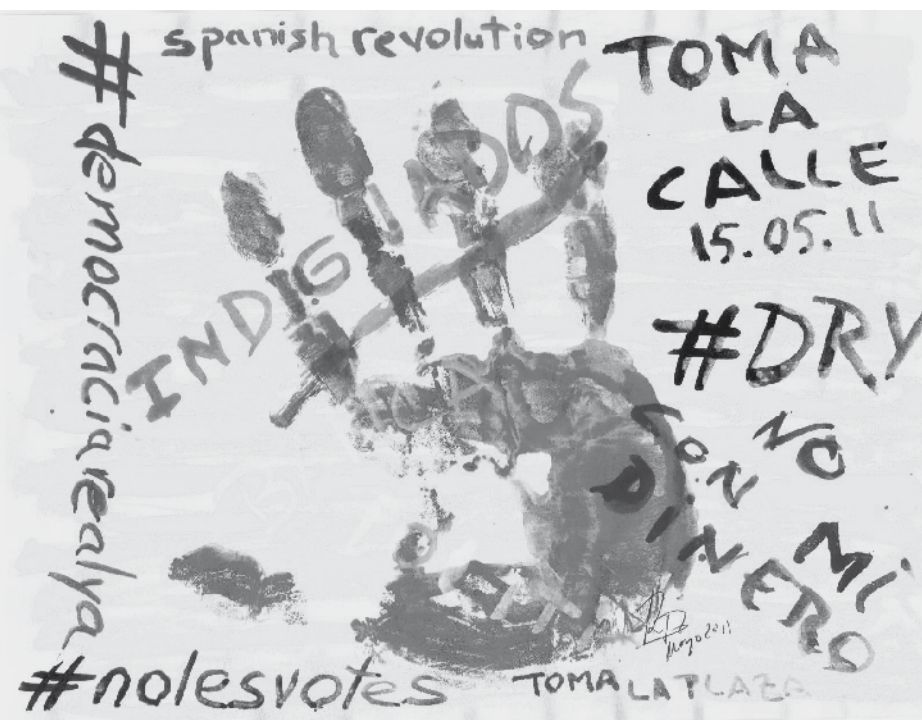
★ Hintergrund

Milleuristes – Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und die Democrazia Real Ya!

Milleuristes wird sie genannt, die Generation der jungen Menschen, die mit einem Einkommen von unter 1.000 Euro auskommen muss. Einige Daten verdeutlichen die prekäre Lage der (jungen) Beschäftigten in Spanien, deren Wut sich in der Bewegung der *Indignados* seit dem 15. Mai 2011 in den Städten Spaniens niederschlägt. Schon ein kurzer Blick auf die Statistik verdeutlicht die prekäre Arbeitsmarktlage in Spanien: Im Jahr 2009 waren 25,4 Prozent der männlichen Beschäftigten in Spanien und 27,3 Prozent der weiblichen Beschäftigten mit einem befristeten Arbeitsvertrag angestellt (European Commission 2010). Von den neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen waren 2005 nur noch 8,8 Prozent unbefristet (Streck 2010), während 2009 37,8 Prozent der Jugendlichen von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Doch sind die Arbeitslosigkeit und die Prekarität nicht mangelnder Qualifikation geschuldet. Ganz im Gegenteil: Die junge Generati-

on ist die bisher am besten ausgebildete. Und doch dauert es sehr lange, bis sich junge Menschen in Spanien vom Elternhaus unabhängig machen können. Die schlechte Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen und jungen Menschen führt dazu, dass die Zahl derjenigen, die erst spät auszieht, sehr hoch ist. 77,5 Prozent der 20- bis 24-Jährigen wohnen noch bei ihren Eltern, 44,6 Prozent der 25- bis 29-Jährigen und sogar noch ein Fünftel der 30- bis 34-Jährigen (Alonso/Rodriguez 2008: 78).

Die Gesetzesvorhaben seit Ende der 1980er Jahre zeigen, dass diese Entwicklung politisch gewollt und durch eine Deregulierung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen erfolgte, die auf der Argumentation basierte, mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes entstünden durch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mehr Arbeitsplätze. Als Beispiel können die Gesetzesänderungen von 1994 zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes dienen, die unter der sozialdemokratischen PSOE-Regierung verabschiedet wurden. Diese führten u.a. die Leiharbeit ein und schufen einen neuen arbeitsmarktpolitischen Akteur: die Zeit-



arbeitsfirmen. Im Jahr 2007, also 13 Jahre nach Einführung der Zeitarbeit, waren mehr als die Hälfte der Beschäftigten unter 30 (51,7 Prozent) als Leiharbeiter beschäftigt. In den in Spanien zeitweilig boomenden Branchen des Bausektors und der Landwirtschaft gab es sogar 66 Prozent bzw. 73,3 Prozent Beschäftigte in der Zeitarbeit, die insgesamt ein gutes Drittel (30,7 Prozent) der Arbeitsplätze stellt (Alonso/Rodríguez 2008: 74ff.).

Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage, welche Vorteile die Flexibilisierung aus der Beschäftigtenperspektive hat und welche Gegenstrategien sich entwickeln können. Noch 2008 beschrieben Alonso/Rodríguez (78f.) die jungen Prekarisierten in Spanien als konsumistisch und apolitisch: »Die junge Generation scheint sich nicht gegen diese Prekarität zu wehren, obwohl sie direkt davon betroffen ist. Viele aus dieser Generation legen eine unpolitische Haltung an den Tag (oder konservativ je nach Sichtweise): Sie bieten diesen wichtigen Problemen die Stirn, in dem sie eine Art amnesischen Konsumismus zur Schau tragen.

Anstelle einer starken und organisierten Bewegung, die gegen die Situation kämpft, hat die spanische Konsumgesellschaft der letzten Jahrzehnte Spanien auf den ersten Rang beim Konsum von Kokain und vergleichbaren Substanzen katapultiert.«

2011 veränderte sich die Situation erheblich. Das Manifest der »Empörten« ist als Handout an dieses Kapitel angehängt.

Zum Weiterlesen:

Alonso, Luis Enrique / Rodríguez, Carlos Fernandez (2008): Empleo et précarité des jeunes en Espagne. In: Travail et Emploi, No. 115, S. 71-80.

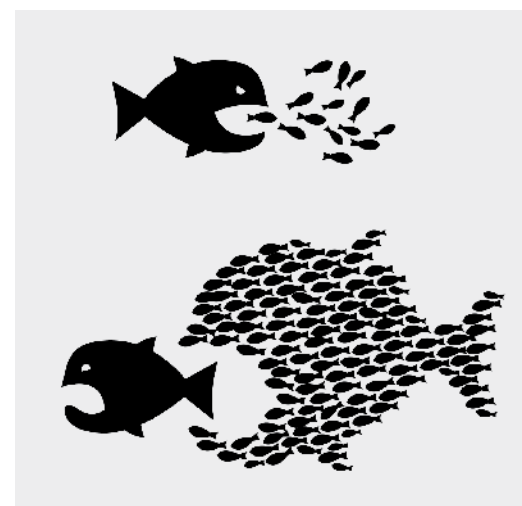
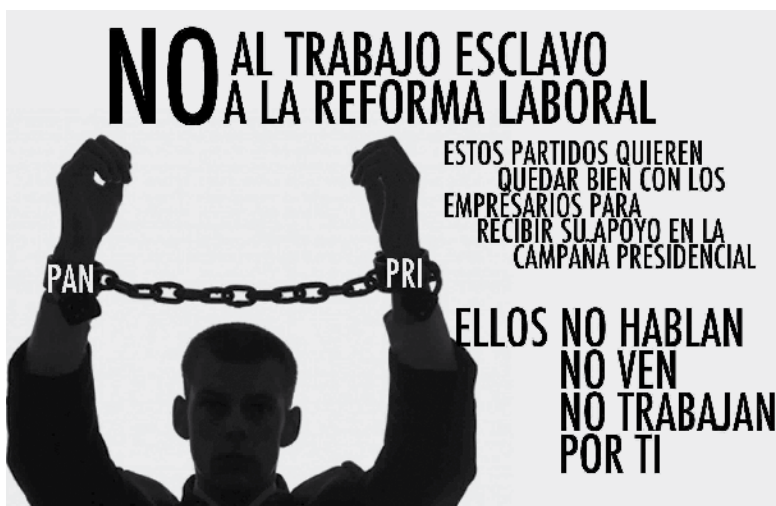
Facebook-Seite der spanischen Bewegung der Indignados: <http://www.facebook.com/democraciarealya>

Zum Weitersehen:

Stefano Obino: Il Vangelo secondo Precario – Storie di ordinaria flessibilità, Italien 2005.

Ken Loach (2007): It's a free World, Großbritannien.

Massimo Venier (2009): Generazione Mille Euro [Die 1.000-Euro-Generation], Italien.



★ Seminarideen

Bildanalyse

Als Einstieg zu einer Seminareinheit *Prekarisierung* kann den Teilnehmer*innen das unten abgebildete Foto ausgeteilt werden. Welche Assoziationen weckt es? Die Teilnehmer*innen sollen sich mit dem Nachbarn oder der Nachbarin über ihre Gedanken austauschen und diese dann der Gruppe vorstellen.



Was heißt hier Randgruppe?

Arbeitsmarktpolitische Randgruppen werden sie genannt, die Jugendlichen, die Frauen, die Älteren, die Migrantinnen. Das so genannte Normalarbeitsverhältnis, das seit längerem bröckelt, war – um es etwas überspitzt auszudrücken – die Norm des »weißen« Mannes durchschnittlichen Alters. Überlegt einmal, wie viele Beschäftigte und Arbeitslose eigentlich unter diese so genannte Norm fallen!

Metaplan Atypische Beschäftigung und Diskussion von Definitionen

Was fällt alles unter prekäre/atypische Beschäftigung? Jede*r Teilnehmer*in schreibt als Einstieg Formen atypischer Beschäftigung auf. Danach werden die Ergebnisse auf einer Metaplanwand zu Gruppen und unterschiedlichen Kategorien geclustert. Die Ergebnisse des Metaplans werden diskutiert und mit den aus den Materialien ergänzten Definitionen verglichen und diskutiert. Ziel dieser Übung ist eine Sensibilisierung für die Vielschichtigkeit der Problematik anhand von möglichen Definitionen, sowie die gemeinsame Entscheidung darüber, welche Facetten besprochen werden sollen. Als politisches Problem stellt sich beispielsweise Prekarisierung anders, wenn man Möglichkeiten der Interessenvertretung von Beschäftigten in die Definition einbezieht.

Freewriting-Übung zum Stichwort *Prekär*

Freewriting ist eine Methode, die aus der kreativen Schreibpädagogik stammt und den Teilnehmer*innen ermöglicht, assoziativ ihre Gedanken zu einem bestimmten Thema zu sammeln. Nicht nur die ohnehin immer aktiven Teilnehmer*innen kommen so zum Zuge, sondern alle sind dazu aufgerufen, ihre Gedanken zu Papier zu bringen. Fünf Minuten lang sollen die Teilnehmer*innen – ohne den Stift aus der Hand zu legen – eine Episode oder auch sachliche Fragen und Antworten zum Thema »prekär« zu Papier bringen. Es liegt im Ermessen der Teamer, diese Übung auf zehn Minuten zu erweitern, jedoch sollte die Zeit vorher angekündigt werden. Nach der vereinbarten Zeit gibt die Teamerin Bescheid. Die Teilnehmer*innen können nun ihre Beiträge vorlesen. Anschließend können sie diskutiert werden. Gerne sollen hierbei auch eigene Erfahrungen mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen aufgezeichnet werden.

Spiel des Lebens

Viele kennen das international verbreitete Gesellschaftsspiel »Spiel des Lebens«, dessen Ziel es laut Spielanleitung (<http://www.hasbro.de/manuals/14529.pdf>) ist, »Reichtümer an[zuhäufen durch das Sammeln von Geld und Lebensstil-Karten«. Wer am Ende des Spieles am meisten Geld besitzt, hat gewonnen. Als Seminarübung sollen die Teilnehmer*innen die Spielanleitung, in der detailliert ein typischer stilisierter Karriereverlauf geschildert wird, den realen Lebensverläufen vieler Menschen heute anpassen und umschreiben. Ein Spiel des realen Lebens entsteht, das auch Spiel des prekären Lebens genannt werden könnte. Diese Übungsidee kann man auch dahingehend umwandeln, dass die Teilnehmer*innen ein Spiel des idealen Lebens imaginieren.

Ein Beispiel: Natürlich hat der Vorzeige-Karrierist, um den es im »Spiel des Lebens« geht, alle Hände voll damit zu tun, Hauskäufe zu tätigen, mit Versicherungspolicen zu jonglieren und Aktienpakete im Blick zu behalten. Und er hat offensichtlich auch keinerlei Probleme gehabt, sich zu Beginn seines BWL-Studiums Geld für die Studiengebühren bei der Bank zu leihen: »Falls Du Dich entscheidest die Universität zu besuchen, stellst Du Dein Auto auf das Feld UNIVERSITÄT-START und führst folgende Aktionen durch:

1. Du leihst Dir 40.000 Mark von der Bank (siehe Bank-Anleihen) und bezahlst damit sofort Deine Studiengebühren.
2. Wenn Du das Feld KARRIERE-WAHL erreichst, musst Du anhalten, auch wenn Du Schritte übrig hast.
3. Ziehe drei Gehalts-Karten verdeckt aus dem Stapel. Schau sie an, wähle eine aus und stecke die beiden anderen zurück in den Stapel.
4. Lege Deine Karriere- und Deine Gehalts-Karte offen vor Dich hin. Drehe am Rad und ziehe weiter.«

Im Spiel des prekären Lebens sind die Dinge anders gelagert. Hier geht es merklich häufiger um unbezahlte Praktika, befristete Verträge und die Hoffnung, die man

auch noch in die einhundertzehnte Bewerbung zu stecken hat. Auf diese Verhältnisse umgeschrieben müsste die Spielanleitung vielleicht eher so lauten. »1. Benutze nur den roten Würfel, auch wenn der fast immer auf die eins fällt. Ärgere Dich nicht, wenn andere Mitspieler nur Sechsen würfeln, sondern betrachte das als Ausdruck ihres überlegenen Könnens! 2. Bringe kein allzu großes Interesse an Deinem Studium auf und verweile nicht zu lang auf dem Feld »Universität«, denn das könnte Dich bei der Erledigung Deiner zahlreichen Nebenjobs nur auf dumme Gedanken bringen! 3. Komm bloß nicht auf die Idee, an die Krawattenträger Mitleidspunkte dafür zu verteilen, dass sie sich dauernd an irgendwelche Etiketten halten müssen, sondern betrachte sie brav als nachahmenswerte Vorbilder! 4. Frag nicht, ob Deinen Mitspielerinnen auch irgendetwas komisch vorkommt, sondern setze alle Deine Hoffnung darauf, dass Dein Würfel endlich auch einmal eine Sechs zeigt!«

Spielfiguren

Die Gruppe soll anhand von markanten statistischen Größen, wie sie beispielsweise im Hintergrundtext, aber auch in zahlreichen leicht zugänglichen Statistiken vorkommen, Prozentverteilungen schätzen – etwa wie viele Personen 2009 in Deutschland noch in einem tarifgebundenen Betrieb mit Betriebsrat gearbeitet haben oder wie viel Prozent der Beschäftigten in Italien 2010 Selbstständige waren. Um die Schätzung zu visualisieren, stellen die Teamerinnen Spielfiguren in unterschiedlichen Farben bereit, von denen die Teilnehmenden 100 Stück auf einem Tisch so anordnen sollen, dass sie der geschätzten Zahl entsprechen.

Learning by research

Storie di ordinaria flessibilità

(Geschichten alltäglicher Flexibilisierung)

Storytelling verbreitet sich als Methode nicht nur im Marketing, sondern auch im politischen Bereich immer mehr. Durch das Sammeln und Erzählen von Geschichten werden aus anonymisierten statistischen Größen Geschichten. Durch die Dokumentation von Einzelbeispielen kann das exemplarische Lernen der Teilnehmer*innen gefördert werden. Sie sollen (je nach Seminarort) auch selbst Geschichten recherchieren, in dem sie Beschäftigte oder auch Arbeitslose auf der Straße oder in einem Betrieb, bei dem vorher angefragt wird, interviewen und dies per Video, Diktiergerät oder auch Mitschrift dokumentieren. Falls die Teilnehmer*innen dies möchten und die Interviewten einverstanden sind, könnten sie diese Geschichten sogar im Rahmen eines Seminars mit Hilfe eines Blogs oder anderer sozialer Medien im Internet veröffentlichen.

Solidarität in Zeiten der Flexibilisierung

Die Teilnehmer*innen sollen sich in Kleingruppen à fünf Personen zusammensetzen und ein kleines Pamphlet mit dem Titel »Solidarität in Zeiten der Flexibilisierung« schreiben, in dem sie Vorschläge entwickeln, wie Gewerkschaften trotz einer höheren Heterogenisierung der arbeitenden Klassen handlungsfähig bleiben bzw. wieder neu werden können. Danach sollen sie es bitte der Gruppe vortragen.



★ Handout 1 Das Manifest von »Democracia Real Ya!«

» Wir sind normale Menschen. Wir sind wie du: Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden. Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu bieten.

Einige von uns bezeichnen sich als aufklärerisch, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilf- und sprachlos.

Und diese Situation ist mittlerweile zur Normalität geworden – tägliches Leid, ohne jegliche Hoffnung. Doch wenn wir uns zusammentun, können wir das ändern. Es ist an der Zeit, Dinge zu verändern. Zeit, miteinander eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Deswegen treten wir eindringlich hierfür ein:

- Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, kulturelle Freiheit, Nachhaltigkeit und Entwicklung, sowie das Wohl und Glück der Menschen müssen als Prioritäten einer jeden modernen Gesellschaft gelten.
- Das Recht auf Behausung, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Bildung, politische Teilhabe, freie persönliche Entwicklung und Verbraucherrechte im Sinne einer gesunden und glücklichen Existenz sind unverzichtbare Wahrheiten, die unsere Gesellschaft zu befolgen hat.
- In ihrem momentanen Zustand sorgen unsere Regierung und das Wirtschaftssystem nicht dafür, sondern stellen sogar auf vielerlei Weise ein Hindernis für menschlichen Fortschritt dar.
- Die Demokratie gehört den Menschen (demos = Menschen, krátos = Regierung), wobei die Regierung aus jedem Einzelnen von uns besteht. Dennoch hört uns in Spanien der Großteil der Politiker überhaupt nicht zu. Politiker sollten unsere Stimmen in die Institutionen bringen, die politische Teilhabe von Bürgern mit Hilfe direkter Kommunikationskanäle erleichtern, um der gesamten Gesellschaft den größten Nutzen zu erbringen, sie sollten sich nicht auf unsere Kosten bereichern und deswegen vorankommen, sie sollten sich nicht nur um die Herrschaft der Wirtschaftsgroßmächte kümmern und diese durch ein Zweiparteiensystem erhalten, welches vom unerschütterlichen Akronym PP & PSOE angeführt wird.
- Die Gier nach Macht und deren Beschränkung auf einige wenige Menschen bringt Ungleichheit, Spannung und Ungerechtigkeit mit sich, was wiederum zu Gewalt führt, die wir jedoch ablehnen. Das veraltete und unnatürliche Wirtschaftsmodell treibt die gesellschaftliche Maschinerie an, einer immerfort wachsenden Spirale gleich, die sich selbst vernichtet, indem sie nur wenigen Menschen Reichtum bringt und den Rest in Armut stürzt. Bis zum völligen Kollaps.

- Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf Wirtschaftlichkeit oder den Wohlstand der Gesellschaft zu achten. Ressourcen werden verschwendet, der Planet wird zerstört und Arbeitslosigkeit sowie Unzufriedenheit unter den Verbrauchern entsteht.
- Die Bürger bilden das Getriebe dieser Maschinerie, welche nur dazu entwickelt wurde, um einer Minderheit zu Reichtum zu verhelfen, die sich nicht um unsere Bedürfnisse kümmert. Wir sind anonym, doch ohne uns würde dergleichen nicht existieren können, denn am Ende bewegen wir die Welt.
- Wenn wir es als Gesellschaft lernen, unsere Zukunft nicht mehr einem abstrakten Wirtschaftssystem anzuvertrauen, das den meisten ohnehin keine Vorteile erbringt, können wir den Missbrauch abschaffen, unter dem wir alle leiden.
- Wir brauchen eine ethische Revolution. Anstatt das Geld über Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Produkte. Ich bin kein Produkt dessen, was ich kaufe, weshalb ich es kaufe oder von wem.

Im Sinne all dieser Punkte empöre ich mich.

Ich glaube, dass ich etwas ändern kann.

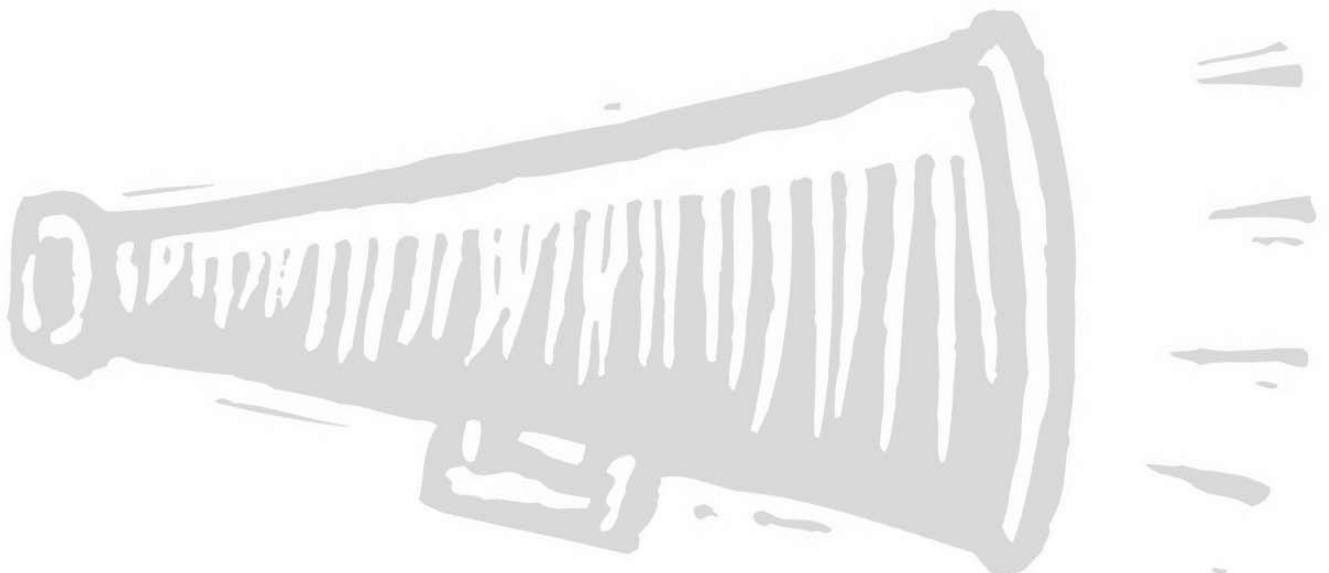
Ich glaube, dass ich helfen kann.

Ich weiß, dass wir es gemeinsam schaffen können.

Geh mit uns auf die Straße. Es ist dein Recht.



Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=9519> am 20. Mai 2011



Handout 2

Definitionen prekärer Beschäftigungsverhältnisse

Im Folgenden findet ihr drei Definitionen prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die ihr diskutieren könnt:

Definition 1: Zweite gemeinsame Forderung für Tarifverhandlungen des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds 2009-2013

- »» Arbeitsplätze können auf jeden Fall immer dann als unsicher betrachtet werden, wenn sie:
- kaum oder gar keine Arbeitsplatzsicherheit bieten,
 - geringe und unsichere Lohn- und Gehaltsstrukturen aufweisen,
 - keinen oder nur einen geringfügigen Zugang zur Sozialversicherung vorsehen (Renten, Gesundheitsversicherung, Arbeitslosengeld),
 - keine Kontrolle über die Arbeitsprozesse bieten, was mit der Präsenz oder dem Nichtvorhandensein von Gewerkschaften zu tun hat und somit mit der Kontrolle über Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter und die Arbeitsgeschwindigkeit,
 - kein Kündigungsschutz gegeben ist,
 - kein Zugang zu beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen besteht,
 - keine Chancen für die berufliche Laufbahn gegeben sind,
 - kaum oder gar kein Arbeits- und Gesundheitsschutz besteht,
 - kein gesetzlicher oder vertraglicher Schutz geboten wird,
 - keine Gewerkschaftsvertretung vorhanden ist.

Quelle: Europäischer Metallgewerkschaftsbund (2009): Zweite Gemeinsame Forderung für Tarifverhandlungen. Für sichere Arbeitsplätze, gegen prekäre Arbeit. Im Internet unter: <http://www.eucoban.eu/EMF/Collective-Bargaining-Policy/The-second-common-demand-2009-2013>.

Definition 2: Versuch einer Jenaer Forschungsgruppe um Klaus Dörre, das Konzept von Robert Castel auf die BRD zu übertragen:

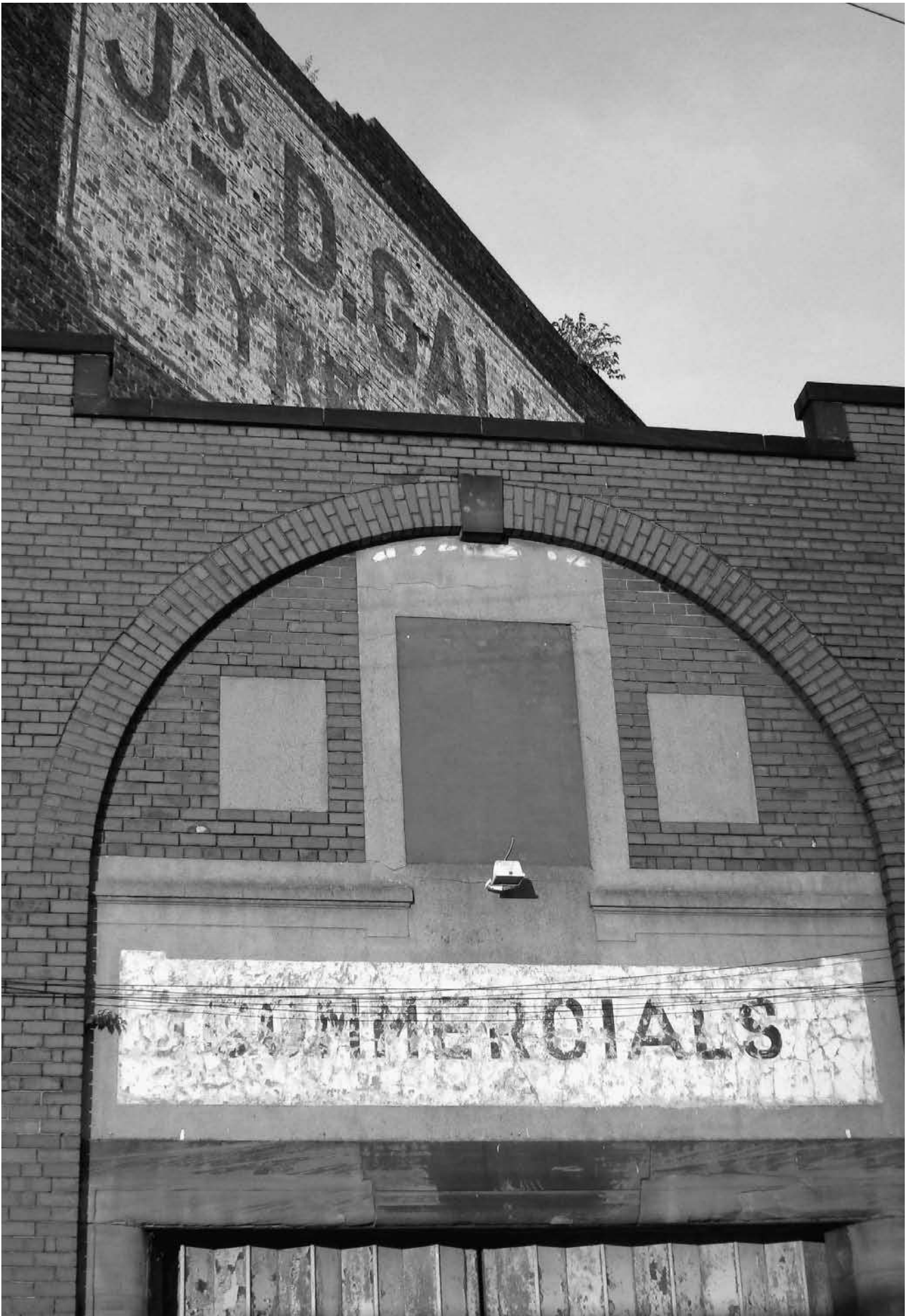
- »» »Als prekär kann ein Erwerbsverhältnis bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, die gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert.«

Quelle: Ulrich Brinkmann / Klaus Dörre / Silke Röbenack (2006): Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn.

Definition 3:

- »» Prekarität als »Unsicherheit der sozialen Existenz von Menschen durch Widerprüflichkeit des Erwerbs«

Quelle: Gruppe Blauer Montag (2008): Risse im Putz Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat, Berlin.



Griechenland-Krise

»Wir sind alle Griechen!«

Wie die Schuldenkrise zur neoliberalen Umstrukturierung in Griechenland genutzt wird und wer von ihr profitiert

»Die EU hat den offensten Finanzmarkt der Welt, was sich zunehmend als Stärke erweist. Die durch den freien Kapitalverkehr gestützte Einführung des Euro setzt weltweite Standards für Offenheit und Transparenz. Andere Länder sollten diesem Beispiel folgen. Die EU hat sich ohne Vorbehalte auf eine ehrgeizige Öffnung der weltweiten Finanzdienstleistungsmärkte verpflichtet.«

Weißbuch der EU-Kommission zur
Finanzdienstleistungspolitik für die Jahre
2005–2010

★ Einleitung

Die »Globalisierung der Wirtschaft« wird mit Begriffen wie Casino-, Raubtier- oder Zombie-Kapitalismus beschrieben, die ein wildes, fast anarchisches Prinzip der Entfesselung von Marktkräften und privatwirtschaftlichen Akteuren vermitteln. Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung erweist sich jedoch als politisch gewollt und durchgesetzt und geht nicht mit einem Verschwinden des Staates oder gar größerer ziviler »Freiheiten« einher. Die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union haben entscheidend zur Durchsetzung eines Wettbewerbsregimes beigetragen, das sich als ein Kernstück neoliberaler Restrukturierung die Privatisierung staatlicher Betriebe, die Liberalisierung der Märkte von Telekommunikation, Transportwesen, Post, Bahnwesen, Elektrizität und Gas und die

Deregulierung der Arbeitsmärkte als Patentlösung zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit auf die Fahnen geschrieben hat.

Die Generaldirektion Wettbewerb veröffentlicht auf ihrer Webseite unter der Rubrik Liberalisierung eine Reihe historischer Entscheidungen der Kommission gegen Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der Wettbewerbsregeln. Ironischerweise kritisiert die erste dort aufgeführte Entscheidung Griechenland aufgrund einer gesetzlichen Besserstellung öffentlicher Kreditgeber und Versicherer gegenüber privaten und ausländischen. Die Entscheidung vom 24. April 1985 kritisiert, dass die öffentlichen Kreditbanken in Griechenland einen Marktanteil von 80 Prozent halten und dass das Personal öffentlicher Kreditbanken seinen Kunden empfehlen soll, sich bei einer öffentlichen Versicherungsgesellschaft zu versichern. Dies wäre ein Wettbewerbsnachteil sowohl gegenüber privaten als auch nicht-griechischen Versicherungsgesellschaften.¹

Eines von vielen neueren Beispielen für die politisch geförderte und durchgesetzte Liberalisierung der Finanzmärkte findet sich in einem Weißbuch der EU-Kommission von 2005: »Die regulatorischen Rahmenbedingungen der

¹ Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1985:152:0025:0026:DE:PDF>

EU müssen der Fondsbranche, die derzeit ein Vermögen von über 5 Billionen Euro verwaltet, die Möglichkeit geben, solide strukturierte und gut verwaltete Anlagen aufzubauen, die möglichst hohe Renditen erbringen und gleichzeitig der Finanzkraft und der Risikobereitschaft des einzelnen Anlegers entsprechen, wobei Letzterem alle Informationen zur Verfügung stehen müssen, die er für die Bewertung der Risiken und Kosten benötigt.« (EU-Kommission 2005: 17)

Die Schuldenkrise Griechenlands und die »Rettungspakete« der EU sind ein aktuelles Beispiel für die neoliberale Umstrukturierung ganzer Volkswirtschaften auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten. Anhand des Beispiels Griechenland wollen wir dieser Strategie und ihrer Logik nachspüren und anhand von Seminarübungen die Sensibilität für die Krisenrhetorik stärken, um dem von Margaret Thatcher behaupteten TINA-Prinzip (There Is No Alternative) entgegenzutreten.

Im Hintergrundteil soll zunächst die Entstehung der Schuldenkrise in Griechenland nachgezeichnet werden, um zu erhellen, wie die Krise verursacht wurde und wer davon profitiert. Wer eigentlich sind genau die Gläubiger und wer profitiert von der Kreditvergabe? Danach soll die Logik des europäischen Finanzkrisenmanagements analysiert werden, die als Teil einer neoliberalen Restrukturierungsstrategie verstanden werden kann.

Stellt sich die Globalisierung der Wirtschaft tatsächlich als Entmachtung der Politik gegenüber der Wirtschaft dar oder sind Strukturanpassungsmaßnahmen nicht *politische* Zwangsmaßnahmen und widersprechen so der These von einer wilden Entfesselung der Märkte?

In den Seminarideen haben wir einige praktische Übungen beschrieben, mit denen die Euro-Krise und Lösungsansätze kritisch reflektiert werden können. In zwei Übungen sollen die Teilnehmer*innen dazu angeregt werden, selbst zu kritischen Finanzmarktanalysten zu werden und einmal zu hin-

terfragen, wie Banken wirtschaften und welche Zusammenhänge es zwischen der Finanz- und der so genannten Realwirtschaft gibt. In einem Rollenspiel soll eine Podiumsdiskussion zum Thema Krisenanalysen und -lösungsansätze in Szene gesetzt werden. Hierbei sollen Lösungsansätze und die ihnen zugrunde liegende Ursachenanalysen diskutiert werden. Ist die Krise z.B. eine Finanz- oder Überakkumulationskrise und kann sie durch eine Reregulierung des internationalen Finanzsystems mit Instrumenten wie der Tobin-Steuer überwunden werden oder sind basisdemokratischere Lösungen nötig? Mit einer weiteren Übung können Argumentationen gegen eine Krisen- und Katastrophenrhetorik trainiert werden. »Eine andere Welt ist möglich«, lautet ein Schlagwort der globalisierungskritischen Bewegung. Doch wie sähe diese aus? Ideen zu einer nicht-konsumorientierten Freizeitgestaltung sollen in einer Utopiephase entwickelt werden.



★ Hintergrund

»Ein Finanzmarktexperte könnte überhaupt nicht erklären, warum die Athener Demonstranten jetzt dieselben Parolen rufen wie ihre Eltern während der griechischen Diktatur (...) Die griechische Krise ist längst keine finanzielle mehr. Sie ist eine zutiefst politische und gesellschaftliche. Die Institutionen, die nach dem Sturz des Obristenregimes geschaffen wurden, sind klinisch tot. Natürlich wird das Land heute nicht schon wieder durch eine Junta bedroht. Trotzdem beginnt sich die Regierungspolitik mehr und mehr an autoritären Regimes zu orientieren.«

Chatzistefanou / Kitidi 2011

Wer für die Krise zahlt und wer von ihr profitiert – Das Beispiel Griechenland

Als Giorgos Papandreou im Oktober 2009 die Regierung in Athen übernahm, war die Staatsverschuldung von 168 Mrd. Euro 2004 auf 262 Mrd. Euro gestiegen. Nur zwei Monate später eskalierte die Situation in Griechenland nachdem die Bewertung der Kreditwürdigkeit des Mittelmeerlandes von der Ratingagentur Fitch herabgestuft worden war. Im Dezember 2009 reagierte die Regierung Papandreou mit der Ankündigung, das Haushaltsdefizit in den Jahren 2010 bis 2011 um vier Prozentpunkte verringern zu wollen. Bereits drei Tage später kam es zu Protesten und Streiks, nachdem auch die Ratingagentur Standard & Poor's ihre Bewertung herabgestuft hatte. Nach weiteren Kürzungsmaßnahmen und Protesten stieg die griechische Verschuldung 2010 durch Spekulationen und Wetten auf griechische Staatsobligationen noch weiter. Unter anderem war der Investmentbank Goldman Sachs vorgeworfen worden, verraten zu haben, wie hoch die Kredite Griechenlands gewesen seien (vgl. Wearden 2010). Im Frühjahr 2010 bewilligten die EU und der IWF Kredite in Höhe von 110 Mrd. Euro an Griechenland. Diese waren an ein rigides Sparprogramm geknüpft, dass mittels Ge-

haltskürzungen, Steuererhöhungen und Stellenstreichungen das Haushaltsdefizit um fünf Prozent gesenkt hat. Die Wirtschaftskraft verringerte sich dadurch um 4,5 Prozent. Die Einkommen fielen in den letzten anderthalb Jahren um durchschnittlich 20 Prozent. 25 Prozent der Beschäftigten in Griechenland erhalten unter 750 Euro im Monat als Lohn (vgl. Landgraf 2011). Und trotzdem attackiert der deutsche Boulevard von Bildzeitung bis Spiegel-Online im Chor mit den Presseberatern des Kanzleramts Griechenland wegen einer angeblichen Faulheit oder einem zu guten Lebensstil, den sie als Ursache der Krise ausmachen. Eine solche Argumentation ist nicht nur sachlich falsch, sondern muss auch als rassistische Verallgemeinerung und chauvinistisch-nationalistische Rhetorik kritisiert werden (vgl. hierzu u.a. Kaufmann 2011). Ein genauerer Blick verdeutlicht die wahren Profiteure der Finanzkrise in Griechenland. Kritidis (2010: 138) analysiert die Krise der griechischen Staatsfinanzen als »Kehrseite der Leistungsbilanzüberschüsse der zentraleuropäischen Staaten«. Durch staatliche Kredite wurden z.B. Großprojekte wie Autobahnen sowie Rüstungsprojekte und militärische Ausrüstung im Rahmen des 11 Mrd. schweren griechischen Rüstungshaushaltes finanziert, die überwiegend von französischen und deutschen Rüstungskonzernen ausgeführt wurden (vgl. ebd).

Während die deutsche Exportwirtschaft von dem immensen Rüstungsetat Griechenlands profitierte, verdient auch der deutsche Staat an den von ihm gewährten Krediten. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Kreditvergabe von 2010 betrug 22 Mrd. Euro und wurde über die Aufnahme von Krediten zu 2-3 Prozent finanziert. Da Griechenland diese jedoch zu einem höheren Zinssatz, nämlich 4,2 Prozent, zurückzahlen muss, profitiert der deutsche Staat von der Kreditvergabe (Kaufmann 2011: 18). Zu den Gläubigern Griechenlands zählen auch deutsche und französische Privatbanken. PNB Paribas, Société Générale und Crédit

Agricole haben ca. 27 Mrd. Euro Kredite an griechische Unternehmen und Privatkunden vergeben (vgl. Kurier 2010).

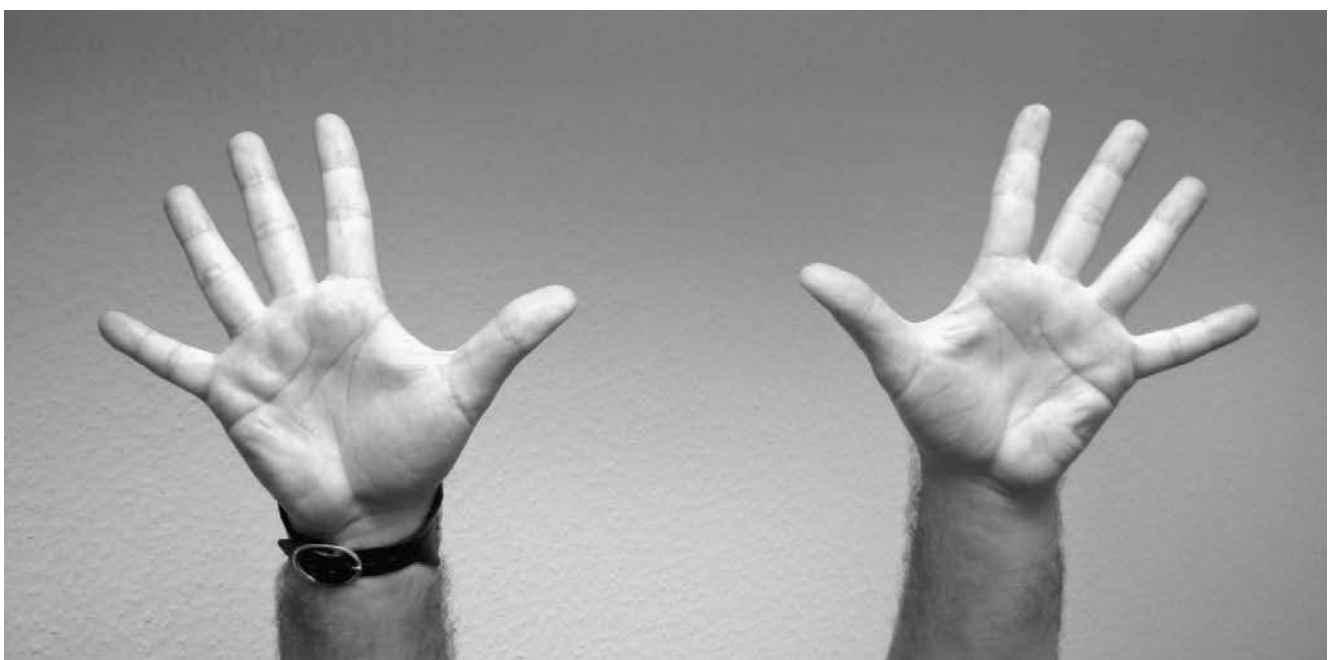
Während die Gläubiger von den Zinsen der Kreditvergabe, die schönredend als Hilfspaket und Rettungsschirm bezeichnet wird, profitieren, werden die abhängig Beschäftigten zur Sicherung der Rückzahlung der Zinsen zur Kasse gebeten. Die erneute Gewährung von Krediten im Sommer 2011 wird an strikte Regelungen zur Sanierung des Staatshaushalts geknüpft. Das im Juli 2011 von der Regierung Papandreou verabschiedete Sparpaket sieht Einsparungen in Höhe von 78 Mrd. Euro vor und belastet vor allem abhängig Beschäftigte durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Restaurants, Bars, alkoholfreie Getränke und Erdgas, eine Reduzierung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst um 150.000 und Lohnsenkungen von 15 Prozent für die, die erhalten bleiben (vgl. Wearden/Stewart 2011; Spiegel-Online vom 29. Juni 2011). Auch bei den Sozialleistungen sowie im Gesundheitsbereich soll es zu Kürzungen kommen. Das neoliberale Programm wird abgerundet durch eine Einsparung beim staatlichen Investitionsvolumen um 700 Mio. EUR im Jahr 2011 und umfangreiche Privatisierungen, wie etwa die Wasserversorgungs-

unternehmen Athens Water (EYDAP), Thessaloniki Water (EYATH), das Wettbüro OPAP, die Hellenic Postbank, die ATEbank und die Telefongesellschaft OTE (vgl. Spiegel-Online vom 29. Juni 2011). Private Investoren können und sollen sich am »Rettungspaket« beteiligen. Nach Schätzungen sind 80 Prozent der Griechen gegen das Sparpaket (vgl. Wearden/Stewart 2011).

Krisenmanagement als neoliberale Schocktherapie

Man könnte die Logik des derzeitigen europäischen Finanzkrisenmanagements im Sinne der US-amerikanischen Autorin Naomi Klein als »Schockstrategie« analysieren. So bezeichnet sie in ihrem gleichnamigen Buch eine Vorgehensweise, mit der Krisen der Wirtschaft, des Finanzsystems oder auch Umweltkatastrophen zur weiteren Festigung des neoliberalen Wirtschaftsmodells genutzt werden. Ein erstes Beispiel hierfür war die Erprobung neoliberaler Wirtschaftsprogramme unter der Diktatur Augusto Pinochets in Chile, der 1973 Salvador Allende gestürzt hatte. Hier experimentierten chilenische Ökonomen, die der Chicagoer Schule von Milton Friedman nahe standen, mit neoliberalen Konzepten, z.B. der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und

Das auf dem Athener Syntagma-Platz benutzte Handzeichen bedeutet nichts anderes als »Fahrt zur Hölle!«.



auch Friedman selbst stand in persönlichem Kontakt zu Pinochet. 1980 wurde das umlagefinanzierte Rentensystem Chiles in ein kapitalgedecktes umgewandelt. Unter den Regierungen Reagan und Thatcher gelang dem Neoliberalismus ein weiterer politischer Durchbruch. Seit 1986 änderte sich die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) dahingehend, dass eine Kreditvergabe an verpflichtende Strukturanpassungsmaßnahmen geknüpft wurde, die eine Anpassung an die neoliberale Politik, die sich seit den 1980er Jahren ausbreitete, bedeutete, d.h. Inflationsbekämpfung, strikte Haushaltsdisziplin, Privatisierung des öffentlichen Sektors, restriktive Sozialreformen, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Schaffung von Marktanzügen (Müller 2002: 93ff.).

Als *Therapie für kranke Patienten*, sprich überschuldete Staaten, werden in der neoliberalen Logik Austeritätsprogramme verordnet. Der Begriff Austerität stammt vom lateinischen *austeritas*, Enthaltensamkeit, strenge Einfachheit und wird ganzen Ländern als Patentlösung zur Sanierung der Staatshaushalte empfohlen. Dabei zeigt ein Blick auf die realen Zahlen, dass diese Strategie nur in einer Einbahnstraße münden kann. Während Griechenland 2009 noch 292 Milliarden Euro Schulden hatte, belief sich die Summe 2011 auf 354 Milliarden, trotz eines äußerst harten Sparkurses (vgl. Landgraf 2011). Außerdem zählen die Schulden eines Staates nur so viel wie die Einschätzung seiner Kreditwürdigkeit. Nicht der Schuldenstand an sich, sondern das Vertrauen darin, ob das Geld wieder zurückgezahlt werden kann, entscheiden über das Ausmaß der staatlichen Schuldenkrise. Beträgt die Schuldenquote, d.h. das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung, Griechenlands 143 Prozent, beläuft sich die Japans auf 200 Prozent (Kaufmann 2011: 3).

Bei aller berechtigten Kritik an der Macht der Ratingagenturen und bei der irrsinnigen Vorstellung, dass ein einzelner Finanzanalyst mit einem »D« einen

ganzen Staat für zahlungsunfähig erklären kann, sind es doch nicht die Ratingagenturen, die die Zinssätze festschreiben, Strukturanpassungsmaßnahmen verordnen oder Privatisierungen beschließen. Und es sind nicht die Ratingagenturen, die über einen Polizeiapparat verfügen, der das Eigentum sichert. Es sind auch nicht die Ratingagenturen, die Waren nur dann produzieren, wenn sie damit Gewinne erwirtschaften. Das sind die Unternehmen der so genannten Realwirtschaft. Es sind die Textilproduzenten, die Automobilindustrie, die IT-Industrie, die sich aufmachten, mit einer neuen internationalen Arbeitsteilung die fallenden Profite erneut zum Wachsen zu bringen. So analysiert auch Brenner (2009: 25f.) die Krise nicht als Krise der Finanzwirtschaft, sondern sieht deren Ursache in den fallenden Renditen für Kapitalinvestitionen seit Ende der 1960er Jahre aufgrund von Überkapazitäten des verarbeitenden Gewerbes: »Die Idee eines finanzgetriebenen Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich, denn im Allgemeinen – es gibt signifikante Ausnahmen wie das Kundenkreditgeschäft – sind die Finanzrenditen auf fortwährende Gewinnerzielung in der Realwirtschaft angewiesen.« (Brenner 2009: 27)

Zum Weiterlesen

Naomi Klein (2007): Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main.

Gregor Kritisidis (2010): Krise als Katalysator. Zur Transformation der griechischen Arbeiterbewegung, in: Sozial.Geschichte online 3/2010, S. 133-147. (<http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>)

Andreas Wehr (2010): Griechenland, die Krise und der Euro, Köln.

Zum Weitersehen

Costas Efimeros (2011): Debtocracy, Griechenland. (<http://www.debtocracy.gr/indexen.html>)

Erwin Wagenhofer (2008): Let's make money, Österreich.

★ Seminarideen

Was passiert mit meinem Geld?

Die Teilnehmer*innen sollen überlegen, wo das Geld auf ihrem Konto gerade ist. Es liegt ja nicht auf der Bank, sondern wird investiert. Die Teilnehmer*innen sollen einmal auf der Website ihrer jeweiligen Sparkasse oder Bank recherchieren, wo diese überall Geld anlegt. Alternativ könnte man auch in der Stadt, in der das Seminar stattfindet, in eine Bankfiliale gehen und persönlich nachfragen. Benötigtes Material: Internetzugang

Arbeitsgruppen zum Zusammenhang von Finanzwirtschaft und Industrieunternehmen

Derzeit herrscht von den *Indignados* in Spanien bis zum konservativen deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble große Empörung angesichts des steigenden Einflusses von Ratingagenturen und anderen Operateuren des internationalen Finanzmarktes. Doch ein Schimpfen auf eine wild gewordene Finanzwirtschaft allein greift angesichts der hohen Verflechtungen mit der so genannten Realwirtschaft zu kurz. Die folgende Seminarübung kann dafür sensibilisieren, dass Wachstum und Profit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärente Prinzipien sind, die keine Trennung zwischen einem »guten«, produktiven und einem »bösen«, spekulativen Kapital zulassen. Durch eine Recherche zu den im Index EUROSTOXX 50 gelisteten europäischen Großunternehmen sollen die Teilnehmer*innen Zusammenhänge zwischen Unternehmen der Finanzwirtschaft und der Industrie erkunden. Sie sollen in Arbeitsgruppen anhand eines bekannten börsennotierten Großunternehmens aus dem EUROSTOXX 50 oder einem anderen europäischen Leitindex recherchieren, wie sich dieses finanziert, also welche Anleger daran beteiligt sind, in welche Märkte es investiert und welche Firmenziele präsentiert werden. Danach können sie die Ergebnisse im Plenum mit den anderen diskutieren.

Eine gute Recherchemöglichkeit hierfür bilden die Firmenwebsites der im EUROSTOXX 50 gelisteten europäischen Großunternehmen.² Auf deren jeweiliger Website findet man unter der Rubrik *Investor Relations* Daten, Geschäfts- und Quartalsberichte.³

So findet sich etwa im Geschäftsbericht 2010 von Danone eine Beschreibung der Unternehmensziele, die genau darstellt, dass Danone neben der Herstellung von und dem Handel mit Lebensmitteln auch im Bereich Finanztransaktionen, Eigentumsrechte und -versicherungen sowie Immobilien tätig ist. »Generell soll das Unternehmen die Möglichkeit haben, sämtliche Transaktionen eigentumsrechtlicher, immobilienmäßiger, industrieller, kommerzieller und finanzieller Art durchzuführen, die direkt oder indirekt oder in irgendeiner Art und Weise möglicherweise nützlich sind, um seinen Konzernzweck erfüllen zu können.« (Danone 2010: 6)

Krisen_Analysen_Lösungen

Anregungen für eine gespielte Podiumsdiskussion

Teilt bitte die Teilnehmer*innen in drei Gruppen auf und lasst sie jeweils eine politische Position zur Analyse und Lösung der Krise anhand der unter dem Punkt Handout abgedruckten kontroversen Positionen vertreten. Zunächst liest die Grup-

2 http://www.stoxx.com/indices/index_information.html?symbol=SX5E

3 Z.B. für die Deutsche Bank unter http://www.deutsche-bank.de/ir/index_e.htm oder für Danone unter <http://finance.danone.com/phoenix.zhtml?c=95168&p=irolreportsAnnual>.

pe die Materialien einzeln durch und diskutiert sie, dann entsendet sie eine*n ihrer Teilnehmer*innen als Vertreterin in die Podiumsdiskussion.

Von Helfern, Patienten und Rettungsschirmen. Wie durch Krisenrhetorik »Schocktherapien« durchgesetzt werden. Eine Übung.

In dieser Seminarübung können die Teilnehmer*innen üben, sich gegen eine weitverbreitete rhetorische Stilfigur, die Übertreibung (Hyperbel), zur Wehr zu setzen. Beispiele für Hyperbeln sind Ausdrücke wie todmüde, blitzschnell, unendlich lang, Schneckentempo. In der Krisenrhetorik werden sie gerne auch im Zusammenhang mit Metaphern benutzt wie Schulden-GAU, Kostenexplosion, Rettungsschirme, der kranke Patient, radikale Kur, alternativlos etc, die wiederum auch schönredende (euphemistische) Elemente beinhalten können.

Egal ob im Zusammenhang mit internationalen Finanzkrisen und darauf folgenden Austeritätsmaßnahmen, bei Standortdebatten oder Umstrukturierungen innerhalb von Betrieben, Organisationen oder politischen Parteien: Finanzierungsengepässe oder Zeitnot werden von Eliten und Führungskräften geschickt zur Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen genutzt. Gerade für Gewerkschafter*innen und politische Aktivistinnen ist es wichtig, Gegenstrategien – sowohl rhetorischer als auch aktionistischer Art zu entwickeln.

Die Teilnehmer*innen teilen sich in zweier Gruppen auf. Jede legt sich mit Hilfe von übertreibenden und schönredenden Stilmitteln Argumentationslinien zu recht, mit denen sie schockierend und ohne Alternativen zuzulassen für eine Umstrukturierung im politischen oder wirtschaftlichen Bereich argumentiert. Hierzu bereiten sich die Teilnehmer*innen ca. 60 Minuten lang vor. Danach führen sie mit den jeweiligen Partnern ein Streitgespräch mit verteilten Rollen, in dem eine für die Umstrukturierungen argumentiert und der andere versucht, dagegen zu argumentieren. Nun wird ein zweites Streitgespräch in umgekehrten Rollen geübt. Die anderen Teilnehmer*innen hören jeweils zu und kommentieren das Streitgespräch am Ende der Übung. Was für ein Gefühl hat es bei den Gegenargumentierenden hinterlassen? Wodurch wurde die Argumentation erschwert? Welche Argumentationsstrategie machte es dem Kontrahenten unmöglich eine Gegenposition einzunehmen? Entfaltete sich dadurch ein Ohnmachtsgefühl? In einem zweiten Schritt sollen die jeweiligen Tandems gemeinsam Strategien gegen diese Formen der Argumentation entwerfen und sie dem Plenum vorstellen.

Den Laden selbst schmeißen

Ist eine Welt ohne Geld denkbar? In einem utopischen Planspiel sollen die Teilnehmer*innen die City einer europäischen Stadt entwerfen, in der zwar Freizeitaktivitäten, jedoch keine kommerziellen Angebote stattfinden, also nichts verkauft oder gekauft wird. Die leeren Läden werden mit Ideen gefüllt, wie man selbst den Laden schmeißen könnte. Die Teilnehmer*innen können ihrer Kreativität freien Lauf lassen, sich in Kleingruppen aufteilen und überlegen, wie ihre City der Zukunft ausschauen könnte. Danach stellen sie ihr Konzept den anderen Gruppen, gerne auch anhand von Metaplanschabildern vor.

★ Handout Krisen_Analysen_Lösungen – eine Podiumsdiskussion

Teilt euch bitte in drei Gruppen ein, die eine der unten abgedruckten kontroversen Positionen zur Euro-Krise in einer Podiumsdiskussion als Rollenspiel vertreten soll. Eine Person kann die Moderation übernehmen. Zunächst könnt ihr in der Gruppe die Materialien einzeln durchlesen und diskutieren und auch gerne um eigene Recherchen ergänzen. Lasst euch gerne Zeit für die Recherche und Diskussion in der Gruppe. Nun entsendet ihr eine*n Teilnehmer*in aus eurer Gruppe als Vertreterin in die Podiumsdiskussion, die sich mit folgenden Fragen beschäftigen könnte: Wie kam es zur Euro-Schulden-Krise? Wer sind die Verursacher der Krise? Wer zahlt für die Krise und wer sollte zahlen? Welche Lösungen gibt es für die seit 2007 anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise? Gibt es Alternativen zum neoliberalen Wachstumsmodell? Wird sich der Kapitalismus von der Krise erholen? Welche Alternativen könnten sich ergeben?

Position 1: Den Gürtel enger schnallen!

Typische Argumente: Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen. Die fetten Jahre sind vorbei. Nur Austeritätsmaßnahmen helfen! Wir brauchen einen strikten Sparkurs, die Inflation muss niedrig bleiben, die Geldwertstabilität ist oberstes Gebot, Privatisierungen können neue Wachstumspotenziale freisetzen, die Sozialversicherungen müssen verschlankt oder teilprivatisiert werden und die Lohnnebenkosten müssen abgesenkt werden.

Typische Vertreter dieser Position: EZB, IWF, neoliberale Politiker verschiedener parteipolitischer Provenienz (z.B. Angela Merkel oder Peer Steinbrück).

» Gemäß dem von EU und Internationalem Währungsfonds IWF ausgearbeiteten Programm hat Griechenland sein Defizit von 2009 auf 2010 um fünf Prozent seiner Wirtschaftsleistung reduziert. Das ist eine beachtliche Leistung! Doch es muss weitere deutliche Anstrengungen unternommen und den vollen Spielraum für die Privatisierung von Staatsbesitz ausschöpfen. Das ist für die Sanierung des Staatshaushaltes entscheidend: Ihre Erlöse von 50 Milliarden Euro bis 2015 würden die Verschuldung um 20 Prozent senken. Diese Privatisierung erschließt auch ungenutztes Wachstumspotenzial. Das Programm sieht eine Reduktion des Defizits auf 2,5 Prozent bis 2014 und darunter in den Folgejahren vor. Ich sehe keinen Grund, warum das Land unter diesen Bedingungen nicht wieder Zugang zum Kapitalmarkt erlangen sollte.

Quelle: Jürgen Stark, Vizepräsident der Europäischen Zentralbank im Interview mit der Zeitung kurier (www.kurier.at/wirtschaft/3916657.php, 22. Juni 2011)

Weitere Links zur eigenen Recherche:

- EZB: <http://www.ecb.int/mopo/strategy/html/index.en.html>
- Deutsche Bundesregierung (Seite auf Deutsch/Englisch/Französisch)
<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/europa.html>
- G8: <http://www.g7.utoronto.ca/>

Position 2: Die Finanzspekulanten sind schuld!

Typische Argumente: Wir brauchen eine neue Wirtschaftsregierung. Durch die Durchsetzung des Neoliberalismus und die Deregulierung der Finanzmärkte hat sich die Macht des Staates gemindert. Die Öffnung der Finanzmärkte eröffnet privatwirtschaftlichen Akteuren wie Hedgefonds, Finanzmarktanalysten, Ratingagenturen und multinationalen Konzernen Macht, die sie nicht haben dürfen. Wir müssen das Primat der Politik wiederherstellen. Wir müssen die Idee eines sozialen Europas endlich erkämpfen. Die Deregulierung hat zu einem finanzmarktgetriebenen Wachstumsmodell geführt und wir müssen für eine neue Finanzmarktregulierung streiten. Ein wichtiges Instrument hierbei ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU, aber auch Eurobonds und eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen.

Typische Vertreter dieser Position: Sozialistische Partei Europas (PES), Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), attac, Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke GUE/NGL, Neo-Keynesianer

» In Zeiten der Krise ist die Verlockung groß, zu Protektionismus und kurzfristigem Eigeninteresse Zuflucht zu nehmen. Engstirnige Maßnahmen konservativer Austeritätspolitik blockieren die EU. Gemäß einem Grundprinzip der Europäischen Union, der Solidarität, treten wir deshalb für eine fortschrittliche Politik der Belebung ein. Auf einem Kontinent, der bereits unter Rekordarbeitslosigkeit und schleppendem Wachstum zu leiden hatte, waren die konzentrierten Attacken von Börsenspekulanten, Hedgefonds-Managern und Investmentbankern auf demokratische Staaten Europas der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Eine EU, die es zulässt, dass ihre Bürger solchen Attacken ausgesetzt sind, ist nicht akzeptabel. Wir brauchen eine neue Vision. Unsere Vision ist die einer Europäischen Union, die für ihre Bürger da ist und in der solche Angriffe ausgeschlossen sind.

Quelle: A clear choice for Europe, PES vom 25. März 2010

» Europa steht in der Krise am Scheideweg. Die Neoliberalen nutzen die Gunst der Stunde, um eine Politik durchzusetzen, die starke Beschneidungen der Demokratie und einen immer weiter gehenden Sozialabbau mit sich bringt. Den Anfang haben die Sparpakete gemacht, mit denen die Kosten der Krise nach unten umverteilt werden. Als nächstes sollen mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem Pakt für den Euro und anderen Maßnahmen die wirtschaftspolitischen Spielregeln der EU so überarbeitet werden, dass nur noch eins zählt: die Wettbewerbsfähigkeit. Hier wird eine Politik gegen die Interessen der meisten Menschen in Europa betrieben. Diese Politik ist sozial und ökologisch ignorant, demokratiepolitisch fatal, und sie gibt keine angemessene Antwort auf die Krise. Zu dieser Politik gibt es gute Alternativen. Die Finanzmärkte müssen streng reguliert und Finanztransaktionen besteuert werden, es braucht europaweite Mindeststandards bei den Löhnen und den sozialen Sicherungssystemen, Vermögen und Unternehmensgewinne müssen koordiniert höher besteuert werden und die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger Europas müssen ausgebaut werden. Diese Maßnahmen würden helfen, einen solidarischen Weg aus der Krise einzuschlagen. Sie würden die neoliberalen Reformen überflüssig machen und sie würden die sozialen Ungleichheiten in Europa abbauen. Aber ihre Umsetzung muss erkämpft werden. Europa steht am Scheideweg: radikalisierte Neoliberalismus oder solidarische Gemeinschaft.

Quelle: Für ein solidarisches Europa, Attac (<http://www.attac.de/aktuell/eurokrise>, vom 11. Juli 2011)

Weitere Links zur eigenen Recherche:

- PES: <http://www.pes.org/en/pes-action/political-initiatives/financial-crisis/news>
- attac: <http://attac.de/aktuell/eurokrise>
- GUE/NGL: <http://www.guengl.eu/showPage.php?ID=9460&ST=crisis>

Position 3: »Wir schulden nichts – wir bezahlen nichts – wir verkaufen nichts!

Direkte Demokratie – Jetzt!«

Typische Argumente: Die seit 2007 bestehende Krise ist nicht nur eine Krise des neoliberalen Wachstumsmodells, sondern hat ihre Ursachen in der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Neokeynesianische Lösungen der Krise greifen also auch zu kurz. Schuld sind nicht nur internationale Finanzmarktakteure, sondern die fallenden Wachstumsraten in den Industrieländern seit den 1970er Jahren.

Die Bedürfnisse der Menschen müssen im Vordergrund stehen, nicht die wirtschaftlichen Profite. Die Macht des Staates ist nicht geringer, sondern im Gegenteil stärker geworden, was man an der inneren Aufrüstung und Gewalt gegen Demonstrantinnen sieht und der undemokratischen Weise, wie z.B. Sparmaßnahmen durchgesetzt werden. Die Eigentumsfrage muss neu gestellt werden durch soziale Kämpfe und nicht in Parlamenten.

Typische Vertreterinnen dieser Position: spontane Protestbewegungen, kritische Kritikerinnen, autonome Basisgewerkschaften in Südeuropa, Post-Operaisten



Liebe Freunde, Freundinnen, Brüder und Schwestern,
Wir sind die, die seit einem Monat auf dem Syntagmaplatz von Athen kämpfen. Wir organisieren uns durch direkte Demokratie unter Ausschluss aller politischen Parteien. Unsere Stimme nach außen ist die täglich stattfindende Vollversammlung. Wir sind wütend, weil andere sich anmaßen, über uns zu entscheiden und unsere Zukunft zu verpfänden. Wir sind wütend, da sie Kredite aufnehmen, die nicht dem Wohle der Menschen, sondern einzig dem Interesse der Banken und der Regierung dienen. Wir sind wütend, weil sie versuchen, uns mit dem drohenden Staatsbankrott einzuschüchtern. Wir sind wütend, weil sie uns nicht nur Angst machen wollen, sondern darüber hinaus auch noch versuchen, uns gegeneinander auszuspielen. – Wir wollen keine weiteren Hilfskredite. – Wir wollen nicht, dass gesellschaftliches Eigentum verkauft wird. – Wir wollen nicht, dass das »mittelfristige Sparprogramm« beschlossen wird. – Wir wollen keine Sozialisierung der Verluste und keine Privatisierung der Gewinne. Vereinigt Eure Stimme mit der unsrigen. Sie benutzen unseren und euren Verzicht, damit ein paar wenige Reichtum anhäufen können. Wir sind heute dran, morgen seid Ihr an der Reihe. Wir sind jeden Tag auf der Straße. Jeden Sonntag versammeln sich Hunderttausende auf den Plätzen Griechenlands und Syntagma ist der Brennpunkt. Das mittelfristige Sparprogramm wird nicht durchkommen. Mögen die Journalisten schweigen, wir nicht. Für den Tag der Abstimmung über das mittelfristige Programm rufen wir alle Leute und die Gewerkschaften Europas dazu auf, Solidarität und gegenseitige Unterstützungsaktionen zu organisieren. Wir alle zusammen, auf dass wir unser Leben in die eigenen Hände nehmen.



Quelle: Aufruf von Demonstranten auf dem Athener Syntagma-Platz vom 22. Juni 2011
(<http://real-democracy.gr/en/content/international-update-22062011>)

Managementstrategien

Wettbewerbskorporatismus

Klasse Kompromiss 2.0: Hauptsache wettbewerbsfähig?

»Die Mitgliedsstaaten und die Union handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird [...].«

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Artikel 120

»Die Union und die Mitgliedsstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte [...] folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen. Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedsstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der Union zu erhalten, Rechnung tragen.«

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 151

★ Einleitung

Mit der Lissabon-Strategie setzte sich die EU im Jahr 2000 das Ziel, zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der

Welt zu werden. Die neoliberale Logik, dass mehr Wettbewerbsfähigkeit zu mehr Wachstum und mehr Wachstum zu mehr Arbeit und Wohlstand führe, ist in den letzten 20 Jahren so oft medial zelebriert worden, dass sie fast schon zu einem *common sense* quer durch politische Parteien geworden ist.

Schon seit Beginn der 1990er Jahre sprechen sozialwissenschaftliche Beobachter vom Übergang vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat (vgl. Cerny 1990; Hirsch 1995; Jessop 1997, 2002). Diese schlussfolgern, dass sich der Wettbewerbsstaat primär darum bemüht, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den internationalen Standortwettbewerb zu schaffen – d.h. dass Wettbewerbsfähigkeit zur Staatsraison wird. In Bezug auf seine sozialpolitische Funktion konzentrierte er sich auf die *Rekommodifizierung* der Arbeitskraft, also darauf, die Arbeitslosen sowie die Nichterwerbstätigen (Ältere, Hausfrauen etc.) möglichst schnell (wieder) in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat habe dagegen als zentrale Aufgabe sozialpolitischer Natur die Absicherung gegenüber Marktrisiken gehabt, d.h. *dekommodifizierende* Funktionen erfüllt. Dieser Rollenwechsel vollzog sich nicht über Nacht, sondern schleichend und ist immer noch im Gange. Die EU allerdings ist die Kulisse, auf der sich das Drama »Abschied vom Wohlfahrtsstaat« abspielt. Wir sind ge-

spannt, wer die Protagonisten sind und ob es nicht doch noch zu einem *Happy End* kommen könnte.

Der neoliberale Umbau des britischen Wohlfahrtsstaates unter Margaret Thatcher gestaltete sich als offener Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Organisationsstrukturen. Der Umbau der Wohlfahrtsstaaten in Nord-, Mittel- und Südeuropa erfolgte im Dialog mit oder unter Führung auch sozialdemokratischer Parteien, aber auch teilweise im Konsens mit den führenden Gewerkschaftsorganisationen. Viele *Industrial Relations*-Forscher waren von der neuen Welle zentraler Sozialpakete in den 1990er Jahren sowie den regionalen und lokalen Bündnissen überrascht (vgl. Regini 1994). Deppe/Bieling (1999: 285) sehen allerdings einen substantiellen Unterschied zwischen korporatistischen Arrangements im fordistischen Kapitalismus und den neueren Kompromissen seit den 1980er Jahren: »Der [...] neue ›soziale Konsens‹ bildet gewissermaßen eine ›neue Friedensformel‹, die sich vom alten ›fordistischen Klassenkompromiß‹ freilich substantiell unterscheidet. So war der alte Kompromiß durch eine Zurückhaltung der Arbeiterbewegung hinsichtlich der politischen Ziele des Sozialismus (Demokratie im Unternehmen und am Arbeitsplatz, Ausdehnung der öffentlichen Kontrolle über die Privatwirtschaft; Vergesellschaftung) charakterisiert. Im Austausch für diese Zurückhaltung wurden Einkommenszuwächse, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Vollbeschäftigung gewährt. Der neue Kompromiß – wenn überhaupt von einem Kompromiß die Rede sein kann – beruht auf dem ›Verzicht auf soziale Leistungen und bestimmte arbeitspolitische Regelungen (etwa in Fragen flexibler Arbeitszeit)‹ im Austausch für befristete Beschäftigungsgarantien und eventuelle Investitionszusagen (vgl. Bispinck/Schulten 1999: 180).« Eine ernüchternde Bilanz zieht auch Schulten (2000: 232): »Während die offene Konfrontation mit den Gewerkschaften den neoliberalen

Umbau in vielen Ländern eher blockiert hat, so erwies sich der Wettbewerbskorporatismus als geeignetes Medium, die Gewerkschaften in die neoliberalen Restrukturierungsprojekte einzubinden.«

Wie ist diese Einbindung zu erklären? Welche Widersprüche ergeben sich aus einer starken gewerkschaftlichen Kritik an den Folgen der Arbeitsmarktflexibilisierung und der Wettbewerbsorientierung einerseits und einer punktuellen Mitarbeit an neoliberalen Umbauprojekten wie der Wirtschafts- und Währungsunion oder den Arbeitsmarktreformen andererseits? Wie lässt sich der Widerspruch erklären, dass drei Jahrzehnte, in der sich die Gewerkschaften lohn-, arbeits- und sozialpolitisch in der Defensive befanden, einhergehen mit einer Stärkung so genannter korporatistischer Arrangements, in denen die Gewerkschaften über Sozialpakete und gemeinsame Erklärungen in die politische Entscheidungsfindung integriert wurden? Könnte man rückblickend analysieren, dass seit Ende der 1980er Jahre ein neuer Grundkonsens zwischen Kapital und Arbeit entstanden ist, der sich in etwa mit den Worten Arbeit – Wachstum – Wettbewerbsfähigkeit zusammenfassen lässt? Und hat oder kann die derzeitige Krise dazu beitragen, den Kompromiss zu brechen? In dieser Einheit möchten wir dazu einladen, den beschriebenen Umbruch zu reflektieren.

Im Hintergrundteil soll ein Überblick über diverse Sozialpakete und gemeinsame Erklärungen, die sich quer durch die EU-Staaten ziehen, gegeben werden. In einer der vier Seminarübungen sollen exemplarisch Auszüge aus Sozialpaketen verschiedener Länder mit Hilfe einer Dokumentenanalyse untersucht werden. In einer weiteren Übung sollen die Teilnehmer*innen Argumente für und gegen die Formel »Arbeit, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit« zusammentragen und diese kontrovers diskutieren. Eine vierte Übung dient der Recherche von wettbewerbspolitischen Entscheidungen der EU-Kommission.

★ Hintergrund

Sozialpakete in der EU im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit

In allen damaligen EU-Ländern mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich kam es in den 1990er Jahren zu tripartistischen Abkommen, z.B. über Arbeitsmarktreformen (vgl. u.a. Hassel/Hoffmann 1999: 213f.). Im Vorfeld des Eintritts in die Wirtschafts- und Währungsunion wurden in vielen europäischen Ländern Sozialpakete geschlossen, in denen die Regierung mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auf zentraler, aber auch dezentraler Ebene Vereinbarungen über eine zurückhaltende Lohnpolitik, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder dezentralisierte Tarifverhandlungssysteme geschlossen hat. Hier sollen vier Beispiele kurz angerissen werden.

Schon 1987 schloss die Regierung Schlüter in Dänemark ein tripartistisches Abkommen mit dem dänischen Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftsdachverband LO, welches festlegte, dass die Löhne in Dänemark nicht höher steigen sollten als die der konkurrierenden Länder, insbesondere Schweden und Deutschland.¹ Die Arbeitsmarktreformen, die seit 1994 zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mit strengen Sanktionen gegen Arbeitslose und einer Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes führten, wurden von der LO unterstützt.

In Italien schlossen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände 1992, 1993, 1996, 1998, 2002 und 2007 Abkommen zu lohn-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fragen, die die Strategie der Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohnzurückhaltung stützten. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien wurde von den Tarifvertragsparteien konsensual angestrebt und unter ihrem Vorzeichen

wurden zahlreiche lohnpolitische Zugeständnisse gemacht. Mit dem Abkommen über »Lohnpolitik, den Kampf gegen die Inflation und Lohnkosten« vom Juli 1992 wurde die in der Nachkriegszeit eingeführte automatische Lohngleitklausel *scala mobile* abgeschafft und die Tarifparteien stimmten in der Analyse überein, dass die Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen müssten, die Beschäftigung steigen und die Lohnpolitik gemäßigt sein müsse (vgl. Protocollo 1992; Regini 2000: 154). Unter der Regierung Prodi wurde 1996 ein Beschäftigungspakt verabschiedet, der u.a. die Einführung der Leiharbeit vorsah und auf die Notwendigkeit einer rigorosen Finanzpolitik hinwies (vgl. *Accordo per il Lavoro* 1996).

Unter der Schröder-Regierung stimmten 1998 die Unterzeichner der ursprünglich von Klaus Zwickel unter der Regierung Kohl als *Bündnis für Arbeit und Standortsicherung* gegründeten Plattform *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit* unter anderem für »eine weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten sowie [...] eine strukturelle Reform der Sozialversicherung.«² Auch die Hartz-Reformen wurden zwar im Einzelnen auf Grund ihrer Schärfe kritisiert, jedoch prinzipiell mitgetragen.

Ein Beispiel konzertierter Politik im Zuge der Finanzkrise seit 2007 konnte in Spanien 2011 beobachtet werden. Nachdem die Gewerkschaften CCOO und UGT noch im September 2010 zu einem Generalstreik gegen die geplanten Arbeitsmarktreformen der Regierung Zapatero aufgerufen hatten (Wandler 2010), unterschrieben sie im Februar 2011 gemeinsam mit ihm und den Arbeitgeberorganisationen einen Pakt für Wachstum, Beschäftigung und Sicherung der Renten. In diesem Pakt wurde u.a. die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 beschlossen. Angesichts der hohen Ar-

1 Vgl. eironline; <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/1999/01/feature/dk99011102f.htm>

2 http://www.eu-employment-observatory.net/ersep/imi66_d/00030005.asp

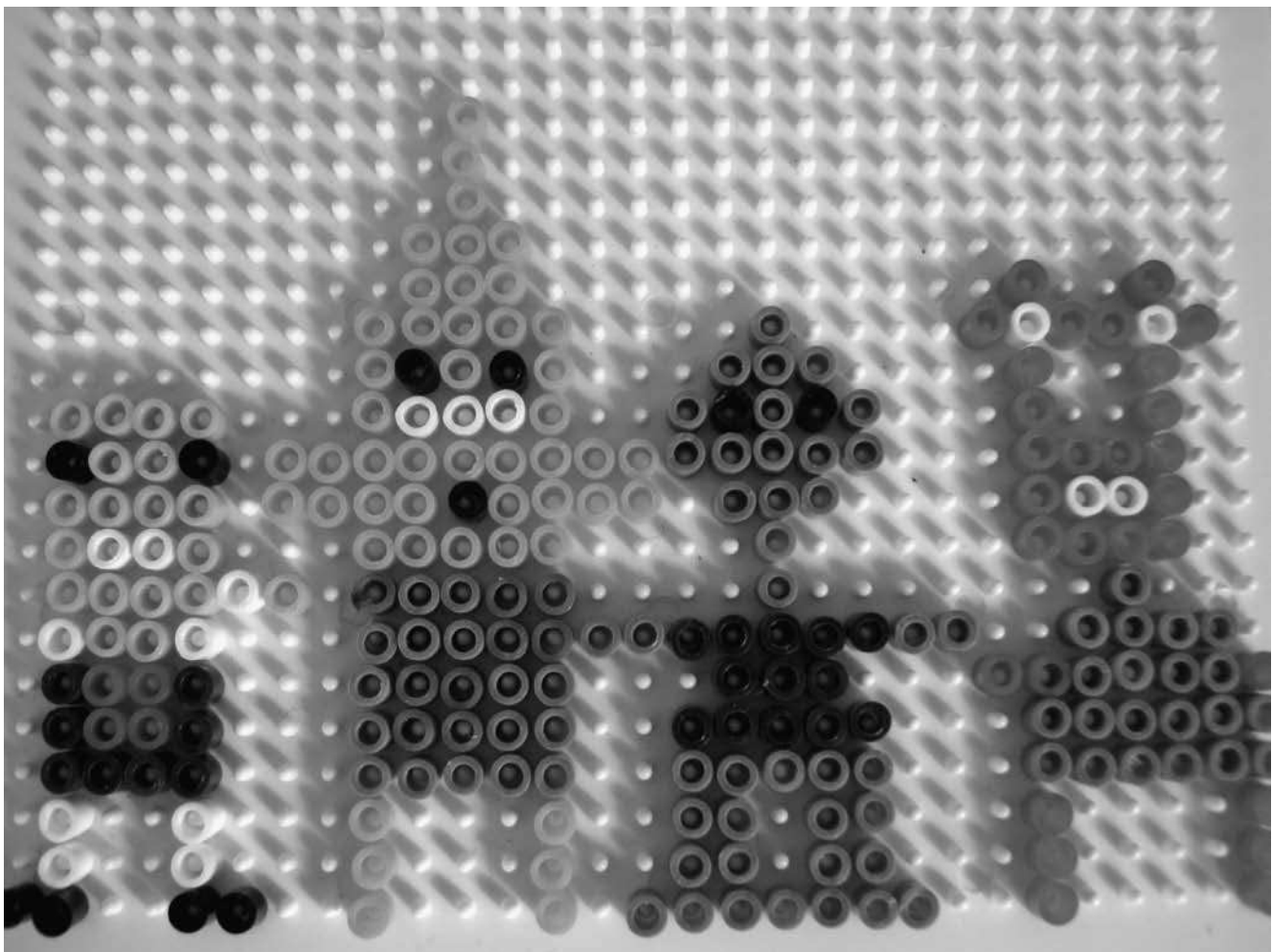
beitslosigkeit auch gut ausgebildeter Jugendlicher, die sich im Mai 2011 auf den spanischen Plätzen empörten, muss sich folgende auch von den Gewerkschaften unterschriebene Analyse der Massenarbeitslosigkeit wie blanker Hohn anhören. Die Unterzeichneten einigten sich darauf, die Arbeitslosigkeit anzugehen durch »ein stabiles Wirtschaftswachstum, das so viele Arbeitsplätze schafft, dass die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann. Zu diesem Zweck muss eine Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik beschlossen werden, die die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen verbessert, so dass sie besser für den Arbeitsmarkt gerüstet sind und den Personalanforderungen der Unternehmen besser gerecht werden.« (Acuerdo Social y Económico 2011: 18)

Zum Weiterlesen

Hans-Jürgen Bieling / Frank Deppe (1999): Europäische Integration und industrielle Beziehungen – Zur Kritik des Konzeptes des »Wettbewerbskorporatismus«, in: Horst Schmitthener / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik, Hamburg, S. 275-300.

Marino Regini (1997): Still Engaging in Corporatism? Einige Lehren aus jüngsten italienischen Erfahrungen mit der Konzertierung, in: PVS 2/1997, 298-317.

Thorsten Schulten (2000): Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischem Euro-Korporatismus – zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas, in: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, 222-242.



★ Seminarideen

»Citizen Welfare and Private Business Strength«

Quellenstudium von sozialpartnerschaftlichen Dokumenten in Arbeitsgruppen

Unter dem Punkt Handout findet ihr Auszüge aus verschiedenen Sozialpakten und Abkommen. Bitte arbeitet mit den Teilnehmer*innen in den Arbeitsgruppen heraus, welche Positionen Gewerkschaften und Unternehmerverbände in diesen gemeinsamen Dokumenten in Bezug auf das Thema Wettbewerbsfähigkeit vertreten. Können sich Widersprüche aus den Erklärungen ergeben und wenn ja welche? Lassen sich Wohlfahrt und Wettbewerb überhaupt vereinbaren, wie dies die Dokumente unterstellen? Dies wären mögliche Diskussionsfragen.

Rechercheaufgabe I

Die Teilnehmer*innen sollen sich in Arbeitsgruppen aufteilen und im Internet nach Beispielen für Sozialpakete oder lokale und betriebliche Beschäftigungspakte in unterschiedlichen Ländern, Regionen oder Betrieben suchen. Schön wäre es, auch den Kontext der gefundenen Dokumente zu untersuchen. Sie sollen den Inhalt der Abkommen, die Ziele und die gemeinsamen Positionen der Tarifparteien beschreiben. Welche Folgen hatten diese Abkommen, welche Konsequenzen haben sich daraus für die Gewerkschaften ergeben und welche Folgen hat eine konzertierte Politik für eine Politik der Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten? Diese Fragen könnten nach Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse diskutiert werden.³

Rechercheaufgabe II

Die Generaldirektion Wettbewerb veröffentlicht auf ihrer Homepage Entscheidungen der EU-Kommission gegen Mitgliedsstaaten zur Liberalisierung verschiedener Märkte.⁴ Hier kann man in verschiedenen Sprachen veröffentlichte Entscheidungen aus den Jahren 1985 bis 2007 einsehen. Die Teilnehmer*innen sollen bitte eine Entscheidung ihrer Wahl aussuchen und sich diese in Ruhe durchlesen. Ihr könnt auch vorher eine der Entscheidungen ausdrucken und diese für das Seminar kopieren. Die Entscheidungen sind ein gutes Beispiel dafür, wie die Politik der EU die Liberalisierung gefördert hat und auch mit rechtlichen Mitteln durchsetzt.

Arbeit – Wachstum – Wettbewerbsfähigkeit. Klasse oder fauler Kompromiss?

Eine Kontroverse

In dieser Übung sollen die Teilnehmer*innen Argumente für und gegen die weit verbreitete These sammeln, dass durch mehr Wettbewerbsfähigkeit mehr Wachstum und durch mehr Wachstum mehr Arbeit und dadurch wiederum mehr Wohlstand entstehe und diese kontrovers diskutieren. Wo wird sie eigentlich vertreten und wer benutzt sie?

³ <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/>: bietet z.B. gute Recherchemöglichkeiten

⁴ <http://ec.europa.eu/competition/liberalisation/cases.html>

★ Handout »Citizen Welfare and Private Business Strength«

Quellenstudium von sozialpartnerschaftlichen Dokumenten in Arbeitsgruppen

Hier findet Ihr Auszüge aus Sozialpakten, Abkommen und gemeinsamen Erklärungen. Während in den 1990er Jahren eine ganze Reihe dieser Abkommen geschlossen wurden, zeigen auch zwei neuere Beispiele von 2010 und 2011, dass gemeinsame Ansätze weiterhin verfolgt werden. Spannend ist zu analysieren, inwieweit die Abkommen eine gemeinsame Analyse der Situation verfolgen und inwieweit die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten die Managementargumente übernimmt.

Bitte arbeitet also in Arbeitsgruppen heraus, welche Positionen Gewerkschaften und Unternehmerverbände in diesen gemeinsamen Dokumenten in Bezug auf das Thema Wettbewerbsfähigkeit vertreten. Ergeben sich Widersprüche aus den Erklärungen und wenn ja welche? Lassen sich Wohlfahrt und Wettbewerb tatsächlich unter einen Hut bringen, wie dies die Dokumente unterstellen? Dies sind nur einige Anregungen für Diskussionsfragen. Die Abkommen sind hier nur in Auszügen abgedruckt. Die vollen Texte und weitere Abkommen könnt ihr unter den angegebenen Links abrufen.

Italien 1996 Beschäftigungspakt (*Accordo per il Lavoro*)

» Die Regierung und die Sozialpartner erachten die Methode der Konzertierung als sehr wichtig. Die Beschäftigungsfrage ist eine Herausforderung, die die Mitwirkung aller fordert in dem Bewusstsein, dass Haushaltssanierung, Schaffung der Voraussetzungen für ein stabiles Wachstum und Beschäftigungspolitik keine alternativen Ziele sind. Die Regierung und die Tarifparteien sind davon überzeugt, dass es einer integrierten Strategie von makroökonomischer Politik, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik bedarf. In diesem Rahmen herrscht darüber Einigkeit und die Regierung verpflichtet sich dazu, dass der Gebrauch finanzieller Anreize als fundamentales Instrument zur Entwicklung der Wirtschaft, der Unternehmen und der Beschäftigung essenziell ist und die Regierung in diesem Sinne ab dem nächsten Haushaltsgesetz u.a. durch eine Senkung der Lohnnebenkosten darauf hinwirkt. [...]

Um auch kurzfristig konkrete Ergebnisse in Bezug auf die Beschäftigung zu erlangen, stimmen die Regierung und die Sozialpartner darüber überein, an folgenden Punkten darauf hinzuwirken diese zu erreichen: Entwicklung und Modernisierung des Produktionssystems durch die Förderung neuer Unternehmensgründungen, die Senkung der indirekten Lohnkosten, die Schaffung geeigneter Bedingungen für die Überwindung der »Schattenwirtschaft«, die Revision der Arbeitsmarktgesetzgebung, um den betroffenen Personen transparente Rahmenbedingungen von Rechten und Pflichten zu bieten, eine höhere Flexibilität in Zusammenhang mit einer neuen, vereinfachten Regulierung und hinsichtlich der Qualifizierung durch die Entwicklung von Maßnahmen für den Ersteintritt in den Arbeitsmarkt, um die Beschäftigung und die Ausbildung von Jugendlichen zu fördern, Unterstützung für Maßnahmen zur tarifvertraglichen Flexibilisierung oder Senkung der Arbeitszeit, Organisation eines Arbeitsvermittlungssystems, das in der Lage ist, den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu fördern.

Die Regierung und die Sozialpartner betonen die Notwendigkeit adäquater Bedingungen für das Wachstum zu schaffen und äußern darüber hinaus den Wunsch, dass die Beschäftigung durch eine verbesserte konjunkturelle Lage wächst. In diesem Sinne stimmen sie darin überein, dass das System der Beschäftigungsanreize überarbeitet werden muss, damit die Wirkungskraft in Bezug auf die spezifischen Ziele, die sie erreichen wollen, gesteigert werden kann. [...]

Die Regierung hält fest, dass sie die Bedingungen, zu denen klein- und mittelständische Unternehmen, Kleinstunternehmen, Touristikunternehmen und Handelsunternehmen arbeiten, verbessern muss. Hierzu erleichtert sie die Verwaltungsverfahren, indem sie die Rigiditäten des Arbeitsmarktes auflockert, die Kreditaufnahme und den Zugang zu Fonds für Forschung erleichtert. [...]



Quelle: [http://db.formez.it/storicofontinor.nsf/f4302670d7fd6e078025670e00524476/3F48EC9ABCE73185C1256CB600500D2F/\\$file/accordo%20lavoro%2096%20testo%20int.PDF](http://db.formez.it/storicofontinor.nsf/f4302670d7fd6e078025670e00524476/3F48EC9ABCE73185C1256CB600500D2F/$file/accordo%20lavoro%2096%20testo%20int.PDF)

Deutschland 1998: Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit



Bundesregierung sowie Repräsentanten der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben sich am 7. Dezember 1998 bei einem Spitzengespräch unter Vorsitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder darauf verständigt, in einem Bündnis gemeinsam auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Die am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beteiligten Seiten stimmen in den folgenden Punkten überein:

- Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit ist die größte Herausforderung für Politik und Gesellschaft am Übergang ins nächste Jahrhundert. Ein hoher Beschäftigungsstand in einer globalisierten Wirtschaft ist keine Utopie, sondern ein realistisches Ziel, das mit einer problemorientierten Kombination wirtschaftspolitischer Aktivitäten sukzessive erreichbar ist.
- Eine positive Entwicklung am Arbeits- und Ausbildungsmarkt erfordert eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Staat, Gewerkschaften und Wirtschaft. Besonders dringlich ist eine enge Abstimmung zwischen den Beteiligten. Das Bündnis ist deshalb auf Dauer und als Prozeß der Verständigung angelegt, in dem gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden soll, aber auch unterschiedliche Interessen vertreten und verschiedene Meinungen ausgeglichen werden.
- Zur nachhaltigen Steigerung der Beschäftigung und zur Verbesserung der ökonomischen Dynamik sind rasche und umfassende Reformen unverzichtbar. Die Durchführung erster wirksamer Maßnahmen ist schon jetzt möglich.
- Erforderlich sind wirksame Beiträge von Seiten des Staates, der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie Selbstverpflichtungen der Tarifparteien. Sie alle müssen zusammenwirken, um gemeinsam spürbare Beschäftigungserfolge zu erzielen. Es ist gemeinsames Verständnis, daß eigenverantwortliches Handeln der Bündnispartner – z. B. der Tarifparteien und der Politik – an den Zielen dieses Bündnisses ausgerichtet wird und die Bündnisvereinbarungen unterstützt. Die Tarifautonomie bleibt unangetastet.
- Der Abschluß einer Ausbildung im dualen System bietet gute Chancen

für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Jeder Jugendliche in Deutschland, der will und kann, soll einen Ausbildungsplatz erhalten.

– Die beteiligten Seiten unterstützen Länder, Kommunen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie Arbeitgeber und Betriebsräte bei ihren gemeinsamen Aktivitäten, nach neuen Wegen zu suchen, wie Beschäftigung in ihren jeweiligen Bereichen erhalten und neu aufgebaut werden kann. Das Bündnis wird diese Bemühungen durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenbedingungen fördern.

Die am Bündnis beteiligten Seiten zielen vor allem auf:

- eine weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten sowie auf eine strukturelle Reform der Sozialversicherung;
- eine beschäftigungsfördernde Arbeitsverteilung und flexible Arbeitszeiten, wodurch Überstunden abgebaut werden können (Arbeitszeitkonten), sowie auf Ausbau und Förderung der Teilzeitarbeit;
- ein Inkraftsetzen der Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2000, die insbesondere der Entlastung der mittelständischen Wirtschaft dient;
- eine weitere Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen;
- flexibilisierte und verbesserte Möglichkeiten für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Altersgrenzen durch gesetzliche, tarifvertragliche und betriebliche Regelungen;
- eine Tarifpolitik, die den Beschäftigungsaufbau unterstützt;
- eine Verbesserung des Zugangs zu Chancenkäpital für kleine und mittlere Unternehmen;
- einen Ausbau der Möglichkeiten für Vermögensbildung und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer;
- Fach- und Themendialoge im Hinblick auf Beschäftigung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit;
- einen weiteren Abbau struktureller Hemmnisse für die Gründung und das Wachstum von Unternehmen;
- die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder und Ausbildungsmöglichkeiten für geringqualifizierte Arbeitnehmer unter Erprobung und Einsatz neuer Instrumente;
- einen Ausbau des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums zur Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere durch Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie durch verstärkte Anreize zur Arbeitsaufnahme. Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen stärker innovationsfördernd eingesetzt werden. [...]



Quelle: http://www.eu-employment-observatory.net/ersep/imi66_d/00030005.asp

ETUC, Businesseurope, CEEP, UEAPME (4. Juni 2010) Gemeinsames Statement von ETUC und Businesseurope zur Europe 2020 Strategie



Es ist wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, indem die europäische Wirtschaft den Weg der Innovation, Technologie und Produktivität geht. Deshalb ist es zentral, das Humankapital der EU und den Erfindungsreichtum der Unternehmen effektiv zu mobilisieren. Es ist auch wichtig, dass Europa mit seinem großen Binnenmarkt ein besserer Wachstumsmotor wird mit höheren Produktivitäts- und Innovationsgewinnen und höheren Investitionen in

eine grüne Wirtschaft. Sozialer Zusammenhalt muss auch als Voraussetzung einer dynamischen und nachhaltigen Wirtschaft gesehen werden. Für den künftigen Erfolg der EU wird es zentral sein, Kompetenzen und Unternehmertum zu fördern, den Binnenmarkt wieder zu beleben, eine integrierte Industriepolitik in der EU zu entwickeln, neue Finanzierungsmittel für Investitionen zu fördern und den Kampf gegen Armut und Ungleichheit aufzunehmen.



Quelle: http://www.etuc.org/IMG/pdf_2010-06-04_Eur_Soc_part_-_Europe_2020_strategyENa.pdf

Sozial- und Wirtschaftsabkommen. Für Wachstum, Beschäftigung und die Sicherung der Renten (Acuerdo Social y Económico. Para el crecimiento, el empleo y la garantía de las pensiones) (Februar 2011, Seite 4-5)



Trotz des Ausmaßes der Krise oder gerade deshalb haben die Regierung und die Sozialpartner zu keinem Zeitpunkt aufgehört, sich darum zu bemühen, die Möglichkeiten des Dialoges offen zu halten. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entfernung voneinander haben sie außerdem vertreten, dass angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage die Anstrengungen aller verdoppelt werden müssen, um den Sozialdialog wieder aufzunehmen. Durch diesen soll ein gemeinsames Verständnis darüber entwickelt werden, wie notwendige Reformen inhaltlich ausgestaltet werden müssen, damit sie einen Beitrag zur Sicherung unserer sozialen Sicherungssysteme leisten und die Arbeitsmarktpolitik effizienter wird. Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass es in der aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage äußerst wichtig ist, den Sozialdialog und die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern wieder aufzunehmen. [...]

In Übereinstimmung mit den angenommenen Vereinbarungen gilt es, den öffentlichen Haushalt durch einen Sparkurs und Haushaltsdisziplin auszugleichen, die diesen effizienter und gerechter gestaltet. Ergänzend hierzu soll die Einnahmeseite so ausgestaltet werden, dass sie einen öffentlichen Dienst ermöglicht, der nicht nur den sozialen Zusammenhalt in Spanien, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes fördert. [...]

In einer Zeit, in der die Innovation immer bedeutender wird, gilt es, die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu fördern, damit sie qualitative Beschäftigung schaffen kann.

Die spanische Wirtschaft braucht mehr Unternehmer, eine Steigerung des Humankapitals durch bessere Bildung, mehr Technologie in einer effizienteren Infrastruktur, eine bessere Nutzung von Rohstoffen und ebenso Arbeitsbeziehungen, die es erlauben, eine notwendige Verbesserung der Lebensumstände durch eine Kombination aus Flexibilität und Sicherheit anzugehen. [...] Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss ihrerseits darauf ausgerichtet werden, die Übergänge zwischen neuen Beschäftigungsverhältnissen zu erleichtern, indem die Anpassungsfähigkeit der Arbeitslosen gefördert wird.



Quelle: Der Gesamttext des Abkommens findet sich unter:
<http://www.lamoncloa.gob.es/docs/Acuerdo.pdf>

Lohnpolitik unter dem Euro

Wettbewerb, Umverteilung, Produktivität

Europäische Lohnpolitik unter den Bedingungen der Währungsunion

★ Einleitung

Mit »Rettungspaketen« für Länder, die wie Irland, Portugal oder Griechenland in massive Schwierigkeiten geraten sind, auf den Kapitalmärkten neue Kredite aufzunehmen und alte zurückzuzahlen, begann im Jahr 2010 die bislang schwerste Krise der europäischen Gemeinschaftswährung und mit ihr auch die wahrscheinlich schwerste Krise des europäischen Integrationsprozesses überhaupt. Den vom Staatsbankrott bedrohten Ländern verordnen Gläubiger seitdem drakonische Sparprogramme, welche – wenig überraschend – in der Bevölkerung auf massiven Widerstand stoßen. Jugendliche, Studierende, Arbeiterinnen, Beamte und Angestellte in den von Bonitätsherabstufungen am stärksten betroffenen Ländern legen immer wieder die Arbeit nieder oder gehen auf die Straße, um gegen Arbeitslosigkeit und Privatisierungen sowie gegen Lohn- und Rentenkürzungen zu protestieren.

Gleichzeitig gewinnt in den reicheren Ländern ein unverhohlener Wohlstandschauvinismus an Einfluss. Rechtsgerichtete Boulevardblätter wie die Bild-Zeitung (»Also doch! Griechen wollen unser Geld« – Aufmacher am 24. April 2010) oder rechtspopulistische Parteien wie die »Wahren Finnen« machen Stimmung gegen angeblich »faule« Süd-

europäer, die sich doch ohnehin nur von den hart arbeitenden Steuerzahlern im Norden aushalten ließen.

Eingezwängt zwischen dem widersprüchlichen Druck der Straße einerseits und den unmissverständlichen Zahlungsaufforderungen von Banken und Finanzmärkten andererseits fällt es den Regierungen der Mitgliedstaaten zusehends schwerer, ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Rettungsmaßnahmen aufeinander abzustimmen. In manchen Momenten der Schuldenkrise konnte es sogar den Anschein haben, als sei manch ein Spitzenpolitiker bereit, den Fortbestand der europäischen Währung als solcher zu riskieren – einer düsteren Einschätzung Helmut Kohls zufolge ja bekanntlich eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.

Höchste Zeit also, dass sich auch Gewerkschafter*innen Klarheit über die Chancen, Probleme und Zukunftsperspektiven des Euro verschaffen. Wie wird die Europäische Währungsunion von Gewerkschaften und ihnen nahestehenden Wissenschaftlerinnen beurteilt? Welche politischen Alternativen zur neoliberalen Architektur des Euro haben Gewerkschaften vorzuschlagen? Und woran ist die Umsetzung dieser Vorschläge bisher gescheitert? Diese Fragen sollen in einem Hintergrundtext beantwortet werden, der als Grundlage für einen Teamvortrag dienen kann.

★ Hintergrund

Eine umfassende Erläuterung von Struktur und Funktion der Europäischen Währungsunion ist ein außerordentlich komplexes Unterfangen. Obwohl der Euro nur eines von vielen aktuell relevanten Themen ist, füllt allein die volkswirtschaftliche Diskussion seiner Voraussetzungen und Folgen ganze Bibliotheken. An dieser Stelle soll und kann deshalb nur ein Teilbereich des Problems stärker beleuchtet werden: die keynesianisch inspirierte Auseinandersetzung mit der Gemeinschaftswährung. Zwar darf nicht unterschlagen werden, dass es sehr wohl auch Kritik anderer politischer Provenienz gibt. Nach Lage der Dinge dürften vielen Gewerkschafter*innen in Europa aber keynesianische Argumente als am meisten naheliegend erscheinen. Im Folgenden werden deshalb zunächst die wichtigsten Punkte zur Kritik des Euro versammelt, um dann in einem zweiten Schritt Alternativvorschläge vorzustellen. Schließlich und drittens bleibt zu fragen, mit welchen Umsetzungsschwierigkeiten sich die dargestellten Alternativen konfrontiert sehen.

Keynesianisch inspirierte Euro-Kritik

Unabhängigkeitsdogma der EZB: Zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank stellt Artikel 108 des EG-Vertrags fest: »Bei der Wahrnehmung der ihnen durch diesen Vertrag und die Satzung des ESZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei

der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.« (EG-Vertrag zit. nach Heine/Herr 2004: 44)

Ihren programmatischen Verzicht auf demokratische Legitimation begründet die EZB mit dem Verdacht, Abgeordnete und Regierungen könnten im Interesse eigener Wiederwahlchancen versucht sein, die Notenpresse für die Bekämpfung sozialer Missstände oder andere »Wahlgeschenke« zu missbrauchen. Als warnendes Beispiel firmiert in diesem Zusammenhang zumeist die traumatische Hyperinflation, die im Deutschen Reich Anfang der 1920er Jahre – angeblich mehr durch willfährige Zentralbanker als durch kreditfinanzierte Kriegspolitik verursacht – zu einem massenhaften Ruin von Geldvermögen führte.

Unabhängigkeit gegenüber demokratischer Kontrolle sollte aber nicht mit politischer Autonomie oder gar Gleichgültigkeit verwechselt werden: Die Zentralbank ist integraler Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems und als ein solcher seiner langfristigen Stabilität verpflichtet. Das zeigte sich zum Beispiel, als die EZB auf einem Höhepunkt der Finanz- und Schuldenkrise mit einem ihrer wichtigsten Unabhängigkeitsdogmen brach. In einem äußerst spektakulären Schritt erklärte sie sich nämlich im Mai 2010 erstmals bereit, Staatsanleihen hochverschuldeter Länder aufzukaufen und damit de facto zur direkten Staatsfinanzierung überzugehen. Sicherung bzw. Wiederherstellung der allgemeinen Stabilität des Finanzsystems rangieren im Fall seiner unmittelbaren Gefährdung somit vor den ansonsten sakrosankten Prinzipien politischer Unabhängigkeit und Geldwertstabilität.

Fixierung auf Geldwertstabilität: Vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank ist es ihrer eigenen geldpolitischen Strategie zufolge, die Inflationsrate »mittelfristig unter, jedoch nahe zwei Prozent« zu halten. In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion gilt dieses Inflationsziel als sehr restriktiv – selbst in

der alten Bundesrepublik mit ihrer so genannten Stabilitätskultur lagen die Inflationsraten lange Zeit deutlich über zwei Prozent und in den 1970er Jahren sogar bei über fünf Prozent jährlich. Mögliche andere Ziele der Geldpolitik wie ein bestimmtes Kaufkraft- oder Beschäftigungsniveau dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn die Preisniveaustabilität davon nicht beeinträchtigt wird.

In der Praxis hat die Europäische Zentralbank es im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz tatsächlich geschafft, das selbstgesteckte Inflationsziel weitgehend, wenn auch unter Absehung von deutlichen regionalen Divergenzen, einzuhalten. Dafür hat die Ausgabe eines numerischen Inflationsziels den Gewerkschaften insbesondere der großen Länder der Eurozone signalisiert, dass allzu hohe Tarifabschlüsse mit konjunkturdämpfenden Zinserhöhungen beantwortet werden. Da gewerkschaftliche Unterhändler eine solche Möglichkeit mit in ihre Verhandlungsstrategie einbeziehen mussten,

saß die EZB also zumindest bei einigen Tarifrunden als arbeitgeberfreundliche dritte Tarifpartei mit am Tisch. Mit Blick auf das Inflationsziel beklagen keynesianische Beobachter in diesem Zusammenhang, dass die EZB durch eine unnötig restriktive Geldpolitik Wachstums- und Beschäftigungschancen auf's Spiel setze und positive Impulse durch eine Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage abstreite (vgl. Heine/Herr 2004: 181ff.).

Stabilitäts- und Wachstumspakt statt Konjunkturpolitik: Die wirtschaftspolitischen Leitlinien von Ministerrat und EU-Kommission verfolgen seit Anfang der 1990er Jahre das Ziel einer harten Sparpolitik: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte soll möglichst unabhängig von den Zyklen der Konjunktur zurückgefahren werden, die Inflationsraten sollen niedrig bleiben, Löhne und Transferleistungen hingegen allenfalls moderat steigen oder sogar abgesenkt werden. Als zentrale Bedingungen für



Renovierung des EURO?
Umbau der alten
Frankfurter Groß-
markthalle zur neuen
Zentrale der EZB.

den Beitritt zur Währungsunion setzte der Vertrag von Maastricht deshalb – relativ willkürlich – eine Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Höhe von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von maximal drei Prozent des BIP fest.

Vor allem auf Druck der liberalkonservativen deutschen Bundesregierung wurden diese Bestimmungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 noch einmal verschärft. Nunmehr sind die Staaten mit Gemeinschaftswährung nicht nur zur Begrenzung, sondern auch zum mittelfristigen Abbau ihrer Staatsverschuldung verpflichtet. Der Europäischen Union werden damit systematisch Mittel vorenthalten, die einheitliche europäische Geldpolitik konjunktur-, aber auch strukturpolitisch zu flankieren. Unter derart neoliberalen Prämissen aber ist an europaweite Programme für einen sozial-ökologischen Ausbau öffentlicher Infrastrukturen in den Bereichen der

Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Gesundheitsversorgung, Energieeffizienz und der umweltschonenden Mobilität ebenso wenig zu denken wie an eine solidarische Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb einer EU, die nach der Osterweiterung mehr denn je von markanten Wohlstandsgrenzen durchzogen ist.

Unterbelichtung ökonomischer Divergenzen: Schon seit langem plädieren insbesondere französische Regierungen für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Gegen die Widerstände vor allem aus Deutschland konnten sich solche Forderungen jedoch bislang nicht durchsetzen. Aufgrund der deshalb nur sehr schwach ausgeprägten Entwicklung konjunkturpolitischer Instrumente fehlt der einheitlichen europäischen Geldpolitik auf europäischer Ebene insofern nach wie vor ein wirtschaftspolitisches Pendant, das in der Lage wäre, die beträchtlichen ökonomischen Disparitäten



im Währungsraum auszugleichen oder zumindest abzubauen.

Spätestens seit Ausbruch der Schuldenkrise steht die Eurozone nun vor dem akuten Problem, dass sich im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Währungsunion die Leistungsbilanzungleichgewichte stark polarisiert haben. Exportorientierten Ländern wie Deutschland, Österreich und den Niederlanden mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss stehen im Süden der EU Volkswirtschaften mit nicht minder hohen Defiziten in der Leistungsbilanz gegenüber. Die Wettbewerbsposition der deutschen Exportindustrie ist dabei unter anderem durch eine im europäischen Vergleich überaus scharfe Restriktion der Lohnentwicklung ausgebaut worden: Weil fast nirgendwo sonst in Europa die nachfragewirksamen Einkommen der abhängig Beschäftigten so wenig angestiegen sind wie in der Bundesrepublik Deutschland, konnte die Entwicklung der Lohnstückkosten hier viel stärker abgebremst werden als in Ländern, deren Lohnpolitik dafür gesorgt hat, dass Waren aus Deutschland importiert werden konnten.

Mit Blick auf dieses »deutsche Exportmodell« sprechen keynesianisch inspirierte Ökonomen auch von einer merkantilistischen Strategie, die darauf abzielt, sich auf dem Weg faktischen Lohndumpings auf Kosten der Nachbarn zu bereichern. Immerhin fehlt Ländern mit einer schwächeren Wettbewerbsposition in einem einheitlichen Währungsraum ja das Mittel der Abwertung, um sich vor Exportoffensiven der deutschen Industrie zu schützen. Finden sie sich unter diesen Bedingungen nicht zu einer drastischen Senkung des Lohn- und Gehaltsniveaus bereit, drohen ihre Unternehmen von der preisgünstigeren Konkurrenz »plattgemacht« zu werden. Ein starker Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage in diesen Regionen wiederum droht auf die Länder mit großen Leistungsbilanzüberschüssen zurückzuschlagen. In einer solchen Situation kann die Europäische Union nicht mit einer wirksamen

Fiskalpolitik reagieren: Ihr fehlen neben den steuer- und haushaltspolitischen Instrumenten auch Entschlossenheit und politischer Wille, antizyklische Konjunkturpolitik im Interesse einer verbesserten regionalen Integration unterschiedlicher Ökonomien zu betreiben.

Welche politischen Alternativen zur neoliberalen Architektur des Euro haben Gewerkschaften vorzuschlagen?

Um die dargestellten Probleme der Europäischen Währungsunion zu lösen oder zumindest abzumildern, sind im Umfeld verschiedener europäischer Gewerkschaften wirtschaftspolitische Alternativen erarbeitet worden, die allgemein im Zeichen einer Abkehr vom Neoliberalismus und einer Hinwendung zu einer aktiven Infrastruktur- und Beschäftigungspolitik stehen (vgl. EuroMemo 2011). Im Mittelpunkt des vorgeschlagenen Kurswechsels in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union stehen dabei zwei Kernelemente: Erstens der Ausbau starker europäischer Institutionen, die die Geldpolitik der EZB fiskal- und beschäftigungspolitisch zu ergänzen vermögen und zweitens die Etablierung einer europaweit enger koordinierten Lohn- und Tarifpolitik.

Aus Sicht keynesianischer Reformerrinnen ist der europäische Haushalt deutlich unterfinanziert. Entweder durch öffentliche Kreditaufnahme oder mithilfe einer neu einzuführenden europäischen Steuer (progressiv auf Grundlage nationaler Bruttoinlandsprodukte zu erheben) könnten Institutionen aufgebaut werden, die die bisher schon bestehenden agrar- und regionalpolitischen Instrumentarien dabei unterstützen, eine beschäftigungswirksame Infrastrukturpolitik mit dem Ziel einer längerfristigen Angleichung der Lebensverhältnisse zu betreiben. Die in der Vergangenheit allzu einseitige Angebotsorientierung europäischer Wirtschaftspolitik würde damit abgelöst durch eine gezielte und von verschiedenen ökonomischen Akteuren (Staat, Unternehmen, Zentralbank, Ge-

werkschaften) unterstützte Politik gesamtwirtschaftlicher Nachfragesteuerung. Regionale Ungleichgewichte, die momentan noch die Eurozone unter einen Polarisierungsdruck setzen, könnten auf diese Weise ausgeglichen werden.

Tarifpolitisch haben sich der EGB und die sektoralen europäischen Gewerkschaftsverbände als gemeinsame Leitlinie auf die Formel einer produktivitätsorientierten (und damit sowohl verteilungs- als auch wettbewerbsneutralen) Lohnpolitik verständigt. Diese sieht als übergeordnetes Tarifziel eine Aufbesserung der Löhne und Gehälter um die Summe aus Inflationsrate und Produktivitätsfortschritt an und erteilt damit einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik, die die entstehenden Verteilungsspielräume nicht ausnutzt, eine klare Absage. So heißt es beispielsweise in der *Erklärung von Doorn*, die gewerkschaftliche Tarifpolitiker aus der BRD und den Benelux-Ländern im Dezember 1998 beschlossen haben: »Mit ihrer lohnpolitischen Orientierung verfolgen die teilnehmenden Organisationen vor allem das Ziel, eine von den Arbeitgebern gewollte Unterbietungskonkurrenz bei den tarifvertraglichen Einkommen zwischen den betroffenen Ländern zu verhindern.

Sie verstehen diese nachbarschaftliche Initiative als einen Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Tarifverhandlungen.« (Doorn 1998: 2) Neben dem Zweck der Organisierung grenzüberschreitender Solidarität dient die lohnpolitische Koordination auch der Förderung der privaten Konsumnachfrage und der Erhaltung der Geldwertstabilität. Entgegen vorherrschender Annahmen können zentralisierte Lohnabsprachen nämlich sehr wohl zu einer Dämpfung der Inflationsrate beitragen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Formel von der »produktivitätsorientierten Lohnpolitik in der Nachkriegszeit lange zum Besitzstand der Unternehmerseite gezählt hat, mit der sie den Umverteilungsansprüchen einer expansiven Lohnpolitik Grenzen setzen wollte (vgl. Schulten 2004a: 108ff.).

Woran ist die Umsetzung dieser Vorschläge bisher gescheitert?

Nach der so genannten Lehman-Pleite konnte es für kurze Zeit den Anschein haben, als sei nicht nur das ökonomische, sondern auch das ideologische System des Neoliberalismus in eine ernste Krise geraten. Selbst renommierte konservati-



ve Zeitungen kokettierten plötzlich wieder mit John Maynard Keynes' Ideen von der »Euthanasie des Rentners« oder der Sozialisierung der Nachfragefunktion. Zu diesem Zeitgeist passte es gut, dass sogar der für Finanzmärkte zuständige FAZ-Redakteur Gerald Braunberger ein Buch mit dem Titel »Keynes für jedermann. Die Renaissance des Krisenökonomien« veröffentlichte (Braunberger 2009). Nach Verabschiedung der Rettungspakete für den Bankensektor und die Finanzmärkte allgemein verloren diese Stimmen allerdings wieder spürbar an Einfluss und Vorschläge zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage waren nur noch aus dem Kreis der üblichen Verdächtigen zu vernehmen. Die von Gewerkschaften und ihnen nahestehenden Wissenschaftlern erarbeiteten Konzepte zur Reform der Euro-Architektur mussten aufs Neue mit einer kompakten Gegnerschaft derjenigen politischen und sozialen Kräfte rechnen, die Sparprogrammen, Schuldenabbau und Privatisierungsmaßnahmen den Vorzug vor einer innereuropäischen »Transferunion« einräumten.

Die von der Europäischen Kommission im Mai 2010 verkündete Strategie zum Ausstieg aus der Wirtschaftskrise verdeutlicht gut, wie hoch die politischen Hürden sind, die einer Umsetzung der gewerkschaftlichen Alternativen im Wege stehen. Mit den sparpolitischen Mitteln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen die öffentlichen Haushalte »konsolidiert« werden. Weil unterstellt wird, hochverschuldete Länder hätten über ihre Verhältnisse gelebt, ist für die einzelstaatlichen Haushaltsplanungen für 2011 von »nötigen Anpassungen bei Kosten und Löhnen« und »Haushaltsdisziplin« ebenso die Rede wie von einer deutlichen »Stärkung unseres Überwachungsmechanismus« (EU-Kommission 2010). Dementsprechend haben »alle Mitgliedstaaten, außer Zypern, bereits drastische Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben, bei öffentlichen Diensten und im Gesundheitswesen, bei Renten, Löhnen im öffentlichen Sektor usw. einge-

leitet. Viele Mitgliedstaaten erhöhen im Gegenzug Mehrwertsteuern, Sozialabgaben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das gesetzliche Rentenalter« (EuroMemo 2011: 39). Einer antizyklisch operierenden Beschäftigungspolitik, die die Kosten der Krise nicht den Schwächsten aufbürdet, bleibt unter solchen Vorzeichen offenkundig kein Spielraum.

Bezüglich der von den Gewerkschaften avisierten europaweiten Koordinierung der Tarifpolitik fehlen bislang nicht nur die institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen. Eine solche Politik wird von Unternehmerseite und vielen Politikern auch schlicht für überflüssig erachtet. Immerhin ging der dominante Trend in der Tarifpolitik auf Druck der Unternehmen und auch Zentralbanken seit den 1980er Jahren weg von flächendeckenden Abschlüssen hin zu sehr viel kleinteiligeren Öffnungsklauseln und Betriebsvereinbarungen. Nur durch eine solche »betriebsnahe« Tarifpolitik könnte die Anpassung der Löhne an veränderte Wettbewerbsbedingungen gewährleistet werden. Gemeinsam mit Unternehmerverbänden setzen sich Europäischer Rat und Europäische Kommission zudem für eine Senkung der so genannten Lohnnebenkosten und Sozialabgaben ein. Da diese faktisch ein Lohnbestandteil sind, muss auch in diesem Punkt von einer Barriere für verteilungsneutrale Lohnpolitik gesprochen werden.

Abgesehen von den Widerständen, die neoliberale Kräfte einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik entgegenzusetzen, gibt es aber auch innerhalb europäischer Gewerkschaften selbst beträchtliche Vorbehalte gegen eine grundlegende Reform der Europäischen Währungsunion. Diese beziehen sich nicht nur, aber doch zu einem beträchtlichen Teil auf den Vorschlag zu einer stärkeren Koordinierung der Tarifpolitik. Auf der einen Seite stehen jene Gewerkschafter*innen, die in einer stärkeren Koordinierung der Lohnverhandlungen eine Einschränkung ihrer Tarifautonomie sehen. Sie wehren sich dagegen,

Gewerkschaften zu einem bloßen Transmissionsriemen keynesianischer Makroökonomie zu degradieren, in dem Lohnkorridore praktisch schon feststehen, bevor es überhaupt zu Tarifauein- andersetzungen oder gar Arbeitskämpfen gekommen ist. Gegen die Idee einer rein produktivitätsorientierten (und damit vergleichsweise bescheidenen) Lohnpolitik setzen außerdem sie das Argument, Gewerkschaften hätten auch »expansiv« für gesamtgesellschaftliche Umverteilung zu sorgen. Insbesondere nach einer systematischen Absenkung der Lohnquote über einen sehr langen Zeitraum und nach einem damit verbundenen sozialen Polarisierungsschub von beträchtlicher Stärke leuchten ihnen makrokorporatistische Rücksichtnahmen auf eine europaweite Geld- und Wirtschaftspolitik wenig ein.

Auf der gegenüberliegenden Seite des gewerkschaftlichen Spektrums äußern sich Stimmen, deren Vorbehalte gegenüber einer europaweiten Koordinierung der Lohnpolitik sich aus einer Einbindung in wettbewerbskorporatistische Arrangements auf nationaler Ebene speisen. Nicht in der Ausschöpfung der produktivitätsorientierten Verteilungsspielräume, sondern gerade in ihrer Nichtausschöpfung sehen sie ein Mittel, die Wettbewerbsposition des »eigenen Wirtschaftsstandorts« und seiner Arbeitsplätze zu verbessern. Im ersten Jahrzehnt der Europäischen Währungsunion ist ein solches Konzept insbesondere von vielen deutschen Gewerkschaften verfolgt worden, deren niedrige Tarifabschlüsse und geringe Streikaktivitäten mit dazu beigetragen haben, dass der Anstieg der Lohnstückkosten in der BRD deutlich hinter dem in anderen Ländern zurückgeblieben ist – hier hat es in den Jahren zwischen 2000 und 2007 sogar Reallohnverluste gegeben. Eine solche »moderate« Tarifpolitik läuft vor allem deswegen dem Prinzip einer international solidarischen Kooperation zuwider, weil Arbeitslosigkeit im Namen der Standortsicherung und unter Inkaufnah-

me stagnierender Löhne »exportiert« wird, während sich Beschäftigte in anderen Ländern für ihre offensiven Tarifauein- andersetzungen abgestraft sehen (kritisch hierzu: Scherrer 2010).

Zu den verschiedenartigen politischen Vorbehalten innerhalb europäischer Gewerkschaften hinzu treten Umsetzungsprobleme grundsätzlicher Art. Obwohl der Europäische Gewerkschaftsbund bewusst keine europaweit gültigen Tarifverträge anstrebt, tut er sich noch sehr schwer damit, Mitgliedsverbände wenigstens zur Einhaltung des tarifpolitischen Koordinierungsrahmens zu verpflichten. Und selbst wenn ihm eine solche Verpflichtung in Zukunft einmal gelingen sollte, hätte sie immer noch zur Voraussetzung, dass die Tarifpolitik auch auf der nationalen Ebene sektorübergreifend koordiniert wäre. »Das größte Problem besteht jedoch für Länder, die wie Großbritannien oder die meisten osteuropäischen Staaten lediglich über dezentrale Tarifvertragssysteme mit betriebsbezogenen Tarifverhandlungen verfügen.« (Schulten 2004: 209)

Zum Weiterlesen

EuroMemo-Gruppe (2011): EuroMemo 2010/11. Der Krise entgegengetreten: Solidarität statt Sparkurs, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2011.

Michael Heine / Hansjörg Herr (2004): Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB, Marburg.

Thorsten Schulten (2009): Zehn Jahre europäische Koordinierung der Tarifpolitik – eine Zwischenbilanz [Vortrag auf der Konferenz »Für ein soziales Europa. Perspektiven für die Überwindung der Krise« am 21. März 2009 in Düsseldorf].
http://www.rosa-luxemburg-club.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/090321_NRW-EU-Konferenz/SchultenEuropaeischeKoordinierung.pdf

Lobbyismus

Von Drehtüren, Hinterzimmern und Lobbys

Politische Einflussnahme am Beispiel der Chemikalienrichtlinie REACH

★ Einleitung

Im folgenden Kapitel soll die Funktionsweise des Lobbyismus auf europäischer Ebene exemplarisch dargestellt und analysiert werden. Anhand der erklärenden Hintergrundtexte und der zur Verfügung gestellten Originalquellen können in einem Seminar Ursachen und Auswirkungen von Lobbyismus erschlossen und mögliche Gegenstrategien diskutiert werden. Ein abschließend aufgeführter Katalog möglicher Fragen soll die Führung der

Diskussion erleichtern. Von besonderem Interesse für dieses Kapitel ist das Verhalten der Gewerkschaften, deren Mitglieder ja Produzentinnen und Konsumentinnen zugleich sind. Deutlich wird zunächst, dass es in Bezug auf REACH nicht die *eine* gewerkschaftliche Position auf europäischer Ebene gibt, sondern mindestens zwei. Nach den Hintergründen für diese unterschiedlichen Positionierungen ist ebenso zu fragen wie danach, welcher Stellenwert ihnen im Vergleich zum Lobbying der Industrie- und Umweltverbände eingeräumt werden kann.



★ Hintergrund

Als Lobbyismus wird die gezielte Einflussnahme wirtschaftlicher und sozialer Interessengruppen auf politische Entscheidungsprozesse bezeichnet. Da diese politischen Entscheidungsprozesse weit mehr umfassen als nur Beratungen und Abstimmungen im Parlament, geht Lobbyismus auch weit über die Konsultation von Abgeordneten hinaus, welche in Systemen repräsentativer Demokratien legitimerweise geltend machen können, für ihre politische Meinungsbildung auf Rücksprache mit Wählerinnen angewiesen zu sein. So fängt Lobbyismus bei oftmals unscheinbaren Versuchen an, öffentlichen Debatten einen gewissen *Dreh* zu geben, erstreckt sich über das weite Feld der politischen *Landschaftspflege* und hört bei der Bereitstellung von scheinbar neutralem *Expertenwissen* nicht auf. Vielmehr reicht Lobbyismus bis hin zu Versuchen des mehr oder weniger direkten Drucks auf Mandatsträger, Beamtinnen sowie andere Spitzenrepräsentanten von Exekutive und Legislative.

Die zum Teil fließenden Übergänge zwischen legalen und illegalen Methoden des Lobbyismus haben in den USA bereits zu einer zumindest teilweisen Regulierung dieser Formen politischer Einflussnahme geführt. Wollen Lobbyisten beim Kongress in Washington ihrer Tätigkeit nachgehen, müssen sie sich akkreditieren lassen und über Art und Umfang ihrer Aktivitäten öffentlich Rechenschaft ablegen. Auch wenn diese Regelungen weitaus schärfer sind als diejenigen, die in Brüssel gelten, ändern sie an einem Grundproblem nichts: Nicht alle Bürgerinnen verfügen über die gleichen Ressourcen, ihren Interessen im Gesetzgebungsprozess Geltung zu verschaffen. Im Gegenteil: Kapitalkräftige Interessengruppen können ihre Vorstellungen über ein infrastrukturell üppig ausgestattetes Verbindungsbüro ungleich leichter zu Gehör bringen als etwa ein Umweltverband oder gar ein einzelner Bürger das zu

tun in der Lage ist. In den meisten Fällen muss ein Unternehmen nicht einmal bis zum offenen Bestechungsversuch gehen. Oft reicht schon der leise Hinweis auf drohenden Arbeitsplatzabbau oder eine mögliche Standortverlagerung, um Politikerinnen dazu zu bewegen, von einem aus Unternehmersicht ungünstigen Vorhaben abzurücken. Hinzu kommt, dass Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene im Vergleich zu denen im nationalen Rahmen ohnehin ein Demokratiedefizit aufweisen. Beim Versuch der Einflussnahme auf Entscheidungsträger müssen Lobbyistinnen deshalb vielfach noch nicht einmal mit dem Willen der Wählerinnen wetteifern.

Aus der Sicht von abhängig Beschäftigten ist dieses strukturell asymmetrische System aus gleich mehreren Gründen problematisch. Ihre Stimme bei demokratisch abgehaltenen Wahlen zählt u.U. weniger als die organisierte Einflussnahme ihres Arbeitgebers oder ihrer Arbeitgeberin auf den politischen Prozess. Zwar können auch sie einer Gewerkschaft oder einem Verbraucherinnenschutzverband beitreten und darauf hoffen, dass diese für sie ihre Stimme erheben – trotzdem benachteiligt der hohe Aufwand in aller Regel die »ärmeren« gegenüber gegen den »reicheren« Organisationen. Und selbst wenn sich »ärmere« Organisationen im Namen ihrer Mitglieder einmal Gehör verschaffen können, haben Beschäftigte aus der Logik der Repräsentation heraus nur geringe Chancen, Ablehnung oder Zustimmung signalisieren zu können. Ob mit ihren Mitgliedsbeiträgen am Ende auch ihre Interessen artikuliert werden, liegt also nicht in ihrer Hand. Um an dieser Problematik etwas ändern zu können, muss sie zunächst einmal verstanden werden.

Im Mittelpunkt des folgenden Fallbeispiels steht die Auseinandersetzung um die EU-Chemikalienrichtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemical Substances). Die Umstände, unter denen REACH zwischen 1998 und 2007 disku-

tiert und beschlossen wurde, werfen ein aufschlussreiches Licht auf den Einfluss, den unterschiedliche Lobbygruppen auf europäische Entscheidungsprozesse ausüben können – in diesem Fall vor allem Umwelt- und Verbraucherinnenorganisationen auf der einen und Interessenverbände der chemischen Industrie auf der anderen Seite. REACH ist dabei nicht nur eine der am heftigsten umkämpften EU-Gesetzesinitiativen der letzten Jahre. Sie ist auch deshalb von so großer Bedeutung, weil sie, wie ein Wirtschaftsjournalist schrieb, direkt »ins Herz der europäischen Industriegesellschaft« zielt (Klawitter 2007a). Immerhin hängt von der Zulassungspraxis nicht nur ab, welche Produktionsverfahren aufrechterhalten werden können, sondern auch, welche chemischen Giftstoffe den Menschen und ihrer natürlichen Umwelt zugemutet werden.

Zum Weiterlesen

Marco Contiero (2006): Toxic Lobby. How the chemicals industry is trying to kill REACH, Brüssel.

[<http://www.greenpeace.org/international/en/publications/reports/toxic-lobby-how-the-chemical/>]

Jorgo Riss (2010): Chemical Warfare – the lobbying battle on REACH, in: Alter-EU (Hrsg.): Bursting the Brussels bubble. The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brüssel, S. 33-47.

[<http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/bursting-the-brussels-bubble.pdf>].

Tony Musu (2011): What role can unions play in Europe's industrial policy? REACH shows the way, in: ETUI Policy Brief 3/2011, S. 1-5.

Zum Weitersehen

Werner Boote (2009): Plastic Planet, BRD.



★ Seminarideen

Handout: REACH-Chronik

Aus welchen Akteuren setzen sich die miteinander ringenden Lobbykoalitionen zusammen? Findet mithilfe einer Internetrecherche noch andere Gruppen, die sich ebenfalls in die REACH-Auseinandersetzung eingemischt haben!

Mit welchen Mitteln arbeiten Lobbyistinnen? Wie lassen sich diese Mittel rechtfertigen und wie lassen sie sich kritisieren?

Überlegt, ob und wie sich eure Erkenntnisse aus der Untersuchung von REACH auf aktuelle politische Kontroversen übertragen lassen!

Handout: Lobbypolitische Gewerkschaftskontroversen am Beispiel von REACH

Wie argumentieren gewerkschaftliche Befürworter und Gegnerinnen von REACH?

Wie lässt sich die unterschiedliche Positionierung erklären?

Wägt das Für und Wider ab und formuliert eine eigene Position zur Frage, ob Gewerkschaften Lobbypolitik betreiben sollten?





★ Handout REACH-Chronik

- 1993** Vor dem Hintergrund der katastrophalen Chemieunglücke im italienischen Seveso und im indischen Bhopal sowie auf Druck von Umweltbewegungen entschließen sich die Umweltminister der EG-Mitgliedstaaten, die Industrie zu einer Risikobewertung ihrer 140 gefährlichsten Stoffe aufzufordern. Die Chemiekonzerne kommen dieser Aufforderung nicht nach. Von den meisten der etwa 100.000 industriell gebräuchlichen chemischen Substanzen ist daher nach wie vor nicht oder nur unvollständig bekannt, wie gefährlich sie für Mensch und Umwelt tatsächlich sind. Allein in Bezug auf die Arbeitswelt müssen nach Erkenntnissen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts ETUI jährlich 50.000 Fälle von Atemwegs- und 40.000 Fälle von berufsbedingten Hautkrankheiten auf die Einwirkung gefährlicher Chemikalien zurückgeführt werden (Musu 2011: 2). Gefährliche Chemikalien gelangen auch in die Nahrungskette und lagern sich im Fettgewebe arktischer Eisbären genauso ab wie in der Muttermilch. Diese enthält mittlerweile ebenfalls die Rückstände von rund 100 Chemikalien.
- 1999** Weil sie mit ihrer bisherigen Chemikalienpolitik keine Fortschritte im Umwelt- und Gesundheitsschutz erzielt haben, entwirft das Ressort der dänischen EU-Umweltkommissarin Ritt Bjarregaard auf Veranlassung des Rates der Umweltminister ein Gesetz für eine schärfere Kontrolle und Regulierung industriell hergestellter und verarbeiteter chemischer Produkte.
- 2001** Unter der Ägide der schwedischen EU-Umweltkommissarin Margot Wallström wird ein Weißbuch für eine neue Chemikalienpolitik der EU vorgelegt: Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH). Es sieht die Umkehr der Beweislast hin zu den Herstellern und Importeuren, die allmähliche Substitution hochgiftiger Substanzen sowie umfangreiche Offenlegungs- und Informationspflichten für die Chemieindustrie vor (»Keine Informationen – keine Marktzulassung«).
- 2002** Während sich Jaques Chirac, Tony Blair und Gerhard Schröder ebenso wie der Rat der Umweltminister und das Europäische Parlament bisher noch für eine Verschärfung der Chemikalienrichtlinie ausgesprochen hatten, macht die EU-Kommission unter ihrem Industriekommissar Erkki Liikanen aus der anvisierten neuen Chemikalienrichtlinie eine Frage europäischer Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig beginnt eine der umfangreichsten unternehmerischen Lobbykampagnen in der Geschichte der europäischen Integration.
- März 2002** Die deutsche Bundesregierung, der deutscher »Verband der Chemischen Industrie« (VCI) und die deutsche Chemiegewerkschaft IG BCE veröffentlichen ein gemeinsames Positionspapier, welches die EU auffordert, beim Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht zu übersehen, »dass gleichzeitig günstige Rahmenbedingungen für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie sichergestellt werden« müssen: »Wir brauchen Regelungen, die den wirksamen Schutz von Umwelt und Gesundheit bei möglichst geringen Kosten, in schnellen, einfachen und verlässlichen administrativen Verfahren erreichen.«
- März 2002** Das State Department weist US-Botschaften in außer-europäischen Ländern an, »das Thema EU-Chemikalienpolitik mit relevanten Regierungsbeamten (also Beamten des Umweltministeriums, des Wirtschafts- bzw. Handelsministeriums und des Au-

ßenministeriums) sowie der einheimischen Geschäftswelt« zu erörtern. In diesen Gesprächen müsse die geplante EU-Politik dargestellt werden als »kostenträchtiges, beschwerliches und komplexes Regulierungssystem, das sich in seiner Umsetzung als unpraktikabel erweisen könnte« (Waxman 2004).

- Dezember 2002** Der Dachverband der europäischen Chemiegewerkschaften (EMCEF) und der Unternehmerverband der chemischen Industrie in Europa (ECEG) unterzeichnen in Paris eine Vereinbarung über die Einrichtung eines permanenten Dialogs zwischen den Sozialpartnern auf einzelstaatlicher wie auf europäischer Ebene.
- Dezember 2002** Die Veröffentlichung einer vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Auftrag gegebenen »Expertise« zu den angeblichen ökonomischen Folgen von REACH versetzt viele europäische Medien in Alarmzustand. Auf der Basis stark frisierter Zahlen warnt die Studie der Unternehmensberatung Arthur D. Little vor Absatzeinbrüchen und dem Verlust von nicht weniger als 2,35 Mio. Arbeitsplätzen allein in Deutschland. Als die Wirtschaftslobby (zum Beispiel auch gegenüber dem Sachverständigenrat der Bundesregierung) einräumen muss, dass die Studie methodisch haltlos ist, sind die Horrorszenarien längst von vielen Journalisten aufgegriffen worden. Vielen Zeitungen ist der Rückzieher im Februar 2003 nur noch eine Randnotiz wert.
- April 2003** In einer als »vordringlich« eingestuften Depesche an US-Botschaften in Europa macht sich US-Außenminister Powell die Interessen der US-amerikanischen Chemieindustrie zueigen und fordert die Botschaften zur Unterstützung der europäischen REACH-Gegner auf. Es wäre demnach »für unsere Vertretungen wichtig, gegenüber der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten unsere generellen Bedenken zu wiederholen, bevor die Kommission sich formell auf einen Vorschlag einigt« (Waxman 2004).
- September 2003** Der CEFIC-Präsident und vormalige BASF-Manager Eggert Voscherau prophezeit, dass die neue Chemikalienpolitik zu einer faktischen Deindustrialisierung Europas führen würde. Brieflich fordern Jacques Chirac, Tony Blair und Gerhard Schröder den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi nunmehr auf, im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie zu einer substanziellen Kursänderung in der Chemikalienpolitik zu kommen. Während Großbritannien und Frankreich ihre Position im weiteren Verlauf etwas abschwächen, bleibt die rot-grüne Bundesregierung bei ihrer industriefreundlichen Haltung hart.
- Oktober 2003** Die EU-Kommission macht ihren Kurswechsel öffentlich und übernimmt zentrale Forderungen, die Chemieindustrie und Bundesregierung seit 2002 erhoben haben. Die Zulassungsbestimmungen für selten verwandte Chemikalien (weniger als 10 Tonnen pro Jahr) sollen gelockert, weitreichende Ausnahmetatbestände zugelassen, Substitutionsvorschriften eingeschränkt und Betriebsgeheimnisse besser geschützt werden. »Unseren größten Erfolg in Hinblick auf die Reduzierung von Folgekosten für die Unternehmen erzielten wir im Jahr 2003, als wir es geschafft haben, die Kommission zur Annahme eines Vorschlags mit einer realistischeren Reichweite zu bewegen«, so Judith Hackitt von der UKCIA, dem britischen Industriellenverband *Chemical Industries Association* (Contiero 2006: 19). Die Zuständigkeit für REACH wechselt auf Druck konservativer EU-Parlamentarier (vor allem aus Deutschland) von der Generaldirektion Umwelt zur Generaldirektion Unternehmen und Industrie sowie vom Rat der Umweltminister zum Rat für Wettbewerbsfähigkeit.

- November 2003** Gemeinsam mit Spitzenrepräsentanten der europäischen Chemieindustrie (CEFIC und ECEG) veröffentlichen die deutschen Chemiegewerkschafter Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der IG BCE) und Reinhard Reibsch (Generalsekretär der EMCEF) eine Stellungnahme, in der sie die EU zu einer Unterordnung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes unter die Interessen der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie auffordern. Eine Überarbeitung der Chemikalienpolitik habe wahrscheinlich keinerlei positive Auswirkungen auf den ohnehin »gut geregelten« Arbeitsschutz in der Chemieindustrie (Schmoldt u.a. 2003: 3).
- Oktober 2004** Jean Paul Mingasson, Vorsitzender der Generaldirektion Unternehmen und Industrie wechselt von der EU-Kommission zum Europäischen Industriellenverband UNICE (Union of Industrial and Employers' Confererations of Europe), um dort als Berater zu arbeiten. UNICE spielt in den lobbyistischen Anstrengungen zur Aushöhlung von REACH eine wichtige Rolle.
- September 2005** Ohne Absprache mit den übrigen EU-Kommissaren verteilen Kommissionspräsident Barroso, Umweltkommissar Dimas und Industriekommissar Verheugen ein so genanntes *Room Paper* an EU-Parlamentarier und nationale Regierungen, in dem sie die Bereitschaft der gesamten Kommission signalisieren, der Chemieindustrie bei wichtigen Sicherheitsbestimmungen im REACH-Gesetzentwurf noch weiter entgegen zu kommen.
- November 2005** In der ersten Lesung des REACH-Gesetzentwurfs unterstützt das Parlament das Substitutionsprinzip, demzufolge hochgefährliche chemische Substanzen ersetzt werden müssen, wenn unschädliche Alternativen vorhanden sind. Ein von der konservativen und der sozialdemokratischen Fraktionsführung ausgehandelter Kompromiss, der Tausende von Chemikalien aus dem Wirkungsbereich von REACH herausnimmt, wird von der Parlamentsmehrheit aber ebenfalls angenommen.
- Dezember 2005** Bei der ersten Lesung des Gesetzes im Ministerrat werden weitere Einschränkungen vereinbart. Bundeskanzlerin Angela Merkel droht mit der Blockade der Gesetzesinitiative und auch andere Mitgliedstaaten unterstützen den Substitutionsvorschlag des Parlaments nur teilweise. Weiterhin stimmen die Mitgliedsstaaten darin überein, die Informationsanforderungen für Tausende von Chemikalien drastisch zu reduzieren.
- November 2006** Unterhändler des Parlaments, der Kommission und des Ministerrates einigen sich auf einen Gesetzentwurf für die zweite Lesung im EU-Parlament. Am 13. Dezember wird REACH in einer gegenüber den ursprünglichen Plänen des Weißbuches stark modifizierten Version – es gab nicht weniger als 1038 Änderungsanträge – vom Parlament mit 529 Ja-Stimmen, 98 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen verabschiedet. REACH tritt am 1. Juni 2007 in Kraft.
- 2009** In Helsinki arbeiten über 400 Menschen in der neu eingerichteten Europäischen Chemikalienagentur ECHA, die die Einhaltung der REACH-Vorschriften überwacht. Anders als mit Verweis auf das Verursacherprinzip ursprünglich geplant, ist die Industrie allerdings nicht für Folgeschäden ihrer Produkte verantwortlich. Von den rund 100.000 im Umlauf befindlichen Industriechemikalien müssen nicht mehr alle, sondern nur noch 30.000 auf ihre Auswirkungen für Mensch und Umwelt untersucht werden – faktisch werden es sogar noch weit weniger sein. Vom Substitutionsprinzip, das die mittelfristige Ersetzung gefährlicher durch weniger gefährliche Chemikalien vorgesehen hätte, sind krebserregende oder fortpflanzungsschädliche Chemikalien

ausgenommen. Schließlich enthält die Richtlinie nur noch wenig wirksame Bestimmungen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz und auch die Informationspflichten der Industrie sind deutlich reduziert worden. »Positiv kann aber abschließend zusammengefasst werden, dass in Zukunft wenigstens die nicht abbaubaren und sich im menschlichen Körper anreichernden Stoffe durch Alternativen ersetzt werden müssen, sobald diese vorhanden sind. Auch können Stoffe, die in sehr großen Mengen hergestellt werden, nicht mehr ungetestet vermarktet werden. Zudem erlaubt das Gesetz den Verbrauchern, von Firmen Informationen über zumindest einige besonders gefährliche Substanzen zu verlangen.« (Plastic Planet 2009: 5)

Quelle: Die vorliegende Chronologie stützt sich auf Informationen aus den im Literaturverzeichnis genannten Veröffentlichungen, insbesondere aber auf Cantiero (2006) und Riss (2010).



★ Handout

Lobbypolitische Gewerkschaftskontroversen am Beispiel von REACH

IG BCE / ver.di / EMCEF

»Die von der EU formulierten Anforderungen an eine neue Chemikalienrichtlinie können sich als eine erhebliche Belastung für die europäische Chemieindustrie herausstellen, die die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Arbeitsplätze in diesem Bereich gefährden.« (ver.di 2004)

»Um Umwelt, Beschäftigungsstand und die Wirtschaft als ganze zu stärken, muss der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie Priorität eingeräumt werden.« (CEFIC/EMCEF 2003)

»Wir brauchen Regelungen, die den wirksamen Schutz für Gesundheit und Umwelt bei möglichst geringen Kosten, in schnellen, einfachen und verlässlichen administrativen Verfahren erreichen.« (IG BCE 2002)

»Einige Chemikalien werden nicht mehr in der EU verfügbar sein – dies wird zum Verlust von Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie führen, weil bestimmte Produktionen nicht mehr weitergeführt werden.« (EMCEF 2004)

»Das neue System sollte keine unnötigen bürokratischen Hürden und unverhältnismäßigen Hindernisse schaffen, die die Produktvielfalt und die Palette des Chemikalienangebots beeinträchtigen.« (CEFIC/EMCEF 2003)

»Die Weitergabe der Kosten entlang der Wertschöpfungskette bis zum Endverbraucher wird schwierig werden. Dies bringt im Vergleich zu nicht-europäischen Konkurrenten Wettbewerbsnachteile mit sich.« (EMCEF 2003)

»Insbesondere muss dem Schutz vertraulicher Geschäftsgeheimnisse vor unfairem Wettbewerb Rechnung getragen werden.« (CEFIC/EMCEF 2003)

ETUC / ETUI / EGB

Es handelt sich bei »REACH um einen lebenswichtigen Einsatz für die europäische Wirtschaft als Ganzes, insbesondere aber für die Chemiebranche, deren Fähigkeiten ausgebaut werden müssen, moderne und zukunftssträchtige Lösungen durch die Ausarbeitung umweltfreundlicher und sozial verantwortlicher Kriterien herbeizuführen.« (EGB 2005)

»REACH folgt der Logik der Einheitlichen Europäischen Akte, die ausdrücklich die Vollendung des Binnenmarktes an die Beachtung der Rechte und den Schutz der Arbeitnehmer in den Bereichen Arbeitshygiene und Arbeitsschutz koppelt. Der EGB ist der Ansicht, dass nachgeschaltete Anwender wie Hersteller und Importeure von chemischen Stoffen für alle Sicherheitsaspekte ihrer Produkte verantwortlich sein müssen.« (EGB 2005)

»Eine unabhängige Studie der EU-Kommission vom Mai 2003 beziffert die Kosten von REACH für die Industrie auf 2,3 Milliarden Euro über elf Jahre und schätzt die Einsparungen im Gesundheitswesen auf 50 Milliarden Euro in einem Zeitraum von 30 Jahren.« (EGB 2005)

»REACH dürfte sich ebenfalls spürbar auf die Wirksamkeit der bestehenden Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer vor gefährlichen Stoffen in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen auswirken.« (EGB 2005)

»Der EGB begrüßt, dass die Nachweispflicht der Risiken nicht mehr bei den Behörden, sondern bei den Herstellern liegt, und unterstützt diese Maßnahme nachdrücklich. Der EGB fordert, dass die Registrierungs- und Sorgfaltsprinzipien von allen Wirtschaftsakteuren als allgemeine Grundsätze anerkannt werden. Der EGB fordert, dass die Einbeziehung weiterer Stoffgruppen in die Autorisierung erleichtert werden muss.« (EGB 2005)

»Die Informationsbeschaffung durch REACH führt – hinreichend hohes Anforderungsniveau vorausgesetzt – zu einer grundlegenden Verbesserung der Ausgangssituation beim stoffbezogenen Arbeitsschutz in der gesamten Wirtschaft.« (EGB 2005)

Quelle: deutsch- und englischsprachige Internetveröffentlichungen der genannten EU-Gewerkschaften und Dachverbände 2002–2005

Das Dogma der Beschäftigungsfähigkeit in Kritik und Praxis

»Die Forderung nach einer Differenzierung, Flexibilisierung und Anpassungsbereitschaft steht in eindeutigem Widerspruch zur gegenwärtigen Tariflandschaft, die nach wie vor auf dem Modell des ›Normalarbeitsverhältnisses‹ basiert. Kollektive Lösungen werden der wachsenden Komplexität und Veränderungsgeschwindigkeit jedoch ebenso wenig gerecht wie Eingruppierungssysteme, die primär auf den ursprünglich erlernten Beruf abzielen und Entlohnungsmodelle, die ›nicht-standardisierte‹ Arbeitsmodelle benachteiligen. Eine entsprechende Anpassung wird hier unumgänglich sein.«

Rump/Eilers 2006: 17

★ Einleitung

Diese Einheit des Bildungsbausteins möchte auf die Verbreitung des Konzepts der Beschäftigungsfähigkeit aufmerksam machen und zur kritischen Reflexion anregen. *Beschäftigungsfähigkeit*, ein aus der Managementliteratur stammendes Konzept, spielt in der Arbeitsmarktpolitik sowie im Personalwesen eine wachsende Rolle. Auch im gewerkschaftlichen Bereich wird der Begriff benutzt, so dass einer kritischen Reflexion dieses Ansatzes

eine wichtige Rolle bei der Beantwortung der Frage nach gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit auf betrieblicher Ebene zukommen könnte. Für eine Politik der Interessenvertretung ist es zentral, sich kritisch mit den Konzepten des Managements auseinanderzusetzen. Wir hoffen, diese Einheit des Bildungsbausteins kann dafür eine Handreichung sein.

Während in den 1960er und 1970er Jahren die tayloristische Arbeitsorganisation beispielsweise in Italien oder auch in Deutschland aus Sicht der Arbeiterbewegung kritisiert wurde, gehen betriebliche Subjektivierungsstrategien heute oftmals auf die Initiative des Managements zurück. Diese möchten dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Eigenverantwortung zuschreiben. Strategien einer Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit gehen einher mit einer angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik, die der einzelnen Beschäftigten die Verantwortung für ihre Stellung am Arbeitsmarkt selbst zuschreibt und so von gesamtgesellschaftlichen Ursachen abstrahiert. Innerbetrieblich impliziert das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit kooperative und individualisierte Arbeitsbeziehungen. Stehen diese dem Anspruch einer Interessenvertretungspolitik für Beschäftigte entgegen und wenn ja, inwiefern?

Nicht nur im engeren Sinne beruflich relevante Kompetenzen, so genannte *hard skills*, die in der Ausbildung gelernt werden, sondern auch Fähigkeiten, die vormals dem Bereich des »Privaten« zuzurechnen waren, nehmen an Bedeutung in Bewerbungsverfahren zu, beispielsweise das »Familienmanagement«. Durch die Formalisierung solcher *soft skills*, werden jegliche Sphären der Persönlichkeit des Menschen für den Arbeitsmarkt messbar gemacht, eine Indienstnahme des Individuums im Zeichen der Verwertbarkeit ist die Folge. Im besten Falle wird so ohnehin betriebenen Hobbys für den Lebenslauf im nachhinein ein arbeitsmarktrelevanter Sinn zugeschrieben, im schlimmsten Falle das Freizeitverhalten auf die bessere Funktionsfähigkeit am Arbeitsplatz hin abgestimmt.

Das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit baut auf eine reibungslose Funktionsfähigkeit der Beschäftigten auf und soll, so Vertreterinnen des Ansatzes wie Jutta Rump, in Zeiten einer flexiblen Handhabung von Personal Ängsten vor Entlassungen entgegenwirken:

»Mitarbeiter mit einer hohen Ausprägung an Beschäftigungsfähigkeit haben eine vergleichsweise hohe Vermittlungschance auf dem Arbeitsmarkt. Unterstützt ein Unternehmen die Entwicklung von Beschäftigungsfähigkeit, wird sich dies auf das Image – selbst im Zuge eines Personalabbauprozesses – positiv auswirken. Daneben beeinflusst die Förderung von Employability und das damit verbundene Maß von Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt die Motivation und das Commitment der im Unternehmen zurückgebliebenen Mitarbeiter. Je größer die Chancen sind, auf dem Arbeitsmarkt einen neuen Job zu finden, und je stärker die Vermittelbarkeit der Betroffenen in neue Arbeitsverhältnisse gefördert wird, desto positiver ist die Grundeinstellung der Zurückgebliebenen zu ihrem Arbeitgeber und desto höher ist deren Arbeitsmoral und -effizienz.« (Rump/Eilers 2006)

★ Hintergrund

Beschäftigungsfähigkeit ist die deutsche Übersetzung des englischen *employability*, ein Begriff, den 1926 erstmals Sir Alexander Morris Carr-Saunders verwendete, ein englischer Biologe und Ökonom, der Vorsitzender der britischen Eugenik-Gesellschaft und langjähriger Direktor der London School of Economics war (vgl. Kraus: 2006: 115). Blancke/Roth/Schmid (2000) definieren Beschäftigungsfähigkeit als »Fähigkeit einer Person, auf der Grundlage ihrer fachlichen und Handlungskompetenzen, Wertschöpfungs- und Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft anbieten zu können und damit in das Erwerbsleben einzutreten, ihre Arbeitsstelle zu halten oder, wenn nötig, sich eine neue Erwerbsbeschäftigung zu suchen«.

Eine Fülle von Managementliteratur und Handbüchern zum Personalwesen bezieht sich auf den Begriff. Speck (2008) schränkt jedoch ein, dass die Umsetzung des Konzepts in der Unternehmensrealität noch nicht denselben Stellenwert habe wie auf der diskursiven Ebene. Auch Kraus (2006) weist darauf hin, dass Beschäftigungsfähigkeit derzeit vor allem ein politischer und ökonomischer Diskurs sei: »Die Veröffentlichungen zu Employability stellen also in weiten Teilen nicht die aktuelle (betriebliche) Realität dar, auch wenn einzelne Praxisbeispiele bereits von einer Umsetzung der Employability-Politik in Unternehmen berichten. Es handelt sich vielmehr um einen – bislang in weiten Teilen von Seiten der Ökonomie und der Politik getragenen und geprägten – Diskurs, der zu einer Veränderung eben dieser betrieblichen Realität beitragen soll.«

»Employability statt Jobsicherheit« – der Titel eines Artikels des Unternehmensberaters Jürg Honegger von 2001 in der Zeitschrift Personalwirtschaft scheint im Jahrzehnt seit seiner Veröffentlichung dennoch zu einem Leitmotiv geworden zu sein. Eine Gruppe von Großunternehmen (u.a. die Deutsche Bank, Manpower,

degussa und die Deutsche Bahn) hat z.B. die Initiative »in eigener Sache. Fit in die berufliche Zukunft« gegründet, mit der Beschäftigte ermuntert werden sollen, sich zehn Prinzipien der Beschäftigungsfähigkeit zu eigen zu machen. Unter anderem bietet die eigens dafür eingerichtete Internetseite die Möglichkeit, einen Kompetenztest durchzuführen. Auch für Schüler gibt es Materialien und Tests. Im Kompetenztest werden die Beschäftigten ermutigt, zu Unternehmern ihrer selbst zu werden: »Werden Sie also zum Unternehmer in eigener Sache und erarbeiten Sie sich Fähigkeiten, die es Ihnen möglich machen, heute und in Zukunft den Erfordernissen im Betrieb oder am Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Halten Sie sich nicht nur für Ihren derzeitigen Arbeitsplatz, sondern für unterschiedliche Tätigkeitsbereiche und Aufgaben fit!« (geva-institut 2005).

In der Politik der Europäischen Union bekam das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit spätestens seit 1997 einen wichtigen Platz im Rahmen des Luxemburg-Prozesses der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS), der die Politik der Mitgliedsstaaten im Bereich der Arbeitsmarktpolitik koordinieren soll. Die *Beschäftigungsfähigkeit* war neben der *Förderung des Unternehmergeistes*, der *Anpassungsfähigkeit* und der *Chancengleichheit* von Frauen und Männern eine der vier Säulen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Die Mitteilung der EU-Kommission zur Fünf-Jahresbilanz der EBS von 2002 schlussfolgerte, dass die Wirkung der Strategie von der Beschäftigungsfähigkeit auf die anderen Säulen ausgebreitet habe: »Während einige Mitgliedsstaaten bereits vor der Einführung der EBS dabei waren, Maßnahmen durchzuführen, die mit den grundlegenden Prinzipien Aktivierung und Prävention weitgehend übereinstimmten, lässt sich inzwischen auch bei anderen Mitgliedsstaaten eindeutig eine Konvergenz feststellen – auch wenn sie in unterschiedlichem Tempo erfolgt. Die Wirkung der EBS hat von Beschäftigungsfähigkeit auf

die anderen Pfeiler der Strategie übergriffen.« (EU-Kommission 2002: 10)

Seit 2003 war die EBS nicht mehr anhand einer Säulenstruktur gegliedert, sondern verfolgte drei übergeordnete Ziele mit je zehn Prioritäten. Diese beinhalten aber wiederum die ehemaligen Säulen, nämlich Arbeitsplatzbeschaffung und Unternehmergeist, Bewältigung des Wandels und Förderung der Anpassungsfähigkeit, Förderung des Aufbaus von Humankapital und lebenslanges Lernen sowie die Gleichstellung der Geschlechter. Bis 2005 erließen der Europäische Rat und das Europäische Parlament jährlich *Beschäftigungspolitische Leitlinien* für die EU-Mitgliedsstaaten. Diese verabschiedeten *Nationale Aktionspläne*, mit denen die Leitlinien umgesetzt werden sollen.

Seit 2005 sind die Beschäftigungspolitischen Leitlinien in die wirtschaftspolitischen Leitlinien integriert. Heute stehen bei den beschäftigungspolitischen Initiativen der EU die Schlagwörter *Lebenslanges Lernen* und *Flexicurity* im Vordergrund. Die Grundidee basiert aber ebenfalls auf der Annahme, dass eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte notwendig ist und die Beschäftigten sich ständig an die geänderten Anforderungen anpassen müssen.

Zum Weiterlesen:

Bob Jessop (2003) Changes in Welfare Regimes and the Search for Flexibility and Employability, in: Henk Overbeek (Hrsg.): The Political Economy of European Unemployment: European Integration and the Transnationalization of the Employment Question, London/New York, S. 29-50.

Katrin Kraus (2006): Vom Beruf zur Employability? Zur Theorie einer Pädagogik des Erwerbs, Wiesbaden.

Heinz Steinert (2004): Neue Flexibilität, neue Normierungen. Der zuverlässige Mensch in der Wissensgesellschaft, Wien. [http://www.links-netz.de/T_texte/T_steinert_disziplin.html]

★ Seminarideen

Im Folgenden findet ihr Ideen für ein Seminar oder eine Einheit zum Thema Beschäftigungsfähigkeit. Die Übungen eignen sich entweder für den Einstieg, eine Vertiefungsphase, eine Utopiephase oder den Seminarschluss. Sie können wie in einem Bausystem je nach Belieben kombiniert werden. Im Anschluss an die Seminarideen findet ihr Materialien, Texte oder auch Arbeitspapiere, die ihr für die Seminarteilnehmer*innen kopieren könnt.

Reflektion zum Thema

Beschäftigungsfähigkeit und Entfremdung: Schmetterling versus dressierter Gorilla

Diese Übung ist für den Einstieg in ein Seminar zur kritischen Reflektion des Managementkonzepts Beschäftigungsfähigkeit geeignet. Ein Kampagnenfoto der Bundesanstalt für Arbeit von 2008, auf der eine

Frau am Laptop in einer Fabrikhalle sitzt und Schmetterlingsflügel trägt, kann den Teilnehmer*innen ausgeteilt werden. Hierzu können sie reflektieren, welche Gedanken das Foto in ihnen weckt. Im Anschluss hieran kann das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit mit einem Zitat Frederick W. Taylors, in dem er die benötigten Fähigkeiten eines Arbeiters mit denen eines dressierten Gorillas gleichsetzt, verglichen werden. Hierbei sollte der Entfremdungsaspekt beider Metaphern herausgearbeitet werden. Das Foto, den Textauszug und Diskussionsfragen findet ihr unter dem Punkt Handouts.



Brainstorming

In einem Brainstorming sollen anhand von Metaplankarten Assoziationen zu den Begriffen *Beschäftigungsfähigkeit*, *Lebenslanges Lernen*, *Arbeitsmarktfitness* und *Flexicurity* diskutiert werden, um so das Vorwissen der Teilnehmer*innen zu erkunden und einen ersten Einstieg in eine Diskussion zu finden.

Rechercheübung

Teilt euch in vier Gruppen auf und recherchiert auf folgenden Internetseiten: Was bezweckt die Initiative? Seit wann besteht sie? Welche Akteure stehen hinter der Initiative?

Gruppe 1: Wege zur Selbst GmbH (<http://www.selbst-gmbh.de/>)

Gruppe 2: In eigener Sache. Fit in die berufliche Zukunft (<http://www.in-eigener-sache.de/cps/rde/xchg/ies/style.xsl/index.html?startusr=no&rdeDmResult=-6502>)

Gruppe 3: Beschäftigungsfähigkeit sichern. (<http://www.beschaeftigungsfahigkeit-sichern.de>)

Gruppe 4: Das LernTeam (<http://www.lernteam.de>)

Welche Maßnahmen sind in eurem Betrieb in Bezug auf Employability zu beobachten? Sammelt die Erfahrungen in Kleingruppen und tragt diese dann der Gruppe vor!

Mañana: Kritische Reflexion von Zeitmanagementkonzepten

Mañana, das spanische Wort für morgen, ist Inbegriff einer Lebensphilosophie, die die Ruhe im Augenblick findet und auch mal Dinge auf den nächsten Tag verschiebt. Doch sieht die heutige Realität leider oft anders aus. Ein flüchtiger Blick auf die digitale Anzeige am rechten Bildschirmrand und die Uhrzeit ist immer präsent. Und ups, ehe man sich versieht, ist der Sommer vorbei und Eilig Abend naht. In Zeitmanagementseminaren kann man zwar angeblich lernen, wie man mehr Zeit zur Verfügung bekommt, doch vermitteln diese einen effizienzorientierten Blickwinkel auf die Zeit. So soll Freizeit auch in neueren Konzepten wie *Work-Life-Balance* der besseren Leistungsfähigkeit in der Lohnarbeit dienen. Doch ist diese Freizeit wirklich noch selbstbestimmt, ist sie freie Zeit? Nehmt euch bewusst eine Stunde während des Seminars Zeit, um nichts zu planen und nichts zu tun und versucht, weder an gestern noch an morgen zu denken. Nach der Stunde tauscht ihr bitte eure Erfahrungen in einer Kleingruppe von drei Teilnehmer*innen aus und vergleicht sie mit den Erfahrungen, die ihr selbst bisher mit Zeitmanagementseminaren, -ratgebern und ähnlichem gemacht habt. Tragt dann die Ergebnisse der gesamten Gruppe vor.

Die Stundenblume

Vielleicht kennt ihr das Kinderbuch *Momo* von Michael Ende. Dort ergreifen die grauen Herren die Macht über die Welt und klauen den Menschen durch Rationalisierungen ihre Zeit, die sie in Form von getrockneten Stundenblumen rauchen. In dieser Übung schneidet ihr aus buntem Fotokarton Blumen mit jeweils sieben Blättern aus. Auf jedes Blatt schreibt ihr eine Situation, in der ihr (bereits erlebt oder als Wunsch) das Gefühl hattet, dass die Zeit stehen geblieben ist. Wenn alle fertig sind, werden die Blumen in die Mitte eines Stuhlkreises gelegt und jede darf sich eine aussuchen, die sie sich anschaut und danach der Gruppe vorstellt.

Unternehmergeist trifft Gespenst des Kommunismus (Partnerinnenübung)

Wir schreiben das Jahr 2020. Gerade schlürft der Unternehmergeist eilig den Rest seines Trenddrinks in der Smartbar des Szeneviertels einer europäischen Metropole aus und verlässt die Bar in Richtung Flughafen. In einer dunklen Seitenstraße trifft er völlig unvermittelt auf das Gespenst des Kommunismus. In Folge entspannt sich eine hitzige Diskussion zwischen den beiden. Lasst eurer Fantasie freien Lauf und erfindet einen Dialog, den ihr anschließend der Gruppe vortragt.

★ Handout

Reflektion zum Thema Beschäftigungsfähigkeit und Entfremdung: Von Schmetterlingen und dressierten Gorillas



Das Bild stammt aus einer Weiterbildungskampagne der Bundesanstalt für Arbeit. Es war untertitelt mit dem Satz:

» Sie entwickelt gerade das wichtigste Tool für die Zukunft: sich selbst. Die Bundesagentur für Arbeit geht in die Qualifizierungsoffensive. Gehen Sie mit! Mit der Kampagne »Weiter durch Bildung« wollen wir die Einstellungen der Menschen verändern. Egal, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer: Weiterbildung bringt Sie weiter. «

Quelle: Kampagne »Weiter durch Bildung« der Bundesagentur für Arbeit.
<http://www.arbeitsagentur.de> (vom 24. September 2008)

Was hat das Kampagnenfoto und der dazugehörige Text eurer Meinung nach mit dem Begriff Beschäftigungsfähigkeit zu tun? Habt ihr selbst Erfahrungen gesammelt, die ihr in dem Foto repräsentiert seht? Vergleicht das Bild mit folgendem Zitat von Frederick W. Taylor. Diskutiert sie beide unter dem Aspekt der Entfremdung.

» Ein Roheisenverlader bückt sich, nimmt einen Eisenbarren von ungefähr 42 kg auf, trägt ihn ein paar Schritte weit und wirft ihn dann auf den Boden oder stapelt ihn auf einen Haufen. Diese Arbeit ist gewiß einfach und elementar. Einen intelligenten Gorilla könnte man so abrichten, daß er ein mindestens so tüchtiger und praktischer Verloader würde als irgendein Mensch. Und doch liegt in dem »richtigen« Aufheben und Wegschaffen von Roheisen eine solche Summe von weiser Gesetzmäßigkeit, eine derartige Wissenschaft, dass es auch für den fähigsten Arbeiter unmöglich ist, ohne die Hilfe eines Gebildeteren die Grundbegriffe dieser Wissenschaft zu verstehen oder auch nur nach ihnen zu arbeiten. «

Quelle: Frederick Winslow Taylor (1919):
Die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung, München, S. 41

Frederick Winslow Taylor beschrieb 1911 in seinem Buch »The Principles of Scientific Management« (Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung) eine durch streng messbare Kriterien rationalisierte Arbeitsorganisation, die die dominierende Arbeitsorganisation im fordistischen Kapitalismus wurde.

★ Handout Initiativen zur Verbreitung des Managementkonzepts Beschäftigungsfähigkeit

Hier findet ihr drei Auszüge aus Darstellungen und von Initiativen, die sich für die Verbreitung des Konzepts der Beschäftigungsfähigkeit einsetzen. Lest sie euch bitte in Ruhe durch und diskutiert sie dann anhand der folgenden Fragen:

Welche Punkte fallen euch aus Beschäftigtensicht besonders ins Auge?

Welche Konsequenzen hat die Forderung an Beschäftigte, *Unternehmer ihrer eigenen Sache* zu werden?

Kollidiert das Konzept der *Beschäftigungsfähigkeit* mit dem Konzept der kollektiven Interessenvertretung?

Ergibt es Sinn, den Begriff *Beschäftigungsfähigkeit* in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu übernehmen?

»» 10 Bestandteile von Beschäftigungsfähigkeit

Initiative: Ich ergreife meine Chancen.

Eigenverantwortung: Ich setze mir Ziele.

Unternehmerisches Denken und Handeln: Ich verantworte meine Leistung.

Fleiß/Selbstdisziplin: Ich engagiere mich.

Lernbereitschaft: Ich lerne ständig weiter.

Teamfähigkeit: Ich arbeite gut mit anderen.

Kommunikationsfähigkeit: Ich vertrete meine Meinung.

Einfühlungsvermögen: Ich will andere verstehen.

Belastbarkeit: Ich handle besonnen.

Konfliktfähigkeit: Ich stelle mich schwierigen Situationen.

Offenheit: Ich bin offen für Neues.

Reflexionsfähigkeit: Ich überprüfe regelmäßig meine Arbeitsmarktfähigkeit. <<

Quelle: Jutta Rump/Silke Eilers (2006): Managing Employability,
in: Jutta Rump/Thomas Sattelberger/Heinz Fischer (Hrsg.):
Employability Management. Grundlagen, Konzepte, Perspektiven,
Wiesbaden 2006, 13-76.

»» »Kernthesen« der Initiative Wege zur Selbst GmbH e.V.

1. Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung statt Passivität
2. Kompetenzentwicklung und Arbeitsmarktfähigkeit (Employability) statt Arbeitsplatzfixierung
3. Partnerschaftliche Chancen- und Risikogemeinschaft statt patriarchalischer Unternehmenskultur
4. Hilfe zur Selbsthilfe statt sozialer Hängematte
5. Flexible und individuelle Lösungen statt allgemeiner und starrer Normen
6. Konstruktiver Dialog statt Konfrontation <<

Quelle: <http://www.selbst-gmbh.de/philosophie.htm>



Initiative in eigener Sache, Fit in die berufliche Zukunft

Leitsatz 3 – Unternehmerisches Denken und Handeln

Ihre Tätigkeit an Ihrem Arbeitsplatz ist mit der Gesamtleistung des Unternehmens eng verknüpft. Der Unternehmenserfolg ist deshalb auch Sie persönlich relevant. Behalten Sie daher stets das gesamte Unternehmen im Blick. Versuchen Sie, im Job nicht nur Aufträge auszuführen, sondern sich selbst einzubringen.

Blicken Sie über den Tellerrand Ihres Aufgabengebietes hinaus. Der Kunde, der Ihnen z. B. auf dem Werksgelände über den Weg läuft, ist auch Ihr Kunde, gleichgültig, ob Sie im Verkauf oder in der Werkstatt tätig sind. Er nimmt Sie als Teil des Unternehmens wahr, Sie sind das Unternehmen!

Eine Aufgabe zu Ihrer eigenen zu machen, schließt ein, dass Sie die Ergebnisse mitverantworten. Bei Erfolgen fällt uns das meistens leicht, bei Misserfolgen wird es häufig komplizierter. Trainieren Sie deshalb im Alltag, auch Fehler einzugestehen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Analysieren Sie die Situation und entwickeln Sie Handlungsalternativen. Welcher Weg hätte zum gewünschten Erfolg geführt, was kann beim nächsten Mal verbessert werden?

Erklären Sie sich z. B. innerhalb Ihres Sportvereins bereit, die nächste Veranstaltung zu organisieren oder dafür eine Teilaufgabe zu übernehmen. So erhalten Sie die Chance, sich auch in einem Bereich außerhalb Ihres sonstigen Tätigkeitsfeldes zu beweisen und auf spätere eigenverantwortlich zu erfüllende Aufgaben reagieren zu können.

Quelle: <http://in-eigener-sache.de>



Offene Fragen der Migration

»Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat«

Das EU-Grenzregime

»Das ist der Wind, der an der europäischen Grenze weht. Die Rettung von Menschenleben ist zur Straftat geworden.«

Gabriele del Grande,
Preisträger Pro-Asyl Hand 2010

★ Einleitung

Der Abbau der EU-Binnengrenzen seit dem Schengener Abkommen und das »Zusammenwachsen« der EU-Länder gehen einher mit der stärkeren Sicherung der EU-Außengrenzen und einem medialen Diskurs, der von einer Anonymisierung von Flüchtlingen geprägt ist. Selten kommen die Migranten selbst zu Wort, wird ihre Reise als aktiver Prozess gesehen. Mit der Parole vom *Sozialen Europa* hat dies wenig zu tun. In den idyllischen Fischerbuchten des Mittelmeeres, beispielsweise in Griechenland, ist es zur Normalität geworden, dass Fischer in ihren Netzen Leichen von Flüchtlingen finden. Mindestens 17.627 Menschen sind nach den Berechnungen des Weblogs *Fortress Europe* seit 1988 an den EU-Außengrenzen gestorben. Viele von ihnen werden ohne Namensangabe nur unter einer Nummer begraben. Die Flüchtlinge, die es nach Europa schaffen, werden dazu gezwungen, in so genannten Auffanglagern, Abschiebegefängnissen oder Gemeinschaftsunterkünften unter restriktivsten Bedingungen zu leben.

Journalisten berichten von Interviewverboten mit Flüchtlingen in »Auffanglagern« (vgl. Report Mainz 2009).

Im Abschnitt Seminarideen wird der Aufbau einer Seminareinheit geschildert, der auf die Strategien der Grenzsicherung und die mit ihnen zusammenhängende Anonymisierung von Flüchtlingen aufmerksam machen soll. Die Seminareinheit baut auf drei Teilen auf, die schrittweise eine kritische Reflexion der Problematik der Anonymisierung der Migranten und der EU-Grenzpolitik ermöglichen sollen, die mit der Grenzschutzagentur Frontex im Jahr 2005 eine eigene Institution bekommen hat.

Ziel der Bildungseinheit ist es, die anonymisierende Darstellung von Flüchtlingen zu durchbrechen und deren eigene Motivationen und Lebenswege zu Wort kommen zu lassen. Abschließend soll eine Auseinandersetzung mit den Motiven, die hinter der »Illegalisierung« stehen, folgen. Wie auch in anderen Kapiteln des Bildungsbausteins zu sehen sein wird, stehen hinter den Strategien der Entrechtlichung und Entmenschlichung von Flüchtlingen ökonomische Interessen von Profiteuren, denen es entgegenkommt, wenn möglichst billige Arbeitskräfte ohne rechtliche Absicherung beispielsweise als Erntehelfer, Pflegekräfte oder auf dem Bau arbeiten. Die Gemüse- und Obstplantagen in Almería (Spanien) und Rosarno (Italien) sind nur zwei Beispiele von vielen.

★ Hintergrund

Frontex, hinter diesem martialischen Namen steht seit 2005 die Europäische Grenzschutzagentur, deren Aufgabe es ist, mithilfe einer Koordinierung der Mitgliedsstaaten die Außengrenzen der EU zu sichern. Neben geheimdienstlichen und grenzschutzpolizeilichen Aufgaben bildet die Agentur aus und betreibt Forschung. Mit schnellen Eingreifteams, den so genannten RABITs – Rapid Border Intervention Teams – besteht die Möglichkeit, Grenzschutzbeamte nicht beteiligter EU-Länder an den Außengrenzen einzusetzen (Kasperek 2010: 113f.).

Migration aus wirtschaftlichen Motiven wird kriminalisiert und die rückläufige Zahl der Asylbewilligungen zeigt, dass die Möglichkeit, politisches Asyl zu

bekommen, extrem eingeschränkt wurde. Frontex ist dafür zuständig, Migrationsbewegungen zu beobachten und die Grenzen mit Einsatz modernster technischer Geräte, Waffen und Fahrzeuge zu sichern. Hierzu bewegt sie sich nicht nur innerhalb der europäischen Grenzen, sondern auch in internationalen Gewässern und den Herkunftsländern der Migrantinnen. Die Praxis von Frontex zeigt, dass regelmäßig Flüchtlingsboote auf hoher See zurück in die Herkunftsländer gedrängt werden, was zu zahlreichen Toten führt (Report Mainz vom 5. Oktober 2009, Pro Asyl 2008: 2f.). Sarkastischerweise argumentiert die Agentur auch noch damit, dass sie Menschenleben rette, etwa in dem Geschäftsbericht von 2009: »Dank der kontinuierlichen Durchführung der gemeinsamen Aktion Hera 2009 und der besseren Zusammenarbeit der beteiligten



afrikanischen Länder konnte die Zahl der auf den Kanarischen Inseln anlandenden Migranten erheblich zurückgeführt werden. Eine optimierte Luft- und Seeüberwachung in unmittelbarer Nähe der Hoheitsgebiete Senegals und Mauretaniens sorgte gemeinsam mit der polizeilichen Zusammenarbeit und Informationskampagnen zu einem drastischen Rückgang der Zahl der Migranten und trug dazu bei, dass Menschenleben gerettet wurden.« (Frontex 2009: 49) Angesichts der Kehrtwende der europäischen Politik gegenüber Libyen ist folgendes Zitat sehr aufschlussreich: »Aufgrund der bilateralen Vereinbarung zwischen Italien und Libyen gingen während der gemeinsamen Aktion Hermes 2009 die Zahl der aus Libyen ankommenden Personen sowie die Zahl der auf See umgekommenen Migranten drastisch zurück.« (Frontex 2009: 50)

Die kühle technische Sprache der Frontex-Agentur liest sich wie der Geschäftsbericht eines Verteidigungsministeriums. Militärische Begriffe wie *Steigerung der operativen Intensität*, *Aktionen*, *Operationen* oder auch *Integriertes Grenzmanagement* beschreiben schönredend die menschliche Tragödie, die sie tagtäglich verursachen.

Die *Operationen*, mit denen Frontex die Migranten erst als Risiko identifiziert und dann europäisch koordiniert mit polizeilicher Hilfe und militärischen Mitteln bekämpft, tragen die Namen griechischer Götter. Poseidon, Hera oder Hermes suggerieren mythisierend eine aus der Antike stammende gemeinsame europäische Identität und legitimieren damit die Abschottung nach außen, die menschenrechtliche Erwägungen außen vor lässt.

Zum Weiterlesen

Sabine Hess / Bernd Kasperek (Hrsg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin/Hamburg.

Anna Berkenbusch / Sebastian Haustein / Friederike Kühne / Bastian Renner (2008): *Geschlossene Gesellschaft*, Berlin.

Gabriele Del Grande (2008): *Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer*, Karlsruhe.

Zum Weiterklicken

Kein Mensch ist illegal: <http://www.kmii-koeln.de/>

Borderline Europe ist eine Menschenrechts-NGO, die sich gegen die Abschottung der EU und deren tödliche Folgen einsetzt, indem sie Öffentlichkeits-, Netzwerk- und Lobbyarbeit betreibt:
<http://www.borderline-europe.de/>

Der Blog Fortress Europe dokumentiert die Opfer an den EU-Außengrenzen:
<http://fortresseurope.blogspot.com/>

Migreurop ist ein französisches NGO-Netzwerk:
<http://www.migreurop.org/rubrique286.html?lang=en>

Netzwerk kritische Grenzregimeforschung:
<http://kritnet.org/>



★ Seminarideen

Einstieg – Menschen statt Ziffern

Schreibt die Zahl 17.627 auf eine Tafel oder beamt sie an die Wand und lasst die Teilnehmer*innen zum Einstieg raten, um was es sich bei dieser Zahl handelt. Die Übung sollte dazu anregen, über die Einzelschicksale nachzudenken, die hinter dieser Zahl stehen. Im Anschluss an eine erste Diskussion kann der unter Handout abgedruckte Text von Gabriele Del Grande vorgelesen werden. Seit 1988 sind mindestens 17.627 Personen an der EU-Außengrenze gestorben. Die Schätzung stammt aus dem Weblog *Fortress-Europe* des italienischen Journalisten und Buchautors Gabriele del Grande, der anhand von Zeitungsartikeln die Zahl der an den EU-Außengrenzen ums Leben gekommenen Flüchtlinge dokumentiert und laufend aktualisiert (<http://fortresseurope.blogspot.com/>).

Erste Reflexionen zum Thema

Ihr bildet einen Stuhlkreis und legt in die Mitte des Kreises Karten, auf deren Rückseite Zitate, Zahlen oder Fotos zum Thema Grenzen und der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU stehen. Jede*r Teilnehmer*in wählt sich nun eine Karte aus der Mitte des Stuhlkreises aus und schildert danach seine Gedanken zu der von ihr gewählten Karte. Im Anschluss daran sollte sich eine Diskussion und Reflexion der Zitate und Bilder anschließen. Unter dem Punkt Handout findet ihr einige Zitate und Fotos, die ihr hierfür verwenden, aber auch noch ergänzen könnt. Das Blatt kann auch als Ganzes an die Teilnehmer*innen ausgeteilt werden. So eignet es sich besonders, um die offiziellen, schönrednerischen Aussagen beispielsweise der EU-Grenzschutzagentur Frontex mit den realen Gegebenheiten zu kontrastieren. Wenn ihr die Karten zusammenstellt, solltet ihr darauf achten, dass diese Widersprüche durch sie zum Ausdruck kommen. Als Material benötigt ihr Karten mit den Zitaten und Fotos. Nach und nach könnt ihr diese auch mit eigenen oder denen der Teilnehmer*innen ergänzen. Für diese Übung solltet ihr auf jeden Fall eine halbe Stunde einrechnen und den Teilnehmer*innen genügend Zeit für das Nachdenken über ihre jeweilige Karte lassen.

Der ganz alltägliche Rassismus

Mit dieser Übung sollen anhand einer Medienanalyse rassistische Argumentationslinien in der alltäglichen Medienberichterstattung herausgearbeitet werden. Äußerungen von offen rechtsextremen Politikern und Parteien fallen sofort ins Auge und werden von einem breiten Spektrum kritisiert. Als Beispiel für eine solche Aussage sei Jean Marie Le Pen zitiert, der ehemalige Vorsitzende des französischen *Front National*: »Aber natürlich kümmere ich mich auch um die Kinder der Illegalen. Deshalb werden sie zusammen mit ihren Eltern abreisen!« (Haustein et al. 2008): 143. Die italienische Lega Nord wirbt mit einem Wahlplakat, auf dem ein Schiff mit Flüchtlingen abgebildet ist und der Slogan »Wir haben die Invasion gestoppt« steht. Doch auch in den ganz alltäglichen Massenmedien, wie etwa der ARD in Deutschland, finden sich bei genauerer Analyse rassistische Argumentationslinien, die die Metapher »Das Boot ist voll« unterstützen und unter anderem darauf basieren, dass Migrantinnen nicht zu Wort kommen, sondern nur als anonyme Masse dargestellt werden. In dieser Übung sollen die Teilnehmer*innen einen Filmbeitrag aus dem ARD-Morgenmagazin anschauen und ihn auf die im angehängten Handout aufgeführten Fragen hin diskutieren. Die Übung dauert in etwa eine Dreiviertelstunde. Alternativ können die Seminarteilnehmer*innen am Beispiel der Tagespresse nach rassistischen Argumentationslinien suchen.

Anonymisierung entgegentreten – Stimmen I

Mit dieser Übung soll Migration als aktiver Prozess wahrgenommen und die Stimmen und Einzelschicksale der Flüchtlinge gehört werden. Im Gegensatz zu dem Bericht des ARD-Morgenmagazins bietet die Dokumentation von Report Mainz Hintergrundinformationen über die menschenrechtlich illegale Vorgehensweise der Grenzschutzagentur Frontex bei der Absicherung der EU-Außengrenzen. Hierbei schildert sie insbesondere die Sicht der senegalesischen Flüchtlinge, die in den Interviews ihre Erfahrungen und Motivationen als Migranten schildern. Diese Übung dauert ca. 40 Minuten.

Anonymisierung entgegentreten – Stimmen II

Anfang 2011 traten etwa 300 Migranten in Griechenland in einen Hungerstreik, der nach 44 Tagen im März beendet wurde. Die Streikenden hatten einen Kompromiss mit der griechischen Regierung ausgehandelt, der aber anders als der ursprünglich geforderten kollektiven nur individuelle Lösungen und eine Duldung für sechs Monate zusagte.

Der im Handout abgedruckte Streikaufruf verdeutlicht eindrucksvoll die Stimme der Migranten, ihre Motivation für die Migration und den Mut und die Kraft, die sie aufbringen müssen, um ihrer Forderung nach menschenwürdigen und gleichberechtigten Lebens- und Arbeitsbedingungen Gehör zu verschaffen. Der Bekämpfung der Migration durch die europäische Politik stellen die Streikenden einen Kampf gegen die Illegalisierung von Migration entgegen. Der Aufruf kann von einer Teilnehmer*in laut vorgetragen und anschließend diskutiert werden. Die Übung dauert ca. 30 Minuten.

Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen »Illegalisierung« und Ausbeutungsverhältnissen

Was schon im Streikaufruf anklingt, findet in dem abgedruckten Interview mit dem italienischen Reporter Fabrizio Gatti eine weitere Pointierung. Anhand des Interviews können die Teilnehmer*innen diskutieren, wer von der Illegalisierung der Einwanderung tatsächlich profitiert. So analysiert der Chefreporter des italienischen Nachrichtenmagazins *Espresso* die Motive dafür, Migrantinnen in die Illegalität zu drängen, um sie als billige und rechtlose Arbeitskräfte in der Schattenwirtschaft einzusetzen. Der Artikel kann zuerst in einer Stillphase von den Teilnehmer*innen gelesen und anschließend in der Gruppe diskutiert werden.

★ Handout

Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer

» Die Toten schwimmen manches Mal in Zarzis und der Insel Djerba im Süden von Tunesien an. Dort ziehen sie die Fischer heraus. In den Fischnetzen sind nackte Körper, Leichen in Blue Jeans, Skelette, Algen und T-Shirts. Es sind dieselben Küsten, an die Homer einst Odysseus und seine Gefährten, verführt von holden Sirenen, schickte und wohin jedes Jahr Tausende von Touristen in Urlaub fahren. Hier beginnt der Friedhof Mittelmeer. Entlang eben dieser Strände zwischen Zarzis und Ras Jedir sammelt Mohsen Lidhiheb seit elf Jahren jeden Tag nach seiner Schicht bei der Post die Gegenstände, die das Meer entlang der 150 Kilometer langen Strände ans Ufer spült. Es sind vor allem Plastikflaschen, aber auch Surfbretter, Hanfseile, Wasserschildkröten, Neonlampen, Helme, Schwämme, Holzbretter und aufgeplatzte Luftsäcke. Mohsen hat damit ein Museum geschaffen, das Museum der »Memoria del mare«, Meerenserinnerung. Erinnerungen aus Plastik, geschaffen aus Kunstwerken über die Absurditäten des modernen Menschen, den Überresten, die bei ökologischen Expeditionen auf See geborgen wurden. Eine der Installationen im Zentrum seines Gartens, der von einer Mauer aus Plastikflaschen umgeben ist, ist Mamadou gewidmet. Es ist ein Haufen von mindestens 150 Paar Schuhen. Es sind neue Schuhe, sportliche und jugendliche Schuhe. Dinge, die man nicht wegwirft. Es sind die Schuhe der Schiffbrüchigen. Mohsen bewahrt sie gemeinsam mit hunderten von Hemden, Jacken, Hosen, Pullovern und T-Shirts auf, die er am Strand aufgesammelt hat. Sie wurden den Körpern, die im Meer begraben sind, entrisen. Sie sind alle gewaschen und ordentlich unter einem Vordach aufgehängt. »Sie sind das einzige Denkmal, das an das große Sterben erinnert, das sich hier abspielt«, sagt Mohsen. Seit einigen Jahren spült das Meer die Leichen der Schiffbrüchigen an die Strände von Zarzis. Außerhalb der Stadt, in Richtung Ben Gardan in der Nähe der Grenze, gibt es sogar eine Art heimlichen Friedhof in den Dünen. Niemand weiß, wo er ist, aber es ist sicher, dass er existiert und dass dort mindestens rund 60 Menschen begraben sind. Zuerst brachten sie die Toten zu den Friedhöfen von Zarzis, aber dann waren es zu viele. Und der scharfe Geruch, der die Luft durchdrang, nachdem die Lastwagen mit den Leichen durchgefahren waren, verflüchtigte sich erst nach langer Zeit.

Quelle: Gabriel del Grande (2008): Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer, Karlsruhe, S. 165f.

★ Handout
 Reflexion Menschen statt Ziffern

Wählt bitte ein Zitat oder Bild aus und erläutere die Gedanken, die euch dazu in den Sinn kommen!

»Dank bilateraler Kooperationsabkommen der Mitgliedstaaten mit Herkunfts-Drittländern, wie beispielsweise mit Libyen bezüglich der Route über das zentrale Mittelmeer sowie mit Senegal und Mauretanien bezüglich der westafrikanischen Route, konnte die Zahl der illegalen Migranten aus Afrika sehr erfolgreich verringert werden.«

Frontex, 2009



»Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat.«

Fabrizio Gatti, Chefreporter des Nachrichtenmagazins L'Espresso, zur Logik der italienischen informellen Ökonomie, in der 23 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet werden.



»Wir haben die Invasion gestoppt.«
 Wahlplakat der Lega Nord

»Integration ist die Feindin der Demokratie«

Aufruf »Demokratie statt Integration«, initiiert vom Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Oktober 2010

»Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?«

Elie Wiesel

17.627

Menschen starben seit 1988 bei dem Versuch nach Europa einzuwandern nach Zählungen des Blogs *fortresseurope* von Gabriele del Grande. Die Dunkelziffer liegt weit höher.

★ Handout Der ganz alltägliche Rassismus

Beitrag aus dem ARD-Morgenmagazin (3.4.2011)

<http://www.einslive.de/medien/html/1live/2011/03/31/ard-morgenmagazin-lampedusa.xml>

Schaut euch den Beitrag an (auch gerne mehrmals) und diskutiert dann folgende Fragen:

Welches Bild vermittelt der Beitrag von den Flüchtlingen auf Lampedusa? Welcher Metaphern bedient er sich? Kann dieser Beitrag eurer Meinung nach als rassistisch gelten? Wer kommt hier zu Wort?

★ Handout Anonymisierung entgegentreten – Stimmen I

Beitrag aus Report Mainz

<http://www.youtube.com/watch?v=9Q4ZcWeTEiE&feature=related>

Schaut euch den Beitrag an (auch gerne mehrmals) und diskutiert dann folgende Fragen:

Was fällt Euch im Vergleich zum vorangegangenen Beitrag auf? Wie unterscheiden sie sich? Wie beschreiben die senegalesischen Migranten ihre Situation?

★ Handout Anonymisierung entgegentreten – Stimmen II

»» Aufruf der Vollversammlung der Hungerstreikenden

Wir sind Migrantinnen und Migranten aus ganz Griechenland. Wir kamen hierher, vertrieben von Armut, Arbeitslosigkeit, Kriegen, Diktaturen. Die multinationalen Konzerne des Westens und ihre politischen Handlanger in unseren Heimatländern haben uns keine andere Wahl gelassen, als zermalmt unser Leben zu riskieren, um an Europas Pforte zu gelangen. Der Westen, der unsere Länder ausplündert, mit seinem unvergleichlich höheren Lebensstandard ist für uns die einzige Hoffnung, wie Menschen zu leben. Wir kamen nach Griechenland (mit regulärer Einreise oder ohne), um zu arbeiten und um uns und unsere Kinder zu ernähren. Wir befinden uns in unwürdigen Zuständen und im Dunkel der Illegalität, damit die Arbeitgeber und die staatlichen Institutionen von der brutalen Ausbeutung unserer Arbeit profitieren. Wir leben von unserem Schweiß und mit dem Traum, eines Tages gleiche Rechte mit unseren griechischen Kollegen zu bekommen. In der letzten Zeit ist die Situation für uns sehr schwierig geworden. Je mehr Löhne und Renten gekürzt werden, je teurer alles wird, desto mehr wird der Migrant als der Schuldige vorgeführt, als der Verantwortliche für die Verelendung und die brutale Ausbeutung der griechischen Erwerbstätigen und Kleinunternehmer. Die Propaganda faschistischer und rassistischer Parteien und Organisationen ist inzwischen die offizielle Sprache des Staates zum Thema Migration geworden. Ihre Phraseologie wird mittlerweile unverändert von den Medien wiedergegeben, wenn sie von uns sprechen. Ihre »Vorschläge« werden heute als Regierungspolitik verkündet. Mauer am Evros, Lagerhaft auf Schiffen und Euromilitär in der Ägäis, Pogrome und Überfallkommandos in den Städten, Massenabschiebungen. Sie versuchen

die arbeitenden Griechen zu überzeugen, dass wir plötzlich eine Gefahr für sie darstellen, dass wir an dem beispiellosen Angriff, dem sie seitens ihrer eigenen Regierungen ausgesetzt sind, schuld sind.

Die Antwort auf diese Lügen und diese Barbarei muß jetzt gegeben werden und wir, die Migranten und Migrantinnen, werden sie geben. Wir setzen unser Leben aufs Spiel, um jetzt die Ungerechtigkeit zu unseren Lasten zu stoppen. Wir fordern die Legalisierung aller MigrantInnen, wir fordern gleiche politische und soziale Rechte und Pflichten mit den arbeitenden Griechen. Wir fordern von unseren griechischen arbeitenden Kollegen, von jedem Menschen, dem es jetzt wegen der Ausbeutung seines Schweißes schlecht geht, an unserer Seite zu stehen. Er soll an unserer Seite stehen, um nicht in seiner eigenen Heimat der Lüge und der Ungerechtigkeit, dem Faschismus und der absoluten Herrschaft der politischen und wirtschaftlichen Eliten das Feld zu überlassen. Dem also, was in unseren Heimatländern die Oberhand bekommen und uns zur Migration gezwungen hat, um in Würde leben zu können, wir und unsere Kinder.

Wir haben keine andere Wahl, unsere Stimme hörbar zu machen, damit Ihr von unserem gerechten Anliegen erfahrt. Dreihundert (300) von uns beginnen am 25. Januar in Athen und Thessaloniki einen gesamtgriechischen Hungerstreik. Wir bringen unser Leben in Gefahr, weil so oder so dieses Leben für einen Menschen mit Würde kein Leben ist. Wir ziehen es vor, hier zu sterben, als dass unsere Kinder das erleben, was wir durchmachen mussten.

Januar 2011

Die Vollversammlung der Hungerstreikenden



Quelle: http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/aufruf_der_vollversammlung_der_hungerstreikenden_Jan2011.pdf

★ Handout Wer profitiert von der »Illegalisierung«?

»Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat«

Fabrizio Gatti ist Chefreporter des italienischen Nachrichtenmagazins L'Espresso. Für eine seiner Reportagen reiste er mit afrikanischen Auswanderern auf einer der berühmtesten Transitrouten von Afrika nach Europa. Die Jungle World sprach mit ihm über seine Erfahrungen auf der afrikanischen Wüstenstrecke und die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die Migranten in Italien erwarten. Die Übersetzung seines Reiseberichts »Bilal – Als Illegaler auf dem Weg nach Europa« ist im Januar 2011 im Kunstmann-Verlag erschienen. Interview: Catrin Dingler



Sie sind gemeinsam mit afrikanischen Migranten von Afrika nach Europa gereist. Warum haben Sie das getan?

Ich empfand das als meine berufliche Pflicht. Jahrelang suchte ich nach Migranten, die zum Interview bereit waren, denn ich wusste ja, dass die afrikanischen Einwanderer eine sehr harte Reise hinter sich hatten. Doch wer Gewalt, Erniedrigung und Missbrauch erfährt, mag später oft nicht gerne darüber sprechen. Ich aber musste die Menschen nach ihren intimsten Erlebnissen ausfragen, um öffentlich anklagen zu können, was auf den Transitrouten nach Europa passiert. Als Journalist war ich in gewisser Weise in der Position eines Voyeurs, und das hatte ich satt.

Die Transitroute durch die Sahara ist lebensgefährlich.

Was ich aus der Ténéré berichte, ist erschreckend, aber ich war in der glücklichen Lage, mich auf meinen Ausweis verlassen zu können. Der italienische Reisepass besteht aus zwei Pappdeckeln mit 32 Seiten dazwischen, er war für mich so etwas wie ein fliegender Teppich. Mir wurde bewusst, dass ein Immigrant, der als Illegaler auf einer Baustelle in Europa arbeitet, mehr riskiert als jemand, der mit einem europäischen Pass diese Reise macht. Wer auf der Transitroute wirklich sein Leben riskierte, waren meine afrikanischen Reisegefährten, die keinen Reisepass hatten, der einem solche Vorteile gewährt.



Obwohl Sie die Gefahren, denen Ihre Mitreisenden ausgesetzt waren, detailliert beschreiben, erscheinen die Migranten nicht primär als Opfer. Inwiefern hat die gemeinsame Reise Ihren Blick auf die afrikanischen Migranten verändert?

Das Bild, das wir in Europa haben, ist verzerrt. Hier liest man immer von der »Reise der Verzweifelten«. In Wirklichkeit ist derjenige, der aufbricht, überhaupt nicht verzweifelt, im Gegenteil, er verkörpert die Hoffnung, andernfalls würde er diesen Weg nicht auf sich nehmen und auch die vielen schrecklichen Prüfungen nicht bestehen, die die Reise ihm abverlangt. Die Auswanderer nehmen sich die größte Freiheit, die ein Mensch hat, sie entscheiden sich dafür, eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse anzustreben. Ich wollte den Menschen, die die xenophobe Propaganda in Europa total entpersonalisiert hat, eine Identität zurückgeben. Wenn ein Flüchtlingsboot untergeht, heißt es, 200 clandestini sind umgekommen, aber die clandestini haben einen Namen, ein bestimmtes Alter, eine Geschichte. Die Entpersonalisierung der Migranten leitet einen Prozess der Enthumanisierung ein, der es schließlich möglich macht, ihr Schicksal in die Hände grausamer Diktatoren zu legen. So entstanden etwa die Rückführungsabkommen zwischen Italien und Libyen.

Sie bekamen kein Transitvisum für Libyen, blieben aber in Kontakt zu zwei Liberianern, die in E-Mails von den Misshandlungen berichten, denen afrikanische Migranten dort ausgesetzt sind. Obwohl diese Zustände seit Jahren bekannt sind, hält Italien an »Rückführungen« nach Libyen fest.

Der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi benutzt die Migranten als politisches Druckmittel, um das Embargo gegen Libyen zu brechen. Und Europa – nicht nur Italien – benutzt dies wiederum, um über Investitionen in die libysche Erdöl- und Erdgasindustrie zu verhandeln. Man kann das Realpolitik nennen, aber es geht hier nicht um Rohstoffpreise, sondern um das Leben von Tausenden von Personen. Die Europäer sagen: Ich investiere, aber dafür schicke ich dir die Flüchtlinge zurück. Gaddafi akzeptiert die »Rückführungen«, er setzt die Migranten in der Wüste aus und lässt sie dort sterben. Niemand tut etwas dagegen. Das sind Pogrome gegen Afrikaner, für die Europa die Mitverantwortung trägt.



Die Abwehrpolitik im Mittelmeer wird von den europäischen Regierungen oft als nun mal notwendiger Kampf gegen Schlepperorganisationen propagiert. Dieses Theorem bringt die Scheinheiligkeit Europas zum Ausdruck, auf ihm basiert die Immigrationspolitik der meisten europäischen Länder. Das italienische Einwanderungsgesetz verlangt, dass jemand, der in Ägypten oder in Westafrika aufwächst und nach Europa auswandern möchte, bei der italienischen Botschaft seines Heimatlandes vorstellig wird und entweder auf einen der wenigen Quotenplätze für die legale Einreise wartet oder aber einen Einstellungsbrief seines zukünftigen Arbeitgebers vorweisen kann. Der legalen Einreise werden so viele Hindernisse in den Weg gelegt, dass für die Migranten die sogenannte illegale Einreise die einzige Möglichkeit ist.

Als kurdischer Schiffbrüchiger Bilal landeten Sie schließlich auf Lampedusa. Dieses Kapitel schreiben Sie nicht in der ersten Person, sondern aus der Sicht des Fremden, der zum ersten Mal in Europa ankommt. Warum? Weil sich die schockierenden Erfahrungen im Aufnahmelager leichter in der dritten Person schildern ließen?

Das grüne Tor des Lagers von Lampedusa markierte eine Grenze. Als Gestrandeter war ich noch eine Person, der man erste Hilfe geleistet hat. Aber als ich das Tor passiert hatte, war ich zum clandestino geworden. Dieses Tor war die Grenze zwischen der demokratischen Ordnung, an der wir uns in Europa orientieren wollen, und der totalen Entrechtung, die den Menschen widerfährt, die dort eingesperrt werden.

Eines Abends hörte ich, als ich in einem der überfüllten Schlafsäle auf einer der Pritschen lag, aus einem Radio der Wachleute Pink Floyds »Wish you were here«. In diesem Songtext gibt es eine Reihe von Fragen, und mir war, als wären sie hier auf Lampedusa direkt an mich, den europäischen Staatsbürger, gerichtet. Etwa heißt es in dem Stück: »Bist du sicher, dass du das Paradies von der Hölle unterscheiden kannst?«

Ihr Bericht löste große moralische Empörung aus. Politische Konsequenzen scheint Ihr Buch allerdings nicht zu haben.

Mir ist klar, dass ich selbst Teil der europäischen Scheinheiligkeit bin. Es besteht die Gefahr, dass ich als Alibi benutzt werde, nach dem Motto: Schaut, wie frei und demokratisch wir sind, wir erlauben unseren Journalisten, unsere Politik offen und schonungslos zu kritisieren. Ich bin weder ein Extremist noch ein politischer Aktivist, ich bin Journalist, ein Zeitzeuge. Ich denke, man muss die europäischen Politiker zwingen, zu ihren Taten zu stehen. Wenn sie diese Politik weiter betreiben wollen, dann sollten sie auch den Mut haben, im Europäischen Parlament die Abschaffung der europäischen Menschenrechtskonvention zu fordern, anstatt zu behaupten, ihre Immigrationspolitik bekämpfe die Schlepperorganisationen. Die bekämpft man nicht dadurch, dass man die Immigranten nach Libyen zurückschickt, sondern indem man Einreisemöglichkeiten schafft, die der immensen Nachfrage nach Arbeitskräften angemessen sind.

Sind illegalisierte migrantische Arbeitskräfte in Italien so gefragt?

Circa 23 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts werden in der sogenannten Schattenwirtschaft produziert, die durch Korruption, Steuerhinterziehung, mafiöse Unterwanderung und massive Ausbeutung gekennzeichnet ist. Der ideale Arbeiter ist für knapp ein Viertel der italienischen

Wirtschaft demnach derjenige, der keinerlei Rechte hat, der jederzeit erpressbar ist. Wer die Migrationsbewegungen kontrollieren will, muss auch kontrollieren, ob die Wirtschaft nach legalen Maßstäben funktioniert. Da die Mitte-Rechts-Regierung darauf verzichtet, schafft sie ein Ungleichgewicht: Aufgrund der verschärften Grenzkontrollen erhöht sich für die Migranten das Risiko und der Transitpreis, während die Unternehmer weiterhin rechtlose, illegalisierte Arbeitskräfte ausbeuten können. Genau das ist das Ziel der italienischen Immigrationsgesetze.

Anfang des Jahres offenbarte eine Revolte afrikanischer Migranten in der kalabrischen Kleinstadt Rosarno die sklavenähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der süditalienischen Landwirtschaft. Seit Jahren gibt es auf diesem Sektor keine Verbesserungen. Wird die Sklavenarbeit als Normalzustand akzeptiert?

Die Agrarindustrie Süditaliens wird von Mafia-Organisationen beherrscht. Viele sind Komplizen dieser Gewaltordnung, andere schweigen aus Angst, denn wer sich ihrem System widersetzt, lebt gefährlich. Die Mafia-Organisationen bedienen sich zunächst der politisch-wirtschaftlichen Gepflogenheiten. Nach der Deregulierung der letzten Jahre bedeutet das: freie Marktwirtschaft in Reinkultur. Man lässt die Arbeitskräfte nur illegal einreisen, beutet sie aus und will sonst nichts mit ihnen zu tun haben. Wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird, sollen sie verschwinden. Wenn der Staat sie nicht schnell genug abschiebt, vertreiben sie die Mafia-Organisationen auf ihre Art: mit Gewalt.

In Rosarno wurden die »Illegalen« nicht einfach vertrieben, dort wurde ganz gezielt eine Jagd auf den »schwarzen Mann« veranstaltet.

Es ging um einen gezielten Austausch: Man wollte die Afrikaner durch rumänische und bulgarische Arbeiter ersetzen. Die dreitägige Hetzjagd auf die Migranten erinnerte an Szenen aus dem Film »Mississippi Burning«. Das Schlimme ist, dass die Regierung die Migranten für die »Unruhen« verantwortlich machte, anstatt das System der kalabrischen 'Ndrangheta. Die Handlungsweise des Innenministers Roberto Maroni ist eine Schande: Er gab schließlich den Verletzten aus »humanitären Gründen« eine Aufenthaltsgenehmigung. Wer dagegen das Pech hatte, nicht verletzt worden zu sein, blieb »illegal«.

Die Revolten afrikanischer Arbeiter gegen dieses Ausbeutungssystem häufen sich. Hat Italien den Kampf gegen die Mafia-Organisationen den Migranten überlassen?

Es wäre dramatisch, würde Italien diesen Kampf Leuten überlassen, die eben erst in unserem Land angekommen sind und eine gesellschaftliche Minderheit bilden. Es gab zwei große Revolten, aber zu welchem Preis? In der Nähe von Neapel wurden vor zwei Jahren sechs Afrikaner erschossen, in Rosarno geriet im Januar die gesamte afrikanische Community in die Schusslinie der Mafia. Es kommt zu diesen verzweifelten Revolten, weil jede zivilgesellschaftliche Vermittlung fehlt. Natürlich gibt es einzelne Initiativen. Aber das sind Ausnahmen, die das System bestätigen.



Quelle: Interview von Catrin Dingler mit Fabrizio Gatti.
»Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat«, in: Jungle World vom 11. März 2011.
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

»Peripherie und Plastikmeer«

Die Herstellung des europäischen Supermarktgemüses im andalusischen Almería

★ Einleitung

Im Februar 2011 veröffentlichte die britische Tageszeitung *The Guardian* ein Dossier, in dem sie »moderne Formen von Sklaverei« in der europäischen Lebensmittelproduktion anprangerte (Lawrence 2011). Weil er Erinnerungen an die europäischen Kolonialverbrechen, die Sklavenhalterregimes in den Amerikas und die durch die Nazis organisierte Zwangsarbeit wachruft, wiegt der Vorwurf, auch in der Europäischen Union würde es heute modernisierte Formen der Sklaverei geben, natürlich sehr schwer.

Zur Unterstützung seiner These berief sich der *Guardian* zum einen auf Begriffsbestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diesen zufolge befinden sich undokumentierte Migrant*innen beispielsweise in einer besonders leicht ausnutzbaren Notlage: »Die Betroffenen können sich vor die schwere Wahl gestellt sehen, entweder hochgradig ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu akzeptieren oder aber das Risiko der Abschiebung in ihre Heimatländer einzugehen, sobald sie sich beschweren.« (ILO 2005: 2) Zum anderen stützt sich der Vorwurf der linksliberalen Journalisten auf eigene Nachforschungen in der südspanischen Gemüseindustrie, die eine sehr weitgehende Schutzlosigkeit der Illegalisierten dokumentieren: das extreme materielle Elend der Arbeiterinnen, ihr juris-

tischer Paria-Status, eine auch zur Gewalt bereite Unternehmerwillkür sowie eine mit den Plantagenbesitzern unverkennbar alliierte Staatsgewalt.

Sinn und Zweck dieses Kapitels ist es zum einen, durch Hintergrundinformationen auf die sozialökonomischen Verhältnisse in der andalusischen Agrarindustrie aufmerksam zu machen. Nach einem skizzenhaften Überblick über wichtige Wendemarken der jüngeren andalusischen Gesellschaftsgeschichte soll deshalb vor allem auf die Supermarktkonzerne als Hauptprofiteure der Lebensmittelkette sowie auf die haarsträubenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiterinnen eingegangen werden. Strukturen rassistischer Überausbeutung spielen, wie am Schluss der Hintergrundinformationen deutlich wird, eine entscheidende Rolle in diesem System.

Durch die Beschreibung einiger Seminarideen, die gleichzeitig als Handouts benutzt werden können, soll das Kapitel zum anderen aber auch zu Überlegungen anregen, wie sich ein Verständnis der Verhältnisse im *Treibhaus Europas* in politische Bildungsprozesse übersetzen ließe. Im Einzelnen vorgeschlagen werden erstens die Konzipierung einer Kampagne, zweitens die Analyse von Dokumentarfilmen zur Problematik, drittens die Durchführung einer eigenen Youtube-Umfrage und viertens die Weiterarbeit an Wikipedia-Einträgen, die mit dem Thema verbunden sind.

★ Hintergrund

Andalusien – vom Armenhaus Spaniens zum Treibhaus Europas

Wie der gesamte spanische Süden gehört auch die Provinz Almería im äußersten Südosten der iberischen Halbinsel zur Autonomen Region Andalusien. Vor allem aufgrund seiner agrarischen Prägung und schwachen industriellen Entwicklung galt Andalusien bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein als das »Armenhaus« Spaniens. Nach der dramatischen Niederlage des Landarbeiteranarchismus im Spanischen Bürgerkrieg beherrschten Großgrundbesitz, katholische Kirche und die »Ordnungskräfte« der Guardia Civil – nunmehr mit den diktatorischen Mitteln des Faschismus ausgestattet – noch jahrzehntelang die Region.

Um den Gewaltverhältnissen von Armut, Arbeitslosigkeit und Repression zu entkommen, setzte allerdings schon zu Zeiten des Franco-Regimes ein andalusischer Exodus in die spanischen Großstädte sowie in die Industrieregionen Westeuropas ein – vor allem nach Frankreich, in die BRD und die Schweiz. Schätzungen zufolge verließen allein in den 1960er Jahren etwa 900.000 Andalusierinnen ihre Heimat – insgesamt beläuft sich die Zahl der Auswanderer aus Andalusien wahrscheinlich auf mehr als zwei Millionen. Auch die Provinz Almería war Anfang der 1970er Jahre kaum mehr ein verlassener Landstrich von fast wüstenähnlicher Gestalt – der Flecken El Ejido zum Beispiel zählte gerade einmal 4.000 Einwohner und in der Umgebung gab es höchstens ein paar Dutzend Gewächshäuser.

Es war die Industrialisierung der Gemüseproduktion, die das Gesicht der Landschaft von Grund auf transformierte. Wasserleitungen aus dem Norden, Agrarsubventionen der Europäischen Gemeinschaft (der Spanien 1986 beigetreten ist) und Remigranten, die mit ihren Ersparnissen neue Gewächshäuser

bauten, sorgten dafür, dass sich die von Plastik bedeckte Fläche in Andalusien heute über rund 400 Quadratkilometer erstreckt und einen Großteil des europäischen Gemüsebedarfs decken kann. El Ejido hat inzwischen mehr als 100.000 Einwohner und ist mit seinem Landesrekord in der Sparte »Anzahl der Bankfilialen pro Bürger« heute eine der reichsten Kommunen Spaniens.

Die Kehrseite des Booms ist auf den schmalen Freiflächen zwischen den Gewächshäusern zu besichtigen: in Behelfsunterkünften aus alten Plastikplanen und Brettern kampieren hier die Wanderarbeiter, ohne die die Gemüseproduktion zum Erliegen kommen würde. Seit Anfang der 1990er Jahre rekrutieren die Gewächshausbesitzer ihre Erntehelfer zu einem großen Teil aus dem Heer (nord-)afrikanischer Migranten, die ihr Glück in Europa versuchen. Wie Spanien insgesamt ist auch Almería im Zuge dieses Prozesses zum Einwanderungsland und als solches erneut zu einem Brennpunkt des Gegensatzes von Arm und Reich geworden.

Lebensmittelkette abwärts

Die agroindustrielle Gemüseproduktion in Almería lässt sich nicht ohne Rekurs auf die Supermarktkonzerne verstehen, in deren Filialen das in den Gewächshäusern angebaute Gemüse landet, bevor es in die Kochtöpfe und Salatschüsseln der europäischen Konsumentinnen kommt. Immerhin handelt es sich bei der Lebensmittelproduktion um eine so genannte *Käuferkette*. Von ihrem Gegenstück, der *Verkäuferkette*, unterscheidet sie sich dadurch, dass die Großabnehmer und nicht etwa die Großproduzenten den größten Einfluss auf die Herstellungsbedingungen ausüben. Mit anderen Worten: Anders als beispielsweise in der Automobilindustrie haben hier die Händler das Sagen.

Die verbliebenen Supermarktketten und Discounter stehen zwar in inzwischen globaler Konkurrenz zueinander, kontrollieren aber alleine in Europa rund 80 Prozent des Lebensmittelhandels – in

der Bundesrepublik Deutschland sind es sogar 90 Prozent. Durch ihre enorme Einkaufsmacht entscheiden sie (und nicht mehr die bis Ende der 1980er Jahre tonangebenden Grossisten) darüber, was in welchen Mengen und zu welchen Standards an einem der südlichsten Zipfel Europas produziert wird – von einem Anbau im traditionellen Sinne kann aufgrund der starken Mechanisierung und Chemisierung der Betriebsabläufe wohl nicht mehr ernsthaft gesprochen werden.

Denis Brutsaert vom *Europäischen BürgerInnenforum* schildert die Funktionsweise der Supermarktmacht am anderen Ende der Lebensmittelkette wie folgt: »Die Bestellungen kommen inzwischen nicht mehr nur morgens herein. Die Abnehmer richten sich nach dem Bedarf der Supermärkte und rufen zu jeder Tageszeit an. Sie ordern für einen bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit eine ganze Lastwagenlieferung oder zumindest ein, zwei, drei Paletten. Es ist also unmöglich, eine feste Zahl von Arbeitskräften zu beschäftigen, weil man plötzlich für zwei Stunden fünfzehn Leute braucht. Man braucht eine Reservarmee, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Schwarzarbeiter.« (zit. nach Bell 2003)

Für die These, dass der Preiskampf um das billigste Gemüse auf dem Rücken illegalisierter Wanderarbeiter ausgetragen wird, spricht auch eine weitere Beobachtung. Die zu neuem Reichtum gelangten Gewächshausbesitzer in Almería sind faktisch zu Subunternehmern der Supermarktkonzerne geworden. Sie stehen untereinander in harter Konkurrenz, haben deshalb aber auch alle ein gleichermaßen großes Interesse an billigen und möglichst rechtlosen Arbeitskräften, die allmorgendlich von der Straße weg angeheuert werden können. Mehr als einer unkontrollierten Ansammlung von Kleinbetrieben gleicht das Plastikmeer um El Ejido deshalb auch einer einzigen gigantischen Fabrik, in der es Arbeiter, Vorarbeiter, Geschäftsführer und irgendwo ganz weit weg auch eine Konzernleitung gibt.

Arbeit in den Treibhäusern Europas

Wer sind die mehr als 80.000 bis 100.000 Arbeiterinnen, die im andalusischen Plastikmeer von Agrobusiness und Supermarktketten Discount-Gemüse herstellen? Die meisten von ihnen kommen aus ehemaligen europäischen Kolonien nördlich oder südlich der Sahara, aber



zum Teil auch aus der osteuropäischen Peripherie. Viele haben für die Überfahrt nach Spanien viel Geld oder sogar ihr Leben auf's Spiel gesetzt, besitzen weder Pässe noch Aufenthaltstitel und sind deshalb besonders erpressbar. Allerdings sind die Erntearbeiterinnen lange nicht so wehrlos, wie die Unternehmer sich das wünschen würden. Aus Angst vor Arbeitsniederlegungen und Sabotageakten rekrutieren sie seit einigen Jahren bevorzugt junge marokkanische Mütter und spekulieren darauf, dass familiäre Verpflichtungen deren Widerstandskraft beeinträchtigen könnten.

In jedem Fall scheint es der Drohung mit offener Gewalt zu bedürfen, um überhaupt Arbeit im Treibhaus Europas verrichten zu lassen. Zum Beispiel sind andalusische Sommer ohnehin schon sehr warm. Die Arbeit in den schwülen Gemüeschläuchen bei Temperaturen von häufig über 40 Grad aber ist dermaßen anstrengend, dass vermutlich weder ein Spanier noch eine andere Westeuropäerin sie freiwillig machen würde. Viele illegalisierte Migrantinnen, die von den Kleinunternehmern auf Tagelöhnerbasis angeheuert werden, bekommen während ihrer manchmal zwei-, manchmal

sechzehnständigen Arbeitstage aber noch nicht einmal ausreichend zu trinken. Ohne Schutzkleidung versprühen sie giftige Pestizide – von irgendeiner Gesundheitsversorgung oder gar Krankenkasse ganz zu schweigen. Und das alles für einen Lohn von durchschnittlich 240 Euro im Monat!

Vielen Landarbeiterinnen wird der Zugang zu den Touristengebieten an der Costa del Sol oder auch in die Innenstadt von El Ejido faktisch von der Polizei verwehrt. Um irgendwo unterzukommen, sind sie darauf angewiesen, behelfsmäßige Plastikhütten zwischen den Gewächshäusern zu bauen. Hier verfügen sie weder über einen Zugang zu Trinkwasser noch über Anschlüsse an Kanalisation und Stromnetz. In einer Reportage über die Slums inmitten der Agrarfabrik heißt es: »In den Wasserbasins, die der Bewässerung der Gewächshäuser dienen und die meist die einzige Wasserquelle der *Chabola*-BewohnerInnen sind, schwimmen alte Pestizidkanister. ›Prohibido banarse‹ steht am Beckenrand, und Bauer Juan Alonso erregt sich, dass die ArbeiterInnen trotzdem hinein steigen, um Wasser zu holen. ›Irgendwann schafft es einer nicht mehr raus, das kennen wir



doch, und dann ist es mein Becken, in dem er verreckt.« (zit. nach NoLager 2008: 22)

El Ejido und der Widerstand der Wanderarbeiterinnen

Rassismus gegenüber (nord-)afrikanischen Arbeitsmigranten ist integraler Bestandteil des agroindustriellen Komplexes von Almería. Er entfaltet seine Wirkung auf mindestens drei Ebenen: Global als paramilitärisch abgesichertes Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, regional als informelles System sozialräumlicher Apartheid und alltäglich als Ausbeutung und Schikanierung der Einwanderer durch die spanische Mehrheitsgesellschaft. Juan Enciso – Agrarunternehmer, langjähriger Bürgermeister von El Ejido sowie rechtspopulistischer Flügelmann des erzkonservativen *Partido Popular* – brachte die vorherrschende Stimmung gegenüber den Migrantinnen einmal in bemerkenswerter Deutlichkeit auf den Punkt: »Solange die Einwanderer arbeiten, nützen sie der Gemeinde. Danach allerdings müssen sie den Bus nehmen und um sieben Uhr abends verschwinden.« (zit. nach Stobart 2009: 31)

Aber selbst wenn Einwanderer nicht gegen den quasioffiziellen Imperativ des »Arbeite und gehorche!« verstoßen, sehen sie sich mit der Drohung physischer Gewalt konfrontiert. Das spektakulärste Beispiel dafür ist das Pogrom, das El Ejidos *Lumpenbourgeoisie* (André Gunder Frank) Anfang Februar 2000 gegen marokkanische Arbeiter verübt hat. Als sich in der Stadt das Gerücht verbreitet hatte, dass *die Mauren* eine Spanierin ermordet hätten, zogen Horden von Jugendlichen und neureichen Gemüsetunnelbesitzern (unter ihnen auch Familienangehörige des Bürgermeisters) mit Eisenstangen und Baseballschlägern los, um unter den Augen untätiger Polizisten drei Tage und Nächte lang Hatz auf Wanderarbeiter zu machen. Im Verlauf der rassistischen Übergriffe wurden Behausungen von Erntehelferinnen zerstört, Cafés in Brand gesteckt und Marokkaner zusammen-

geschlagen. Mindestens 374 Migranten wurden verletzt und 221 verloren ihre Unterkunft. Anschließend verwehrte die Stadtverwaltung dem Roten Kreuz sogar die Aufstellung provisorischer Notunterkünfte.

Um der Gewalt Einhalt zu gebieten, organisierten die Wanderarbeiter rasch Gegenwehr. Mit einem einwöchigen Generalstreik mitten in der Erntezeit legten sie die Produktion des Wintergemüses lahm und zwangen die Unternehmer zu Zugeständnissen. Zwar wurden diese Zusagen nach Abbruch des Streiks widerrufen. Trotzdem bemühen sich Arbeitsmigranten und NGO's auch weiterhin um den Aufbau von Strukturen gegenseitiger Hilfe und Gegenwehr. So konnte die andalusische Landarbeitergewerkschaft SOC (Sindicato de Obreros del Campo) zwei Anlaufstellen einrichten, um geprellte Arbeiter beispielsweise zu den ihnen zustehenden Löhnen zu verhelfen.

Zum Weiterlesen

NoLager Bremen / Europäisches BürgerInnenforum (Hrsg.) (2008): Peripherie und Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand, Wien.

Sissel Brodal (2006): Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft, in: *Widerspruch* 51/2006, S. 155-163.

Andy Higginbottom (2000): Super-Exploitation of Immigrant Labour in Europe. The Case of Intense Agriculture in Spain [Paper to the CSE conference "Global Capital and Global Struggles. Strategies, Alliances, Alternatives", London 1./2. Juli 2000].

Gaston Kirsche (2000): Ketchup El Ejido. Migration, Rassismus und gewerkschaftliche (Selbst-)Organisation in Spanien, in: *express* 6-7/2000.

★ Seminarideen und Handouts

Konzipierung eine Kampagne

Seit den rassistischen Pogromen von El Ejido im Jahr 2000 sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der migrantischen Erntehelferinnen in europäischen Medien wiederholt zur Sprache gebracht und kritisiert worden. Billiges Obst und Gemüse hier – Ausbeutung und Naturzerstörung dort; neureiche Agrarunternehmer contra rechtlose Wanderarbeiter und deren notdürftigen Bretterschläge inmitten eines Plastikmeers europäischer Handelskonzerne: An spektakulären Kontrasten fehlt es nicht, sobald man einen genaueren Blick auf Almería wirft. Trotzdem ist die Lebensmittelproduktion nicht die einzige Branche, deren Produktionsbedingungen das Zeug zu einem handfesten Medienskandal hätten.

- Überlegt euch durch ein genaues Studium der Website des Europäischen BürgerInnenforums (<http://www.forumcivique.org/>) zunächst, welche Methoden der Öffentlichkeitsarbeit die Gruppe angewandt hat, um auf die Lage in Almería aufmerksam zu machen. Achtet dabei nicht nur auf Inhalte und Methoden, sondern auch auf Zielgruppen, Ressourcen und Strategien.
- Denkt darüber nach, welche Arbeitsbedingungen auch einmal dringend einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollten. Bezieht dabei eure eigenen Erfahrungen und Kenntnisse mit ein! Tauscht euch darüber aus, wie ihr an Hintergrund- und vielleicht sogar Insiderinformationen gelangen könntet, sobald ihr euch für ein Thema entschieden habt!
- Tragt vor dem Hintergrund der Öffentlichkeitsarbeit des Europäischen BürgerInnenforums Ideen darüber zusammen, welche Zielgruppen ihr wie für die Zustände in dem von euch ausgesuchten Ausschnitt der Arbeitswelt sensibilisieren könnt! Wie könnte eine Zusammenarbeit mit den »Betroffenen«, die ja zumeist auch Handelnde sind, aussehen?
- Präsentiert eure Ideen dem Seminarpublikum und erläutert als erstes die Motive, die euch zur Auswahl des speziellen Themengebiets gebracht haben. Macht im Anschluss möglichst anschaulich deutlich, wie man das Thema in der Öffentlichkeit anpacken könnte. Und denkt zum Abschluss auch darüber nach, welche Probleme politische Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise auch neu schaffen kann!

Filmanalyse

Neben etlichen Zeitungsberichten und Broschüren sind seit Anfang der 2000er Jahre auch eine Reihe von Dokumentarfilmen und Fernsehreportagen zum Thema »andalusische Gemüseproduktion für europäische Supermarktketten« entstanden. Einige davon sind auch auf das Videoportal Youtube hochgeladen worden:

Rundschau am Mittwoch (CH 2008): Tomaten im Winter. Bootsflüchtlinge arbeiten schwarz für Großverteiler, Ausstrahlungstermin auf SF 1: 30. Januar 2008 (Youtube-Titel: »Lebensbedingungen in El Ejido« <http://www.youtube.com/watch?v=IEXdWCxuCh4>)

Globus TV (D 2009): Spanische Tomaten, Ausstrahlungstermin unbekannt. <http://www.youtube.com/watch?v=BnOdkLULdcQ>

The Guardian (UK 2011): Salad slaves: Who really provides our vegetables. <http://www.guardian.co.uk/environment/video/2011/feb/07/food-spain-migrants>

Jawal Rhalib (F/B 2006): El Dorado unter Plastik. Ausstrahlungstermin auf arte: 15. Oktober 2010, (Youtube-Titel: »La loi du profit – El Dorado unter Plastik« <http://www.youtube.com/watch?v=wgYNF5jO32Q>)

ElEjidoAgricultura08 (E 2008): (Youtube-Titel: "Intensive Agriculture in El Ejido" <http://www.youtube.com/watch?v=B-V9IfwhOW0&feature=related>)

Erwin Wagenhofer (A 2005): We feed the World (Youtube-Titel des Almería-Ausschnitts: "O Porquê dos tomates viajarem 3000Km" <http://www.youtube.com/watch?v=pW1qdlwtgcY>)

- ➔ Bildet Kleingruppen und verabredet, welche Gruppe sich welchen Film anschaut. Zwar beschäftigen sich alle mehr oder weniger mit demselben Thema, sie setzen jedoch unterschiedliche Akzente und gelangen auch zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Macht euch beim Anschauen des Films Notizen und tauscht euch in der Kleingruppe anschließend darüber aus, mit welchen Mitteln die Filmemacher ihr mutmaßliches politisches Ziel zu erreichen versuchen. Bereitet eine kleine Präsentation vor, mit der ihr den Film und eure Analyse dem Plenum vorstellt.
- ➔ Diskutiert nach dem Ende der verschiedenen Präsentationen darüber, welcher Film euch für die Zwecke gewerkschaftsnaher Bildungsarbeit als der am besten gelungene erscheint und welcher nach eurem Dafürhalten weniger gut gelungen ist.

Youtube-Umfrage starten

Auch das macht die Technik möglich: Mit vielen Mobiltelefonen kann man inzwischen kürzere oder auch längere Filmaufnahmen machen. Die bequeme Herstellung und Weiterverbreitung bewegter Bilder hat in den letzten Jahren Medien wie Youtube entstehen lassen und auch zum enormen Bedeutungszuwachs sozialer Netzwerke wie Facebook beigetragen. Wie nicht zuletzt anhand der Revolten in der arabischen Welt demonstriert werden kann, hat diese »Demokratisierung« technischer Mittel auch eine politische Dimension: Öffentlichkeit über Missstände und Fehlentwicklungen scheint sehr viel leichter herstellbar als zu Zeiten, in denen sich Fernsehanstalten und Zeitungsverlage ihres Monopols über das veröffentlichte Bild relativ sicher sein konnten. Auch für Gewerkschafter*innen ist dieser Wandel von großer Bedeutung: Leichter vielleicht als früher können sie den Goliaths der Medienlandschaft und ihren Anzeigenkunden mit einer Taktik der Nadelstiche zusetzen.

Das Thema der Produktionsbedingungen unseres Supermarktgemüses eignet sich gut, um Arbeitsbedingungen öffentlich zu machen oder umgekehrt die Öffentlichkeit nach ihrem Bewusstsein über Arbeitsbedingungen zu befragen. Die Idee der hier vorgestellten Übung ist es deshalb, Supermarktkundinnen und nach ihrer Meinung zur Herstellung des gerade eingekauften Gemüses zu befragen. Bereitet euch auf eine solche Umfrage vor, indem ihr euch über das Plastikmeer in der europäischen Peripherie schlau macht. Überlegt euch Fragen, die ihr den Leuten gerne stellen möchtet. Die erste Frage dürfte natürlich in etwa so lauten: »Wir machen für xy eine Youtube-Umfrage zum Thema Lebensmittelproduktion. Dürfen wir Ihnen einige Fragen stellen?« Schließlich hat jede Befragte ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, was mit ihrer Aussage geschieht – lehnt jemand die Kameraaufnahme ab, müsst ihr das natürlich respektieren.

Noch ein paar vielleicht ganz nützliche Hinweise: Bei der Durchführung einer Youtube-Umfrage zu dem Thema sollte es nicht darum gehen, die Befragten mit ihrem vermeintlichen oder tatsächlichen Unwissen bloßzustellen. Gebt selbst ein paar Hinweise zu den Produktionsbedingungen und fragt dann noch einmal nach der Meinung der Einkäuferin. Nehmt euch, wenn ihr eine euch als ausreichend erscheinende Zahl von Statements gefilmt habt, ruhig auch noch ein bisschen Zeit für die Bearbeitung – in eurer Nähe gibt es wahrscheinlich mehr Filmproduzentinnen als ihr denkt.

Verseht die Umfrage mit einer kurzen Einleitung und stellt sie erst online, wenn auch wirklich das gesamte Filmteam überzeugt ist.

Wikipedia verbessern

Google liebt Wikipedia! Wie euch schon aufgefallen sein wird, landen Artikel aus der »schwarmintelligenten« Online-Enzyklopädie nach einer entsprechenden Suchanfrage immer relativ weit oben auf der Trefferliste. Das bedeutet: Sie werden auch sehr häufig angeklickt. Für Hunderttausende von Autorinnen ist dies Anreiz genug, anonym an der Verbesserung des frei zugänglichen Wissensbestandes mitzuarbeiten. Auf diese Weise wird Wikipedia nicht nur umfangreicher, sondern auch zusehends zuverlässiger. Warum also nicht das eigene Wissen mit anderen teilen?

Einmal angenommen, ihr habt am enorm vielschichtigen Themenkomplex internationaler Lebensmittelketten nicht nur Interesse gefunden, sondern euch aus eigenem Antrieb auch noch in bestimmte Spezialfragen vertieft – was hindert euch daran, Antworten auf Fragen wie die Folgenden frei zugänglich zu machen: Wie hat sich die in Plastik bedeckte Fläche Andalusiens in den letzten 50 Jahren vergrößert? Welche Arbeitskämpfe gab und gibt es im System der Gemüseplantagen? Wie genau ist das Pogrom gegen marokkanische Wanderarbeiter im Winter 2000 abgelaufen? Welche Supermarktketten nehmen wie auf Preisbildung und Produktion Einfluss? Wie, warum, wo und wann hat die andalusische Landarbeiterinnengewerkschaft SOC begonnen, auch Wanderarbeiter aus Marokko zu organisieren? Welche ökologischen Folgen hat die intensive landwirtschaftliche Nutzung für die ehemalige Halbwüste um Almería?

Viele Informationen finden sich bereits im Netz, für viele andere werdet ihr aber auch ein Buch oder vielleicht sogar eine wissenschaftliche Zeitschrift zu Rate ziehen müssen. Grenzt euer Thema möglichst genau ein, überlegt euch eine plausible Gliederung und sammelt erst einmal die euch zugänglichen Informationen samt vollständiger Quellenangabe. Habt vor allem keine Angst vor dem Schreiben: In der linken Menüleiste auf der Startseite von Wikipedia findet ihr unter »Hilfe« und »Autorenportal« gute Tipps zur formalen wie zur inhaltlichen Gestaltung (oder auch Weiterentwicklung) von Artikeln. Und wenn ihr einmal nicht weiter wissen solltet, hilft euch die Wikipedia-Community bestimmt auf die Sprünge. Selbst wenn euer Artikel nicht sofort in die berühmte »Liste exzellenter Artikel« aufgenommen wird – lasst euch von Kritik nicht entmutigen, sondern begreift sie als Teil eines kollektiven Diskussionsprozesses. Mit ziemlicher Sicherheit wird euer Eintrag jemandem weiterhelfen, der nach euch auf die gute Idee kommt, sich schlau zu machen: Zum Beispiel über die Lage der andalusischen Landarbeiterinnen.

Internationalismus in Theorie und Praxis

Historische und aktuelle Auseinandersetzungen um die Idee eines »Sozialen Europa«

»Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben.«
Jacques Delors

★ Einleitung

Wie andere häufig benutzte Begriffe der politischen Debatte ist auch das Schlagwort *Soziales Europa* wenig trennscharf. Mit ihm verbinden sich, wie in diesem Kapitel zu zeigen sein wird, eine Reihe ganz verschiedener Vorstellungen, denen zunächst einmal nur gemeinsam zu sein scheint, sich von einem »unsozialen« Europa der Konzerne ebenso abheben zu wollen wie von einer ausschließlich national (oder aber global) definierten Sozialstaatlichkeit.

Erst einmal offen bleibt, ob eine solche europäisierte Form von Sozialpolitik als programmatisches Ziel, als unrealistische Utopie, als möglicher Standortvorteil in der weltweiten Konkurrenz oder als Zustandsbeschreibung und Ersatzidentität verstanden wird. Was ein *soziales Europa* ist oder nicht ist, sein soll oder nicht sein soll, erklärt sich also keineswegs von alleine. Die unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffs, die auch in den aktuellen europapolitischen Debatten von Gewerkschaften und Parteien eine unvermindert wichtige

Rolle spielen, lassen sich erst besser verstehen, wenn auch die historischen und politischen Kontexte beleuchtet werden, in denen sie entwickelt und popularisiert worden sind.

Eine Kurzgeschichte der Idee vom *sozialen Europa* kann deshalb auch nicht erst mit der Verwendung des eigentlichen Begriffs durch den französischen Sozialisten und ehemaligen EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors in den 1980er Jahren beginnen. Avant la lettre diskutierten Repräsentanten der Arbeiterbewegung spätestens im Umfeld des Ersten Weltkriegs ebenso intensiv wie kontrovers über die Frage, ob nicht die Perspektive der *Vereinigten Staaten von Europa* ein geeigneter Weg sein könne, nationale Gegensätze und imperialistische Konflikte im grenzüberschreitenden sozialdemokratischen Interesse der Arbeiter verschiedener europäischer Länder zu überwinden.

Am Beispiel dieser Debatte, aber auch anhand späterer Verwendungen des Schlagworts, soll – illustriert jeweils mit einem kurzen, aber charakteristischen Zitat – ein erster Überblick darüber vermittelt werden, welche Akteure mit welchen Interessen und was für einer inneren Logik das politische Schlagwort *Soziales Europa* benutzt oder auch bekämpft haben.

★ Hintergrund

»Unmöglich oder reaktionär«

»Proletarier aller Länder vereinigt euch!« lautet der bekannte Imperativ am Ende des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels. Wie viel oder wenig dieses internationalistische Credo mit den Vorstellungen der real existierenden Arbeiterinnenorganisationen zu tun hatte, zeigt bereits der Leipziger Programmtext von Ferdinand Lasalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein (ADAV) aus dem Jahr 1866. Ähnlich wie in einem Resolutionsentwurf der Internationalen Arbeiterassoziation ein Jahr später wird hier die Schaffung eines deutschen Nationalstaates lediglich als Durchgangsstadium auf dem Weg zur wohlgeordnet europäischen Vereinheitlichung der unterdrückten Interessen des »Vierten Standes« angesehen: »Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralisierten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates.« (ADAV 1866 zit. nach Schäfer 1998: 13) Für viele Führungsfiguren der deutschen Arbeiterinnenbewegung, unter ihnen August Bebel, Karl Kautsky und Eduard Bernstein, blieb eine künftige europäische (Sozial-)Staatlichkeit auch in der Folge eine wichtige Zielmarke.

Im imperialen Zeitalter verknüpfte sie sich insbesondere auf der sozialdemokratischen Rechten zusehends stärker mit bürgerlichen Europakonzeptionen, wie sie etwa vom Nationalliberalen Friedrich Naumann vertreten wurden, der ein »Mitteleuropa« unter deutscher Führung anvisierte. Als Beispiel für diese Konvergenz sei aus einem Artikel zitiert, den der Revisionist Richard Calwer – er lehrte als Nationalökonom an deutschen Gewerkschaftsschulen – 1905 in den »Sozialistischen Monatsheften« veröffentlicht hat. Ähnlich wie Naumann suchte Calwer nach Möglichkeiten, wie das Deutsche Reich seine wirtschaftliche Position im

weltpolitischen Kräftemessen gegenüber den USA und England einerseits sowie Russland und Japan andererseits »kräftigen« könne. Er kam zu dem Ergebnis, dass es im wohlverstandenen Interesse deutscher »Ausdehnungsmöglichkeiten« liege, in Europa »durch Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Schranken zwischen den europäischen Ländern – ausgenommen bleiben England und Russland« einen gemeinsamen »großen Markt« zu verwirklichen. »Die Vorteile, die daraus hervorgehen würden, dass Europa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wird, sind für die gesamte zukünftige Wirtschaftsverfassung Europas von so immensem Werte, dass gerade die sozialistische Arbeiterschaft in erster Linie auf die Verwirklichung dieses Zieles hinarbeiten muss.« (Calwer 1905 zit. nach Schäfer 1998: 16) Calwer hob kontinentaleuropäische Gemeinsamkeiten vor allem deshalb hervor, um Gegensätze zu England, den USA und Russland umso stärker zu betonen. Mehr noch: Ihm lag daran, auch und gerade die Arbeiterorganisationen in solch eine Wirtschaftsverfassung zu integrieren. Derartige Perspektiven einer ganz offen sozialimperialistisch verstandenen europäischen Blockbildung stießen auf dem oppositionellen, linken Flügel der Arbeiterbewegung auf scharfen Widerspruch. Während des Ersten Weltkrieges nannte beispielsweise Lenin in einem berühmt gewordenen Bonmot die »Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.« (vgl. Quelle 1)

Lenin behielt mit seiner Prognose aus dem Jahr 1915 zumindest insofern recht, als sich die Einigung Europas über die nächsten drei bis vier Jahrzehnte hinweg tatsächlich als unmöglich erweisen sollte. Europapolitische Vorstellungen, wie sie etwa von der deutschen Sozialdemokratie auf ihrem Heidelberger Programmparteitag von 1925 formuliert worden waren (die SPD »tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen

Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen« (SPD 1925 zit. nach Schäfer 1998: 25)), konnten sich gegen die Aggressivität insbesondere der deutschen Herrschaftsansprüche nicht durchsetzen.

Überzeugte Europäer

Nach der Befreiung Europas vom Faschismus wurden substantielle Integrationschritte erst unter den Bedingungen von alliierter Besetzung Deutschlands, Kaltem Krieg und US-amerikanischer Supermacht möglich. Weil dieses Projekt einer zumindest westeuropäischen Einigung in seinen ersten Jahrzehnten vor allem unter wirtschafts- und militärpolitischen Vorzeichen stand, artikulierten sich nicht nur Forderungen nach einer Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse, sondern spätestens mit der Zunahme der Erwerbslosigkeit in den 1970er Jahren auch Ansprüche auf eine soziale Flankierung der Integration. Zu den »überzeugten Europäern«, die dieses Anliegen am prominentesten vertraten, gehörte sicher der französische Sozialist Jacques Delors. Unter der Ägide seiner Kommissionspräsidentschaft (1985 bis 1995) wurde nicht nur der Europäische

Binnenmarkt (mit dem freien Verkehr von Kapital, Arbeitskräften, Waren und Dienstleistungen) geplant und verwirklicht, sondern – mit dem Vertrag von Maastricht 1992 – auch die Währungsunion auf den Weg gebracht.

Jacques Delors war also kein Träumer, sondern ein sehr pragmatischer Sozialist. Als Wirtschafts- und Finanzminister unter François Mitterrand hatte er den Übergang zur Austeritätspolitik und damit faktisch das Scheitern der französischen Linksregierung Anfang der 1980er Jahre verantwortet. Hinter Delors' Begeisterung für ein »Soziales Europa« steckte nunmehr ein politisches Kalkül, das kaum weniger nüchtern war. Sozialpolitische Abfederungen wurden von ihm als notwendige Bedingungen für Erfolg und Stabilität des europäischen Binnenmarktprojektes angesehen. Einerseits sollten erwartbare soziale Verwerfungen mitsamt ihrer möglichen politischen Folgen geglättet werden. Zum anderen wollte er auch dafür sorgen, die unmittelbare politische Basis der Wirtschaftsgemeinschaft zu erweitern. Nicht von ungefähr wandte sich Jacques Delors 1988 deshalb ausgerechnet an die britischen Gewerkschaften. Sie waren lange Zeit äußerst euroskeptisch eingestellt gewesen, sahen sich durch die neoliberalen



Angriffe der ebenfalls euroskeptischen Thatcher-Regierung aber in eine extreme Defensive gedrängt. In seiner Rede auf dem Gewerkschaftstag des TUC, die von den Delegierten bejubelt und sogar mit »Frère Jacques«-Gesängen erwidert wurde, gelang es Jacques Delors nun, viele britische Gewerkschafter*innen ins Lager der Europabefürworter hinüberzuziehen und sie von der Möglichkeit eines »Sozialen Europa« zu überzeugen. Margret Thatchers Empörung schien ihnen recht zu geben. Als die konservative Premierministerin von Delors' Rede erfuhr, soll sie getobt und von einem »Sozialismus durch die Hintertür« gesprochen haben. (vgl. Quelle 2)

Was heißt Modernisierung Europas?

»Der Zweck unseres Sozialmodells«, so der britische Premier Tony Blair in einer Rede vor dem Brüsseler EU-Parlament 2005, »sollte es sein, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, den Menschen dabei zu helfen, mit der Globalisierung zurechtzukommen, ihnen zu ermöglichen, die Chancen der Globalisierung wahrzunehmen und deren Gefahren zu vermeiden. Natürlich brauchen wir ein soziales Europa. Aber es muss ein soziales Europa sein, das funktioniert.« (Blair 2005) Bereits diese kurze Passage enthält in kondensierter Form wichtige Hinweise darauf, was sich Sozialdemokraten seit Mitte der 1990er Jahre unter einem *Sozialen Europa* vorstellen. Nach der »dritten Welle des Revisionismus« (Donald Sassoon) verabschiedeten sich europäische Mitte-Links-Parteien von ihrem bis dahin gültigen – und auch noch bei Jacques Delors erkennbaren – Leitgedanken, sozialstaatliche Interventionen in Wirtschaft und Gesellschaft seien ein notwendiges Gegengewicht zu den krisenhaften und Ungleichheit fördernden Dynamiken kapitalistischer Akkumulation. Unter dem Eindruck des Endes der Sowjetunion, eines neuerlichen Globalisierungsschubes und auch vor dem Hintergrund der informationstechnologischen Revolution ließen sie dieses keynesianische

Erbe weitgehend hinter sich. Stattdessen wurde eine Gesellschaftspolitik ins Auge gefasst, deren »aktivierende« Form von Sozialstaatlichkeit (»Fördern und Fordern«) zuvörderst dazu dienen sollte, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu stärken. Nach dieser »angebotsorientierten« Logik sollten Unternehmen durch Steuersenkungen, Aufweichung des Kündigungsschutzes, Deregulierung und eine Kürzung der Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung zur Schaffung von Arbeitsplätzen ermuntert werden. Umgekehrt hatten sich Erwerbslose auf geringere Transferleistungen, verminderten Bestandsschutz und größeren Druck zur Aufnahme einer Arbeit – und sei sie eine im neu zu schaffenden Niedriglohnsektor – einzustellen. Altmodisch erscheinende Kritikerinnen des neuen Kurses monierten, dass die selbsternannte »Schutzmacht der kleinen Leute« im Interesse ihrer Annäherung an den Neoliberalismus offensichtlich gewillt zu sein schien, Sozialabbau in den Rang eines wünschenswerten Investitionsanreizes zu erheben. »Moderne« Sozialdemokraten wie Gerhard Schröder und Tony Blair hielten dem entgegen, dass für die Herstellung eines *Sozialen Europa* vor allem die Massenerwerbslosigkeit gesenkt werden müsse. Wirtschaftliches Wachstum und in der Folge auch die Schaffung neuer Jobs aber ließen sich unter den Bedingungen der Globalisierung am besten durch eine »aktivierende« Stärkung der Marktkräfte durch den Staat bewerkstelligen. (vgl. Quelle 3)

Zum Weiterlesen

Joachim Beerhorst / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.) (2005): Handlungsfeld Europäische Integration. Gewerkschaftspolitik in und für Europa, Hamburg.

Jörg Huffs Schmid (1994): Wem gehört Europa? Band 1: Wirtschaftspolitik in der EG. Band 2: Kapitalstrategien, Heilbronn.

Donald Sassoon (1996): One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, London.

★ Seminarideen

Der Hintergrundtext kann von Teamern dazu genutzt werden, den Teilnehmer*innen einen kurzen Überblick über die Geschichte der Idee eines *Sozialen Europa* zu geben. Im Anschluss an diesen Einstieg können die drei Quellentexte von Lenin, Delors und Schröder/Blair an die Teilnehmer*innen verteilt werden.

Möglich ist eine vergleichende Bearbeitung unter folgenden Fragestellungen: Welcher Europabegriff wird von den Autoren vertreten? Welche Haltung nehmen die Texte direkt oder (im Fall von Lenin) indirekt zur Idee eines *Sozialen Europa* ein? Wie begründen die Autoren ihre Position? Welche politischen Strategien lassen sich mit ihren Konzepten in Verbindung bringen? Welche Einwände lassen sich gegen die jeweiligen Stellungnahmen formulieren und wo erscheinen sie plausibel?

Nachdem die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse präsentiert haben, kann im Rahmen einer Plenumsdiskussion erörtert werden, welche Europakonzeption am ehesten einen Zugang zu aktuellen europapolitischen Kontroversen eröffnet.



★ Handouts

Quelle 1: Wladimir Iljitsch Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa

» [...] Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die »fortgeschrittenen« und »zivilisierten« Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär. Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d.h. von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Russland und Deutschland, mit einer Bevölkerung von 250–300 Millionen und einem Territorium von etwa 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von fast einer halben Milliarde (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d.h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne Polargebiet). [...]

Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. Der Milliardär kann das »Nationaleinkommen« eines kapitalistischen Landes mit jemand anderem nur in einer bestimmten Proportion teilen: »entsprechend dem Kapital« (überdies noch mit einem Zuschlag, damit das größte Kapital mehr bekommt als ihm zusteht). Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine »gerechte« Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn.

Es kann nicht anders geteilt werden als »entsprechend der Macht«. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Russland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik. Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfülle befallene Europa.

Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin. [...]



Quelle: Wladimir Iljitsch Lenin (1972):
Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ders.: Werke Bd. 21, Berlin (DDR),
S. 342-346 [erstmalig veröffentlicht in: »Sozial-Demokrat« Nr. 44 vom 23. August 1915].

Quelle 2: Rede von Jacques Delors auf dem Gewerkschaftstag des britischen Dachverbandes (TUC)



Es kommt darauf an, unsere Kontrolle über unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ebenso zu stärken wie die über unsere Technologie und unsere Währungsangelegenheiten. Wir müssen uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen und unsere europäische Identität bewahren. Wir müssen unsere Kräfte bündeln. In diesem Geist muss es auch umfassende und breite Beratungen mit denen geben, die an der Produktion unseres Wohlstands beteiligt sind. Weil wir alle eng aufeinander angewiesen sind, hängen auch unsere Zukunftsaussichten miteinander zusammen. Gemeinsam können wir in den Genuss der Vorteile kommen, die sich aus dieser Situation ergeben. [...]

Die soziale Dimension ist sehr wichtig. Unser Europa braucht klare Regeln und Achtung vor dem Gesetz. Es wäre inakzeptabel, wenn unfaire Manöver das Zusammenspiel der ökonomischen Kräfte stören, während wir unsere Anstrengungen zu bündeln versuchen. Es wäre unakzeptabel, wenn Europa eine Kraft des sozialen Rückschritts würde, während wir gerade dabei sind, den Pfad zu Wachstum und Beschäftigung wiederzufinden. Folgende Prinzipien hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, auf die man die Definition und Umsetzung dieser Regeln gründen kann. Erstens sollte das Niveau der sozialen Sicherung, das in den Mitgliedstaaten bereits erreicht worden ist, nicht durch Maßnahmen gesenkt werden, die den gemeinsamen Markt vollenden sollen. Zweitens soll jeder einzelne Bürger der Gemeinschaft vom gemeinsamen Binnenmarkt profitieren. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitern zu verbessern und einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Drittens betreffen die zu ergreifenden Maßnahmen den Bereich der Tarifverhandlungen und -gesetze auf europäischer Ebene. Das sind die Maximen für das Handeln der Europäischen Kommission und ihres Präsidenten. Nun müssen wir konkrete Fortschritte machen. Dafür brauchen wir den Beitrag der Architekten. Als ich im Mai letzten Jahres vor dem Europäischen Gewerkschaftsbund sprach, habe ich, das haben Sie ja auch in Ihrem Bericht vermerkt, drei Vorschläge unterbreitet, die die soziale Dimension des Gebäudes Europa klar herausstellen sollten. Es handelt sich dabei erstens um die Erarbeitung einer Plattform gemeinsamer sozialer Rechte, die allgemeine Prinzipien wie das Recht auf einen Tarifvertrag (das ist so banal, aber dafür ist das folgende schwieriger) sowie spezifischere Regelungen enthalten, die zum Beispiel den Status der Leiharbeit oder den Kampf gegen die Demontage des Arbeitsmarktes betreffen. Zweitens die Schaffung eines europäischen Unternehmensstatuts, das die Beteiligung der Arbeitnehmer

oder ihrer Repräsentanten regelt. Diejenigen, denen das Sorgen bereitet, können auf Basis ihrer Traditionen und Wünsche zwischen drei Arten der Mitbestimmung wählen. Der Vorschlag befindet sich mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Sichtweisen auf dem Tisch des Ministerrates und ich hoffe, dass die zwölf Regierungen zu einer raschen Entscheidung kommen. Drittens muss das Recht auf lebenslanges Lernen auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden. Dies wird auf Basis der bestehenden – und von Land zu Land unterschiedlichen – Regelungen im Rahmen des sozialen Dialogs und unter voller Beteiligung von Management und Gewerkschaften passieren. Um den sozialen Dialog auf einer konkreten und realistischen Basis zu beginnen, werde ich im Januar, zu Beginn der neuen Amtszeit der Kommission, ein Treffen mit den Vorsitzenden der nationalen Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der Arbeitgeberseite einberufen. Diese ersten Vorschläge sollen untersucht und diskutiert werden. Weitere Vorschläge von den Tarifparteien sind herzlich willkommen. Nach meiner Meinung sind Tarifverhandlungen und sozialer Dialog Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft und des sozialen Fortschritts.



Quelle: Rede von Jacques Delors auf dem Gewerkschaftstag des britischen Dachverbandes Trade Union Congress (TUC) in Bornemouth am 8. September 1988, in: TUC Annual Congress Report 1988, London, S. 568-70. [eigene Übersetzung]

Quelle 3: Gerhard Schröder / Tony Blair: Das »Schröder/Blair-Papier« von 1999

» [...] In einer Welt immer rascherer Globalisierung und wissenschaftlicher Veränderungen müssen wir Bedingungen schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können. Neue Technologien ziehen radikale Veränderungen der Arbeit sowie eine Internationalisierung der Produktion nach sich. Einerseits führen sie dazu, daß Fertigkeiten verlorengehen und einige Wirtschaftszweige schrumpfen, andererseits fördern sie die Entstehung neuer Unternehmen und Tätigkeiten. Daher besteht die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten. Ein einziger Arbeitsplatz fürs ganze Leben ist Vergangenheit. Sozialdemokraten müssen den wachsenden Anforderungen an die Flexibilität gerecht werden und gleichzeitig soziale Mindestnormen aufrechterhalten, Familien bei der Bewältigung des Wandels helfen und Chancen für die eröffnen, die nicht Schritt halten können. [...]

Unsere Staaten haben unterschiedliche Traditionen im Umgang zwischen Staat, Industrie, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen, aber wir alle teilen die Überzeugung, daß die traditionellen Konflikte am Arbeitsplatz überwunden werden müssen. Dazu gehört vor allem, die Bereitschaft und die Fähigkeit der Gesellschaft zum Dialog und zum Konsens wieder neu zu gewinnen und zu stärken. Wir wollen allen Gruppen ein Angebot unterbreiten, sich in die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl einzubringen. [...]

Wir wollen, daß die Gewerkschaften in der Modernen Welt verankert bleiben. Wir wollen, daß sie den einzelnen gegen Willkür schützen und in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen. In Europa streben wir - unter dem Dach eines

Europäischen Beschäftigungspaktes - einen fortlaufenden Dialog mit den Sozialpartnern an. Das befördert den notwendigen ökonomischen Wandel. [...] Europa sieht sich der Aufgabe gegenüber, den Herausforderungen der Weltwirtschaft zu begegnen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt angesichts tatsächlicher oder subjektiv empfundener Ungewißheit zu wahren. Eine Zunahme der Beschäftigung und der Beschäftigungschancen ist die beste Garantie für eine in sich gefestigte Gesellschaft. [...]

Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und eine Vorbedingung für eine erfolgreichere Beschäftigungspolitik. Die EU sollte auch weiterhin als entschiedene Kraft für die Liberalisierung des Welthandels eintreten. Die EU sollte auf den Errungenschaften des Binnenmarktes aufbauen, um wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu stärken, die das Produktivitätswachstum fördern. [...]

Erfolgreiche Programme, die von der Sozialhilfe in die Beschäftigung führen, steigern das Einkommen der zuvor Beschäftigungslosen und verbessern das den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot. Moderne Wirtschaftspolitik strebt an, die Nettoeinkommen der Beschäftigten zu erhöhen und zugleich die Kosten der Arbeit für die Arbeitgeber zu senken. Deshalb hat die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten durch strukturelle Reformen der sozialen Sicherungssysteme und eine zukunftsorientierte, beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabenstruktur besondere Bedeutung. [...]

Um die europäische Wirtschaft dynamischer zu gestalten, müssen wir sie auch flexibler machen.

Unternehmen müssen genügend Spielraum haben, um sich die verbesserten Wirtschaftsbedingungen zunutze zu machen und neue Chancen zu ergreifen: Sie dürfen nicht durch Regulierungen und Paragraphen erstickt werden. Die Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen allesamt flexibel sein: Wir dürfen nicht Rigidität in einem Teil des Wirtschaftssystems mit Offenheit und Dynamik in einem anderen verbinden. Anpassungsfähigkeit und Flexibilität stehen in der wissensgestützten Dienstleistungsgesellschaft in Zukunft immer höher im Kurs. [...]

Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen in einer Wirtschaft, in der es den lebenslangen Arbeitsplatz nicht mehr gibt, eine Chance für Qualifizierung und persönliche Weiterbildung sein. Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung. Eine neue Politik mit dem Ziel, arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze und Ausbildung anzubieten, ist eine sozialdemokratische Priorität - wir erwarten aber auch, daß jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt. Es reicht aber nicht, die Menschen mit den Fähigkeiten und Kenntnissen auszurüsten, die sie brauchen, um erwerbstätig zu werden. Das System der Steuern und Sozialleistungen muß sicherstellen, daß es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem ist eine wesentliche Komponente der aktiven, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik der Linken. [...]

Quelle: Gerhard Schröder / Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten
[»Schröder/Blair-Papier« vom 8. Juni 1999]
(http://robert-zion.de/downloads/Schroeder_Blair.pdf)



Lohn- und Tarifdumping durch transnationale Arbeitnehmerentsendung?

★ Einleitung

Ein Bauunternehmen kündigt an, Entsendearbeiter aus Italien und Portugal auf einer britischen Großbaustelle nicht zu britischen, sondern zu italienischen bzw. portugiesischen Konditionen beschäftigen zu wollen. Innerhalb von Tagen wird die britische Öl- und Energiebranche von einer »wilden« Streikwelle erfasst, wie sie Großbritannien seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Bauarbeiter erinnern den britischen Premier Gordon Brown an sein Versprechen, »britische Jobs für britische Arbeiter« zu schaffen, rechtsgerichtete Boulevardblätter zeigen Sympathie für die Streikenden und der Krisenstab der Regierung zieht sich angesichts der drohenden Engpässe in der Ölversorgung sogar zu Beratungen in einen unterirdischen Bunker zurück. Zusätzliche Dramatik gewinnen die Ereignisse im Winter 2009 dadurch, dass sie sich vor

dem Hintergrund der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression ereignen.

Handelte es sich bei dem von einer Ölraffinerie im mittelländischen Lindsey ausgegangenen Arbeitskampf um einen Versuch von Beschäftigten, dem Lohndumping Grenzen zu setzen? Oder muss er im Gegenteil als Indiz dafür verstanden werden, wie leicht insbesondere in Krisenzeiten soziale Konflikte nationalistisch überformt werden können? Das folgende Kapitel möchte mit dem Konzept »Talkshow« ein Instrument zur Verfügung stellen, anhand dessen sich Fragen nach der »Nationalisierbarkeit« sozialer Konflikte untersuchen und diskutieren lassen. Ein von allen Teilnehmer*innen zu lesender Hintergrundtext sowie insgesamt sechs »Rollenkarten«, die die Argumente der beteiligten Akteursgruppen zur Sprache bringen, sind ebenso Bestandteile dieses Kapitels wie ein möglicher Zeit- und Ablaufplan der Talkshow.

★ Hintergrund

2004 kündigte der Ölkonzern Total an, einen Auftrag zum Bau einer Entschwefelungsanlage auf dem Gelände seiner Raffinerie im mittlenglischen Lindsey vergeben zu wollen. Wie im Baugewerbe üblich wurden Bestandteile des Bauauftrags entlang einer Kette »versubt«, d.h. an verschiedene Subunternehmer weitergegeben. Die italienische Firma IREM ersteigerte im Dezember 2008 im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens einen Unterauftrag und kündigte an, bei der Erledigung der Arbeit ausschließlich auf seine italienischen und portugiesischen Beschäftigten zurückgreifen zu wollen.

Daraufhin legten ab dem 28. Januar 2009 Hunderte von Bauarbeitern ohne offiziellen Streikaufruf der Gewerkschaft (und insofern »irregulär«) ihre Arbeit nieder. Innerhalb kurzer Zeit bekundeten Arbeiter in der gesamten britischen Energiebranche den Kollegen in Lindsey mit (ebenfalls »irregulären«) Solidaritätsstreiks ihre Sympathie. Auf zahlreichen Plakaten fand sich – insbesondere in den ersten Tagen des insgesamt zweiwöchigen Arbeitskampfes – die Parole »British Jobs for British Workers«, die nicht nur von der rechtsgerichteten Boulevardpresse zustimmend aufgegriffen wurde. Auch die faschistische British National Party (BNP) suchte den Kontakt zu den Streikenden, wurde von diesen aber abgewiesen. Einige Streikaktivisten bemühten sich stattdessen darum, die nationalistische Parole durch die internationalistische »Workers of all Countries, Unite!« zu ersetzen. Auch zu den ausländischen Entsendearbeitern, die vom Unternehmen auf einem Wohnschiff untergebracht worden waren, stellten sie Verbindungen her. Auf mehrsprachigen Flugblättern wurde die Einhaltung des in der englischen Anlagenbaubranche geltenden Tarifvertrags sowie die zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften aus der Region gefordert.

Die von großer öffentlicher Aufmerksamkeit begleitete Streikauseinandersetzung wurde vorläufig beendet, als das Bauunternehmen einwilligte, zusätzlich zu seinen Beschäftigten 102 Arbeiter aus der Region einzustellen. Die Hälfte der »britischen Jobs« ging damit an Bewerber aus Großbritannien. Teil der Vereinbarung war, dass kein ausländischer Arbeiter seinen Job verlieren dürfte. Als der Total-Konzern im Sommer 2009 dennoch 51 Arbeiter entlassen wollte, statt sie (wie sonst üblich) an eine Firma mit Folgeauftrag weiterzuvermitteln, entstand bei Gewerkschafter*innen der Eindruck, Streikteilnehmer sollten entgegen der Zusage aus dem Winter-Übereinkommen doch bestraft werden. Erneut kam es zu Arbeitsniederlegungen an verschiedenen Kraftwerksstandorten. Die Streikenden stimmten der Wiederaufnahme der Arbeit erst zu, als ihre Forderung nach Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen von Total erfüllt worden war.

Für das Verständnis der Streikauseinandersetzung sind vor allem drei Hintergründe wichtig: die EU-Richtlinie zur Entsendung von Arbeitskräften, die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 und nicht zuletzt nationalistische Töne der Labour-Regierung von Gordon Brown. Auf Reden vor Gewerkschaftskongressen und Labourparteitagen im Juni bzw. September 2007 bekannte sich der damalige Premierminister zu dem Ziel, »British Jobs for British Workers« (»Britische Jobs für britische Arbeiter«) zu schaffen. Er griff damit, wie auch der damalige konservative Oppositionsführer David Cameron bemerkte, eine länderfeindliche Parole auf, die bislang vornehmlich von der extremen Rechten benutzt worden war. Parallel zur Forderung nach Inländerpräferenz kündigte die Regierung an, die Einwanderungshürden für Arbeitskräfte von außerhalb der Europäischen Union zu erhöhen. Gordon Brown nicht unähnlich setzten sich auch führende Gewerkschafter (wie zum Beispiel der Unite-Vorsitzende Derek Simpson) dafür ein, insbesondere

bei öffentlich bezuschussten Investitionsprojekten vor allem auf Arbeitskräfte von vor Ort zurückzugreifen.

Während der Wirtschaftskrise erlangte die Parole »British Jobs for British Workers« auch deshalb zusätzliche Brisanz, weil die meisten Arbeitssuchenden, Erwerbstätigen und Unternehmen mit Wachstumseinbrüchen und großen Entlassungswellen rechneten. Rufe nach nationaler Abschottung der (Arbeits-)Märkte weckten in dieser Situation zusätzliche Erinnerungen an den Protektionismus während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre sowie an die mit ihm einhergehende Verschärfung der Gegensätze zwischen den Industriestaaten. Zu den Betroffenen der Wirtschaftskrise zählte mit der gesamten britischen Baubranche auch das Teilsegment des Großanlagenbaus. So kündigte beispielsweise eine auf dem Raffineriegelände tätige Baufirma Ende 2008 Entlassungen für Anfang 2009 an. Dabei sind die rund 20.000 Montage-Arbeiter, die auf den Baustellen der britischen Öl- und Kraftwerksbranche ihr Geld verdienen, in der Regel sehr mobil, gut miteinander vernetzt und größtenteils gut qualifiziert. Für sie gilt ein gemeinsamer Tarifvertrag, das so genannte *Blue Book*. In Zeiten der Wirtschaftskrise fürchteten die Anlagenbauer indes, ihre gesunkene Marktmacht würde von transnational operierenden Bauunternehmen ausgenutzt werden können.

Anlass für solche Befürchtungen, die auch in Lindsey geäußert wurden,

boten die arbeitgeberfreundlichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zu den Fällen Viking, Laval und Ruffert (vgl. Blanke 2008; Bucker/Warneck 2010). Vereinfacht ausgedrückt hatte der EuGH in diesen Urteilen Gewerkschaften das Recht abgesprochen, gegen die Aushöhlung bislang geltender Tarifstandards Kampfmaßnahmen einzulegen, solange sich die Arbeitgeberpraxis im Rahmen von Entsenderichtlinie und Dienstleistungsfreiheit bewegt. Die Frage nach der Möglichkeit, mit Berufung auf europäisches Recht tarifliche Standards zu unterlaufen, stellte sich auch im Fall von Lindsey, obwohl weder Arbeitgeber noch Regierung es in der zugespitzten Situation der Wirtschaftskrise wagten, die streikenden Arbeiter*innen oder ihre Gewerkschaft für die »irregulären« Kampfmaßnahmen zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum Weiterlesen

Catherine Barnard (2009): "British Jobs for British Workers". The Lindsey Oil Refinery Dispute and the Future of Local Labour Clauses in an Integrated EU Market, in: *Industrial Law Journal* 3/2009, S. 245-277.

Seumas Milne (2009): Solidarität in Lindsey. Die britischen Medien, die Bauarbeiter und die Fremden, in: *Le Monde Diplomatique* vom 12. Juni 2009. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/06/12.monde-Text.artikel,a0042.idx,12>

Pit Wuhler (2009): Streiks gegen EU-Standards, in: *der Freitag* vom 12. Februar 2009. <http://www.freitag.de/wochenthema/0907-grossbritannien-streiks-europa-lohndumping>

★ Seminarideen

Zum besseren Verständnis der Streiks in der britischen Energiebranche kann eine Talkshow inszeniert werden, in der einige Protagonisten des Konfliktes mit ihren Positionen und Argumenten zur Sprache kommen.

Nachdem alle Teilnehmer*innen sich mit der Lektüre der Hintergrundinformationen Einblick in das Streikgeschehen verschafft haben, werden bis zu sechs Gruppen gebildet. Mithilfe der Rollenkarten eignet sich jede Gruppe gemeinsam die Position eines Akteurs an und erörtert zunächst einmal für sich Pro- und Contra-Argumente. Anschließend wird ein Mitglied der Gruppe bestimmt, das die Talkshow bestreitet. Die anderen Gruppenmitglieder bilden das aufmerksame Studiopublikum und beobachten den Verlauf der vom Teamer geleiteten Diskussion. Nach Beendigung der Talkshow analysieren Gastgeberin, Teilnehmer*innen und Zuschauer gemeinsam die Talkshow. Stimmt die Talkshowgäste überein, dass der soziale Konflikt »nationalisierbar« ist? Welche Parteien wirkten warum überzeugend? Welche Argumente konnten sich warum durchsetzen?

Auch für eine Gesamtreflexion der künstlichen Talkshowsituation sollte Zeit und Raum gegeben werden: Was unterscheidet eine Talkshow von Diskussionen im Umfeld einer realen Streikauseinandersetzung? Die Teilnehmer*innen können diskutieren, welche Argumentationsstrategien sich am besten eignen, einer »Nationalisierung« sozialer Auseinandersetzungen vorzubeugen.



★ Handouts Rollenkarten

Gewerkschafter*in

- reales Problem mit der Diskriminierung britischer Arbeiter: Unter Berufung auf Entsenderichtlinie und Dienstleistungsfreiheit der EU machen es Unternehmen Arbeitern aus Großbritannien immer schwerer, sich auch für Arbeitsplätze in Großbritannien zu bewerben. Ebenso wenig wie es aber einem Arbeiter vom Kontinent untersagt werden soll, sich in Großbritannien um einen Job zu bewerben, sollte es auch einem Arbeiter aus Großbritannien verwehrt werden. Die Regierung ist aufgerufen, hier für Chancengleichheit zu sorgen.
- gegen Sozialdumping: EU-Bestimmungen dürfen nicht instrumentalisiert werden, um bestehende Tarifverträge und Sozialstandards zu unterlaufen. Unternehmen müssen (insbesondere bei der öffentlichen) Vergabe von Aufträgen verpflichtet werden, die von den Gewerkschaften ausgehandelten Vereinbarungen in die Arbeitsverträge aufzunehmen. Wenn ausländische Entsendearbeiter von ihren Kollegen aus Großbritannien isoliert werden, ist die Einhaltung geltender Tarifverträge stark bedroht.
- keine »nationale«, sondern eine Klassenfrage: Entsendearbeiter aus dem Ausland und die in Großbritannien lebenden Arbeiter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dass viele Medien trotzdem auf die Gefahr von Nationalismus hingewiesen haben, hängt damit zusammen, dass sich in der Öffentlichkeit das Vorurteil von der »latent rassistischen Arbeiterklasse« festgesetzt hat. So wurde bspw. die Aussage eines Streikenden (»Wir können nicht Seite an Seite mit denen arbeiten. Wir werden von ihnen getrennt gehalten«) im Fernsehen so zurechtgeschnitten, dass nur noch der erste Teil übrig blieb.
- New Labour nicht auf Seiten der Beschäftigten: Die Regierungspolitik von New Labour hat sich gegen die Interessen der Arbeiterinnenschaft gerichtet und damit die Tür für eine nationalistische Ideologie der extremen Rechten geöffnet. Die wirtschaftliche Situation, aber auch die wilden Streiks machen uns Sorgen. Wenn die Unternehmen nicht einlenken, könnte das für ganz Großbritannien ein gefährlicher Präzedenzfall werden.

Erster Streikender

- Streik ist gerechtfertigt: die arbeiterfeindliche Politik der Bosse muss auf Gegenwehr stoßen. Im Fall von Lindsey haben die Unternehmen versucht, die Entsenderichtlinie auszunutzen, um unseren Tarifvertrag zu unterlaufen. Da solche Verstöße regelmäßig vorkommen und die Gewerkschaft nicht genug dagegen unternimmt, haben wir uns auf eigene Faust zur Arbeitsniederlegung entschlossen. Insofern ist unser »wilder« Streik auch eine Reaktion auf Verstöße der Arbeitgeberseite.
- Zitat von Arthur Scargill, dem legendären Vorsitzenden der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM (aus einem Interview mit Indymedia Ireland): »Man kann migrantische Arbeiter und migrantisches Kapital nicht einfach in eine Gesellschaft schleusen, ohne dass das zerstörerische Effekte auf die gesamte Gesellschaft haben würde.« (ICL-FI 2009)
- auch britische Arbeitskräfte sind gut qualifiziert: »Angeblich sind die italienischen Arbeiter gut qualifiziert – aber was ist mit den britischen? Sind wir nicht auch hoch qualifiziert? Gordon Brown hat britische Jobs für britische Arbeiter versprochen und er sollte sich daran halten.«

- Auswirkungen der Rezession: »Wir befinden uns in einer Rezession und überall im Land werden britische Arbeiter entlassen. Diese Leute sollten geholt und weitergebildet werden und die Jobs bekommen, die jetzt an die ausländischen Arbeiter gehen.«

Zweiter Streikender

- Tarifvertrag ist im Interesse aller: Das Blue Book NAECI, der Tarifvertrag für die Stahlbaubranche, schützt die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bauarbeiter, die in Großbritannien angestellt sind. Die italienische Firma hingegen ordnet faktisch längere Arbeitszeiten und geringere Löhne an als im Blue Book vorgesehen.
- Zurückdrängung nationalistischer Sprüche: Einzelne Arbeiter haben in den ersten Tagen des Streiks nationalistische Flugblätter aus dem Internet heruntergeladen, aber das Streikkomitee, das sich bald gebildet hat, hat sich offensiv gegen die Verwendung dieser Parolen ausgesprochen und Kontakt zu den italienischen Arbeitern auf dem Wohnschiff gesucht.
- Aktivisten der faschistischen British National Party von den Streikenden vertrieben: Gegen den nationalistischen Charakter des Arbeitskampfes spricht nicht nur, dass BNP-Aktivisten der Laufpass gegeben wurde, sondern auch, dass sich Hunderte von polnischen Arbeitern in Langage bei Plymouth dem Streik angeschlossen haben.

Geschäftsführerin einer vom Arbeitskampf betroffenen Firma

- im Gegensatz zu den Streikenden verhält sich unsere Firma legal: Wir respektieren die EU-Entsenderichtlinie, die für Großbritannien lediglich vorsieht, dass wir den Mindestlohn zahlen und arbeitsrechtliche Grundstandards einhalten müssen.
- internationaler Wettbewerb: Die Konkurrenz ist hart und wenn wir nicht auf unsere Kosten achten, sind bald alle Arbeiter ihre Jobs los. Die mühsamen Anstrengungen, auf den Weltmärkten wieder wettbewerbsfähig zu werden, dürfen nicht zunichte gemacht werden. Wir brauchen keine Verhältnisse wie in den 1970er Jahren, als dauernde Streiks die britische Wirtschaft lähmten.
- Gordon Brown über Protektionismus: »Was wir sicher über Protektionismus wissen ist, dass er niemandem nützt, am allerwenigsten den Armen.« (Brown zit. nach Burns 2009). Er hat damit ein gutes Argument gegen seine eigene Parole »British Jobs for British Workers« geliefert. Die Internationalisierung der Arbeitsmärkte ist weder neu noch schädlich – sie sorgt vielmehr dafür, dass Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, wachsen und damit neue Arbeitsplätze schaffen können.
- Arbeitskräftemobilität als Bereicherung: Der »wildcat racism« einiger britischer Arbeiter, also ihr »Rassismus wilder Streiks« (so die Financial Times in einem Kommentar) ist inakzeptabel. Weder nach britischem noch nach EU-Recht gibt es in Großbritannien Jobs, die Briten vorbehalten sind und von Ausländern nicht ausgeübt werden dürfen.

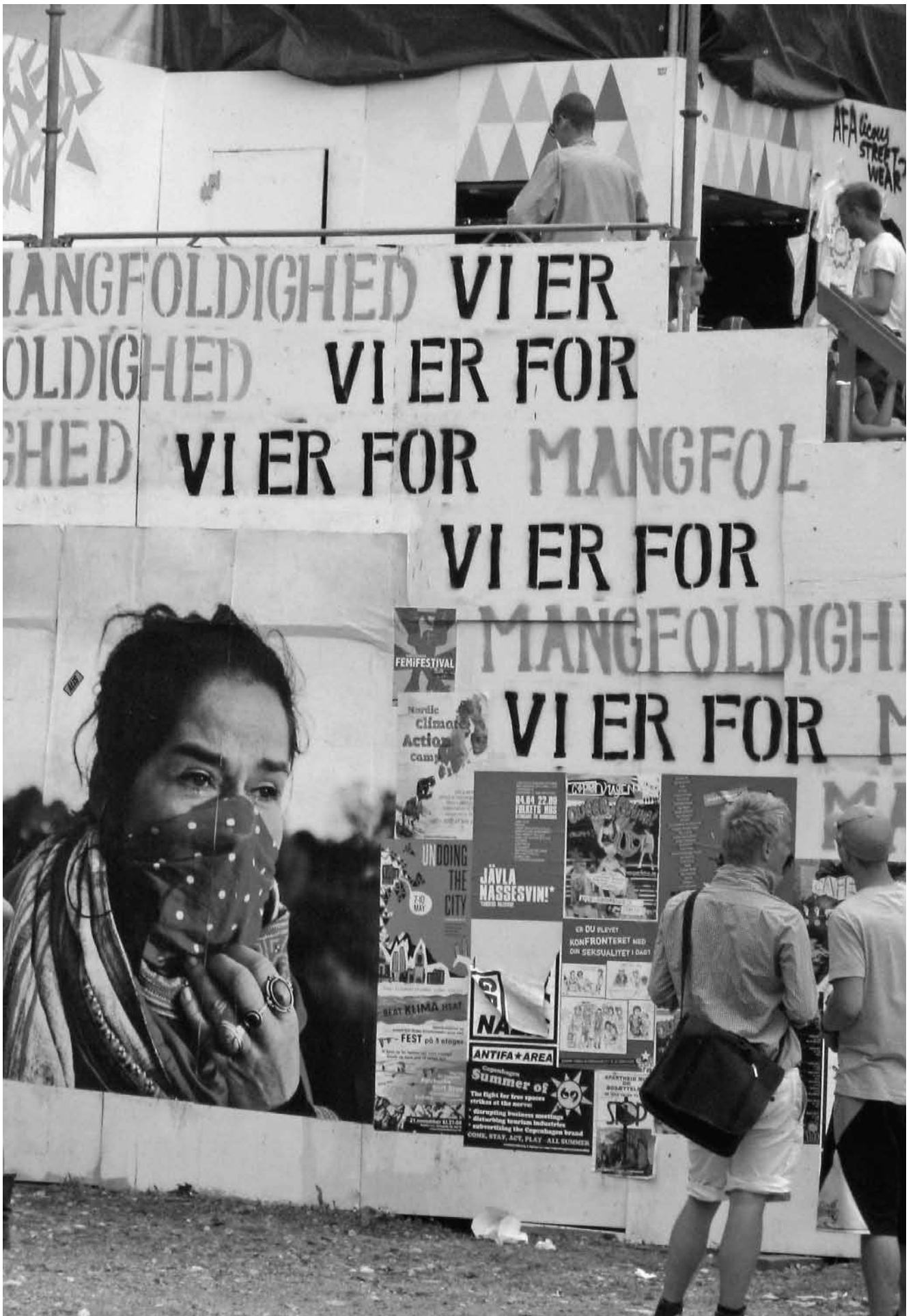
Vertreterin einer antifaschistischen Initiative

- Nationalismus im Namen von Arbeiterinteressen: Die Parole »British Jobs for British Workers« wurde nicht nur vom Labour-Premier Gordon Brown, sondern auch von Gewerkschaftsführern wie dem Unite-Vorsitzenden Derek Simpson verwandt. Diejenigen, die diese Parole benutzt haben, sollten jetzt nicht so tun, als hätten sie nicht gewusst, wovon sie reden.

- Britische Arbeiterinnen im Ausland: Es arbeiten nicht nur viele Ausländerinnen in Großbritannien, sondern auch kaum weniger Briten im Ausland. Proteste gegen Lohndumping, Entlassungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen sind berechtigt, dürfen aber nicht auf dem Rücken von Arbeitskräften ausgetragen werden, denen es noch schlechter geht. Standortnationalismus löst keine Probleme und erst recht nicht diejenigen, die von einer epochalen Wirtschaftskrise herrühren.
- Entlassungen als Systemlogik: Nicht ausländische Arbeitskräfte sind es, die Arbeitsplätze in Großbritannien vernichten. Wo waren die Proteste britischer Gewerkschaften, als britische Unternehmen sich Vorteile auf Kosten ausländischer Konkurrenten zu verschaffen versuchten? Es mangelt den Gewerkschaften an internationaler Vernetzung, die unter den Bedingungen der Globalisierung notwendiger ist denn je.
- Außerdem gab es auch etliche Gewerkschaftsplakate mit dem Slogan »British Jobs for British Workers«. Diese Parole verstößt gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU und sollte deshalb von einem Premierminister auch nicht benutzt werden – Unternehmen könnten sich dazu zu diskriminierender Einstellungspolitik ermuntert fühlen.

Redakteur einer rechtsgerichteten Boulevardzeitung

- Wähler- und Leserwille: Viele Wähler wollen, dass sich die Regierung darum kümmert, britischen Arbeitern wieder Jobs in Großbritannien zu verschaffen – Lohndumping durch osteuropäische Arbeitskräfte hingegen sorgt bei vielen Menschen für Angst und Verunsicherung.
- Ausländer nehmen Briten die Arbeitsplätze weg: In den zwölf Monaten nach Browns Parteitagforderung »British Jobs for British Workers« vom September 2007 hat die Zahl der ausländischen Arbeiter in Großbritannien um 175.000 zugenommen, während die Zahl der britischen Arbeitslosen um 45.000 stieg. Die Regierung muss sich vorhalten lassen, den britischen Arbeitsmarkt zu sehr für Ausländer geöffnet zu haben und hat insofern ihren eigenen Sonntagsreden zuwider gehandelt.
- Euroskeptizismus: Endlich beginnen die Gewerkschaften zu erkennen, dass die europäische Integration nicht die Lösung, sondern eine wesentliche Ursache ihrer Probleme ist. Die EU ist bei unseren Lesern deshalb so unpopulär, weil sie die nationale Souveränität und die britischen Besonderheiten untergräbt, ohne dass die Leute davon etwas hätten.



Transnationales Co-Management oder Internationalismus von unten?

»Zusammenfassend sage ich wohl nichts Falsches, wenn ich behaupte, dass der Wille zur europäischen Zusammenarbeit erst einmal deutlich überlagert ist von der Tatsache, dass erst einmal der eigene Standort, das eigene Land, kurzum das eigene Hemd jedem am nächsten ist.«

Europäischer Betriebsrat eines deutschen Ford-Werks in einem Interview mit Stefanie Hürtgen (2008: 194)

★ Einleitung

Europäische Betriebsräte (EBR) zählen zu den Elementen industrieller Beziehungen, auf die in gewerkschaftlichen, aber auch in akademischen Debatten häufig verwiesen wird, wenn es um Idee und Wirklichkeit eines *Sozialen Europa* geht. Analog zu den Zusammenschlüssen von Gewerkschaftsbündeln auf europäischer Ebene könnten sie, so die Hoffnung vieler Optimisten, Ansatzpunkte für einen Internationalismus bieten, der zumindest auf lange Sicht geeignet wäre, dem Internationalismus des Managements etwas entgegenzusetzen. Pessimistinnen in dieser Debatte sind sich

da bei weitem nicht so sicher. Sie verweisen zum einen auf die geringen Kompetenzen, die Europäischen Betriebsräten durch die entsprechende EU-Richtlinie aus dem Jahr 1994, aber auch durch ihre Folgerichtlinien 97/74/EC und 2007/14/EC zugestanden worden sind. Zum anderen zeigen sich die Pessimisten aber auch skeptisch, ob die Europäischen Betriebsräte in ihrer Praxis tatsächlich im Interesse von Beschäftigten agieren oder ob sie im Gegenteil nicht doch eher dazu neigen, transnationales Co-Management zu betreiben.

Wie diese gegensätzlichen Positionen bereits andeuten, kann innergewerkschaftlich über Sinn und Unsinn der Europäischen Betriebsratsrichtlinie ebenso trefflich gestritten werden wie über ihr Erscheinungsbild in der Praxis. Als Material für diese Diskussion eignet sich eine Kontroverse, die 2002 in der Wirtschaftsbeilage der linksalternativen Schweizer Wochenzeitung *WoZ* getragen wurde. Wolfgang Schaumberg vertritt darin als bekennender »Betriebslinker« und jahrzehntelanger Aktivist im Bochumer Opel-Werk die These, dass es sich bei der Tätigkeit europäischer Betriebsräte um transnationales Co-Ma-

nagement handelt, von dem Beschäftigte nichts Gutes zu erwarten haben. Hans Baumann, der ehemalige »Chefökonom« der Schweizer Gewerkschaft UNIA, beharrt hingegen darauf, dass die regelmäßigen Treffen von Betriebsräten aus unterschiedlichen Ländern zumindest das Potenzial für Gegenmacht und Internationalismus bieten. Um diese Debatte in einen gesellschaftspolitischen Kontext einordnen zu können, sind den Texten von Schaumberg und Baumann Hintergrundinformationen vorangestellt, die einen zusammenfassenden Überblick über Entstehung, Funktionsweise und Resultate europäischer Betriebsratspraxis vermitteln sollen. Teilnehmer*innen, die diese Hintergrundinformationen kennen, dürfte es nicht schwer fallen, die Stellungnahmen über eine bloß deskriptive Zusammenfassung hinaus auch zu beurteilen. Eine lebendige Gegenüberstellung von optimistischen und pessimistischen Einschätzungen könnte die innergewerkschaftliche Debatte u.U. nicht nur abbilden, sondern im Idealfall sogar dazu beitragen, sie einen Schritt weiter zu bringen.

★ Hintergrund

Erste Vorstöße zur Einführung grenzüberschreitender Mitbestimmungselemente in multinationalen Konzernen hatte es bereits in den 1970er Jahren gegeben. Damals setzten sich vor allem die Niederlande, aber auch skandinavische Länder dafür ein, auf europäischer Ebene Partizipationsmöglichkeiten von Beschäftigten zu etablieren. Gegen Ende der vierjährigen Amtszeit des EG-Sozialkommissars Henk Vredeling präsentierte die EG-Kommission 1980 dann einen Entwurf für eine nach dem holländischen Sozialdemokraten und ehemaligen Widerstandskämpfer benannte Richtlinie (vgl. zur Entstehungsgeschichte: Nelson 1988).

Der Entwurf sah vor, dem Management multinationaler Konzerne einige Pflichten zur Information und Konsultation der Beschäftigten aufzuerlegen. Obwohl das Europaparlament der *Vredeling-Richtlinie* im Oktober 1982 zugestimmt hatte, scheiterte ihre Umsetzung an einer massiven und zunächst äußerst erfolgreichen Lobbykampagne von Unternehmerverbänden einerseits und konservativen europäischen Regierungen andererseits. Insbesondere das Veto der Thatcher-Regierung und der politische Druck des europäischen Industriellenverbandes UNICE führten dazu, dass *Vredeling* nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Dabei sah die Richtlinie noch nicht einmal Möglichkeiten vor, Verstöße von Unternehmenseite zu sanktionieren oder widerstrebende Mitgliedstaaten zur Umsetzung zu zwingen. Aufgrund der Konzentration auf die Informationsrechte von Beschäftigten konnte überdies auch keine Rede davon sein, dass die Gewerkschaften als europäische Tarifpartei anerkannt worden wären. Nicht nur diese Schwäche tatsächlicher Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch die Spekulation auf den ökonomischen Nutzen verstärkter Sozialintegration wird indessen ein Grund dafür gewesen sein, dass allen marktradikalen Unkenrufen zum

Trotz zwischen Mitte der 1980er Jahre und 1994 bereits 40 Europäische Betriebsräte auf freiwilliger Basis entstanden waren (Anonymous 1995: 99f.).

Nachdem es aufgrund des anhaltenden Widerstands von britischer Regierung und britischen Konzernen zunächst den Anschein gehabt hatte, als würde die im Maastricht-Prozess neu auf den Weg gebrachte EU-Richtlinie 94/45/EC über die »Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen oder Unternehmensgruppen« ein ähnliches Schicksal wie ihre gescheiterte Vorläuferin erleiden, wurde sie am 22. September 1994 tatsächlich verabschiedet. Europäische Betriebsräte können demzufolge in Unternehmen eingeführt werden, die in mindestens zwei EU-Ländern 1000 und pro Land mindestens 150 Arbeitnehmerinnen beschäftigen. Ein Europäischer Betriebsrat hat mindestens drei und höchstens 30 Mitglieder. Einmal pro Jahr müssen die Belegschaftsvertreter auf einer Plenumsitzung von Unternehmensvertretern über zentrale Unternehmensentscheidungen und -strategien informiert werden. Dort müssen sie den Vorschriften der Richtlinie zufolge einen Geschäftsbericht des europäischen Managements vorgelegt bekommen, der sich »insbesondere auf die Struktur, die ökonomische und finanzielle Situation, die voraussichtliche Entwicklung von Geschäfts-, Produktions- und Verkaufszahlen bezieht sowie auf die wahrscheinlichen Trends in Hinblick auf Beschäftigung, Investitionen und substantielle organisatorische Veränderungen wie die Einführung neuer Arbeits- oder Produktionsmethoden, Produktionsverlagerungen, Fusionen, Einschnitte bei oder Stilllegung von Standorten, ganzer oder teilweise Aufbau neuer Standorte sowie Massenentlassungen« (zit. nach Ramsay 1997: 318).

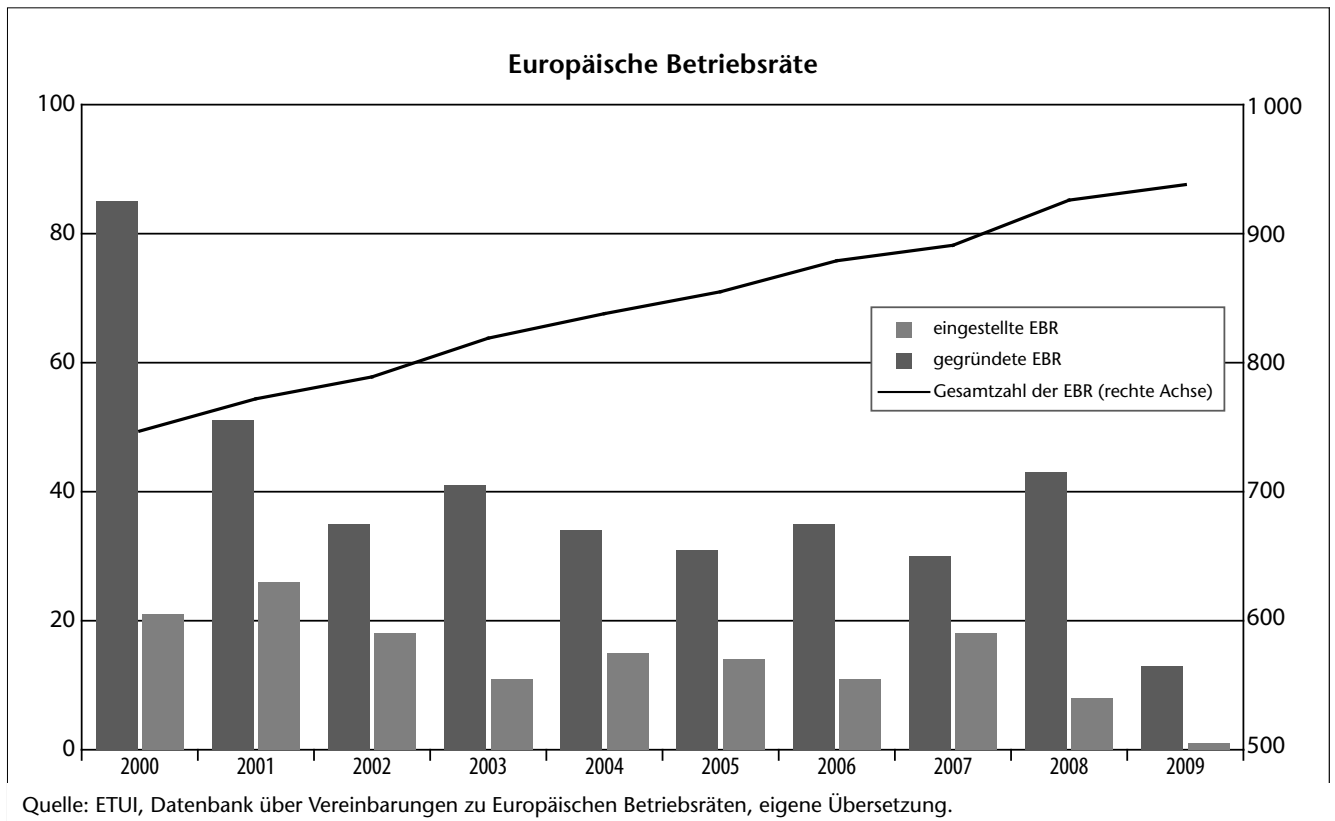
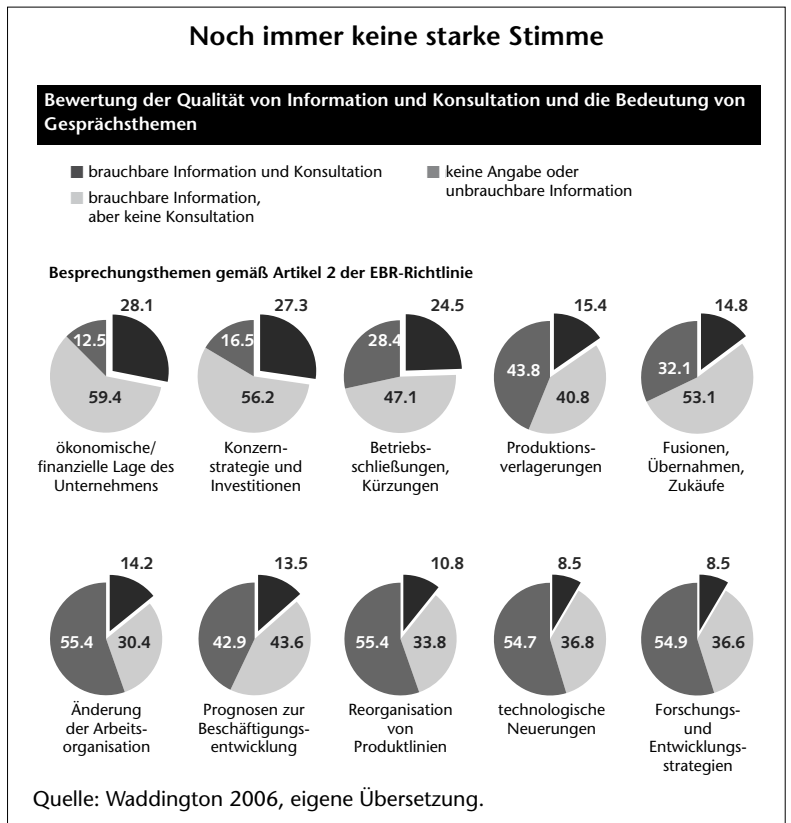
Der EBR, der zwischen den Plenarsitzungen von einem kleinen Len-

kungsausschuss geleitet wird, ist insofern kein echtes Mitbestimmungs- sondern eher ein Anhörungsgremium. Er kann beispielsweise »nicht verhindern, dass Standorte geschlossen und verlagert werden, wenn beispielsweise bei der Adam Opel GmbH das Werk Rüsselsheim aus Kostengründen ins Ausland verlagert werden soll.« Dennoch erfüllt er nach Auffassung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung wichtige Funktionen für die Betriebsräte: »Sie können Informationen austauschen, sich gemeinsam besprechen, gemeinsame Strategien entwickeln und fremde Kulturen besser verstehen lernen.« (Hans-Böckler-Stiftung 2006: 8) Unternehmen, die der Einrichtung Europäischer Betriebsräte zuvorkommen wollten, räumte die EU-Kommission in Artikel 13 der Richtlinie für eine Übergangszeit die Möglichkeit ein, andere, weniger verbindliche Kanäle zur Information von Beschäftigten zu schaffen. Diese Möglichkeit wurde vor allem von britischen Unternehmen genutzt, die ein Ende des *Opting-outs* ihrer Regierung hatten kommen sehen.

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI hat ausgerechnet, dass es Anfang des Jahres 2010 in den Mitgliedsstaaten der EU 938 aktive EBR-Gremien gab, was einem Anteil von rund 40 Prozent an der Gesamtzahl der theoretisch infrage kommenden multinationalen Konzerne in der Gemeinschaft entsprach (European Commission 2010: 45). Nach Angaben des Mitbestimmungsforschers Jeremy Waddington zeigen sich zahlreiche Europäische Betriebsräte allerdings sehr unzufrieden mit der Realverfassung dieser Gremien. So fühlen sich beispielsweise nur 15,4 Prozent der Europäische Betriebsräte über Produktionsverlagerungen so in Kenntnis gesetzt, wie die EU-Richtlinie es vorschreibt. In 43,8 Prozent der Fälle hingegen wird dieses Thema vom Management überhaupt nicht oder nur völlig unzureichend angesprochen. Darüber hinaus kommen offenbar mehr als drei Viertel der Unternehmen nicht ihrer Aufgabe nach, den Europä-

ischen Betriebsrat rechtzeitig vor einer endgültigen Entscheidungsfindung über wichtige Restrukturierungsmaßnahmen zu informieren oder gar zu konsultieren. 30 Prozent der EBRs werden nach eigenen Angaben überhaupt nicht konsultiert, wenn eine Entscheidung mit derart weit reichenden Folgen getroffen wird und sogar 38,8 Prozent erfahren von ihr erst aus der Zeitung (vgl. Waddington 2006: 42f.).

Trotz ihrer unbefriedigenden Möglichkeiten bemühen sich viele Europäische Betriebsräte darum, ihre Gremien zur Beeinflussung von Unternehmensentscheidungen zu nutzen. Die Verhandlungsstrategie, die die meisten von ihnen dabei verfolgen, lässt sich als *wettbewerbs-korporatistisch* bezeichnen: Im Rahmen von Standortbündnissen unterstützen Arbeitnehmerinnenvertreter den Konzern bei der Steigerung seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit und erwarten dafür im Gegenzug Zusicherungen für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten. Als Beispiel sei aus den Unterlagen eines EBR-Seminars für europäische Ford-Betriebsräte zitiert: »Die Arbeitneh-



mervertreter der Ford Motor Company in Europa haben immer ein Konzept der konstruktiven Arbeitnehmervertretung zur langfristigen Zukunftssicherung des Unternehmens und der Standorte bzw. Beschäftigung verfolgt. Sie waren grundsätzlich immer bereit, Maßnahmen der Geschäftsleitung mitzutragen, um etwa durch Verbesserungen im Bereich der Fertigungseffizienz und Produktqualität die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern und die Beschäftigung zu sichern.« (Europäischer Ford-Betriebsrat 2005: 35) Stefanie Hürtgen kommt in ihrer Untersuchung über Europäische Betriebsräte zu der Einschätzung, dass sich auf europäischer Ebene »von einer umfassenden Orientierung auf Co-Management« sprechen ließe, das sich lediglich danach unterscheidet, »mit welcher Vehemenz ein für die Beschäftigten ‚besseres Management‘ gefordert, ein Handlungsspielraum für Standorte und Belegschaften eingeklagt« werde (Hürtgen 2008: 171).

Wie manche EBR-Mitglieder selbst einräumen, wächst durch die Zusammenarbeit mit dem Management die politische Distanz zu den Belegschaften: »Die Bereitschaft zur Kooperation leidet

schließlich darunter, dass die Arbeitnehmervertreter durch die Politik der Unternehmensleitung in eine immer schwierigere Lage gebracht werden, die Zusammenarbeit mit dem Management gegenüber den eigenen Mitgliedern vertreten zu können.« (Europäischer Ford-Betriebsrat 2005: 35f.)

Wenn sogar viele der unmittelbar beteiligten Betriebsräte so starke Zweifel am Sinn ihrer turnusmäßigen »Betriebsausflüge« äußern, leuchtet ein EBR vielen Beschäftigten noch weniger ein – falls sie denn überhaupt von seiner Existenz wissen. Für den deutschen Fall erklärt die Industriesoziologin Britta Rehder diese Legitimationskrise von Strukturen echter oder auch nur vermeintlicher »Mitbestimmung« damit, dass zahlreiche Betriebsräte als Co-Manager in Konzessionsrunden eingewilligt haben, deren Ertrag aus Sicht der Beschäftigten überwiegend negativ war (Rehder 2006). Gremien, die einen noch kleineren Gestaltungsspielraum besitzen als ein deutsches Betriebsratsbüro (hierzu können außer dem EBR auch die von manchen Großunternehmen freiwillig eingerichteten »Weltbetriebsräte« gezählt werden), sind darüber hinaus durch offene Kumpanei von »Betriebsratsfürsten« und Top-Management ins Zwielicht geraten. Das Beispiel des VW-Skandals belegt in diesem Zusammenhang die Entstehung von Strukturen, die aus gewählten Belegschaftsvertretern ebenso willfährige wie nützliche Instrumente des Top-Managements gemacht haben (Dombois 2009).

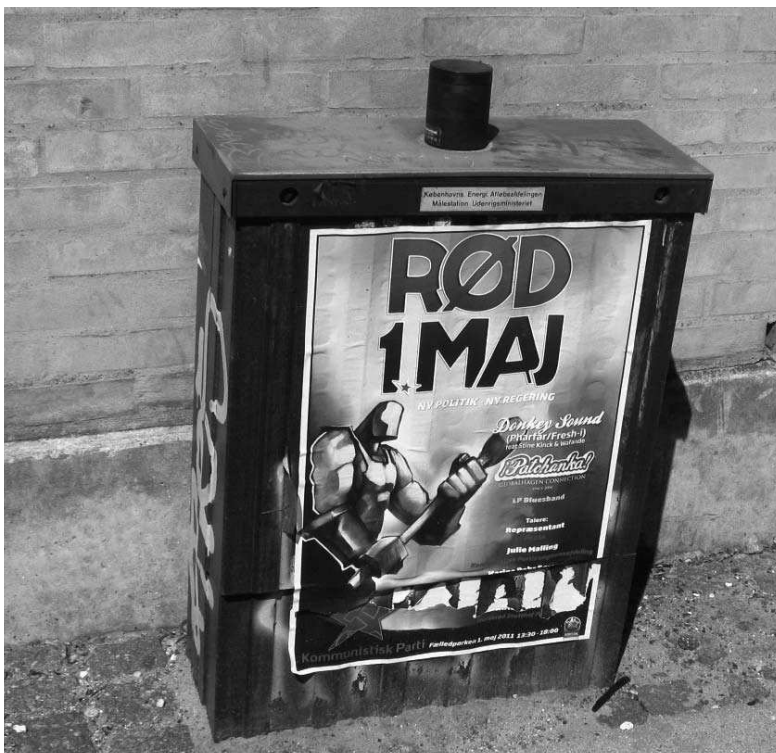
Zum Weiterlesen

Rainer Dombois (2009): Die VW-Affäre – Lehrstück zu den Risiken deutschen Co-Managements, in: *Industrielle Beziehungen* 3/2009, S. 207-231.

Langfassung im Internet: <http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Dombois-VW-Langfassung.pdf>

Stefanie Hürtgen (2008): *Transnationales Co-Management. Betriebliche Politik in der globalen Konkurrenz*, Münster.

Harvie Ramsay (1997): Fool's gold? European works councils and workplace democracy, in: *Industrial Relations Journal* 4/1997, S. 314-322.



★ Seminarideen

Im Anschluss an einen Teamervortrag auf Grundlage von Hintergrundpapier und weiterführender Literatur können sich Arbeitsgruppen mithilfe folgender Fragen zunächst jeweils einen der beiden Texte erschließen:

- Wie begründet der Autor seine Einschätzung von Theorie und Praxis Europäischer Betriebsräte?
- Wie erklärt der Autor die von ihm ausgemachten Defizite real existierender Euro-Betriebsräte?
- Welche politische Strategie zum Umgang mit dem Instrument der Euro-Betriebsräte schlagen die Autoren vor?

In einer anschließenden Diskussion kann darüber beraten werden, ob es unter den gegebenen Umständen Alternativen zur vorherrschenden EBR-Praxis gibt und, falls ja, wie diese aussehen könnte. Welche Motive könnte die EU-Kommission haben, Europäische Betriebsräte auf dem Weg von Gesetzen, aber auch finanziell zu unterstützen?

★ Handouts

Quelle 1:

Wolfgang Schaumberg: Euro- und Weltbetriebsräte aller Multis, vereinigt uns? Die Probleme internationaler Zusammenarbeit am Beispiel der Autoindustrie

Wolfgang Schaumberg arbeitete bis Ende der 1990er Jahre 30 Jahre lang im Opel-Werk Bochum und war dort auch 25 Jahre Mitglied im Betriebsrat. Die Langfassung von Schaumbergs Artikel erschien am 17. Oktober 2002 im *Dossier économique* der linksalternativen Schweizer Wochenzeitung WoZ.



[...] Die zunehmende Verbreitung europäischer wie globaler Belegschaftsvertretungen sollte doch hoffen lassen, dass den multinationalen Konzernen das Ausspielen einer Belegschaft gegen die andere und das Abpressen von Zugeständnissen bei jeder Investitionsentscheidung immer schwieriger gemacht wird, oder? [...]

Als die GM-Leitung im Dezember 2000 den Abbau von rund 6.000 Arbeitsplätzen in Europa (und die Schließung des Werkes Luton) ankündigte, sagte der GM-EBR-Vorsitzende Klaus Franz (er ist auch der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende der deutschen Werke): »Wir fordern das europäische Management auf, Maßnahmen zu entwickeln, um die Profitabilität des Unternehmens durch Produkt- und Verkaufsoffensiven zu verbessern.« Franz kann sich eine Sicherung der Belegschaftsinteressen offensichtlich nur in Form einer Profitsteigerung vorstellen. Und er argumentiert ganz im Sinne der GM-EBR-Vereinbarung, wenn er in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verkündet: »Der Betriebsrat muss statt Gegenmanagement jetzt Komanagement betreiben.« Man müsse »die Realität des Wettbewerbs anerkennen«; eine »verhärtete Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmensleitung« sei ein falscher Weg. Er selbst empfinde sich »in erster Linie« als Betriebsratsvorsitzender bei Opel, erst dann als »engagierter Gewerkschafter«. Wer so denkt, sieht in europaweiten Solidaritätsaktionen eher einen öffentlichkeitswirksamen Warnschuss (der dazuhin die Belegschaften beruhigt) als den Auftakt zu harten Auseinandersetzungen, die einem Konzern wie GM auch tatsächlich Zugeständnisse abringen. Zuerst wettbewerbsbesorgter Opel-Betriebsrat, dann Gewerkschafter, zuerst die Konkurrenz, dann die Solidarität – mit einem solchen Selbstverständnis kommen kämpferische internationale Aktionen gegen die Kapitaleseite gar nicht in Frage.

Ähnlich die Position führender Gewerkschafter bei VW: »Von der globalen Belegschaftsvertretung profitiert der Konzern«, zitierte die *Frankfurter Rundschau* im September 2000 Hans-Jürgen Uhl, den IG-Metall-Sekretär des VW-Weltbetriebsrats. Eine solche Vertretung »senkt bei VW die Kosten, weil weniger gestreikt wird«. Und der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende von VW forderte schon bei der Planung des EBR: »Die deutschen Standorte müssen das Zentrum von Produktion und Entwicklung im VW-Konzern bleiben.« Hauptsache, wir retten die Gewinnsituation an unserem Standort – das scheint die Leitparole solcher Vertreter in den Euro- oder Weltbetriebsräten zu sein. »In Wirklichkeit kämpft man gegeneinander, um für sich das Beste herauszuholen«, beschrieb einmal ein britischer Kollege selbstkritisch die Verhältnisse anlässlich einer Konferenz europäischer AutomobilarbeiterInnen in Bochum (1994). »In der Praxis kämpft jeder Betriebsrat für seinen Stand-

ort. Hätten wir ein ernsthaftes Recht, zu entscheiden, in welchen Ländern investiert wird, wäre die Solidarität der Arbeitnehmer sicher bald am Ende«, antwortete der Betriebsratsvorsitzender des Unternehmens Dillinger Hütte im August 2002 der IG-Metall-Publikation *direkt* auf die Frage nach seinen Erfahrungen. Präziser kann man die Praxis kaum umschreiben. Statt sich gemeinsam gegen die Erpressungen von Unternehmerseite zu wehren, die Belegschaften gegeneinander ausspielen wollen, überbietet man sich darin, vormals erkämpfte Standards preiszugeben.

Führende Belegschaftsvertreter mit solchen Auffassungen habe ich in europäischen GM-Werken von Warschau bis Zaragoza ebenso kennen gelernt wie in den Autofabriken von Detroit, Puebla (Mexiko) oder São Paulo. Überall haben Manager im Zuge der weltweiten Einführung der »schlanken« Produktion (mit Team-Arbeit, kontinuierlichem Verbesserungsprozess usw.) die leitenden Belegschaftsvertreter ideologisch einbinden können. Ist die mangelnde internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Wesentlichen ein Problem solcher ins Kommanagement abgewandelter Betriebsräte, die bekanntlich dicke Werkswagen fahren und oftmals unvorstellbare Einkommensverbesserungen erfahren haben? Liegen die Ursachen in dem Veränderungsprozess, den die früheren Arbeiter oder Angestellten auf dem Weg in die hohen Etagen der Belegschaftsvertretungen durchlaufen? Auch eine solche Erklärung greift jedoch zu kurz.

Das Management benutzt die Konkurrenz des Marktes, um die Konkurrenz zwischen den einzelnen Standorten zu schüren. Dies führt zu der absurden, aber realen Situation, dass sich EBR-VertreterInnen, die dieses Spiel mitmachen, gegenseitig argwöhnisch beäugen beim Versuch, dem Management Investitions- oder Produktionszusagen für den »eigenen« Standort abzurufen – in der Hoffnung, so die Zukunft der eigenen Belegschaft zu sichern. Diese Konkurrenz bildet übrigens auch die Basis für die zahlreichen »Bündnisse für Arbeit« inklusive der damit einhergehenden »Standortsicherungsvereinbarungen«, die auf Betriebsebene abgeschlossen wurden. Sie gehören in Deutschland seit Jahren zum Alltag, haben aber den massiven Arbeitsplatzabbau keineswegs verhindert. [...]

In der Praxis bedeutet das traditionelle Verhaftetsein im korporatistischen Block der »Sozialpartner« für die internationale Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik eher die Ausrichtung auf die Parole »Sieg im Konkurrenzkrieg« als auf einen gemeinsamen Kampf gegen die Macht der Konzerne. Vor Ort, in den Belegschaften, wird die wettbewerbsorientierte Politik der Gewerkschaftsrepräsentanten zwar ärgerlich kritisiert (wenn wieder einmal ein fauler Kompromiss abgeschlossen wurde). Im Kern aber akzeptiert doch eine Mehrheit das Vorgehen und die Verhandlungsergebnisse. Schließlich wählen die Leute ihren Betriebsrat. »Das Hemd ist mir näher als die Jacke«, heißt es oft, wenn es darum geht, solidarisch mit KollegInnen anderer Betriebe oder Länder gegen den »eigenen« Betrieb oder Konzern vorzugehen und womöglich noch was zu riskieren. Als wäre es von der Natur so eingerichtet, dass man nur in der Konkurrenz seine Interessen schützen kann, beteiligen sich die Beschäftigten am Wettbewerb. [...] Wir müssen die Anforderungen an Euro- und Weltbetriebsräte wie überhaupt an gewerkschaftlichen Internationalismus offensiver diskutieren. Bei Opel in Bochum versuchen wir als linke Betriebsgruppe mit dem Namen GOG – *Gegenwehr ohne Grenzen* seit über zwanzig Jahren, die internationale Zusammenarbeit voranzubringen, beispielsweise durch gegenseitige Besuche von Basisge-

werkschafterInnen, internationale Konferenzen, regelmässigen Erfahrungsaustausch und vor allem durch Einbeziehung der ganzen Belegschaft. Doch inhaltlich war auch unsere Diskussion fast nur auf Verteidigung ausgerichtet. Unser Blick ging insofern selten über den notwendigen Zusammenschluss innerhalb des GM-Konzerns oder die Erfahrungen in der Autoindustrie hinaus. Unsere Kritik an der offiziellen Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik beschränkte sich zumeist auf das Benennen und Beklagen der Wettbewerbsorientierung. Die Wettbewerbszwänge zu verstehen, sie aber nicht zum Ziel zu machen, erfordert eine gewerkschaftliche und soziale Bewegung für eine andere Gesellschaft. Eine Alternative können wir jedoch nur entwickeln, wenn wir eine internationale Debatte in Gang bringen, die die gesamte Gesellschaft umfasst, offene Fragen nicht scheut und unsere Mängel nicht ausklammert.



Quelle: Woz Économique vom 17. Oktober 2002
(<http://www.woz.ch/archiv/old/02/42/2016.html>)
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion

Quelle 2:

Hans Baumann: Welch eine Chance! Euro-Betriebsräte – eine Gegenmacht

Hans Baumann war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2008 für die Schweizer Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaft UNIA tätig, zuletzt als Zentralsekretär für Wirtschaftspolitik. Die Langfassung von Baumanns Artikel erschien am 17. Oktober 2002 im *Dossier économique* der linksalternativen Schweizer Wochenzeitung WoZ.



Die meisten Europäischen Betriebsräte (EBR) arbeiten seit rund sechs Jahren – eine kurze Zeit für eine soziale Neuerung von dieser Tragweite. Eine vorläufige Zwischenbilanz ist trotzdem nötig und möglich. Während die »soziale Dimension« der Europäischen Union (EU) in anderen Bereichen, etwa bei sozialen Mindestnormen oder kollektiven Arbeitsbeziehungen, nur im Schneckentempo vorankommt, ist der europäische Sozialdialog auf der Ebene der Konzerne rein zahlenmässig rasant in Gang gekommen: Die EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte (1994) löste in den transnationalen Unternehmungen eine große Dynamik aus. [...]

Das Mitspracherecht im EBR beschränkt sich nach dem Wortlaut der Richtlinie auf Information und Konsultation, das heißt, die europäischen Betriebsräte müssen regelmäßig informiert und vor wichtigen Unternehmungsentscheiden unterrichtet und angehört werden. Einige wenige Vereinbarungen gehen über diese minimalen Rechte hinaus und billigen den EBR echte Verhandlungsmacht zu.

Die bisherigen Erfahrungen mit den EBR sind zwiespältig. Die Tatsache, dass sich Tausende regelmäßig europaweit auf Kosten der Unternehmen treffen, ihre Erfahrungen austauschen und die Unternehmensstrategie diskutieren können, ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt: Sie ist die Voraussetzung dafür, dass sich lokale Betriebsräte zusammen mit den Gewerkschaften europäisch vernetzen und auch Gegenstrategien zum Standortwettbewerb und zu kurzfristigen Profitmaximierungszielen des Managements entwickeln können. Die jungen Erfahrungen zeigen, dass es nicht allein vom Wortlaut der abgeschlossenen Vereinbarungen, sondern vor allem auch von der gelebten Praxis in den einzelnen EBR abhängt, ob dieses Gremium von den Konzernleitungen für ihre Zwecke instrumentalisiert wird oder ob es eine Plattform

bietet, um die Interessen der Beschäftigten effektiver durchzusetzen. Dies entspricht auch meiner Erfahrung als Gewerkschaftsexperte für die Europäischen Betriebsräte: Unbesehen des Textes in der Vereinbarung gibt es EBR, die sich auf einen Ausflug im Jahr beschränken, anlässlich dessen sie sich vom Management über die Geschäftslage informieren lassen und etwa so viel Information erhalten wie ein durchschnittlicher Aktionär oder ein neugieriger Journalist. Zwischen den Sitzungen haben sie kaum Kontakt untereinander.

In vielen EBR pflegen inzwischen jedoch die BelegschaftsvertreterInnen untereinander einen intensiven Dialog und Erfahrungsaustausch. Sie treffen sich auf ordentlichen Sitzungen, in Ausschüssen, in speziellen Arbeitsgruppen, die es im Rahmen vieler EBR gibt, oder anlässlich außerordentlicher Maßnahmen, wie Restrukturierungen oder Fusionen. Diese Kontakte sind sehr wertvoll, selbst wenn es den EBR nicht gelingt, wirklich Einfluss auf die Unternehmensführung zu nehmen. Die gegenseitige Kenntnis der Betriebskulturen und der Sozialsysteme, die dadurch erworben wird, ist überhaupt eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit. Dieser Erfahrungsaustausch funktioniert oft auch als »Lügendetektor«, indem er den EBR-Mitgliedern erlaubt, gewisse Informationen des Managements zu überprüfen. Oft ergibt sich dann ein Austausch über *best practice*, über bessere Bedingungen anderswo – eine Information, die bei nationalen Kollektivverhandlungen verwendet werden kann. So erfahren Schweizer Betriebsräte schnell einmal, dass die französischen KollegInnen mehr Rechte im Falle von Entlassungen haben. Die spanischen EBR-Mitglieder erkennen, dass der gleiche Konzern in der Schweiz relativ großzügige, über das Gesetz hinausgehende Pensionsleistungen zahlt und dass in Deutschland eine kollektivvertragliche Pensionskassenregelung besteht, während in Spanien gar nichts vorhanden ist. [...] Andererseits haben EBR in verschiedenen Konzernen europaweite oder sogar weltweite Abkommen mit dem Management abschließen können, obwohl solche Maßnahmen in der EBR-Vereinbarung nicht vorgesehen sind. [...] Die Mitwirkung der EBR bei der Aushandlung konzernweiter Verhaltensregeln über grundlegende Gewerkschafts- und Sozialrechte bietet auch eine gute Möglichkeit, die Diskussion über Europa hinauszutragen. So werden auf EBR-Sitzungen auch globale Probleme wie Kinderarbeit behandelt. Meiner Erfahrung nach beschränken sich die Euro-Betriebsräte bei ihrer Arbeit keineswegs auf die »Festung Europa«. In vielen Fällen lehnen allerdings die Konzerne eine Debatte über solche Themen ab. Eine Gegenstrategie der Multis besteht jetzt darin, auf ihr Engagement in Organisationen wie dem von Stefan Schmidheiny mitbegründeten World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) hinzuweisen oder ihre Beteiligung an Programmen zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu verkünden. Dies tun sie allerdings ohne Einbezug der Gewerkschaften oder der EBR und damit ohne konzerninterne Kontrolle. (Eine solche Strategie innerhalb des WBCSD verfolgen etwa die zehn größten Zementhersteller der Welt, darunter auch Holcim mit der »Cement Sustainability Initiative, our agenda for action«).

Ein EBR kann auch als Kontrollorgan eine wichtige Rolle spielen – Voraussetzung ist allerdings, dass die Kontakte zu anderen Konzernteilen auch über Westeuropa hinaus gepflegt werden können oder dass zumindest eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftszentren besteht. Eine große Herausforderung ist hier der Einbezug der Beschäf-

tigten in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Eine Ausweitung der EBR-Arbeit und der gewerkschaftlichen Kontakte auf Osteuropa und andere Kontinente ist in weltweit tätigen Konzernen nötig. Allerdings muss zunächst ein gutes Fundament in Europa mit einem soliden, internen Informationssystem und stabilen Beziehungen vorhanden sein. Es ist wenig nützlich, das Kontaktnetz auf andere Kontinente auszuweiten, wenn ein Europäischer Betriebsrat noch nicht einmal innerhalb Westeuropas optimal funktioniert, wie das heute leider noch oft der Fall ist.

Die Kritik an der Arbeit vieler EBR ist berechtigt, ihre Möglichkeiten sind beschränkt, und sie sind – logischerweise – Instrumentalisierungsversuchen durch das Management ausgesetzt. Vor diesem Problem stehen aber genauso und vielleicht noch stärker die lokalen Betriebsräte und Betriebskommissionen. [...]

In vielen Fällen ist die nationale Gewerkschaftsorganisation zu schwach und nicht imstande, gut ausgebildete, gewerkschaftliche Vertrauensleute in die EBR zu entsenden. Ein Grund für dieses Unvermögen ist aber auch, dass die Einzelgewerkschaften in Europa sich noch nicht auf die globalisierten Strukturen der Großkonzerne eingestellt haben und die internationale Arbeit in den Gewerkschaftszentralen noch längst nicht das Gewicht hat, das ihr eigentlich zukommen müsste. [...] Die Erfahrung der letzten sechs Jahre zeigt klar: Jene (wenigen) EBR, die genügend Unterstützung durch die Gewerkschaften erhalten haben und sich auch auf gewerkschaftliche Kontaktnetze und Infrastruktur abstützen können, haben erste Erfolge verbucht: Sie konnten zumindest Ansätze einer Gegenmacht in den Konzernen aufbauen. Eine Ausweitung dieser Möglichkeiten ist deshalb nicht zuletzt vom Umdenkungsprozess in den Gewerkschaften abhängig.



Quelle: WoZ Économique vom 17. Oktober 2002
(<http://www.woz.ch/archiv/old/02/42/2017.html>)
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion

Literaturverzeichnis »Soziales Europa!?!«

Internetlinks wurden am 14. Juli 2011 auf ihre Abrufbarkeit hin überprüft.

Didaktik und Methoden (europa-)politischer Bildung

- DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (2008): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt. [<http://baustein.dgb-bwt.de/>]
- ETUC (2010): Training Modules, Brüssel. [<http://www.etuc.org/r/557>]
- Europareferat der Senatskanzlei Berlin (2010): Berliner Europakompass. Wie Berliner Schulen Europa entdecken, erleben und nutzen können, Berlin. [http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skz/leuropareferat/oefentlichkeitsarbeit/publikationen/bln_europakompass.pdf?start&ts=1303119805&file=bln_europakompass.pdf]
- Freire, Paulo (1980): Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek.
- Hans-Böckler-Stiftung (2006): Unterrichtsbaustein Mitbestimmung in Europa, Düsseldorf. [http://www.boeckler.de/pdf/p_themenheft_mitbest_europa_2006.pdf]
- ICFTU (2002): A Trade Union Guide to Globalisation, Brüssel. [<http://www.icftu.org/pubs/globalisation/globguide.html>]
- International Federation of Workers' Education Associations (2004): Trade Union Education and Organisation in the Global Economy, Manchester. [<http://www.newunionism.net/library/internationalism/IFWEA%20-%20Trade%20Union%20Education%20and%20Organisation%20in%20the%20Global%20Economy%20-%202004.pdf>]
- Jugend für Europa (2010): Europa vermitteln. Handbuch zur europabezogenen Jugendbildung, Bonn. [<http://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-1276/hb-innen-081204-web.pdf>]
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2008): Erlebnisraum Europa. Methoden, Inhalte und Materialien zum Einsatz im Unterricht, Düsseldorf. [<http://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/pdf-publikationen/34.pdf>]
- Naturfreundejugend Deutschlands (2007): Europasprech. Wie Europapolitik funktioniert und warum alles so kompliziert ist. Informationen und Tipps für mehr Durchblick in der EU, Remagen. [<http://www.europasprech.de/files/006/content/europasprech.pdf>]
- ÖGB (2002): Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), Wien. [http://www2.igmetall.de/homepages/offenbach-ov/boerse/33216/weissenbrunner/3/OeGB_EGB.pdf]
- Reich, Kersten (Hrsg.) (2008): Methodenpool, Köln. [<http://methodenpool.uni-koeln.de>]
- Siemssen, Mirko/Kreutzeder, Matthias (2007): Negotiations and Decision-Making in the European Union. Teaching and Learning Through Role-Play Simulation Games, Saarbrücken.
- Solidar / ABF / DGB-Bildungswerk (2010): Decent Work and Quality Jobs in Europe. Organising learning processes for trade unionists, o.O.
- The Trapes Collective (2007): Do it yourself. A handbook for changing the world, London.
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (2007): EU-Bildungsbausteine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Berlin. [<http://www.verdi-eu-bildungsbausteine.de/>]

Produktionsketten

- Fischer, Karin / Reiner, Christian / Staritz, Cornelia (Hrsg.) (2010): Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Wien.
- Hartmann, Kathrin (2009): Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt, München.

- Klein, Naomi (2001): No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, München.
- Komlosy, Andrea (2010): Weltmarkttextilien. Globale Güterketten im historischen Wandel, in: Fischer, Karin / Reiner, Christian / Staritz, Cornelia (Hrsg.): Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Wien, S. 76-97.
- Korn, Wolfgang (2009): Die Weltreise einer Fleeceweeste: Eine kleine Geschichte über die große Globalisierung, Berlin.
- Le Monde Diplomatique (Hrsg.) (2009): Atlas der Globalisierung, Berlin.
- Rivoli, Pietra (2006): Reisebericht eines T-Shirts. Ein Alltagsprodukt erklärt die Weltwirtschaft, Berlin.
- Peripherisierung**
- Arrighi, Giovanni (1990): The Developmentalist Illusion. A Reconceptualization of the Periphery, in: Martin, William G. (Hrsg.): Semiperipheral States in the World-Economy, Westport, S. 11-42.
- EU-Kommission (2010): In Europas Zukunft investieren. Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel.
- EuroStat (2010): EuroStat: Income and Living Conditions in Europe, Brüssel.
- Harvey, David (2003): Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003.
- Hofbauer, Hannes (2007): EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Treibkräfte – soziale Folgen, Wien.
- Komlosy, Andrea (2005): Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie, in: Hárs, Endre / Müller-Funk, Wolfgang / Reber, Ursula / Ruthner, Clemens (Hrsg.): Zentren und Peripherien in der k.u.k. Monarchie, Tübingen, S. 55-78.
- Musiolek, Bettina u.a. (2005): Die Stimmen der Arbeiterinnen. Zur Situation von Frauen in der Bekleidungsindustrie Osteuropas und der Türkei, Meißen. [http://www.ostwind-institut.org/recherchen/WorkersVoices_dt_72dpi_fertig.pdf]
- Neunhöffer, Gisela / Schüttpelz, Anne (2002): »Offene« und »geschlossene« Transformation. Von peripheren zu noch periphereren Kapitalismen in Osteuropa, in: Prokla 128/2002, S. 377-398.
- Prokla 128 (2002): Peripherer Kapitalismus in Europa, Ausgabe 3/2002 der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft.
- Prekarisierung**
- Alonso, Luis Enrique/Rodriguez, Carlos Fernandez (2008): Empleo et precarität des jeunes en Espagne, in: Travail et Emploi 115/2008, S. 71-80.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn.
- Democracia Real Ya! (2011): Manifest, o.O. [<http://nachdenkseiten.de/?p=9519> vom 20. Mai 2011]
- Democracia Real Ya! (2011): [Facebook-Seite der spanischen Bewegung der Indignados: <http://www.facebook.com/democraciarealya>]
- Hauer, Dirk (2007): Umkämpfte Normalität. Prekariisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen, in: Klautke, Roland / Oehrlein, Brigitte (Hrsg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. Beiträge des Kritischen Bewegungsdiskurses, Hamburg, S. 30-42.
- Europäischer Metallgewerkschaftsbund (2009): Zweite Gemeinsame Forderung für Tarifverhandlungen. Für sichere Arbeitsplätze, gegen prekäre Arbeit. [<http://www.eucoban.eu/EMF/Collective-Bargaining-Policy/The-second-common-demand-2009-2013>]
- ETUC (2008): Quality of jobs at risk! An overview from the ETUC on the incidence and rise of precarious work in Europe, Brüssel. [http://www.etuc.org/IMG/pdf_PRECARIOUS_WORK_IN_EUROPEupdate-kh1.pdf]
- European Commission (2010): Employment in Europe 2010, Brüssel.
- EU-Kommission (2006): Grünbuch. Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Brüssel.
- Friedrichs, Julia / Müller, Eva / Baumholt, Boris (2009): Deutschland dritter Klasse. Leben in der Unterschicht, München.

- Gruppe Blauer Montag (2008): Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat, Berlin.
- Honegger, Jürg (2001): Employability statt Jobsicherheit, in: Personalwirtschaft 5/2001, S. 50-54.
- Streck, Ralf (2010): Zapatero umarmt die Bosse, in: Neues Deutschland vom 30. November 2010.
- Film: Il Vangelo secondo Precario – Storie di ordinaria flessibilità, I 2005, R: Stefano Obino.
- Film: It's a free World, Regie: Ken Loach, Großbritannien 2007.
- Film: Generazione Mille Euro, Regie: Massimo Venier, Italien 2009.

Griechenland-Krise

- Attac (2011): Für ein solidarisches Europa. [<http://www.attac.de/aktuell/eurokrise>]
- Brenner, Robert P. (2009): Die Krise wird der Großen Depression gleichkommen, in: Brenner, Robert / Dahn, Daniela / Hengsbach, Friedhelm / Sassen, Saskia u.a. (Hrsg.): Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen, Hamburg, S. 25-31.
- Chatzistefanou, Aris / Kitidi, Katerina (2011): Greece has woken up to debtocracy, in: The Guardian vom 9. Juli 2011. [<http://guardian.co.uk/commentisfree/2011/jul/09/Greece-debtocracy>]
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (1985): Entscheidung der Kommission vom 24. April über die in Griechenland vorgeschriebene Versicherung von öffentlichen Vermögen und der von griechischen öffentlichen Banken gewährten Kredite, Nr. L 152/25-26 vom 11.6.1985.
- Europäische Kommission (2005): Weißbuch zur Finanzdienstleistungspolitik für die Jahre 2005-2010, Luxemburg.
- Kaufmann, Stephan (2011): »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!« 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, Berlin. [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Pleite-Griechen_d.pdf]
- Klein, Naomi (2007): Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main.
- Koutsis, Athanase (2011): Vent de fronde en Europe. Les «indignés» de Syntagma, in: Le Monde Diplomatique 7/2011. [<http://www.monde-diplomatique.fr/2011/07/KOUTSIS/20756>]
- Kritidis, Gregor (2010): Krise als Katalysator. Zur Transformation der griechischen Arbeiterbewegung, in: Sozial.Geschichte online 3/2010, S. 133-147. [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24621/09_Kritidis%20Krise.pdf]
- Kurier (2010): EZB-Stark: »Schuldenerlass wäre Fehler« [Interview], in: Kurier vom 22. Juni 2011. [<http://kurier.at/wirtschaft/3916657.php>]
- Landgraf, Anton (2011): Sparen bis zum Suizid, in: Jungle World vom 7. Juli 2011. [<http://jungle-world.com/artikel/2011/27/43528.html>]
- Müller, Klaus (2002): Globalisierung, Bonn.
- Party of European Socialists (2010): A clear choice for Europe. Solidarity or Self-interest, Recovery or Austerity, (Declaration, 25 March 2010). [http://www.pes.org/en/system/files/Adopted_PES_Leaders_declaration_250310_EN_0.pdf]
- Real Democracy Greece (2011): Aufruf von Demonstranten auf dem Athener Syntagma Platz vom 22. Juni 2011. [<http://real-democry.gr/en/content/international-update-22062011>]
- Spiegel-Online (2011): Extrem-Sparen. Wo die Griechen konkret kürzen, in: Spiegel-Online vom 29. Juni 2011. [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,druck-771308,00.html>]
- Wearden, Graeme (2010): Greece debt crisis: timeline, in: The Guardian vom 5. Mai 2010. [<http://guardian.co.uk/business/2010/may/05/greece-debt-crisis-timeline>]
- Wearden, Graeme / Stewart, Heather (2011): Greek austerity bill passes: what happens now?, in: The Guardian vom 29. Juni 2011. [<http://www.guardian.co.uk/business/2011/jun/29/Greece-debt-crisis-explained>]
- Wehr, Andreas (2010): Griechenland, die Krise und der Euro, Köln.
- Film: Debtocracy, Regie: Costas Efimeros, Griechenland 2011. [<http://www.debtocracy.gr/indexen.html>]
- Film: Let's make money, Regie: Erwin Wagenhofer, Österreich 2008.

Wettbewerbskorporatismus

- Acuerdo Social y Económico. Para el crecimiento, el empleo y la garantía de las pensiones (2011). [www.lamoncloa.gob.es/docs/Acuerdo.pdf]
- AEUV (2009): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

- Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (1999): Europäische Integration und industrielle Beziehungen – Zur Kritik des Konzeptes des »Wettbewerbskorporatismus«, in: Schmitthenner, Horst / Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik, Hamburg, S. 275-300.
- Bispinck, Reinhard / Schulten, Thorsten (1999): Tarifpolitik unter dem Euro, Hamburg.
- Bundesregierung (1998): Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, Berlin. [http://www.eu-employment-observatory.net/ersep/imi66_d/00030005.asp]
- Cerny, Philip G. (1990): The Changing Architecture of Politics. Structure, Agency and the Future of the State, London.
- Madsen, Jørgen Steen (1999): Less agreement on link between pay and competitiveness, in: European industrial relations observatory on-line vom 28. Januar 1999. [<http://www.eurofound.europa.eu/eiro/1999/01/feature/dk9901102f.htm>]
- Hassel, Anke / Hoffmann, Reiner (1999): Nationale Bündnisse und Perspektiven eines europäischen Beschäftigungspakts, in: Arlt, Hans-Jürgen / Nehls, Sabine (Hrsg.): Bündnis für Arbeit – Konstruktion, Kritik, Karriere, Opladen / Wiesbaden, S. 213-230.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Amsterdam / Berlin.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge.
- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates. Erosion oder Reorganisation? In: Becker, Steffen (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Hamburg, S. 50-95.
- Presidenza del consiglio dei Ministri (1996): Accordo per il Lavoro. [[http://db.formez.it/storicofontinor.nsf/f4302670d7fd6e078025670e00524476/3F48EC9ABCE73185C1256CB600500D2F/\\$file/accordo%20lavoro%2096%20testo%20int.PDF](http://db.formez.it/storicofontinor.nsf/f4302670d7fd6e078025670e00524476/3F48EC9ABCE73185C1256CB600500D2F/$file/accordo%20lavoro%2096%20testo%20int.PDF)]
- Presidenza del Consiglio dei Ministri u.a. (1992): Protocollo sulla politica dei redditi e la lotta all'inflazione e il costo del lavoro. [<http://www.portalecnel.it/portale/archiviocontrattivari.nsf/vwAccordiGovePartiSoci?openview&Count=3000>]
- Regini, Marino (2000): Modelli di capitalismo. Le risposte europee alla sfida della globalizzazione, Rom / Bari.
- Regini, Marino (1997): Still Engaging in Corporatism? Einige Lehren aus jüngsten italienischen Erfahrungen mit der Konzertierung, in: PVS 2/1997, S. 298-317.
- Schulten, Thorsten (2000): Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischem Euro-Korporatismus – zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas, in: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, S. 222-242.
- Wandler, Reiner (2011): Zwei Jahre länger arbeiten, in: taz vom 2. Februar 2011. [<http://www.taz.de/!65254/>]

Lohnpolitik unter dem Euro

- Braunberger, Gerald (2009): Keynes für Jedermann. Die Renaissance des Krisenökonom, Frankfurt.
- Doorn-Initiative (1998): Die Erklärung von Doorn. Euro erzwingt lohnpolitische Koordination, Doorn. [http://www.boeckler.de/pdf/ta_doorn_erklaerung_1998.pdf]
- EU-Kommission (2010): Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel. [<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0250:FIN:DE:PDF>]
- EuroMemo Gruppe (2011): EuroMemo 2010/11. Der Krise entgegengetreten: Solidarität statt Sparskurs, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2011.
- Hancké, Bob (2002): The Political Economy of Wage-Setting in the Eurozone, in: Pochet, Philippe (Hrsg.): Wage policy in the Eurozone, Brüssel, S. 131-148. [<http://personal.lse.ac.uk/hancke/myweb/Wages%20in%20Pochet.pdf>]
- Heine, Michael / Herr, Hansjörg (2006): Die Europäische Währungsunion im Treibsand. Fehlende Lohnkoordination und fiskalische Schwächen gefährden das europäische Projekt, in: Prokla 144/2006, S. 361-379.
- Heine, Michael / Herr, Hansjörg (2004): Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einfüh-

rung in die Strategie und Politik der EZB, Marburg.

- Heise, Arne (2002): Theorie optimaler Lohnräume. Zur Tarifpolitik in der Europäischen Währungsunion, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 3/2002, S. 368-383.
- Herr, Hansjörg (2009): Es sind die Löhne, in: Le Monde Diplomatique vom 13. Februar 2009.
- Müller, Klaus (1999): Die Einführung des Euro. Monetäre, politische und institutionelle Aspekte der europäischen Integration, in: Prokla 114/1999, S. 7-28.
- Scherrer, Christoph (2010): Das »Modell Deutschland« geht gestärkt aus der Krise: Grund zum Feiern? in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin 6/2010.
- Schulden, Thorsten (2004): Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg.
- Schulden, Thorsten (2009): Zehn Jahre europäische Koordinierung der Tarifpolitik – eine Zwischenbilanz [Vortrag auf der Konferenz »Für ein soziales Europa. Perspektiven für die Überwindung der Krise« am 21. März 2009 in Düsseldorf]. [http://www.rosa-luxemburg-club.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/090321_NRW-EU-Konferenz/SchuldenEuropaeischeKoordinierung.pdf]

Lobbyismus

- Arthur D. Little (2002): Wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Stoffpolitik. Zusammenfassung zum BDI-Forschungsprojekt, Wiesbaden.
- Bundesregierung (2002): Gemeinsame Position der Bundesregierung, des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) zum Weißbuch der Europäischen Kommission »Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik«, Berlin. [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/pm147_chemie.pdf]
- Contiero, Marco (2006): Toxic Lobby. How the chemicals industry is trying to kill REACH, Brüssel. [<http://www.greenpeace.org/international/en/publications/reports/toxic-lobby-how-the-chemical/>]
- Florenz, Karl-Heinz (2007): Politikberatung in Europa am Beispiel der Chemikalienpolitik RE-

ACH, in: Dagger, Steffen / Kambeck, Michael (Hrsg.): Politikberatung und Lobbying in Brüssel, Wiesbaden, S. 42-60.

- Klawitter, Nils (2007a): Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger, in: Spiegel-Online vom 28. Januar 2007. [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,461994,00.html>]
- Klawitter, Nils (2007b): Lobbyismus in der EU, in: netzwerk recherche e.V. (Hrsg.): NR-Werkstatt Kritischer Wirtschaftsjournalismus. Analysen und Argumente, Tipps und Tricks, Wiesbaden, S. 137-144.
- Musu, Tony (2011): What role can unions play in Europe's industrial policy? REACH shows the way, in: ETUI Policy Brief 3/2011, S. 1-5.
- Plastic Planet (2009): Gefährlichen Chemikalien auf der Spur, Wien. [www.plastic-planet.at/derfilm/schulmaterialien/MODUL4REACH.pdf]
- Riss, Jorgo (2010): Chemical Warfare – the lobbying battle on REACH, in: Alter-EU (Hrsg.): Bursting the Brussels bubble. The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brüssel, S. 33-47. [<http://www.alter-eu.org/sites/default/files/documents/bursting-the-brussels-bubble.pdf>]
- Schmoltdt, Hubertus u.a. (2003): Joint Statement of ECEG, CEFIC and EMCEF on the New European Chemicals Policy (REACH), Madrid.
- Selin, Henrik (2007): Coalition politics and chemicals management in a regulatory ambitious Europe, in: Global Environmental Politics 3/2007, S. 63-93.
- ver.di (2004): Stellungnahme zur Europäischen Chemiepolitik der Bundesfachgruppe Chemie und weitere Industrien, Berlin.
- Waxman, Henry A. (2004): A special interest case study. The chemical industry, the Bush administration, and European efforts to regulate Chemicals, Washington. [http://www.safecosmetics.org/downloads/Waxman-report_2004.pdf]
- Film: Plastic Planet, Regie: Werner Boote, BRD 2009.

Employability

- Blancke, Susanne / Roth, Christian / Schmid, Josef (2000): Employability (Beschäftigungsfähigkeit) als Herausforderung für den Arbeitsmarkt auf dem Weg zur flexiblen Erwerbsgesellschaft. Eine Konzept- und Literaturstudie, Stuttgart.

- Bundesagentur für Arbeit (2008): Kampagnenaufwurf zur Kampagne Weiter durch Bildung, Nürnberg. [<http://www.arbeitsagentur.de> vom 24. September 2008]
- EU-Kommission (2002): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Fünf Jahre Europäische Beschäftigungsstrategie – eine Bestandsaufnahme, Brüssel.
- geva-institut (2005): Kompetenz-Test in eigener Sache. Eine Analyse der eigenen Stärken und Entwicklungsfelder, München. [<http://www.in-eigener-sache.de/cps/rde/xchg/ies/style.xsl/675.html>]
- Initiative in eigener Sache. Fit in die berufliche Zukunft (2011): 12 Leitsätze. [<http://www.in-eigener-sache.de/cps/rde/xchg/ies/style.xsl/219.html>]
- Initiative Wege zur Selbst GmbH e.V. (2008): Kernthesen, o.O. [<http://www.selbst-gmbh.de/philosophie.htm>]
- Jessop, Bob (2003): Changes in Welfare Regimes and the Search for Flexibility and Employability, in: Overbeek, Henk (Hrsg.): The Political Economy of European Unemployment. European Integration and the Transnationalization of the Employment Question, London / New York, S. 29-50.
- Kraus, Katrin (2006): Vom Beruf zur Employability? Zur Theorie einer Pädagogik des Erwerbs, Wiesbaden.
- Rump, Jutta/Eilers, Silke (2006): Managing Employability, in: Rump, Jutta/Sattelberger, Thomas/Fischer, Heinz (Hrsg.): Employability Management. Grundlagen, Konzepte, Perspektiven, Wiesbaden, S. 13-73.
- Speck, Peter (Hrsg.) (2008): Employability – Herausforderungen für die strategische Personalentwicklung. Konzepte für eine flexible, innovationsorientierte Arbeitswelt von morgen, Wiesbaden.
- Steinert, Heinz (2004): Neue Flexibilität, neue Normierungen. Der zuverlässige Mensch in der Wissensgesellschaft, Wien. [http://www.linksnetz.de/T_texte/T_steinert_disziplin.html]
- Taylor, Frederick Winslow (1919): Die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung, München / Berlin.
- EU-Grenzregime**
- ARD-Morgenmagazin (2011): Beitrag zu Lampedusa vom 3. April 2011. [<http://www.einslive.de/medien/html/1live/2011/03/31/ard-morgenmagazin-lampedusa.xml>]
- Gatti, Fabrizio (2010): »Der ideale Arbeiter ist der, der keine Rechte hat.« [Interview], in: Jungle World vom 10./11. März 2010.
- Del Grande, Gabriele (2011): Fortezza Europa (Blog). [<http://fortresseurope.blogspot.com/p/fortezza-europa.html>]
- Del Grande, Gabriele (2010): Rede zur Preisverleihung der Pro Asyl Hand 2010. [http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/b_Ueber_uns/Stiftung/Rede_von_Gabriele_del_Grande.pdf]
- Del Grande, Gabriele (2008): Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer, Karlsruhe.
- Frontex (2009): Allgemeiner Tätigkeitsbericht für 2009, Warschau.
- Haustein, Sebastian / Kühne, Friederike / Renner, Bastian / Berkenbusch, Anna (Hrsg.) (2008): Geschlossene Gesellschaft, Berlin.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa, Berlin / Hamburg.
- Kasperek, Bernd (2010): Laboratorium, Think Tank, Doing Border: Die Grenzschutzagentur Frontex, in: Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hrsg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa, Berlin/Hamburg, S. 111-126.
- Kirmizaki, Eirini / Philipp, Carolin / Tsapopoulo, Katerina (2011): Die sind anders als wir, in: Jungle World vom 10. Februar 2011.
- Migreurop (2009): Europe's murderous borders, Paris.
- Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (2010): Aufruf »Demokratie statt Integration«, in: DISS-Journal 20/2010, S. 5.
- Pro Asyl (2008): Abdrängen und Zurückweisen. Über den Einsatz der europäischen Grenzagentur FRONTEX gegen Flüchtlinge, Köln.
- Report Mainz (2009): Krieg gegen Flüchtlinge, Beitrag vom 5. Oktober 2009. [<http://www.youtube.com/watch?v=9Q4ZcWeTEiE&feature=related>]
- Vollversammlung der Hungerstreikenden (2011): Aufruf der Vollversammlung der Hungerstreikenden vom Januar 2011. [<http://www.aktionbleiberecht.de/?p=1937>]

Plastikmeer

- Aufhauser, Elisabeth / Reiner, Christian (2010): Die Macht der Supermarktketten. Zur Steuerung globaler Warenketten durch den Einzelhandel, in: Fischer, Karin / Reiner, Christian / Staritz, Cornelia (Hrsg.): Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung, Wien, S. 246-269.
- Bell, Nicolas (2010): El Ejido, 10 Jahre danach, in: Archipel 3/2010. [<http://www.forumcivique.org/de/artikel/el-ejido-10-jahre-danach-1-teil>]
- NoLager Bremen / Europäisches BürgerInnenforum (Hrsg.) (2008): Peripherie und Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand, Wien. [<http://no-racism.net/upload/823354996.pdf>]
- Brodal, Sissel (2006): Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft, in: Widerspruch 51/2006, S. 155-163.
- Daum, Pierre (2010): Für eine Handvoll Tomaten, in: Le Monde Diplomatie vom 12. März 2010.
- Europäisches BürgerInnenforum (Hrsg.) (2004): Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas, Basel.
- Higginbottom, Andy (2000): Super-Exploitation of Immigrant Labour in Europe. The Case of Intense Agriculture in Spain. [Manuskript für die CSE-Konferenz "Global Capital and Global Struggles. Strategies, Alliances, Alternatives" am 1./2. Juli in London 2000]
- Kirsche, Gaston (2000): Ketchup El Ejido. Migration, Rassismus und gewerkschaftliche (Selbst-)Organisation in Spanien, in: express 6-7/2000.
- Lawrence, Felicity (2011): Spain's salad growers are modern-day slaves, say charities, in: The Guardian vom 7. Februar 2011.
- Stobart, Luke (2009): Borders, Labour Impacts, and Union Responses: Case of Spain, in: Refuge. Canada's Periodical on Refugees 2/2009, S. 29-40.

Die Idee eines »Sozialen Europa«

- Beerhorst, Joachim / Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2005): Handlungsfeld Europäische Integration. Gewerkschaftspolitik in und für Europa, Hamburg.
- Blair, Tony (2005): Vision for Europe. Economic Modernization Can Save Our Societies, in: European Affairs 2/3 2007.

- Delors, Jacques (1988), Speech, in: TUC Annual Congress Report 1988, London, S. 568-70.
- Huffschmid, Jörg (1994): Wem gehört Europa. Band 1: Wirtschaftspolitik in der EG. Band 2: Kapitalstrategien, Heilbronn.
- Lechevalier, Arnaud / Wielgoths, Jan (2010): EU-Sozialpolitik und die Debatte um das Europäische Sozialmodell, in: Berliner Debatte INITIAL 2/2010, S. 29-44.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1972): Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ders.: Werke Bd. 21, Berlin (DDR), S. 342-346.
- Sassoon, Donald (1996): One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, London.
- Schäfer, Axel u.a. (Hrsg.) (1998): »... als einen Anfang dessolidarischen europäischen Staates« Sozialdemokratie und Europa. Vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union, o.O. [<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01723.pdf>]
- Schröder, Gerhard / Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten [»Schröder/Blair-Papier« vom 8. Juni 1999]. [http://robert-zion.de/downloads/Schroeder_Blair.pdf]

Arbeitnehmerentsendung

- Barnard, Catherine (2009): "British Jobs for British Workers". The Lindsey Oil Refinery Dispute and the Future of Local Labour Clauses in an Integrated EU Market, in: Industrial Law Journal 3/2009, S. 245-277.
- Blanke, Thomas (2008): Die Entscheidungen des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Ruffert – Domestizierung des Streikrechts und europaweite Nivellierung der industriellen Beziehungen. Oldenburger Studien zur Europäisierung und zur transnationalen Regulierung 18/2008. [http://www.cetro.uni-oldenburg.de/de/download/Nr._18_jm.pdf]
- Bücker, Andreas / Warneck, Wiebke (Hrsg.) (2010): Viking – Laval – Ruffert. Consequences and policy perspectives, Brüssel. [<http://library.fes.de/pdf-files/gurn/00379.pdf>]
- Bunke, Christian (2009): Nationalistisch? Internationalistisch! Lindsey-Streik in Großbritannien – Interview mit einem Streikführer, in: luna-park21 6/2009, S.14-15. [http://www.labournet.de/internationales/gb/bunke_lp6.pdf]

- Burns, John F. (2009): British Unions, Angry Over Use of Foreign Workers, Stage Walkouts, in: New York Times vom 31. Januar 2009.
- ICL-FI (2009): Trade unions/minorities must stop racist provocations! Fascists feed on Labour government racism. [<http://www.icl-fi.org/english/wh/209/Fascists.html>]
- Keter, Vincent (2009): Government policy on 'British Jobs for British Workers', Standard Note SN/BT/4501 to Members of Parliament vom 16. September 2009. [<http://www.parliament.uk/briefingpapers/commons/lib/research/briefings/snbt-04501.pdf>]
- Kilpatrick, Claire (2009): British Jobs for British Workers? UK Industrial Action and Free Movement of Services in EU Law. Law, Society and Economy Working Papers 16/2009. [http://www.lse.ac.uk/collections/law/wps/WPS2009-16_Kilpatrick.pdf]
- Meardi, Guglielmo (2010): Worker(s) movement and crisis. Unions, migrants and posted workers in the construction sectors' turmoil in UK and Spain 2008-2010, Vortrag auf dem ISA World Congress in Göteborg vom 11. bis 17. Juli 2010. [http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/wbs/research/irru/publications/recentconf/gm_goteborg.pdf]
- Milne, Seumas (2009): Solidarität in Lindsey. Die britischen Medien, die Bauarbeiter und die Fremden, in: Le Monde Diplomatique vom 12. Juni 2009. [<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/06/12.mondeText.artikel,a0042.idx,12>]
- Wuhrer, Pit (2009): Streiks gegen EU-Standards, in: der Freitag vom 12. Februar 2009. [<http://www.freitag.de/wochenthema/0907-grossbritannien-streiks-europa-lohndumping>]
- S. 207-231. [Langfassung im Internet unter <http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Dombois-VW-Langfassung.pdf>]
- Europäischer Ford-Betriebsrat (2005): Antizipierung des Wandels in der Automobilindustrie als Grundlage zukünftiger Handlungsstrategien in Europäischen Betriebsräten, o.O. [<http://www.euro-betriebsrat.de/pdf/fordbericht.pdf>]
- European Commission (2011): Industrial Relations in Europe 2010, Luxemburg.
- Hancké, Bob (2000): European Works Councils and Industrial Restructuring in the European Motor Industry, in: European Journal of Industrial Relations 1/2000, S. 35-59.
- Hans-Böckler-Stiftung (2006): Unterrichtsbaustein Mitbestimmung in Europa, Düsseldorf.
- Hürtgen, Stefanie (2008): Transnationales Co-Management. Betriebliche Politik in der globalen Konkurrenz, Münster.
- Kotthoff, Hans (2006): Lehrjahre des Europäischen Betriebsrats. Zehn Jahre transnationale Arbeitnehmervertretung, Berlin.
- Nelson, Michael (1988): The Vredeling Directive. The EEC's Failed Attempt to Regulate Multinational Enterprises and Organize Collective Bargaining, in: New York University Journal of International Law and Politics 20/1988, S. 967-992.
- Ramsay, Harvie (1997): Fool's gold? European works councils and workplace democracy, in: Industrial Relations Journal 4/1997, S. 314-322.
- Rehder, Britta (2006): Legitimitätsdefizite des Co-Managements. Betriebliche Bündnisse als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Soziologie 3/2006, S. 227-242.
- Schaumberg, Wolfgang (2002): Euro- und Weltbetriebsräte aller Multis, vereinigt uns? In: WoZ économique vom 17. Oktober 2002. [<http://www.woz.ch/archiv/old/02/42/2016.html>]
- Schulten, Thorsten (1992): Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen, Marburg.
- Tuckman, Alan/Whittal, Michael (2002): Affirmation, games, and insecurity. Cultivating dissent within a new workplace regime, in: Capital&Class 76/2002, S. 65-93.
- Waddington, Jeremy (2006): Revision of the EWC directive. How EWC members see it, in: Mitbestimmung 8/2006, S. 41-44.

Euro-Betriebsräte

- Anonymous (1995): European Works Councils. Social partners anticipate a directive, in: International Labour Review 1/1995, S. 91-103.
- Baumann, Hans (2002): Euro-Betriebsräte – eine Gegenmacht, in: WoZ économique vom 17. Oktober 2002. [<http://www.woz.ch/archiv/old/02/42/2017.html>]
- Dombois, Rainer (2009): Die VW-Affäre – Lehrstück zu den Risiken deutschen Co-Managements, in: Industrielle Beziehungen 3/2009,



Das Projekt »Netzwerk Europäischer Arbeiter- und Gewerkschafts-akademien« wird von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission unterstützt.